



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80**

25.08.1983 - Plenarprotokoll - 86. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

**86. Sitzung**

am Donnerstag, dem 25. August 1983

**Inhalt****Ausbildungssituation zu Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84**Mitteilung des Senats vom 9. August 1983  
(Drucksache 10/1175)**Wahlversprechen zur Lehrstellengarantie von Bundeskanzler Kohl**Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 24. Juni 1983  
(Drucksache 10/1160)**Förderung benachteiligter Jugendlicher im Rahmen der Jugendarbeitslosigkeit**Antrag der Fraktion der FDP  
vom 12. August 1983  
(Drucksache 10/1180)

|  |      |
|--|------|
| Senator für Bildung v. Hassel . . . . .                                | 6699 |
| Abg. Kunick (SPD) . . . . .  | 6702 |
| Abg. Kuhnert (FDP) . . . . .   | 6705 |
| Abg. Kudella (CDU) . . . . .   | 6708 |
| Abg. Adamietz (BGL) . . . . .  | 6712 |
| Ordnungsruf für den Abgeordneten Adamietz (BGL) . . . . .              | 6716 |
| Abg. Schröder (GUL) . . . . .  | 6716 |
| Senator für Bildung v. Hassel . . . . .                                | 6717 |
| Abg. Urban (CDU) . . . . .   | 6719 |
| Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . . | 6720 |
| Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung .                             | 6721 |
| Abstimmung . . . . .   | 6721 |

**Mikroelektronik und Gesellschaft**Antrag der Gruppe der BGL  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1092)**Bewältigung der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Arbeitswelt**Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 5. Mai 1983  
(Drucksache 10/1112)

|  |      |
|--|------|
| Abg. Adamietz (BGL) . . . . .  | 6722 |
| Abg. Dr. Zollmann (CDU) . . . . .                                      | 6725 |
| Abg. Richter (FDP) . . . . .   | 6726 |
| Abg. Willers (GUL) . . . . .   | 6728 |
| Abg. Kunick (SPD) . . . . .  | 6730 |
| Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . . | 6733 |
| Abg. Adamietz (BGL) . . . . .  | 6735 |
| Abg. Richter (FDP) . . . . .   | 6737 |
| Abg. Willers (GUL) . . . . .   | 6739 |
| Abstimmung . . . . .   | 6740 |

**Bericht des Senats über den Einsatz in der sogenannten Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfempänger**Antrag der Gruppe der GUL  
vom 20. April 1983  
(Drucksache 10/1093)

|   |      |
|---|------|
| Abg. Willers (GUL) . . . . .                                | 6740 |
| Abg. Erfurth (CDU) . . . . .                                | 6742 |
| Abg. Klatt (SPD) . . . . .                                  | 6744 |
| Senator für Soziales, Jugend und Sport Dr. Scherf . . . . . | 6745 |
| Abg. Gisela Hüller (FDP) . . . . .                          | 6745 |
| Abg. Erfurth (CDU) . . . . .                                | 6746 |
| Abstimmung . . . . .  | 6746 |

**Gefahren für das Bildungswesen durch die Lehrerarbeitslosigkeit**Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 13. April 1983  
(Drucksache 10/1082)

**Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen**

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 1983  
(Drucksache 10/1141)

**Lehrerarbeitslosigkeit**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 25. August 1983  
(Drucksache 10/1185)

|  |      |
|--|------|
| Senator für Bildung v. Hassel . . . . .    | 6747 |
| Abg. v. Groeling-Müller (FDP) . . . . .    | 6749 |
| Abg. Lucks (CDU) . . . . .                 | 6751 |
| Abg. Josette Delphine Brox (BGL) . . . . . | 6753 |
| Senator für Bildung v. Hassel . . . . .    | 6754 |
| Abg. Aulfes (SPD) . . . . .                | 6754 |
| Abg. Willers (GUL) . . . . .               | 6757 |
| Abstimmung . . . . .                       | 6758 |
| Senator für Bildung v. Hassel . . . . .    | 6758 |

**Konsequenzen aus der Kriminalstatistik 1983**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 15. April 1983  
(Drucksache 10/1085)

**Unzureichender Schutz vor Verbrechen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 1. Juni 1983  
(Drucksache 10/1135)

**Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung**

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1983  
(Drucksache 10/1106)

**Initiativen für eine bessere Verbrechensbekämpfung**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP  
vom 14. Juni 1983  
(Drucksache 10/1153)

|  |      |
|--|------|
| Senator für Inneres Fröhlich . . . . . | 6760 |
| Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .     | 6763 |
| Abg. Borttscheller (CDU) . . . . .     | 6767 |
| Abg. Kröning (SPD) . . . . .           | 6769 |
| Abg. Borttscheller (CDU) . . . . .     | 6773 |
| Abg. Adamietz (BGL) . . . . .          | 6774 |
| Abstimmung . . . . .                   | 6776 |

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 66 vom 9. August 1983**

(Drucksache 10/1176) . . . . . 6777

Abg. Ehlers (CDU) . . . . . 6779

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Ehlers**

**Schriftführerin Helene Knorr**

**Vizepräsident Schmidt**

**Schriftführer Ravens**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Soziales, Jugend und Sport **Dr. Scherf** (SPD)

Senator für Bundesangelegenheiten **Dr. Czichon** (SPD)

Senator für Bildung **von Hassel** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

---

Senatsdirektor **Bohle** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Soziales, Jugend und Sport)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsdirektor **Quantmeyer** (Senator für Finanzen)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 86. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse des Schulzentrums Koblenzer Straße, die Besatzungen der Schnellboote Gepard und Puma vom Siebten Schnellbootgeschwader in Kiel und des Schnellbootes Pinguin vom Fünften Schnellbootgeschwader in Olpenitz, zur Zeit bei der Lürssen-Werft in Bremen, sowie zwei Klassen des Schulzentrums Flämsche Straße.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### **Ausbildungssituation zu Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84**

Mitteilung des Senats vom 9. August 1983  
(Drucksache 10/1175)

Wir verbinden hiermit:

(B)

#### **Wahlversprechen zur Lehrstellengarantie von Bundeskanzler Kohl**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 24. Juni 1983  
(Drucksache 10/1160)

u n d

#### **Förderung benachteiligter Jugendlicher im Rahmen der Jugendarbeitslosigkeit**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 12. August 1983  
(Drucksache 10/1180)

#### **Drucksache 10/1160**

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat folgende Aussage von Bundeskanzler Kohl vom 3. Februar 1983 zur Lehrstellengarantie:

„Die Wirtschaft wird 1983 eine für alle Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten.

Sie wird dies in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie der Bundesanstalt für Arbeit organisieren. Dabei wird sie auch dafür sorgen, daß gegebenenfalls auch regionale Lücken im Ausbildungsplatzangebot durch Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsstellen geschlossen werden.

Die Wirtschaft wird daher über den geschätzten Bedarf von 655 000 Ausbildungsplätzen hinaus

30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze verfügbar machen.“ (C)

Hat diese Kanzlererklärung zu einem größeren Lehrstellenangebot im Vergleich zum Vorjahr geführt?

2. Sind dem Senat Bemühungen der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Kammern der Freien Berufe und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven bekannt, die sie im Auftrag des Kanzleramtes entsprechend einer Vereinbarung der Verbände mit dem Kanzleramt in der Vermittlung von Ausbildungsplätzen unternommen haben?

Werden auch 1983 bekannt gewordene Ausbildungsplätze von den oben genannten Stellen dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldet?

Kunick, Wedemeier und Fraktion der SPD

#### **Drucksache 10/1180**

Die Bürgerschaft hat festgestellt, daß das Programm zur Förderung benachteiligter Jugendlicher ausgesprochen erfolgreich in der Vermittlung einer überbetrieblichen Ausbildung vor allem für solche Jugendliche ist, die sonst keine Chance hätten, eine Lehrstelle zu erhalten.

Die Bürgerschaft unterstützt die Bemühungen des Senats, über die bisher bezuschußten 215 Plätze hinaus sämtliche vorhandenen 329 Plätze besetzen zu können. Weil organisatorische Vorleistungen, wie zum Beispiel Arbeitsverträge, möglichst noch zum 1. 10. 1983 bzw. 1. 11. 1983 erbracht werden müssen, ist es notwendig, die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt für die Folgejahre festzuschreiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Die Bürgerschaft ersucht den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft um eine Erweiterung der bisherigen Bewilligungszusagen im Rahmen der bisher bereitgestellten Mittel aus dem sogenannten Benachteiligungsprogramm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (BMBW).
2. Die Bundestagsfraktionen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Mittel für das Programm zur Förderung benachteiligter Jugendlicher ausgeweitet werden und daß die aus organisatorischen Gründen dringend notwendigen Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre schnellstmöglich beschlossen werden.

(D)

v. Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 10/1180 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der gestrigen Sitzung beschlossen.

Herr Senator von Hassel, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben?

Das Wort erhält Herr Senator von Hassel zur Beantwortung der Großen Anfrage.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Große Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion vom 24. Juni 1983 betreffend Wahlversprechen zur Lehrstellengarantie von Bundeskanzler Kohl wie folgt:

Bundeskanzler Kohl kann die am 3. Februar 1983 vor dem Hintergrund der Bundestagswahl am 6. März 1983 gegebene Lehrstellengarantie nicht einhalten. Der Bundeskanzler hat vorschnell die Zusage der Spitzenorganisationen der Wirtschaft

(A) übernommen und allen Eltern und Jugendlichen gegenüber das Versprechen abgegeben, obwohl von vornherein hätte erkannt werden müssen, daß das abgegebene Versprechen in der Öffentlichkeit großes Vertrauen und ebenso große Zuversicht auslösen mußte, daß nunmehr alle Ausbildungsprobleme gelöst werden.

Heute wissen wir, daß Bürgermeister Koschnick recht hatte, wenn er in seinen Reaktionen auf die Initiative an den Bundeskanzler von Anfang an deutlich machte: Der Bundeskanzler ist nicht seiner hohen Verantwortung gerecht geworden, als er seine Ausbildungsplatzgarantie verkündete, diese von großen Wahlplakaten verkaufen ließ und so das Vertrauen von Eltern und Jugendlichen parteipolitischem Taktieren opferte.

(Beifall bei der SPD)

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die beiden in der Großen Anfrage gestellten Fragen:

Zu eins: Die Bundesregierung war der Meinung, daß die Wirtschaft in der Lage sei, 1983 in ausreichender Zahl Ausbildungsplätze anzubieten und dabei auch noch regionale Lücken im Ausbildungsangebot zu schließen. Dies entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit. Es sieht vielmehr wie folgt aus:

(B) Erstens, die Ausbildungsplatzsituation im Bundesgebiet und im Land Bremen ist so angespannt wie noch nie zuvor. Nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit vom 3. August 1983 waren bei den Arbeitsämtern im Bundesgebiet noch 211 000 Bewerber ohne Ausbildungsplatz registriert. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, als die Arbeitsämter 142 000 nicht versorgte Jugendliche registriert hatten, ist dies eine Steigerung um 48,6 Prozent.

Dieselbe Entwicklung ist auch im Land Bremen festzustellen. Am 5. August 1983 registrierten die Arbeitsämter Bremen und Bremerhaven insgesamt 2 476 nicht versorgte Ausbildungsplatzbewerber mit Wohnsitz Land Bremen. Bei dieser Zahl handelt es sich um eine Aktualisierung, die mir gestern nachmittag von den Arbeitsämtern aufgegeben worden ist. Die gestern vormittag in der Fragestunde genannte Zahl 2 090 ist dementsprechend zu ändern in 2 476, also fast 300 Bewerber mehr, als gestern genannt. Am 11. August 1982 waren 1 427 Ausbildungsplatzbewerber aus dem Land Bremen unverorgt. Demnach ist die Zahl der nicht versorgten Bewerber um 73,5 Prozent gestiegen. Zum 5. August 1983 waren bei den Arbeitsämtern Bremen und Bremerhaven dagegen nur noch 88 Ausbildungsplätze aus dem Land Bremen als nicht besetzt registriert.

Zweitens, das Ausbildungsplatzangebot dieses Jahres im Land Bremen kann die Nachfrage in keiner Weise decken. Die zuständigen Stellen, Kammern, haben mitgeteilt, daß zwar für den Zeitraum 1. Oktober 1982 bis 31. Juli 1983 gegenüber dem

(C) gleichen Zeitraum des Vorjahres eine leichte Steigerung von Eintragungen von Ausbildungsverhältnissen zu verzeichnen war, jedoch besagt diese über das endgültige Ergebnis, das erst nach dem 30. September 1983 festgestellt werden kann, noch nichts.

So meldete die Handelskammer Bremen zum 31. Juli dieses Jahres eine Steigerung der Neueintragungen um 3,3 Prozent. Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven meldete zu diesem Zeitpunkt sogar eine Steigerung um 17,9 Prozent. Die Kammer verzeichnete insbesondere im Einzelhandel ein Einstellungsplus um 53 Prozent. Die Handwerkskammer Bremen rechnet ebenso wie im Vorjahr für den Gesamtzeitraum 1. Oktober 1982 bis 30. September 1983 mit ungefähr 2 500 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Zum 31. Juli dieses Jahres hatte sie jedoch erst 1 444 Ausbildungsverträge registriert. Die gleiche Situation lag aber auch am 31. Juli 1982 vor. Insgesamt registrierte die Handwerkskammer dann zum 30. September 1982 2 558 Verträge, das heißt, es ist zu erwarten, daß jetzt nach Abschluß der Sommerferien die bremischen Handwerksbetriebe noch in erheblichem Umfang neue Ausbildungsverträge zur Eintragung vorlegen werden. Die kleineren Kammern, wie die Ärztekammer, die Gartenbaukammer, die Rechtsanwaltskammer und die Steuerberaterkammer berichten ebenfalls über eine leichte Zunahme der Eintragungen neu abgeschlossener Ausbildungsverträge.

(D) Es ist daher zu erwarten, daß zum 30. September 1983 das Vorjahresergebnis von 7 842 Neueintragungen überschritten wird. Der Senat möchte die aus diesen Zahlen erkennbar werdenden großen Bemühungen der bremischen Wirtschaft ausdrücklich anerkennen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Jedoch reicht das Angebot der Betriebe bei weitem nicht aus, die große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu befriedigen. Der Senat schätzt bei insgesamt rund 10 900 Ausbildungsplatzbewerbern für dieses Jahr einen zusätzlichen Bedarf von 1 800 Ausbildungsplätzen. Darin ist auch der Bedarf für Altbewerber aus den Vorjahren eingeschlossen, der nach einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit etwa 60 Prozent der in den Vorjahren nicht versorgten Bewerber ausmacht.

Drittens, weder global noch regional kann entgegen dem Ausbildungsversprechen dieses große Ungleichgewicht der Ausbildungsplatznachfrage zum Ausbildungsplatzangebot beseitigt werden.

Gerade weil der Senat diese Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen kennt, äußerte Bürgermeister Koschnick sofort nach der vom Bundeskanzler gegebenen Lehrstellengarantie seine grundsätzlichen Bedenken. Insbesondere wies er in diesem Zusammenhang darauf hin, welche bitteren Auswirkungen ein später nicht einzulösendes Versprechen bei den betroffenen Eltern und Jugendlichen haben müßte.

(A) Gleichzeitig bat Bürgermeister Koschnick die Arbeitgebervereinigung im Land Bremen um eine Bestätigung der Ausbildungsplatzgarantie. Die bremische Arbeitgebervereinigung gab jedoch in ihrer Antwort vom 8. Februar 1983 an Bürgermeister Koschnick die erbetene Garantieerklärung nicht ab. Stattdessen wurde die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen davon abhängig gemacht, daß Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Schwerbehindertengesetzes und der Arbeitszeitordnung, die sich nach Auffassung der Arbeitgebervereinigung ausbildungs- und beschäftigungshemmend auswirken, geändert würden. Zum Ausgleich der regionalen Unterversorgung in Bremen wurde eine stärkere Mobilität der Bewerber gefordert, was bedeutet, daß Bremer Jugendliche Ausbildungsplätze in entfernteren Regionen hätten suchen müssen. In der Garantieerklärung des Bundeskanzlers dagegen hatte es geheißen, daß gegebenenfalls auch regionale Lücken im Ausbildungsplatzangebot durch Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsstellen geschlossen werden sollten.

Viertens, es wäre unverantwortlich gewesen, allein auf die Ausbildungsplatzgarantie des Bundeskanzlers zu vertrauen. Der Senat ist deshalb davon ausgegangen, daß er in seinen Anstrengungen zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze nicht nachlassen darf.

(B) Es wurde dementsprechend nicht nur das 1977 beschlossene und 1979 aufgestockte Senatsprogramm zur Minderung des Ausbildungsplatzdefizits unvermindert fortgesetzt, sondern durch ein Dringlichkeitsprogramm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, über das der Senat die Bürgerschaft in ihrer Juni-Sitzung unterrichtete, noch ergänzt.

Somit konnten zu Beginn des am 1. August 1983 begonnenen neuen Ausbildungsjahres im öffentlichen Dienst des Landes Bremen und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie im Bereich der beruflichen Schulen in Bremen und Bremerhaven insgesamt rund 3 000 Ausbildungsplätze eingerichtet werden, das sind gegenüber dem Vorjahr knapp fünf Prozent mehr. Das Dringlichkeitsprogramm des Senats weist darüber hinaus 900 zusätzliche Arbeitsplätze im Rahmen stadtteilorientierter Jugendwerkstättenprojekte in Bremen und Bremerhaven für 1983/84 aus. Im Rahmen des Dringlichkeitsprogramms wurde der Handwerkskammer Bremen ein Betrag von 800 000 DM zur Schaffung von 160 bis 200 zusätzlichen Ausbildungsplätzen unter anderem durch Einrichtung von Ausbildungsverbänden zwischen dem Berufsförderungszentrum des Handwerks und einzelnen Handwerksbetrieben zur Verfügung gestellt.

Jetzt, da erwiesen ist, daß die bestehende große Ausbildungsplatzlücke von den Betrieben in gar keiner Weise geschlossen werden kann, steht die Bundesregierung weitgehend ohne ein Ersatzprogramm da.

(C) Dies gilt aber nicht für das Benachteiligtenprogramm, das einer kleinen und begrenzten Gruppe von benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung ermöglicht. Die Mittel für dieses Programm wurden vom Bund für dieses Jahr noch aufgestockt, so daß die Zahl dieser Ausbildungsplätze für 1983, allerdings unter Einsatz bremischer Komplementärmittel in Höhe von 405 000 DM, von 215 um 86 auf 301 erhöht werden konnte. Hierfür wird ausdrücklich Dank gesagt.

Fünftens, die bremischen Sondermaßnahmen und die Aufstockung des Benachteiligtenprogramms durch den Bund tragen zwar dazu bei, die starke Ausbildungsplatznot zu mildern, können sie aber nicht beheben. Nach Auffassung des Senats kann das Problem nur auf Bundesebene gelöst werden, und zwar letztlich dadurch, daß der Bund endlich die gesetzlichen Voraussetzungen für die seit langem geforderte überbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung schafft.

(Beifall bei der SPD)

(D) Zu zwei: Das Bundeskanzleramt hat — soweit bekannt — die Ausbildungsplatzgesuche an die Arbeitsverwaltungen des Bundes und die Kammern weitergegeben. Die Kammern leiteten ihrerseits die Gesuche unter Beachtung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsverwaltung den Arbeitsämtern zu. Dabei handelte es sich häufig um Ausbildungsplatzgesuche, die bereits seit längerer Zeit bei der Berufsberatung der Arbeitsämter registriert waren. Waren den Kammern freie Ausbildungsplätze über ihre Ausbildungsberater bekannt geworden, die den Gesuchen der Lehrstellennachfrager entsprachen, wiesen sie die Bewerber auf dieses Angebot direkt hin, wie das seit Jahren bei den Kammern üblich ist.

Abschließend und zusammenfassend ist festzustellen: Wer weiß, welche ungeheuren Anstrengungen die bremische Wirtschaft und der Senat seit 1977 zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze unternommen haben, wer darüber hinaus weiß, daß dieses Zusatzangebot auch in diesem Ausbildungsjahr wiederum nicht ausgereicht hat, der kann beurteilen, daß es nicht vertretbar war, eine solche Ausbildungsplatzgarantie zu geben. Der Senat und auch wohl die bremische Wirtschaft werden jedenfalls in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, die Chancen der Jugendlichen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senator von Hassel, für die Antwort!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen. — Das ist der Fall.

(A) Die Aussprache über die Antwort des Senats sowie die Beratung über die Mitteilung des Senats, Drucksache 10/1175, und den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 10/1180, ist damit eröffnet.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Kunick. — Bitte sehr!

(Abg. Neumann [CDU]: Schon wieder ein Genosse! Er hat doch schon alles gesagt!)

Der Abgeordnete Kunick hat um 30 Minuten Redezeit gebeten.

Abg. Kunick (SPD)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema, über das wir uns heute in der Bürgerschaft auseinanderzusetzen haben, ist deshalb von großer Explosivität, weil hier nicht ein Versprechen in einer Nebensache ohne große Relevanz nicht eingehalten worden ist, sondern weil es hier um eine ganz zentrale Frage der Zukunft junger Menschen geht.

Am Anfang stand ein Bulletin des Bundespresseamtes der CDU/FDP-Regierung vom 25. Februar 1983, aus dem ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren möchte. „Lehrstellen für alle“ war die Überschrift.

(B) „Am 2. Februar 1983 beriet die Bundesregierung in ihrer wöchentlichen Kabinettsitzung die berufliche Situation der Jugendlichen in der Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Kohl empfing tags darauf führende Vertreter der deutschen Wirtschaft zu einem Gespräch, bei dem es darum ging, wie die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation der Jugendlichen verbessert werden kann. Im Anschluß an dieses Gespräch, so Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer aus Bonn, nahm der Bundeskanzler dazu vor der Presse in Bonn wie folgt Stellung:

„Im vergangenen Jahr hat die Wirtschaft mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Jahr davor. Dies ist angesichts der langen und tiefen Rezession eine bemerkenswerte Leistung. Dennoch darf nicht übersehen werden, für wie viele junge Menschen sich die beruflichen Aussichten im letzten Jahr dramatisch verschlechtert haben. Ende September 1982 hatten 330 000 arbeitslose junge Menschen unter 25 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung, und mit der bis Januar noch weiter angestiegenen Arbeitslosigkeit wird ihre Zahl noch weiter zugenommen haben, da diese jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt die Schwächsten sind. Deshalb habe ich heute mit den führenden Persönlichkeiten der im Kuratorium für Berufsausbildung zusammengeschlossenen Verbände der Wirtschaft darüber beraten, wie die berufliche Situation der Jugend rasch und nachhaltig verbessert werden kann. Ich kann nur ein außergewöhnliches und sehr

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) ermutigendes Ergebnis dieser Beratungen bekanntgeben.

Erstens: Die Wirtschaft wird 1983 eine für alle Jugendlichen, die ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind, ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten. Sie wird dies in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie der Bundesanstalt für Arbeit organisieren. Dabei wird sie auch dafür sorgen, daß gegebenenfalls auch regionale Lücken im Ausbildungsplatzangebot durch Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsstellen geschlossen werden. Die Wirtschaft wird daher über den geschätzten Bedarf von 655 000 Ausbildungsplätzen hinaus 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze verfügbar machen.

Zweitens: Die Wirtschaft wird jungen Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung die Möglichkeit eröffnen, ein berufsorientiertes Jahr in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren. Die Unternehmen werden sich an der Einrichtung solcher einjährigen Qualifizierungsstellen auf freiwilliger Basis beteiligen und dadurch weder reguläre Ausbildungsplätze noch normale Arbeitsplätze ersetzen. Die Bundesregierung bittet die Gewerkschaften und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dieses Programm zusammen zu erörtern. Ich bitte die Betriebe und Unternehmen, die Gewerkschaften und Betriebsräte, diese Aktion in Partnerschaft nach Kräften zu fördern.“ Soweit das vollständige Zitat aus dem Blatt, in dem im übrigen auf Seite vier Herr Bundesminister Blüm verkündet: Der Aufschwung steht bevor!

(D) Nun, meine Damen und Herren, seither ist die Bundestagswahl gewesen, und seither läßt sich einiges beurteilen. Kanzler Kohl hat also vor der letzten Bundestagswahl erklärt, die Wirtschaft werde in diesem Jahr 685 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Die Wahl ist vorbei. Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen, und es zeichnet sich ab, was wir von Anfang an befürchtet haben, diese Zahl wird nicht erreicht. Daß der Herr Bundeskanzler leichtfertig ein Versprechen gegeben hat, das er nicht einhalten kann, ist schon dramatisch genug. Die Lehrstellengarantie war also leider doch nicht mehr als ein Wahlkampfschlager.

(Beifall bei der SPD)

So ist es nur allzu verständlich, daß keine Rede mehr ist von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, die über den Bedarf hinaus verfügbar gemacht werden sollten. Wir Sozialdemokraten unterstützen angesichts der außerordentlichen schwierigen Situation — die Zahl der trotz Kanzlergarantie fehlenden Stellen ist genannt — alle Bemühungen um zusätzliche Ausbildungsplätze. Unsere scharfe Kritik gilt aber der Art und Weise, wie sich die Bundesregierung aus der gegebenen Ausbildungsplatzgarantie hinterher Stück für Stück herausstiehlt.

(Beifall bei der SPD)

(A) Kaum ist die Bundestagswahl vorüber, wird die Garantieerklärung relativiert, uminterpretiert und eingeschränkt. Doch zunächst einmal ist festzustellen, daß die Arbeitsteilung der gewählten Bundesregierung glänzend funktioniert. Bundeskanzler Kohl schweigt seither, Frau Bundesministerin Wilms nennt jeweils neue Zahlen und interpretiert sie positiv, Herr Bundesminister Blüm appelliert an die Betroffenen, und alle zusammen warten auf den 30. September dieses Jahres, tun nichts, wollen aber bei Vorliegen der konkreten Zahlen überlegen, welche Maßnahmen dann eventuell ergriffen werden, ansonsten hoffen sie. Derweil ist aber das Kind längst in den Brunnen gefallen.

Die Bundesministerin teilt in regelmäßigen Abständen mit, daß die Schere von Angebot und Nachfrage seit April dieses Jahres immer kleiner wird, bis sie im September sich angeblich ganz geschlossen habe. Sie begründet das mit Erfahrungen der letzten Jahre. Was die Erfahrungen der letzten Jahre betrifft, habe ich eingangs eine ganz andere Einschätzung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zitiert.

Im übrigen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund sich gerade Anfang dieser Woche unüberhörbar gemeldet und gewarnt, auch begründet mit den Erfahrungen der letzten Jahre, der Trend sei keineswegs so optimistisch zu beurteilen, wie die Bundesregierung vorgibt. Wir alle wissen, daß konkrete statistische Angaben erst Ende September vorliegen werden, eine Schlußbilanz dieser Lehrstellenpleite. Daher ist es müßig, heute über Zahlen zu streiten.

(B) Entscheidend aber ist, daß unverzüglich Maßnahmen des Bundes zur Bereitstellung einer genügenden Anzahl von Ausbildungsplätzen ergriffen werden, denn aus allen Bundesländern ist von den Arbeitsämtern zu hören, daß die Zahl der Jugendlichen — über die ganz genaue Zahl braucht man gegenwärtig gar nicht zu streiten —, die eine Ausbildungsstelle suchen, um ein Mehrfaches die geringe Zahl der noch freien Lehrstellen überschreitet, und das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat unsere sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Bundestag ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert und entsprechende Vorschläge gemacht. Es kann nicht bis September abgewartet werden, um dann in einem Statistik-Kolloquium die Schicksale junger Menschen zu unterschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir im Land Bremen — der Senator hat das dargestellt — sind mit einem Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze selbst initiativ geworden. Es liegt Ihnen heute vor. Wir haben in Bremen mit dem sogenannten 300-Millionen-DM-Programm weit früher als andere

Bundesländer gehandelt, um dem schon Mitte der siebziger Jahre absehbaren Mangel an Ausbildungsplätzen im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes zu begegnen. Dazu gehört auch, daß die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst innerhalb der letzten acht Jahre verzehnfacht wurde..

(Abg. Neumann [CDU]: Jetzt nehmen Sie schon die letzten acht Jahre!)

Dies scheint Herr Urban völlig vergessen zu haben, denn wie ist sonst der Artikel im „Weser-Report“ vom 21. 8. 1983 zu erklären, Herr Kollege Urban, den man außerhalb des Parlaments verlogener würde?

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Nehmen Sie doch von 1946 die Zahl!)

Doch die Bundesregierung setzt auf Appelle. Sie appelliert an die Betriebe der Wirtschaft, ihre Bemühungen noch einmal zu verstärken, sie appelliert an die Jugend, nach einigen Mißerfolgen, weiter zu suchen und nicht zu verzweifeln. Herr Bundesminister Blüm appelliert noch weiter, und zwar an die Fairneß der Jugendlichen beim Kampf um die Ausbildungsplätze, an die Eltern, ihre Kinder zu unterstützen, und setzt auf Ermutigung und Kreativität.

Darüber hinaus erstrecken sich die Aktivitäten auf die Behandlung von Einzelfällen. Die Beispiele, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nun vermutlich als erfolgreiche Ausbildungsplatzvermittlung nennen werden, sind sicher anerkennenswert. Doch können sie wohl die Blüten von Aktionismus nicht verhindern. Ich denke da besonders an die Lehrstellenkampagne der „Bild-Zeitung“.

(Abg. Neumann [CDU]: Das paßt Ihnen wohl nicht!)

Betroffene Jugendliche haben das Angebot so gut aufgenommen, daß sie am Montag dieser Woche das Büro dieser Zeitung besetzten. Daß Sie, meine Damen und Herren von der Union, betroffen waren über die Wut so vieler Jugendlicher, die sich an Sie gewandt haben, will ich Ihnen unterstellen. Die Weitergabe von deren Briefen an das Arbeitsamt, schlicht und schmucklos, war keine Glanzleistung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen bei aller Auseinandersetzung nicht unterstellen, daß die Zahl der Einzelinitiativen und Aktionen nicht eine beträchtliche Zahl von Arbeitsplätzen gebracht habe, nur weitaus weniger, als tatsächlich notwendig sind, weil hierzu eine globale Steuerung erforderlich ist. Der Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion trägt dem Rechnung. Sie schlägt zusätzliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 150 000 Jugendliche vor. Sie von der CDU scheinen selbst nicht auf die Durch-

(C)

(D)

(A) schlagskraft der Appelle und der Individualbetreuungsstrategie zu setzen. Wie sonst sind denn die flankierenden Maßnahmen zu verstehen, die mit Vehemenz betrieben werden? Ich meine zum einen das Gerede von der Beseitigung von ausbildungsplatzhemmenden Vorschriften. Es blieb nicht beim Gerede, ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dem Bundesrat vorgelegt.

Zum anderen komme ich auf das Rückzugsgefecht zum gegebenen Versprechen der Lehrstellengarantie zurück. Ein Hintertürchen ist in die Garantieerklärung ja schon eingebaut. Das Ausbildungsplatzangebot gilt nur für alle ausbildungsbereiten und ausbildungsfähigen Jugendlichen. Diese Einschränkung ist schon oft problematisiert worden. Ich erspare mir Wiederholungen.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Anders geht es auch nicht!)

Wir fragen allerdings, wie viele Jugendliche letztlich als unwillig und unfähig abgestempelt werden sollen, wenn am Ende dieses Jahres weit mehr als 100 000 bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf der Strecke bleiben werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber noch nicht alles. Mädchen, junge Ausländer, Abgänger ohne Schulabschluß werden jetzt aus der Garantieerklärung herausgenommen, denn für sie gilt das Benachteiligtenprogramm des Bundes.

(B)

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Mädchen?)

Ist dagegen etwa nichts einzuwenden? Doch, fürchte ich, daß hiermit ein weiteres Argument geschaffen wird. Wenn der Herr Bundeskanzler in die Pflicht genommen wird, dann setzt sich alles in allem die große Zahl unversorgter Jugendlicher aus Benachteiligten, Ausbildungsunwilligen und Ausbildungsunfähigen zusammen, so einfach ist das!

Was sich alles hinter dem Begriff Mobilisierung von zusätzlichen Ausbildungsstellen verbirgt, verfolgen wir seit Wochen mit Spannung. Eindeutig ist in dem Zusammenhang lediglich die Rede von regionalen Lücken, die zu schließen sind. Mittlerweile haben Sie von der CDU, laut Auskunft von Frau Bundesministerin Wilms, den Ausbildungsmarkt enorm in Bewegung gebracht, was immer das heißen mag. Mobil, nämlich regional, sollen auch Jugendliche sein bei der Ausbildungsplatzsuche, und wenn sie schon mobil sind, warum nicht noch flexibel, Korbmacher im bayerischen Wald, das sind vielleicht dann noch die letzten Lösungen.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Bundesminister Blüm bittet die Jugendlichen und ihre Eltern, doch nicht unbedingt Mode-, Wunsch- oder Traumberufen hinterherzujagen, wo doch zu nehmen ist, was da ist, egal was und

wo. Ich hoffe, Sie halten uns nicht für illusionär, wenn wir dagegen weiterhin für qualifizierte Ausbildungsstellen eintreten, die in zukunftsträchtige Berufe führen! (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir sind da auch im übrigen einig mit der CDU von 1982, die noch für ein ausreichendes Angebot wohnortnaher und geeigneter Ausbildungsplätze sich einsetzte.

(Beifall bei der SPD — Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Wir sind noch immer dafür!)

Meine Damen und Herren, wir reden hier über das Schicksal junger Menschen, und die konnten am 10. Februar in den „Bremer Nachrichten“ folgendes lesen:

(Abg. L ü e r s s e n [CDU]: Werden Sie einmal etwas sachlicher!)

Ja, jetzt kommt Ihre ganze Sachlichkeit! Wir konnten am 10. Februar 1983 in den „Bremer Nachrichten“ lesen: „Kanzlerinitiative schafft 30 000 Arbeitsplätze! Für jeden ist eine Lehrstelle da. Bundeskanzler Kohl hat sich ganz persönlich dafür eingesetzt, daß alle jungen Menschen Ausbildung und Arbeit bekommen. Der Erfolg: Industrie und Handwerk haben seiner Forderung entsprochen und ihm 30 000 zusätzliche Ausbildungsplätze für 1983 verbindlich zugesagt. Damit steht jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung. Auch dieses Beispiel zeigt, die Regierung Helmut Kohl hat die Weichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung gestellt, aufwärts mit Deutschland, jetzt den Aufschwung wählen, CDU: sicher, sozial und frei!“ (D)

(Beifall bei der CDU — Unruhe — Abg. Beckmeyer [SPD]: Dahinter stehen Sie heute noch! — Abg. Stichweh [SPD]: Noch einmal, sie haben es noch nicht kapiert!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen! Die CDU hat bei der Bundestagswahl nach dem Motto gehandelt: Die Seele des Wahlkampfes ist das große Versprechen. Dementsprechend wurden derartige Anzeigen geschaltet.

(Abg. Klein [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Die CDU hat Wahlkampfschindluder mit dem Schicksal junger Leute getrieben!

(Beifall bei der SPD)

Diese CDU, die heute in Bremen im Staatsmannsgewand einhergewandelt kommt und mit dem Hinweis auf den reichen Onkel in Amerika am liebsten auf den Schoß des Bürgermeisters kriechen möchte,

(Heiterkeit)

(A) diese CDU in ihrer angeblichen Solidität —

(Unruhe bei der CDU)

ja, schreien Sie ruhig auf! — ist auch zu messen an dem, wie die Versprechen der Vergangenheit sich umgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Warum soll es mit der Solidität der Landes-CDU besser bestellt sein als mit der Solidität der CDU im Bund?

(Abg. Neumann [CDU]: Da haben Sie eine tolle Wahlkampfredel!)

Wer den Aufschwung verspricht und außer dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit hinterher nichts zu bieten hat, der ist unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Neumann, werden Sie nicht unruhig!

Wer, um auf Bremen zu kommen, sich hier im Parlament sorgt um die Stärkung des Dienstleistungszentrums Bremen und kaum, daß er im Bundestag ist, schleunigst seinen gutgehenden Laden abstößt und das als Wirtschaftspolitik uns vorführt, meinen Sie, daß der glaubwürdig ist?

(Beifall bei der SPD)

(B) Oder wer uns Wirtschaftsfachleute präsentiert — und diese werden, wenn sie aus der Rolle der Objektivität ihrer Kammer heruntersteigen in den Wahlkampf, sich auch kritisieren lassen müssen —, wer uns angebliche Wirtschaftsfachleute als Experten für künftige Regierungen präsentiert, zu deren Verabschiedung noch nicht einmal die Vorstandskollegen des eigenen Konzerns nach Bremen reisen mögen, meine Damen und Herren, der ist zu fragen, wie es eigentlich mit seiner Kompetenz und Solidität bestellt ist!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Eine schöne Wahlkampfredel!)

Die Salbaderrezepte, Herr Kollege Neumann, die in diesem Zusammenhang als wirtschaftspolitische Wunderwerke fabriziert worden sind, man hätte sie ja gern eher gesehen, um sie in aller Ruhe abklopfen zu können, aber Bremen plötzlich als Steueroase, als ob Sie nicht wüßten — vielleicht wissen Sie es ja tatsächlich nicht —, daß eine ganze Reihe von Änderungen von Bundesgesetzen erforderlich ist, solche dünnen Rezepte kann man natürlich nur kurzfristig vor der Wahl präsentieren, um nicht daran gemessen zu werden. Sie sind jedenfalls ein schlechtes Eingangszeugnis für Kabinette!

(Beifall bei der SPD)

Die Bremer Wähler jedenfalls haben diese Union nicht nur danach zu beurteilen, wie sie jetzt einhergewandelt kommt nach ihren Angriffen der vergan-

genen Jahre, plötzlich mit viel Kreide und im Staatsmannsgewand, sie haben sie auch danach zu beurteilen, was da wirklich vorhanden ist, und sie haben zu urteilen danach, was eigentlich aus dem Aufschwung geworden ist, aus dieser Anzeige,

(Unruhe bei der CDU)

Herr unruhiger Kollege Neumann! Der Aufschwung erfolgte nur bei Arbeitslosenzahlen, gekürzt wurde rundum, bei Familien, bei Jugendlichen, bei Rentnern, bei den Bauarbeitern, das Schlechtwettergeld hat sich verschlechtert! Das ist die Lage! Dieselbe CDU kommt jetzt einher und will sich hier als idealer Kandidat anbieten, solide für Bremen, obgleich unsolide für Bonn!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers werden Sie sich messen lassen müssen, Sie werden daran gemessen, und Sie sind eigentlich schon gemessen, gewogen und für zu leicht befunden!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. Kuhnert (FDP\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern nachmittag haben wir in dieser Sitzung des Landtags ein Thema behandelt, das uns wohl allen ernsthaft am Herzen liegen muß. Es ist die Situation unserer Kollegen draußen in der Werft- und in der Stahlindustrie. Wir haben heute morgen die Gelegenheit, über eine Situation zu sprechen, die uns seit Jahren in diesem Parlament bedrückt und die wirklich nicht geeignet ist, sehr geehrter Herr Kollege Kunick — ich kann verstehen, daß Sie als Landesvorsitzender kurz vor einer Bürgerschaftswahl verpflichtet sind, hier Wahlkampf zu machen —, mit solchen Formulierungen hier in diesem Hause zu agieren!

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD)

Wir haben diese Debatte am 16. Juni hier in der gleichen Art, mit der gleichen Zielsetzung und mit der gleichen Sorge geführt. Leider ist auf diesem Gebiet noch keine Besserung eingetreten. Das wissen wir alle. Im Gegenteil, durch die derzeit geburtenstarken Jahrgänge der Schulabgänger ist die Ausbildungssituation unserer Jugendlichen noch bedrückender geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Arbeitslosigkeit junger Menschen ist nicht nur ein drängendes wirtschaftliches Problem, sondern ist ein Anliegen, das uns alle betreffen muß! Dazu, Herr Kunick, komme ich gleich zu Ihrem Beitrag, der ja eigentlich den großen Inhalt in der Diskussion hatte!

Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Kollege Kunick, jeder Abgeordnete in einem Landtag, jeder

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bürger draußen in unserem Land und erst recht ein Kanzler unserer Bundesrepublik ist verpflichtet und sogar gezwungen, sich mit diesem Problem zu befassen und zu versuchen, dieses Problem politisch zu lösen, und zwar nicht im Alleingang, sondern mit allen Fraktionen im Deutschen Bundestag und in unserem Landtag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist es auch nicht recht, und mir ist nicht wohl dabei. Ich kann mich wohl bemühen, ich muß als Kanzler oder als Abgeordneter mit allen Verantwortlichen in diesem Land sprechen, um sie immer wieder darauf hinzuweisen, daß diese Situation von uns nicht allein gelöst werden kann, sondern daß alle mithelfen müssen, und das muß man nach dem Motto tun, steter Tropfen höhlt den Stein! Wir wissen, daß von heute auf morgen nicht alle Jugendlichen, wenn wir alle Programme zusammenziehen, einen Ausbildungsplatz bekommen, aber wir müssen doch wenigstens versuchen, das zu tun. Es ist gefährlich — ich sehe das so —, eine Garantie abzugeben!

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich kann mich hier hinstellen und mit meinem Herzblut dafür eintreten, daß etwas geschieht, daß junge Menschen einen Ausbildungsplatz oder eine Beschäftigung bekommen, aber ich würde nicht so vermessen sein, eine Garantie abzugeben. Wer mir und meiner Familie eine Garantie für ein glückliches Leben gibt, der muß aber sehr vorsichtig sein, obwohl ich sehr bescheiden bin!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Ansprüche, was mich betrifft, hängen sehr tief. Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind es junge Menschen, die hoffnungsvoll in ein Leben gehen, und das sogar noch in einer Zeit, in der sie glauben, jetzt ist endlich ein Mann da, der ihnen sogar eine Garantie gibt, die dann enttäuscht werden müssen, weil Herr Bundeskanzler Kohl, ich möchte ihm ja keinen Vorwurf machen, sich zwar bemüht, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, er ist auch nur ein Mensch, und das müßte er wissen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Er kann von heute auf morgen keine Berge versetzen. Wir versuchen es hier in kleinem Rahmen in unserem Lande, wir stehen ja weitaus schlechter da als andere Länder in der Bundesrepublik, und wir versuchen ehrlich und aufrichtig, jeder einzelne hier, etwas zu tun. Niemand von uns, und da müssen wir uns doch auf die Brust klopfen, hat doch eine Patentlösung! Sie haben sie nicht, Herr Kunick, wir haben sie nicht, und die CDU hat sie auch nicht.

Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben doch diese Debatten gebracht: Ich habe eben von Herrn Dr. Schulte eine Mitteilung bekommen, einen Brief, den er an den Arbeitgeberverband geschrieben hat. Wir haben 500 Briefe an junge Unternehmer und an den Bund der Selbständigen geschrieben. Das Ziel waren 20 zusätzliche Ausbil-

dungsplätze. Wir wissen, daß das nicht viel ist, aber nur so, meine sehr geehrten Damen und Herren, Stück für Stück, werden wir in der Lage sein, gemeinsam das Problem zu lösen. Manch einer, Herr Kunick, könnte vielleicht aufstecken, wenn er immer wieder nicht der Mehrheitsfraktion angehört, sich aber trotzdem bemüht und dann vielleicht so hingestellt wird, als wenn das alles nichts ist, was alles nicht war.

(C)

Ich möchte einen Appell an Sie alle richten. Wir werden, wenn wir diese Probleme, die uns bevorstehen, lösen wollen, alle zurückstecken müssen, persönlich und auch wirtschaftlich, und ich glaube, das wird keinem von uns schaden! Niemandem würde es schaden, denn wenn wir diese Probleme lösen wollen, wird die nächste Bürgerschaft wirklich Ernst machen müssen mit diesen Dingen.

Wir haben — ich weiß ja, es wird abgelehnt, es wird aber vielleicht darüber nachgedacht — unsere ganze Sorge immer wieder, und nun muß sich ja jemand darum kümmern, auf die Jugendlichen gerichtet, die aus einem sozialen Umfeld kommen, in das sie hineingeboren sind, wofür sie nichts können, aber die in dem Wettbewerb um Ausbildungsplätze eben doch immer zurückstecken müssen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben im September vorigen Jahres hier einen Antrag eingebracht oder ich habe das in der Debatte erwähnt. Dankenswerterweise hat die SPD-Fraktion das ein paar Monate später beschlossen: das Jugendwerkstättenkonzept! Wir sind voll damit einverstanden. Wir wissen, daß wir solche Einrichtungen nicht als Luxuseinrichtungen auf die Dauer brauchen, aber daß wir sie vorübergehend unbedingt brauchen, um diese Jugendlichen, die uns am Herzen liegen, unterzubringen, sie vorzubereiten für einen Beruf. Dies wird ganz wichtig sein, ich habe es letztes gesagt, sonst stehen wir 1990 vor einem Facharbeitermangel, und dann klagen die Leute, die nach uns kommen — ich werde es ja nicht mehr sein —, darüber, daß sie dieses Problem lösen müssen.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier einen Antrag eingebracht, und das sind hier keine leeren Worte oder keine schönen Formulierungen,

(Zuruf des Abg. Kunick [SPD])

sondern — Herr Kunick, wir haben ja Wahlkampf — wir haben jeden prominenten Politiker der FDP, der hier im Land Bremen war, aufmerksam gemacht auf diese Probleme und haben ernsthaft mit ihm darüber gesprochen. Wir wissen, daß das Benachteiligtenprogramm der Bundesregierung aufgestockt worden ist, wir wissen aber auch alle, daß es gerade für das Land Bremen eben nicht ausreicht und daß wir, wenn wir Ernst machen wollen, dieses Programm noch einmal aufstocken müssen.

(Beifall bei der FDP)

(A) Wir haben das mit allem Nachdruck denjenigen unserer Fraktion im Deutschen Bundestag gesagt und mitgeteilt, die dafür die Verantwortung tragen. Wir stehen hier als Abgeordnete in diesem Landtag, und wir sind verpflichtet, uns um diese Probleme in unserem Land zu kümmern. Das müssen wir unseren Leuten in Bonn in der Bundestagsfraktion deutlich machen, und zwar so lange, bis sie das begreifen! Frau Dr. Adam-Schwaetzer hat uns das zugesagt, sie hat ja in der letzten Fragestunde im Deutschen Bundestag das auch erwähnt, wir wollen das tun, und wir müssen das tun.

(Beifall bei der FDP)

Sicher werden wir uns um viele andere Dinge kümmern müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber hier liegt unser Schwerpunkt. Sie wissen, daß ich vor Jahren hier von dieser Stelle aus mich immer wieder eingesetzt habe für zusätzliche Ausbildungsplätze für Mädchen und für Ausländer, eine Sorge, die uns heute immer noch belastet. Auch hier müssen wir neue Wege gehen. Herr Wedemeier, manch ein Arbeitgeber, manch ein Handwerker hat über seine Belastung, die er tragen kann, hinaus uns ein ganzes Stück geholfen, dieses Problem zu lösen!

(Beifall bei der FDP)

(B) Wir müssen aber auch bereit sein — ich selbst bin Gewerkschafter seit 35 Jahren —, wo wir auch immer stehen, nicht Dinge aufzugeben, die wir für die Menschen, für unsere Bürger draußen im Land geschaffen haben, sondern wenn es die Situation, in der wir stehen, vorübergehend etwas erleichtert, dann müssen wir auch einmal über unseren eigenen Schatten springen. Ich bin bereit dazu.

Wir sollten eines aber nicht aus dem Auge verlieren: Wir sollten gerade für die Betroffenen, um die es geht, das Wohl ihrer Gesundheit und ihrer sozialen Absicherung nicht vergessen. Wir sollten nicht so tun, als ob das eine nötig wäre, und das andere muß nicht sein, sondern wir sollten hier wirklich die gute Kombination finden.

Ich habe mich gestern während der Debatte in die Lage eines Werftarbeiters dort oben versetzt. Wenn wir nicht wirklich alle bereit sind, in welcher Organisation wir auch immer stehen, ob in Gewerkschaften oder Kirchen oder anderswo, einmal ein Stück zurück zu gehen, immer im Auge zu behalten, daß wir nichts abbauen wollen, sondern daß wir eine hohe Verpflichtung haben, junge Menschen ins Leben zu führen und sie aus einem Umfeld herauszuholen, in das sie hineingeboren worden sind, und sie zu Menschen zu machen. Das müssen wir sehr sorgfältig tun.

Das Jugendwerkstättenkonzept, meine Damen und Herren, haben wir begrüßt, aber ich habe in der Deputation schon einmal gesagt, wir sollten das sehr eifrig und bescheiden durchführen, wir sollten diesen jungen Menschen Personen zur Seite stellen, die nicht nur fachlich geeignet, sondern auch menschlich und von der physischen Kraft her in der Lage sind, mit diesen jungen Menschen umzugehen.

(C) Ich bin bereit, diesen Schritt mitzumachen, ganz gleich, welche Konsequenzen das sind. Es kann uns nicht beruhigen, daß wir etwas geschaffen haben, und nachher müssen wir feststellen, daß das, was wir eigentlich gut gemeint haben, nicht mehr ist. Hier muß mit großer Sorgfalt darauf geachtet werden. Wir müssen dieses Jugendwerkstättenkonzept ganz genau kontrollieren, nicht weil wir diktatorisch vorgehen wollen, sondern damit es auch den Sinn bekommt, den es hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in der letzten Deputationssitzung für eine Organisation — ich will jetzt den Namen nicht nennen — Mittel bewilligt, um jugendliche Menschen in dieses Programm einzubinden. Ich habe damals gesagt, ich würde davor warnen, so etwas zu tun, sonst macht sich jede Hausgemeinschaft auf den Weg, gründet eine Jugendausbildungswerkstätte, kommt dann zum Senator und will Geld haben.

Hier müssen wir sorgfältig vorgehen. Es kann uns nicht beruhigen, wenn wir umfangreiche Mittel bewilligt und etwas geschaffen haben, sondern viel größer ist die Verantwortung für das, was wir geschaffen haben und was am Ende dabei herauskommen soll. Darum möchte ich wirklich bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herr Neumann ist ja sehr vorsichtig gewesen, obwohl er sonst immer von seiner Argumentation her sehr kräftig ist. Er hat in der Presse und draußen anders argumentiert als Herr Kohl, denn er hat von der Garantie gar nicht mehr gesprochen, sondern er ist vielleicht realistisch gewesen und hat gesagt, das sehe ich auch ein, daß das nicht so ist, also versuche ich es auf meine Art.

(D) Herr Neumann, Sie reden von diesem Pult aus, und ich nehme Ihnen das ab, zu den guten Verbindungen, die Sie zum Bundeskanzler haben, und als Oppositionsführer in einem Landtag, dessen Probleme nun wirklich nicht gerade klein sind, haben Sie auch die Verpflichtung dazu, diese Probleme anzuschneiden beim Bundeskanzler und zu lösen. Nur, Herr Neumann, ich würde sagen, diese Debatte — ich hoffe, daß sie nicht weiterhin emotionsgeladen geführt wird —

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist doch schon begonnen worden!)

sollte dazu dienen, doch auch wirklich Ihren Parteifreunden, ich versuche das immer wieder, klarzumachen, daß man bei zwei Problemen, nämlich der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, nicht den Mund zu voll nehmen darf.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind Kummer gewohnt, wir sind durchs Leben gegangen, wir haben Enttäuschungen erlebt, aber ein junger Mensch kann oftmals schwer damit fertig werden, und gerade der junge Mensch, der in seinem Elternhaus schon nicht das bekommen hat, was er bekommen mußte, und draußen im Leben noch von

(A) Politikern enttäuscht wird, muß doch mit Recht sagen, was sollen die jungen Leute von Politik überhaupt noch halten,

(Beifall bei FDP und SPD)

wenn solche Dinge passieren!

Ich möchte mit diesem Beitrag zunächst einmal schließen. Ich werde mich vielleicht nachher noch einmal melden. — Vielen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Präsident ermahnt mich, schön ruhig zu sein, meine Damen und Herren, er ahnt nach der Rede von Herrn Kunick schon Schlimmes, glaube ich.

(Heiterkeit — Abg. Neumann [CDU]: Er hat dafür ein Gefühl!)

Ich finde, Herr Kollege Kunick, mit Ihrer Wahlkampfreden sind Sie der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht gerecht geworden. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das etwas ernster behandelt.

(Beifall bei der CDU)

Es kann niemand bestreiten, meine Damen und Herren, daß die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ernst ist, und das trifft für unsere Region in Bremen in besonderer Weise zu. Wir müssen, das beschönige ich überhaupt nicht, in Bremen befürchten, daß ein erheblicher Teil der Jugendlichen — —

(B)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Im ganzen Bundesgebiet, Herr Kudella!)

Herr Kollege Beckmeyer, Sie werden doch die Güte haben, mich wenigstens einmal zwei Minuten anhören zu wollen!

(Abg. Gassdorf [CDU]: Er denkt immer, Bremerhaven ist an der Reihe!)

Bevor ich auf Einzelheiten komme, gestatten Sie mir doch einmal, ungestört ein paar Gedanken vortragen zu dürfen! Sie brauchen doch nicht so nervös zu werden! Auf Ihre Anzeige in Bremerhaven komme ich ohnehin noch zu sprechen, seien Sie ganz ruhig!

(Abg. Neumann [CDU]: Er muß doch Sachbeiträge nachweisen können, deshalb seine Zwischenrufe!)

Ich will noch einmal sagen, wir müssen in Bremen befürchten, und das will ich hier nicht beschönigen, daß ein erheblicher Teil der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, diesen nicht finden werden. Es ist völlig unbestritten, daß für junge Menschen, die aus der Schule kommen, die den Einstieg in das Berufsleben suchen, es eine bittere Erfahrung ist, wenn sie erfahren müssen, daß unsere Gesellschaft

ihnen sagt, wir können dir keinen Ausbildungsplatz bieten, wir brauchen dich nicht. Die Gefahr, daß der junge Mensch verbittert ist, daß er sich von dieser Gesellschaft, von diesem Staat möglicherweise abwendet, daß er radikal wird, ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen.

(C)

Deswegen muß man immer wieder an alle, die Verantwortung für Ausbildungsplätze tragen, appellieren, tut was ihr könnt, das gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst. Wir alle, die Wirtschaft, der öffentliche Dienst, die Parteien, müssen uns anstrengen, um möglichst allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Meine Damen und Herren, dafür treten wir als CDU uneingeschränkt ein.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Thema, lassen Sie mich das noch einmal sagen, eignet sich nicht für eine billige Wahlkampfpolemik.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben diese Anfrage eingebracht, meine Damen und Herren von der SPD, obwohl wir im Juni, das heißt in der letzten Sitzung dieses Hauses, bei gleichem Sachverhalt das Thema schon einmal in aller Ausführlichkeit behandelt haben. Herr Kunick hat sich selbst verraten. Er hat gesagt, es ist müßig über Zahlen zu streiten.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist bezeichnend!)

(D)

Meine Damen und Herren, worüber wollen Sie denn reden, wenn Sie nicht über Zahlen reden wollen, frage ich Sie hier!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Über Lehrstellen! — Abg. Kunick [SPD]: Über Menschen, Herr Kollege!)

Der Senator für Bildung hat mit Schreiben vom 10. August 1983 meinem Kollegen Georg Urban auf die Frage, wie es denn bei der Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz aussehe, mitgeteilt, daß er zum Beispiel bei den landesunmittelbaren Körperschaften nicht vor dem 30. 9. sagen könne, wie die Zahl der Ausbildungsplätze aussehe.

(Abg. Neumann [CDU]: Wer war das?)

Das schreibt Herr Senator von Hassel! Ich habe das Schreiben hier.

(Abg. Neumann [CDU]: Das paßt ja gar nicht zu Kunick!)

Das ist ein kleiner überschaubarer Bereich mit etwa 100 Ausbildungsplätzen. Da kann er nicht sagen wie die Zahl aussieht!

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist ja verständlich!)

Warum denn nicht? Weil, wie überall, man überhaupt erst zu dem Stichtag, den Herr Senator von

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Hassel selbst nennt, nämlich dem 30. 9., das heißt im Prinzip erst einige Tage danach

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das weiß Herr Kunick aber nicht!)

feststellen kann, wie die Ausbildungsplatzsituation ist. Das heißt also, erst dann kann man über Zahlen reden, und erst dann kann man gegebenenfalls darüber streiten, ob genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen oder nicht. Alles andere, was hier vorher geschieht, steht auf unsicheren Füßen und ist nicht geeignet, eine sachgerechte Debatte zu führen, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der SPD — Abg. G a s s d o r f [CDU]: Die sind sehr unruhig, das kann ich verstehen!)

Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß die Unterstellung, die hier auch wiederholt gefallen ist, völlig unberechtigt ist, daß der Bundeskanzler dieses Versprechen abgegeben habe. Das Versprechen ist abgegeben, wie es auch in Ihrer Großen Anfrage, in der Sie es zitieren, zum Ausdruck kommt, von der Wirtschaft gegenüber dem Bundeskanzler. Der Bundeskanzler hat sich bemüht, ein solches Versprechen zu bekommen. Die Wirtschaft hat es ihm gegeben, und, meine Damen und Herren, wenn man über Zahlen auch nicht streiten kann, es deutet alles darauf hin, daß die Zahl von 30 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen nicht nur erreicht, sondern bei weitem überschritten wird.

(B)

(Beifall bei der CDU — Abg. K u n i c k [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich nehme jetzt keine Zwischenfragen an! Ich möchte erst meine Ausführungen machen!

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Alle Jugendlichen haben also einen Ausbildungsplatz!)

Das heißt, nach allem, was bis heute vorliegt, gehen wir davon aus, daß, auf das Bundesgebiet bezogen, wir eine bessere Situation haben werden, als Sie im Augenblick annehmen, meine Damen und Herren.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Ich möchte noch einmal sagen, daß wir als Stichtag für den Berufsbildungsbericht den 30. 9. haben und daß erst Anfang Oktober klar sein wird, wie viele Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen und wie viele Ausbildungsplatzsuchende dann eventuell noch übrigbleiben.

Ich will nicht verschweigen, meine Damen und Herren, das habe ich in der vorletzten Debatte zur Jugendarbeitslosigkeit und zum Ausbildungsstellenmangel in diesem Hause schon einmal gesagt, daß es natürlich regionale Probleme gibt. Diese regionalen Probleme, meine Damen und Herren, sind um so schwieriger zu lösen, als die Wirtschaft insgesamt

sich in einem Tief befindet. Daß die Situation in Bremen und in Bremerhaven in den Unternehmen besonders schlecht ist, nicht zuletzt auch aufgrund Ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren, ist natürlich eine Binsenweisheit.

(Beifall bei der CDU — Abg. N e u m a n n [CDU]: Das kann man doch nicht Herrn Kohl anlasten!)

Meine Damen und Herren, ich will nur einmal zu der Entwicklung der Arbeitslosigkeit sagen, wir haben vom Juni 1979 bis zum Juni 1983 eine Steigerung von 11 598 auf 37 400 gehabt, die Sie uns ja nicht anlasten können, auch nicht der alten Bundesregierung, da regierten Sie noch in Bonn. Das ist eine Steigerung von über 200 Prozent.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: In Bremen!)

So sieht die Situation in dieser Region aus! Bei der Jugendarbeitslosigkeit haben wir eine Steigerung von 874 auf 3081 in drei Jahren. Das ist eine Steigerung von rund 300 Prozent, und das sind die Folgen Ihrer Politik, meine Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU — Abg. N e u m a n n [CDU]: Das ist die SPD!)

Das sind die Rahmenbedingungen, die dazu führen, daß es schwierig ist, in Bremen und in Bremerhaven genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen,

(Beifall bei der CDU)

(D)

weil die Unternehmen zum Teil aus dem letzten Loch pfeifen und nicht mehr können.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dennoch, meine Damen und Herren, ist festzustellen, daß es erhebliche Anstrengungen der Unternehmungen im Land Bremen gegeben hat. Nach dem augenblicklichen Stand sieht es so aus, daß trotz dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage die Unternehmen im Land Bremen, und das ist zunächst auf den Stichtag 31. Juli bezogen, bereits eine Steigerungsrate bei den Ausbildungsplätzen in Höhe von 3,3 Prozent zu verzeichnen haben.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Trotz der Schwierigkeiten!)

Das ist eine großartige Leistung in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation des bremischen Handwerks und der bremischen Kaufleute, wofür wir Dank sagen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat ermittelt, daß eine Steigerung des Ausbildungsplatzangebots, auf das Bundesgebiet bezogen, immerhin um zehn Prozent zu erwarten ist, denn bereits Ende Juni 1983 haben die Industrie- und Handelskammern 9,3 Prozent mehr Auszubildungsverhältnisse registriert als im Vorjahr. Der Zentralverband des Deutschen

(A) Handwerks ermittelte für seine Bereiche eine Steigerung von fünf Prozent. Die Bundesregierung hat die Mittel zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher gegenüber dem letzten Jahr auf 124 Millionen DM fast verdoppelt.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sehr lobenswert!)

Davon hat Bremen erheblich profitiert, meine Damen und Herren. Sie tun ja bei einigen Maßnahmen so, als ob Sie das alles allein bezahlen würden, was nicht der Wahrheit entspricht. Der Herr Beckmeyer macht in Bremerhaven eine ganzseitige Anzeige

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Die war gut, nicht?)

und steckt sich diese fremden Federn der CDU-geführten Bundesregierung an den Hut und verschweigt das völlig!

(Beifall bei der CDU — Heiterkeit bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Bedenkenlos!)

Meine Damen und Herren, Sie sollten auch in dieser Frage, wenn Sie mit uns kritisch diskutieren, mehr Ehrlichkeit walten lassen,

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Herr Beckmeyer, Sie insbesondere!

(B)

Ich stelle also fest, meine Damen und Herren, daß es in der Wirtschaft insgesamt große Anstrengungen gegeben hat, daß es erheblich mehr Ausbildungsplätze gibt und daß zu erwarten ist, daß das Defizit zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und Ausbildungsplätzen nicht so groß sein wird, wie Sie es unterstellen, dennoch kann nicht verschwiegen werden, daß es regionale Probleme gibt.

Meine Damen und Herren, nun stellt sich natürlich die Frage, was hat Bremen denn getan, Bremen, der öffentliche Dienst, die Betriebe, die sich im Besitz oder Teilbesitz der Stadtgemeinde Bremen befinden. Ich bedauere, da ich jetzt die Regierungserklärung von Bürgermeister Koschnick vom 12. Dezember 1979 zitieren möchte, daß Herr Koschnick nicht anwesend ist,

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist sein Engagement dafür!)

denn das scheint Herrn Koschnick nicht zu interessieren. Es wäre jetzt einmal interessant, wenn ich ihn mit seinen Aussagen konfrontieren könnte. Herr Präsident, ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß der Bürgermeister im Hause erscheint, damit ich mich einmal mit ihm auseinandersetzen und ihm seine

(Beifall bei der CDU)

Versprechungen vorhalten kann, die er nicht eingehalten hat. Er glänzt dauernd durch Abwesenheit,

aber bei solch einem wichtigen Thema könnte er einmal da sein, finde ich. (C)

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Sprechen Sie lieber zum Thema!)

Ich zitiere aus der Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode von Bürgermeister Koschnick.

(Abg. Neumann [CDU]: Hören Sie einmal zu, Herr Kunick!)

Sie ist überschrieben „Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich“. „Das Gesamtprogramm des Senats für den Zeitraum 1978 bis 1985, also die Jahre des großen Ausbildungsplatzmangels sieht fast 4000 weitere Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich vor. Für mehr als 1000 Jugendliche stellen dabei der öffentliche Dienst und die Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung zusätzliche Ausbildungsplätze überwiegend im dualen System bereit.“

„Berufsfachschulplätze mit berufsqualifizierendem Abschluß“, nächste Überschrift! „Die Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß wird, soweit sich die Prognosen zum Ausbildungsplatzdefizit bestätigen, vorübergehend auf rund 2700 Ausbildungsplätze erweitert. Dabei werden insbesondere bei der Ausbildungsplatzsuche benachteiligte Jugendliche berücksichtigt. Durch eine praxisbezogene Ausbildung erwerben Jugendliche in dieser Berufsfachschule einen anerkannten Abschluß, der die gleichen Berechtigungen wie die Abschlußprüfungen der entsprechenden Ausbildungsberufe im dualen System gewährt.“ (D)

(Abg. Stichweh [SPD]: Bundesweit vorbildlich!)

Soweit Herr Bürgermeister Koschnick in seiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode am 12. Dezember 1979!

Nun wollen wir einmal das Versprechen des Bürgermeisters mit der Wirklichkeit konfrontieren, meine Damen und Herren. Ich fange einmal mit den Kleinigkeiten an. Das geht los beim Senator für Gesundheit, er fehlt auch, aber das macht nichts.

(Zuruf von der CDU: Der sucht Koschnick!)

Da gibt es bisher eine Altenpflegeausbildung, die führt er nicht weiter, obwohl ein erheblicher Bedarf auch in der Folgebeschäftigung besteht und gegeben wäre. Das muß nun Arbeit und Leben übernehmen.

Beim Jugendwerkstättenkonzept, meine Damen und Herren, was zwar erheblich vom Bund gefördert wird, aber organisatorisch von Bremen geleistet werden muß, besteht eine große Gefahr — ich zitiere hier ein Schreiben an Herrn Senator Willms vom Arbeitsamt Bremen Verwaltungsausschuß —: „Vorgesehen war neben der reinen Arbeit auch die Vermittlung von beruflichen Inhalten als sogenannte Kombination von Arbeit und Lernen. Gerade diese Kombination sollte Schwerpunkt des Jugendwerkstättenkonzepts sein und den Jugendlichen eine

(A) reale Chance im Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz beziehungsweise sonstige berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten geben. Mangels entsprechender Werkstätten und Vorbereitung der vorgesehenen Grundlehrgänge droht diese Konzeption zu scheitern. Insgesamt besteht nunmehr die Gefahr, daß das Jugendwerkstättenkonzept zu einer reinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme degeneriert.“

Meine Damen und Herren, wenige Wochen, bevor das losgehen soll, sind Sie noch nicht einmal in der Lage, die organisatorischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen! Das ist ein Armutszeugnis besonderer Art!

(Beifall bei der CDU)

Nun weiter zu den Zahlen von Herrn Koschnick! Ich kann nur feststellen, daß keine der Versprechungen, die er in seiner Regierungserklärung abgegeben hat, eingehalten worden ist.

(Abg. Stichweh [SPD]: Er spinnt!)

Ich lese Ihnen die Zahlen, Entwicklung der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst vor. Dies sind Zahlen aus der senatorischen Dienststelle von Herrn von Hassel. Sie stammen nicht von mir.

(Abg. Sixt [SPD]: Von wann?)

Von wann? Das sage ich Ihnen auch! Vom 10. August dieses Jahres, ganz frisch!

(B) (Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

1979, Sie wissen, 1979 hat Herr Koschnick erklärt, 1000 allein im dualen System im öffentlichen Dienst mehr, das habe ich eben vorgelesen, 1979 940, 1980 939, 1981 837, 1982 913, 1983 930. Meine Damen und Herren, wo sind denn die 1000? Wo sind denn die Versprechungen des Herrn Koschnick? Wo sind sie denn?

(Beifall bei der CDU)

Sie haben vom letzten Jahr zu diesem Jahr nicht einen einzigen Ausbildungsplatz mehr geschaffen, und von den 1000 sind Sie meilenweit entfernt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Unerhört!)

Herr Kunick, wissen Sie, wie ich so etwas nenne? Heuchelei! Das ist Heuchelei, was Sie hier betreiben!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Sie tun hier nichts, machen dicke Backen

(Heiterkeit bei der SPD)

und tragen nicht für einen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz Rechnung!

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme zurück, daß ich sage, Sie haben nichts gemacht, natürlich haben Sie auch etwas gemacht, bloß die Zahlen, die in der Regierungserklärung

stehen, haben Sie nicht eingehalten, das ist die Tatsache! (C)

Wie sieht es nun bei der Berufsschule mit qualifizierendem Abschluß aus? Ganz ähnlich! Planungszahl: 1980 526, 1981 556, 1982 556, 1983 526.

(Abg. Neumann [CDU]: Wieviel sollten es denn sein?)

Das sind Zahlen, die Sie geplant haben, meine Damen und Herren! Das heißt, wenn Sie die drei Jahre zusammenrechnen, das muß man ja immer, dann kommen Sie auf zirka 1600 Ausbildungsplätze, wovon einige Plätze nicht besetzt werden, wie wir aus der Erfahrung wissen. Das kann ich Ihnen von der sozialdemokratischen Seite allerdings nicht zum Vorwurf machen. Ich kann nur sagen, das haben Sie geplant, diese Plätze stellen Sie zur Verfügung, das sind gut gerechnet zirka 1600. Herr Koschnick hat 2700 Plätze versprochen. Es fehlen 1100 Plätze, meine Damen und Herren! Auch hier versprochen, nicht gehalten!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Hilfen des Bundes, die Sie verschweigen, will ich Ihnen noch ergänzend vorführen. Benachteiligtenlehrstellenprogramm, Aufstockung 1983/84 um 100 bis 200 Plätze der Bund zahlt —, das verschweigen Sie alles — zwölf Millionen DM, Sie bezahlen 500 000 DM.

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört! Donnerwetter!)

Das heißt, das ist eine Maßnahme, die fast ausschließlich vom Bund gefördert wird, meine Damen und Herren. Ehrlichkeit gebietet es in solchen Debatten, daß Sie diese Anstrengungen des Bundes auch betonen und würdigen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Förderungsprogramme, vorrangig und vornehmlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Aufstockung 1983/84 um rund 1000 zusätzliche Plätze. Die Kosten für den Bund betragen 48 Millionen DM, für das Land zwölf Millionen DM, wobei Sie bei den zwölf Millionen DM noch drei Millionen DM abziehen müssen, weil es sich hier um sogenannte Dienstaufsichtskosten handelt, die, wie jeder Fachmann weiß, überhaupt nicht anfallen. Also die richtige Relation wäre: 48 Millionen DM vom Bund gegenüber 9 Millionen DM vom Land. Auch hier macht der Bund eine große Anstrengung. Beim Werkstättenprogramm gibt der Bund 13 Millionen DM, das Land drei Millionen DM. Meine Damen und Herren, das heißt, vieles von dem, was hier in Bremen geschieht, wird in ganz entscheidender Weise und weit überwiegend durch den Bund gefördert. Da haben Sie auch nicht annähernd etwas Gleichwertiges entgegengesetzt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: In anderen Bundesländern wird doch genauso gefördert! — Abg. Neumann [CDU]: Das bestreiten wir ja auch gar nicht!)

(A) Herr Stichweh, hören Sie doch erst einmal zu, es kommt noch eine wichtige Aussage!

(Abg. Stichweh [SPD]: Noch eine?)

Wenn Herr Koschnick seine Versprechen der Regierungserklärung eingelöst hätte, hätten wir im Land Bremen zwischen 1600 und 1800 zusätzliche Plätze. Dies bedeutet, wenn ich die Aussage des Arbeitsamts Bremen zugrunde lege, daß wir möglicherweise im nächsten Monat zwischen 1200 und 1500 unversorgte Jugendliche haben, daß wir die Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Bremen im wesentlichen gelöst hätten und daß wir über das Problem in Bremen nicht mehr zu reden brauchen. Das setzt allerdings voraus, daß Sie nicht nur immer von der SPD Versprechungen machen, sondern daß Sie das, was Sie versprechen, auch endlich ein einziges Mal einhalten!

(Beifall bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Herr Kudella, Sie haben ja die Zahlen von vier Jahren addiert!)

Ich habe Ihnen doch die Zahlen vorgelesen, die können Sie doch — —.

(Zuruf des Abg. Stichweh [SPD] — Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Kudella!

(B) Abg. Kudella (CDU): Lieber Herr Stichweh, es gibt in jedem Jahr, geplant von Ihnen, etwas über 500 Stellen im BFS/q, das sind in drei Jahren zusammen zirka 1500. Der Bürgermeister hat 2700 Plätze versprochen, und da fehlen nach Adam Riese 1200, oder wenn Sie es aufrunden, 1100. Daran gibt es doch keinen Zweifel, da wird man doch Zahlen lesen können!

(Abg. Klein [CDU]: Teilmengenfetischist! — Abg. Kunick [SPD]: Adam Riese dreht sich im Grabe um bei Ihren Rechnungen!)

Meine Damen und Herren, die Schwierigkeiten in dieser regionalen Situation sind darin begründet, daß der Senat und die SPD ihre Versprechungen nicht eingehalten haben.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Kudella, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Urban anzunehmen?

Abg. Kudella (CDU): Herr Abgeordneter Urban, bitte sehr!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Urban!

Abg. Urban (CDU): Herr Kudella, mochten Sie das den Sozialdemokraten nicht mehr antun? Können Sie bestätigen, daß zum Beispiel für das von Ihnen nicht erwähnte Berufsgrundbildungsjahr in der Regierungserklärung versprochen wurde, die Plätze auf 2000 im Jahr 1983, also in diesem Jahr auszubauen,

und daß von diesen 2000 Plätzen auch wieder nach einer schriftlichen Aussage des Bildungsensors zur Zeit 867 eingerichtet sind, so daß hier auch ein nicht-eingehaltenes Versprechen von 1200 Ausbildungsplätzen besteht? (C)

(Abg. Klein [CDU]: Jetzt wissen Sie einmal, was Versprechungen bedeuten bei Ihnen!)

Abg. Kudella (CDU): Herr Kollege Urban, ich kann das nur bestätigen, ich habe die Zahlen auch hier, bloß, das ist ja so, wenn ich alle Versprechungen der Sozialdemokraten aufführe, die sie nicht eingehalten haben, reicht meine halbe Stunde Redezeit nicht aus!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren — —.

(Abg. Kunick [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Nein, Herr Kunick, Sie haben auch keine Zwischenfragen angenommen! Ich nehme keine Zwischenfragen an!

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Tränen, die Sie von der SPD weinen, sind Krokodilstränen, und die sind bekanntlich nicht echt. Diese Debatte, die Sie wollten und vor der wir uns nicht gescheut haben, ist ein Eigentor geworden.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Ihre Kollegen sitzen zum Teil betroffen in den Reihen,

(Lachen bei der SPD)

und Sie sollten vermeiden, daß Sie wirklich versuchen, mit reiner Polemik die Wahrheit zu übertünchen. Aber das, meine Damen und Herren, was Sie den Jugendlichen versprochen haben, sollten Sie versuchen, schleunigst nachzuholen,

(Abg. Sabine Uhl [SPD]: Na, Sie erst!)

damit die Jugendlichen gerade auch in die Institutionen des Landes Bremen wieder Vertrauen gewinnen. Denen ist nicht mit Wahlkampfreden geholfen, sondern mit Taten des Senats!

(Anhaltender Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Herr Kunick, jetzt ist Ihnen Ihr Ofen explodiert! — Abg. Neumann [CDU]: Das war ein Rohrkrepiierer, scheint mir!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Meine Damen und Herren! Vor zwei Monaten haben wir in diesem Haus über die Jugendarbeitslosigkeit und über die Ausbil-

\* Vom Redner nicht überprüft.

(A) dungsplatzsituation debattiert. Wir haben für die Bremer Grüne Liste, nachzulesen im Protokoll vom 16. Juni dieses Jahres, dazu ausgeführt:

„Der Test für jedes Gesellschaftssystem ist die Fähigkeit, die Menschen, die in ihm leben, ausbilden zu können und ihnen die Chance zu geben, so sie sie nutzen wollen, durch Arbeit auch ihren Lebensunterhalt zu verdienen.“

Unser Gesellschaftssystem, in dem wir leben, und das wir besser finden als staatlich reglementierende Lösungen dieser Frage, steht allerdings sozusagen am Scheideweg, ob denn dieser Test auch bestanden wird. Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel und beide in der Kombination, keine Ausbildungsplätze für Jugendliche, Jugendarbeitslosigkeit, sind hier tatsächlich Markstein, der Test, ob dieses Gesellschaftssystem seine Probleme überhaupt noch in den Griff bekommt. Da ist es, wie wir als Bremer Grüne Liste zu vielen Bereichen sagen, fünf vor zwölf.

Eingedenk dieser Tatsache haben wir dann in dieser Debatte als unsere Haltung festgelegt — ich zitiere noch einmal aus dem Schluß unserer Ausführungen, in denen es darum geht, wie die Anträge zu behandeln sind, die vorgelegt worden sind von allen Fraktionen im Hause —, wir haben gesagt: „Wir haben viele Bauchschmerzen bei einzelnen Formulierungen in den Anträgen, das sagen wir ganz offen, aber angesichts der Lage und angesichts der Tatsache, daß wir alle vom Ernst der Lage sprechen, müssen wir diese Bauchschmerzen zurückstellen und sagen, alles, was wir tun können, ist nötig. Tun wir auch das alles.“ Meine Damen und Herren, das ist unsere Haltung.

(B) Jetzt, zwei Monate später, debattieren wir diese Frage, und ich muß Ihnen ehrlich gestehen, mir ist nichts Neues dazu eingefallen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Dann setz dich hin!)

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, daß ich nicht sehe, daß sich in diesen zwei Monaten etwas geändert hätte, daß diese Ausführungen nicht mehr stimmten, daß diese Haltung nicht mehr richtig wäre. Sicherlich, wir haben ein paar neue Zahlen, gemessen etwa an dem Stichtag 31. Juli oder vielleicht auch 10. August, aber wir hören auch, daß diese Zahlen immer noch unvollständig sind, daß die vollständigen Zahlen erst im September vorliegen. Selbst der Senator räumt ein, daß auch im vergangenen Jahr etwa um diese Zeit herum erst rund 1500 Ausbildungsverträge gemeldet und es dann nachher doch 2500 waren. Hier liegt die Sache also noch nicht so klar, daß wir sagen könnten, wir haben eine neue Situation, wir wissen, wie es wirklich aussieht.

In der Zeitung lesen wir, jedenfalls für den Bereich Niedersachsen, daß Tausende von Lehrstellen nicht angetreten worden seien. Ich weiß nicht, ob diese Zahl lanciert ist, ob jemand ein Interesse hatte zu sagen, diese ganze Ausbildungsplatzdiskussion ist ja überzogen, und in Wirklichkeit sind die Jugendlichen selbst schuld. Ich kann das nicht beurteilen,

aber immerhin wird zum Ausdruck gebracht, daß offenbar auch hier Verwirrung herrscht, und wir müssen das in Rechnung stellen. (C)

Deswegen frage ich natürlich, was diese Debatte heute bringt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist doch klar, was das sollte!)

Meine Schlußfolgerung kann eigentlich nur sein, auch nach dem, was wir gehört haben, angefangen mit der Rede von Herrn Kunick, daß es natürlich nur Wahlkampf ist, daß es in der Tat Wahlkampfpoilemik ist. In der Tat sind diese Themen als Wahlkampf aufgenommen worden, weil sie sich ganz gut dazu eignen, weil man meint, man könnte seine Positionen etwas deutlich machen, man könnte hier dem anderen eben wunderschön etwas am Zeug flicken, ohne daß nun heute auch Nägel mit Köpfen etwa in einer Sache gemacht werden müßten, also konkrete Anträge hier verabschiedet werden müßten. So hat die SPD-Fraktion ja auch eine Große Anfrage gestellt und nicht etwa einen Antrag, daß hier etwas Konkretes geschehen soll.

Witzig ist natürlich dann die Antwort der CDU-Fraktion von Herrn Kudella! Der hat gesagt, das Thema eigne sich nicht für eine billige Wahlkampfpoilemik.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist auch richtig!)

Nun ja, für eine billige Wahlkampfpoilemik eignet sich kein Thema, aber so eine richtig schöne hatten wir ja auch gerade. Ich fand die gar nicht so billig, ich fand die sehr erfrischend, denn was soll es, es ist Wahlkampf, und dann soll man das vielleicht auch offen so sagen. (D)

Daß die CDU jetzt hier davon abrücken möchte, daß sie das nicht als Wahlkampf haben möchte, das verstehen wir doch alle, denn sie war es doch gerade, die das in den Wahlkampf eingeführt hat, in den Wahlkampf eben zur Bundestagswahl. Sie wollte natürlich gerade damit Stimmen sammeln. Sie wollte nicht billige Wahlkampfpoilemik, nein, sie wollte Wahlkampfversprechen machen. Sie wollte den Leuten ganz klar sagen, wir garantieren euch das, jetzt wählt uns einmal schön den Aufschwung, damit wir eine satte Mehrheit haben. Deswegen ist es natürlich klar, daß die CDU jetzt davon abrücken will, jetzt, wo es sicherlich etwas anders aussieht, will sie das natürlich nicht mehr als Wahlkampf ansehen. Im Bundestagswahlkampf lautete das eben anders, Herr Kunick hat das ausführlich zitiert, ich brauche das jetzt nicht mehr zu wiederholen.

Jetzt wird man natürlich dann auch schnell Strategien entwickeln, wie man davon wieder herunterkommt. Aber da gibt es kein Vertun, man kann sich dahinter verstecken zu sagen, der Bundeskanzler Kohl habe nur ein Versprechen der Wirtschaft weitergegeben. Meine Damen und Herren, wenn sich der Regierungschef dieses Landes hinstellt und in einem Wahlkampf solche Versprechen mit diesen Formulierungen weitergibt, dann ist das klar, daß er

(A) sich das zu eigen gemacht hat, oder er muß sich dann davon distanzieren und muß klar sagen, das geht eben nicht, wir müssen ganz andere Maßnahmen treffen, die Wirtschaft funktioniert hier nicht. Deswegen ist es ganz klar, daß das ein Wahlkampfversprechen ist, und es ist doch auch ganz klar, daß das auch so gemeint war.

Wenn es nicht so gemeint war, ja bitte, was sollte dann das Ganze, warum macht man das dann in einem Wahlkampf? Im Wahlkampf macht man das doch, um Stimmen zu bekommen, und die hat man dann auch bekommen. Deswegen ist es — und dieses Wort fällt zurück — sicherlich Heuchelei, wenn man dann sagt, ich habe es nicht so gemeint, ich habe da Einschränkungen gemacht, und es waren nur andere, die das versprochen haben, es ist alles April, April.

(Abg. Neumann [CDU]: August, August!)

Nein, wir nageln diese Bundesregierung, diese Partei an diesem Versprechen fest. Wir sind der Meinung, sie muß an dieser Garantie festgehalten werden, dieses Wort steht im Raum, und dieses Wort muß auch eingemahnt werden. Wir meinen, daß auch jeder Wähler — auch in diesem Wahlkampf — alle Parteien daran messen muß, insbesondere die, die solche Versprechen abgeben, im Interesse der Jugendlichen, im Interesse derjenigen, die hier als Jugendliche arbeitslos sind oder auch als Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen.

(B) (Abg. Brasse [CDU]: Was wollen Sie denn?)

Wir persönlich zweifeln an, daß dieses Versprechen noch gehalten werden kann. Ich möchte nicht behaupten, daß dieses Versprechen am heutigen Tag eingelöst sein muß, es mag sein, daß noch ein paar Wochen ins Land gehen müssen, bis man endgültig mit Zahlen belegen kann, ob es eingehalten ist oder nicht. Aber wir sagen, wir haben heute nach den vorliegenden Unterlagen doch erhebliche Zweifel.

Gerade eben habe ich in meinem Postfach noch die Mitteilung der Handelskammer Bremen vom August gefunden. Wiederum steht dort gleich auf der ersten Seite ein Appell: „Wir appellieren erneut an alle Unternehmen in Bremen, jedem geeigneten und an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.“ Das ist sicherlich richtig. Wir unterstützen solche Appelle. Aber es zeigt doch auch die Situation, es zeigt, daß man mit solchen Appellen noch vor Tores Schluß kommen muß, fünf Minuten vor zwölf, weil man offensichtlich eben nicht real diese Garantie schon einlösen kann, real schon sehen kann, daß sie eingelöst wird.

Wenn in den Mitteilungen der Handelskammer Bremen — Einzelhandelsabteilung — vom Juni auch noch die Überschrift „Lehrstellensorgen der jungen Generation“ mit dem Untertitel „Situation nicht über Gebühr dramatisieren“ steht, dann meine ich, daß hier die Dinge doch schon etwas auf den Kopf gestellt

sind. Wir zweifeln, daß diese Garantie eingehalten werden kann. (C)

Wir mahnen das an gerade in Anbetracht dahin, daß die Wirtschaft gesagt hat, es gebe ausbildungshemmende Vorschriften, es gebe schlechte Rahmenbedingungen, und die Bundesregierung deshalb die Bedingungen nun so ändern will, wie die Wirtschaft das fordert. Wir haben uns ausführlich darüber unterhalten, was daran falsch ist, was daran auch richtig sein mag, aber wenn das so ist, dann besteht allerdings um so mehr die Verpflichtung, eine solche Garantie einzuhalten.

Von daher stimmen wir, das mag ich einmal so ausdrücken, vielleicht mehr ausnahmsweise, voll und ganz Herrn Kunick und seinen Formulierungen zu, die er als Eingangsredner für die SPD-Fraktion benutzt hat. Er hat ganz klar gesagt — und da meine ich, das muß man auch so ausdrücken —, die Seele eines Wahlkampfes ist das große Versprechen, und es werde hier Wahlkampfschindluder mit dem Schicksal der jungen Leute getrieben, wenn das so nicht eingehalten wird.

Aber, meine Damen und Herren, Herr Kunick hat recht, auch in bezug auf seine eigene Partei,

(Abg. Neumann [CDU]: Da hat er doch gar nichts gesagt!)

1976 Bundestagswahl, der Bundeskanzler Schmidt, der Partei von Herrn Kunick, SPD, versprach die Sicherung der Renten. Hinterher hieß es, das sei der große Rentenbetrug gewesen. (D)

(Abg. Neumann [CDU]: War es ja auch!)

1980 wurden Haushaltsdefizite und Arbeitslosenzahlen geschönt vorgestellt, es gab wieder große Versprechen. Hinterher war man klüger, es stimmte alles nicht. Es war alles — höflich ausgedrückt — nicht ganz die Wahrheit. Selbst der eigene Parteigenosse von Herrn Bundeskanzler Schmidt, der Herr Gansel, brachte damals den wunderbaren Vorschlag, man solle doch künftig die Wahlen um sechs Wochen verschieben, damit man die Einlösung der Versprechen noch rechtzeitig vor der Wahl merken könne.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Jetzt sind sie ruhig da drüben!)

Meine Damen und Herren, das sind die großen Wahlkampfversprechen gerade dieser Partei von Herrn Kunick, und deswegen nagele ich auch ihn an diesen Worten fest. Das sind auch nicht nur Wahlkampfgeschichten, das ist auch die Politik, die eine solche Regierung, wenn sie dann einmal gewählt wird, gemacht hat.

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an die vorherige SPD-Bundesregierung! Wer hat denn zum Beispiel den berühmten Nato-Doppelbeschluß erst überhaupt herbeigeführt? Wer hat denn der Raketenlösung so, wie sie jetzt die Bundesregierung hier verfolgt, so vehement das Wort geredet? Das war der Kanzler Schmidt der SPD! Wer hat denn das

(A) Volkszählungsgesetz einstimmig im Bundestag mit verabschiedet? Das war die SPD-Fraktion im Bundestag!

(Abg. Neumann [CDU]: Personalausweise auch!)

Wer hat denn die neuen Personalausweise, die jetzt kommen sollen, im Bundestag per Gesetz einstimmig mit verabschiedet? Das war die SPD-Fraktion!

Heute soll das alles nicht mehr wahr sein. Heute kümmert sie ihr Geschwätz von gestern nicht. Heute macht sie andere Versprechungen. Heute ist sie gegen den Nato-Doppelbeschluss, was nötig ist, das finde ich nämlich gut. Heute ist sie gegen die Volkszählung gewesen, in Ordnung. Heute will sie auch an den Personalausweise herumflicken, gut, aber dann soll sie sich bitte nicht hier hinstellen und auf andere mit dem Finger zeigen, wenn die genau solche Versprechen machen. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur in Bonn so, das ist in Bremen auch so. Wir haben in Bremen genug solcher Beispiele gehabt. Ich habe das gestern schon ein bißchen angedeutet. Wie war denn das 1979 im Wahlkampf mit dem Kindergarten- und Hortgesetz? Ich will es noch einmal zitieren, weil gerade jetzt wieder der Senator Dr. Scherf dieser Tage in der Zeitung angesprochen wurde, daß er nun die Gebühren erhöht habe oder durch Ihre Fraktion habe erhöhen lassen und daß das nun sozial ausgewogen und berechtigt sei, weil eine Progression darin sei. Hat es denn überhaupt etwas für den Staatssäckel, für den Finanzsenator gebracht, was doch der Hintergedanke war? Auch nicht, weil nämlich gerade die Benachteiligten, die Minderbemittelten, zum Beispiel auch gerade die ausländischen Familien ihre Kinder dann nicht mehr dahin schicken, weil ihnen das zu teuer ist. In der Zeitung stand nämlich auch, daß viele türkische Familien ihre Kinder nicht mehr in die Kindergärten schicken, seitdem der Herr Senator Dr. Scherf diese Gebühren erhöht hat.

Was hatte man 1979 hinsichtlich des Kindergarten- und Hortgesetzes versprochen? Die Gebühren sollen gesenkt werden mit der Tendenz bis auf Null! In der neuen Wahlperiode, der jetzt laufenden, wo die SPD wieder die absolute Mehrheit hatte, was macht sie da? Man senkt die Gebühren nicht, nein, im Gegenteil, man erhöht sie noch! Das war ein gesetzliches Versprechen, aber Gesetze hindern diese Partei überhaupt nicht, daß man sie einmal schnell wieder ändern könnte.

Ein weiteres Beispiel ist die Karlshafener Straße. Da hatten wir in der Stadtbürgerschaft auch schon ein Gesetz verabschiedet. Einen Monat später verabschiedet man eben ein neues Gesetz. So macht man das eben, wenn man sich an seine Versprechen nicht halten will, meine Damen und Herren!

Aber wir wollen gar nicht auf die anderen Bereiche abschweifen. Wir wollen gar nicht diese ganze Wahlkampfprogrammatik der SPD nehmen. Bremen-

Plan, Programmvariante zwei! Was war da alles für Wortgeklingel, (C)

(Abg. Neumann [CDU]: Alles gelogen!)

was dann wunderbar schnell unter den Tisch fiel, weil, wie jeder wußte, das überhaupt nicht realisierbar ist! Nein, bleiben wir nur einmal bei den ganz konkreten Sachen der Wirtschaft. Ich will gar nicht einmal das große Thema Daimler-Benz jetzt noch ausbreiten, hier leuchtet schon ein Licht auf. Meine Damen und Herren, was ist uns zu Daimler-Benz versprochen worden? Es sollten Tausende von Arbeitsplätzen gesichert werden, Tausende von Arbeitsplätzen neu geschaffen werden.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, wir wollen aber hauptsächlich die Frage behandeln, die hier ansteht.

(Abg. Adamietz [BGL]: Aber selbstverständlich!)

Ich bin heute sehr großzügig in der Auslegung der Sachdebatte, aber finden Sie bitte zum Hauptthema zurück!

Abg. Adamietz (BGL): Aber selbstverständlich, Herr Präsident. Ich bin bei der Sachdebatte, bei dem Thema „Wahlkampfschindluder, die Seele des Wahlkampfes ist das große Versprechen“, Zitat Kunick! Er war der erste Redner zu der von der SPD eingebrachten Großen Anfrage. Ist das nicht das Thema? Irre ich mich da, Herr Präsident? (D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]: Sehr richtig!)

Oder ist Ihnen das wiederum so peinlich, daß Sie in diesem Moment Ihrem Parteifreund wieder zu Hilfe kommen müssen?

(Beifall bei der CDU — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Wenn Sie kein Gefühl dafür haben, muß ich es Ihnen sagen. Jetzt kommen Sie aber zum Hauptthema zurück!

Abg. Adamietz (BGL): Meine Damen und Herren, das Hauptthema ist doch Wahlkampf. Das hat Herr Kunick Herr Kudella vorgehalten, und Herr Kudella hat es zurückgegeben, zu Recht.

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

Das sage ich doch! Woran sollen sich denn die Bürger in einem Monat, wenn die Wahl ist, orientieren, wenn wir nicht hier über Wahlkampf reden, meine Damen und Herren,

(Zurufe: Richtig!)

gerade über Wahlkampfversprechen? Das ist das zentrale Thema!

(Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ich fordere Sie auf, zur Sache zu sprechen! Ich habe Sie ermahnt. Ich glaube, Sie haben lange genug mit großen Bogen und großen Ausschweifungen Ihre Ausführungen gemacht. Bitte jetzt zum Hauptthema zurück!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, wir wollen doch nicht in der letzten Sitzung dieser Bürgerschaft offensichtlich genauso aufhören, wie wir angefangen haben in der ersten Sitzung vor vier Jahren, daß Sie sich anmaßen zu erklären, wann —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. **Adamietz** (BGL): Meine Damen und Herren, ich zitiere den Herrn Kollegen Kunick von der SPD-Fraktion, der vor etwa einer Stunde oder anderthalb Stunden hier sinngemäß folgendes gesagt hat: Wer Aufschwung verspricht und nichts als Arbeitslosenzahlen zu bieten hat, ist unglaubwürdig. Recht hat er! Völlig richtig, das meine ich auch, das fällt auf die CDU-Fraktion. Aber wer Ansiedlungserfolge verspricht, Arbeitsplätze in Bremen und die nicht zu bieten hat, der ist auch unglaubwürdig.

(Beifall bei der BGL)

(B) Der Wirtschaftssenator Willms hat vor ein paar Wochen seine Bilanz von vier Jahren An- und Umsiedlungen vorgelegt. Da hieß es, es seien 153 Erfolge bei den An- und Umsiedlungen zu verzeichnen. Zieht man jetzt die Bilanz innerhalb dieser Erfolge, stellt sich heraus, er sagt es selbst, daß davon echte Neuansiedlungen 16 waren, das andere waren nur Umsiedlungen von einem Stadtteil in den anderen, weil man die Bebauungspläne vielleicht geändert hat. 16 echte Neuansiedlungen in vier Jahren hat dieser Wirtschaftssenator zustande gebracht, und er zeigt auf andere Leute, die den Aufschwung versprechen, meine Damen und Herren!

Was hat denn der Regierungschef Koschnick für das Modell Bremen versprochen? Das ist doch das Thema. Deswegen kann man auch mit dem Finger etwa auf Abgeordnete der CDU zeigen, die hier als Einzelhandelschefs groß die freie Marktwirtschaft vertreten und den kleinen Händler vertreten und gleich, kaum daß sie weg sind, ihr Geschäft verkaufen, ich habe das zwischendurch eben noch so verstanden, womöglich an eine größere Ladenkette, aber in Wirklichkeit sieht das doch auf der Seite der Sozialdemokraten genauso aus. Da muß das Kartellamt einschreiten, daß Coop nicht unter Preis, sogar unter Einkaufspreis, verkauft und damit die Kleinhändler zerstört! Das Kartellamt muß da die Pflöcke einschlagen, und wir wissen, der Fraktionschef Wedemeier, er ist jetzt nicht da, er war ja einmal Geschäftsführer in dem Laden, weiß, wie solche Praktiken in diesem Bereich funktionieren.

(Widerspruch bei der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, das steht auf der Tagesordnung, das wird heute nicht mehr an die Reihe kommen, aber man soll doch nicht mit dem Finger auf die eine Seite zeigen, wo die drei Finger und der Daumen zurück auf einen selbst zeigen, meine Damen und Herren! Das ist das Glashaus!

Deswegen, meine ich, kann man auch nur unterstreichen, und das ist nur ein Schlußwort, meine Damen und Herren, wir als Bremer Grüne Liste haben nichts zu versprechen, außer daß wir Koschnick weiterhin zeigen werden, was eine Harke ist.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Nein, das ist vorbei!)

Die Seele des Wahlkampfes, wie Herr Kunick sagt, ist das große Versprechen, und deswegen kann gerade die SPD hier nicht mit dem spitzen Finger auf irgendwelche anderen Leute in diesem Hause zeigen, genauso wenig wie die zurückzeigen können. Daran meine ich, sollen sich die Wähler und gerade die Jugendlichen in diesem Haus orientieren.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, es wurde verschiedentlich Herr Bürgermeister Koschnick angesprochen. Ich möchte Sie darüber informieren, daß Herr Bürgermeister Koschnick im Rathaus wichtige Gespräche über die Frage der Werftenproblematik führt.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Da wollen wir mitmachen!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. **Schröder** (GUL): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als jemand, der keinen Wahlkampf zu führen hat, ich bin auch recht froh darüber, muß ich sagen —.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Wir auch!)

Herr Neumann, zu Ihnen komme ich gleich noch, warten Sie einmal ab!

(Vizepräsident **Schmidt** übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte mich vor allen anderen Dingen mit dem beschäftigen, was der Antrag der FDP-Fraktion aussagt. Ich werde dem Antrag zustimmen. Der Antrag ist auch gut gemeint, Herr Kuhnert, ich unterstelle Ihnen das. Aber er schafft eben dennoch nur 114 Plätze, wenn das Wirklichkeit werden sollte, und wir brauchen mehr als 114 Plätze. Ihr Antrag ist also wahrscheinlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb will ich mich auch mehr mit dem beschäftigen, was Herr Kudella hier gesagt hat, weil die CDU in Wirtschaftskreisen sehr viel mehr Einfluß hat, hoffe ich jedenfalls.

Herr Kudella, Sie haben gesagt, die Situation sei besser als eigentlich versprochen vom Bundeskanzler. Sie haben dann eine Reihe von Statistiken auf-

(C)

(D)

(A) geführt, eine Reihe von Zahlen genannt. Herr Kudella, ich muß Sie fragen, glauben Sie das eigentlich noch, was Sie hier sagen? Sie haben zwar richtigerweise gesagt, die Wirtschaft stecke in einem Tief. Ich will hier auch nicht anfangen mit Franz Joseph Strauß, was er damals gesagt hat über den Saustall und so weiter.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Tun Sie es ruhig!  
Es ist ja die letzte Chance für Sie!)

Das ist alles gegessen, nur, Herr Kudella, meinen Sie wirklich, daß die Wirtschaft, daß die Unternehmer aus lauter Liebe zu unserem Parlament, zur Politik Jugendliche ausbilden?

Denken Sie einmal an die Zeit, wenn dieser sogenannte Kinderberg nicht mehr vorhanden ist! Meinen Sie nicht auch, daß dann die Wirtschaft nicht für die Politik ausbildet, nicht sozusagen nach außen hin ausbildet, sondern daß sie das für sich allein tut, für sich selbst? Ich habe nicht den Eindruck, daß die Wirtschaft das in dem Maße erkennt und sich in dem Maße daran hält. Insofern kann man nicht davon sprechen, Herr Kudella, daß die Ausbildungsbereitschaft vorhanden ist, sondern nur in dem Maße, wie der wirtschaftliche Erfolg gesichert ist.

Ich glaube, meine Damen und Herren, da müssen wir doch noch einmal ein paar Jahre zurücksehen in die Bereiche der Handelskammer etwa, denn mir ist bekanntgeworden, Herr Kudella, daß vor einigen Jahren schon, als der Schülerberg sozusagen die Spitze erreicht hatte und es absehbar war, daß es weniger Jugendliche gibt, damals schon die Ausbildungskapazitäten in der Ausbildungsabteilung der Handelskammer einschließlich der Einzelhandelskammer um 35 Prozent, meine Damen und Herren, um 35 Prozent reduziert wurden.

(B) (Abg. v. G r o e l i n g - M ü l l e r [FDP]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich glaube nicht, daß die restlichen 65 Prozent sozusagen dazu angetan waren, mehr Ausbildungsplätze zu akquirieren und weiterzuvermitteln. Ich halte diesen Vorgang auch im nachhinein betrachtet noch für skandalös, wenn er so passiert ist.

Herr Kudella, Sie haben auch ein breites Spektrum noch angesprochen über die Jugendlichen, die radikal werden. Ich habe nichts gegen Jugendliche, die radikal werden,

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Was?)

weil von der Bedeutung des Wortes, Herr Kudella, und da sitzen Sie eben auf dem falschen Dampfer, die Jugendlichen, die radikal werden, an die Wurzel gehen, und das halte ich für positiv. Sie meinen ganz etwas anderes.

Aber vielleicht haben Sie es vergessen, man sollte in dem Zusammenhang auch noch ansprechen, das wissen wir aus den Statistiken, daß die Gestrauchelten in dieser Gesellschaft, die mit dem Recht in Konflikt gekommen sind, fast alle keinen Schulabschluß,

geschweige denn eine Berufsausbildung haben. Ich sage dies, Herr Kudella, auch deshalb, da Sie von der CDU ja immer so tun, als wollten Sie allein die innere Sicherheit gewähren. Im Umkehrschluß heißt das, würden Sie auch mit dafür sorgen, daß Ausbildungsplätze, mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, hätten wir vielleicht gar nicht diese Sorgen um die innere Sicherheit. (C)

Sie führen das große Wort in der Stadtbürgerschaft hier von der gymnasialen Bildung, meine Damen und Herren von der CDU, und vor zwei Tagen taten Sie so, als gäbe es kaum andere Probleme im Bildungsbereich.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Reden wir jetzt von Bildung oder zu diesem Thema?)

Ich meine, Ihre Haltung ist auch in diesem Punkt arrogant, möchte ich einmal sagen, und elitär.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Damit können wir leben!)

Damit können Sie leben, Herr Borttscheller, das ist es genau, Sie verachten damit die Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. J a c k i s c h [CDU])

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihr Stichtag war der 1. 8. 1983. Sie haben es versäumt, hier entsprechend Ihre Versprechungen einzuhalten. Es liegt aber auch an der Wirtschaft selbst. Die Wirtschaft selbst wird es treffen, wenn sie nicht ausbildet, wenn sie nicht ausbildungswillig oder ausbildungsfähig ist. — Vielen Dank! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihnen, verehrter Herr Kollege Kudella,

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das ist er ja nicht!)

darf man sicher, um ein Bild zu gebrauchen, eines aus dem militärischen Bereich zumuten. Sie kennen die Situation, daß jemand, der seine Lage so einschätzt, daß die günstigste Lösung für ihn ein möglichst geordneter Rückzug ist, dies dann mit Nebelgranaten zu verheimlichen versucht.

(Beifall bei der SPD)

Dies war Ihre taktische Lage. Nun wollen wir einmal ein bißchen von dem Nebel beiseite nehmen. Mein erster Kritikpunkt ist, daß Sie eigentlich, wenn Sie bei meinem ersten Beitrag hier für den Senat zugehört hätten und dies in Ihre offensichtlich vor-

- (A) fabrizierte Rede eingebaut hätten, die eine oder andere Bemerkung nicht hätten machen müssen.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Ich hatte keine vorfabrizierte Rede!)

Ich habe in der Antwort des Senats zum Ausdruck gebracht, daß wir bezogen auf den heutigen Erkenntnisstand sagen können, daß in der bremischen Wirtschaft unterschiedliche, wenn auch insgesamt geringe Steigerungsraten erkennbar sind, und habe dies anerkannt auf dem Hintergrund der besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation. Ich habe mich dafür bedankt und Beifall des Hauses bekommen. Ich habe an einer anderen Stelle darauf hingewiesen, daß das Benachteiligtenprogramm, das eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen betrifft, mit Hilfe des Bundes noch um 86 Plätze aufgestockt worden ist, und habe mich dafür bedankt. Ich habe an einer dritten Stelle darauf hingewiesen, daß endgültige Zahlen über die Gesamtsituation natürlich, weil das so die statistischen Abläufe hergeben, erst am 30. 9. erkennbar sind.

Aber wer die Angaben der beiden Arbeitsämter mit den Zahlen dieser jüngsten Tage vergleicht mit dem, was zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres erkennbar war sowohl in der Zahl der unbefriedigten Nachfrager als auch der noch zur Verfügung stehenden freien unbesetzten Stellen, der kann begründet hier heute zu dem Schluß kommen, daß die Lage in unserer Region noch schwieriger ist als im letzten Jahr, zudem wir einvernehmlich zu dem Resultat gekommen sind, daß mindestens 1200 Jugendliche unversorgt übriggeblieben sind, daß sie 1983 noch schlimmer sein wird und daß dies heute die Feststellung rechtfertigt, daß eine zu Beginn dieses Jahres abgegebene Garantie, jeder Jugendliche, der so nachsuchte, auch in den Regionen, würde einen Ausbildungsplatz finden, sich schon heute als ungerichtet und in der tatsächlichen Wirklichkeit als nicht eingelöst darstellt und behaupten läßt.

(Beifall bei der SPD)

Dies sind Fakten, die man nicht wegreden kann. Es geht nicht darum, sich wechselseitig Leistungen vorzurechnen. Ich habe ja nicht verschwiegen, daß auch der Bund einige Anstrengungen getan hat. Der Punkt, um den es hier heute ging, war, daß es jemanden mit einer hohen Verantwortung vor einem bestimmten Termin gegeben hat, der es auf sein Wort in öffentlichen Anzeigen gegenüber jungen Menschen und deren Eltern genommen hat, daß die glauben mußten, in diesem Sommer gibt es für uns keine Probleme, und wir müssen feststellen, sie haben sie in größerer Zahl, und wir müssen feststellen, dies löst Enttäuschung aus, und das hat politische Qualität. Wir müssen feststellen, daß jemand mit einer so hohen Verantwortung das nicht tun darf!

(Beifall bei der SPD — Abg. K u d e l l a [CDU]: Das gilt für Herrn Koschnick auch! — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Er hat auch nichts versprochen!)

Es hat niemanden gegeben in diesem Land hier und kein Mitglied dieser Landesregierung, der jemals zu dem Versprechen sich verstiegen hätte, auch nicht 1979, wir werden es schaffen, daß jeder einen Ausbildungsplatz bekommt. Angekündigt worden ist ein zusätzliches Programm, und damit komme ich zu dem zweiten Punkt. Ich kann mich noch gut erinnern — es ist etwa zwei Jahre her, in Debatten mit dem Kollegen Urban und auch mit Herrn Dr. Schulte —, daß ich hier in der Pflicht stand, gerade gegenüber der CDU-Fraktion immer wieder aufs neue zu bestätigen, daß es sich bei dem Programm des Senats doch nun wirklich um ein zusätzlich flankierendes handelte, das nicht etwa mit der heimtückischen Absicht daherkäme, das duale System von hinten aufzulösen.

Ich habe dies immer wieder bestätigt und habe dies auch als Begründung dafür angeführt, Herr Urban, daß zum Beispiel im Bereich des Berufsgrundbildungsjahres, vor allen Dingen in den ersten ein, zwei, drei Jahren dieser Periode, die von uns vorgehaltenen und angebotenen Plätze nicht in der vollen Zahl besetzt worden sind, aber nicht, weil wir sie nicht hatten, sondern weil sie nicht nachgefragt wurden, weil sie nicht nachgefragt zu werden brauchten, weil in diesen Jahren die bremische Wirtschaft für die Jugendlichen Ausbildungsplätze in höherer Zahl zur Verfügung gestellt hatte als unseren Prognosen zugrunde gelegt war. Dies haben wir gemeinsam begrüßt.

Sie müssen doch einem Jugendlichen nicht übelnehmen — das wollen Sie doch nicht, abgesehen von der Wertschätzung des dualen Systems —, daß er bei der Wahlentscheidung, wenn er noch einen Ausbildungsplatz bekommen kann mit Ausbildungsvergütung, lieber dahingeht als in unser Berufsgrundbildungsjahr mit BAföG, das es ja jetzt auch nicht mehr gibt, oder in die Berufsfachschule vollqualifizierend, in der er eben auch keine Ausbildungsvergütung erhalten kann.

(Präsident Dr. K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wer also die Jahre 1979 bis 1983 bezogen auf die Zahlen, die hier angekündigt worden sind, bewertet, der muß bitte diesen Umstand einbeziehen, wenn er summiert und feststellt, daß tatsächlich zum Beispiel beim BGJ die angekündigten Zahlen nicht erreicht worden sind. Dies ist kein Versäumnis, sondern dies ist ein Reflex auf die höheren Leistungen der bremischen Wirtschaft.

Im übrigen, wenn Sie zitieren, müßten Sie voll zitieren. Bürgermeister Koschnick hatte in der Regierungserklärung zum Beispiel genau diesen Tatbestand schon angekündigt, als er ausführte: „Die Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß wird — soweit sich die Prognosen zum Ausbildungsplatzdefizit bestätigen — vorübergehend auf rund 2700 Ausbildungsplätze erweitert.“

In den ersten Jahren dieser Periode haben sie sich, Gott sei Dank, nicht so bestätigt, wie wir es erwartet

(A) haben, deswegen waren die Zahlen niedriger aus der Nachfrage resultierend, aber nicht aus einer nicht eingehaltenen Versprechung des Senats. Dies war bei Ihnen Rabulistik!

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Doppelter Drahtseilakt!)

Dies versucht abzulenken und einen anderen Schuldigen zu definieren. Suchen Sie einmal in bundesdeutscher Landschaft ein Bundesland, das schon beginnend 1978 in Relation zu unseren 300 Millionen, bezogen auf den Gesamthaushalt von Land- und Stadtgemeinden, ähnliche Anstrengungen über die letzten vier/fünf Jahre unternommen hat!

(Beifall bei der SPD)

Was hier in unserer Nachbarschaft in Niedersachsen jetzt, ich glaube, mit 80 Millionen DM oder weniger gemacht werden soll, ist ein Ad-hoc-Programm bezogen auf die aktuelle Situation. Das folgt vier Jahre nach dem, was Bremen bereits tut. Also, das müssen Sie nun auch als bremischer Bürger, als Oppositioneller, der diesen Haushalt ja auch mit verantwortlich, nach außen positiv verkaufen, was die Bürger aus ihren Steuergeldern für die Jugendlichen dieses Landes seit vier Jahren leisten!

(Beifall bei der SPD)

(B) Das kann nicht dazu dienen, davon abzulenken, daß es an dieser Stelle den ganz einfachen schlichten Tatbestand gibt, daß jemand ein Wort gegeben hat und nun eigentlich auch öffentlich auftreten sollte und sagen: Es tut mir leid, ich kann dieses Wort nicht einhalten, ich habe mich geirrt. Das wäre wenigstens noch honorig.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

Abg. Urban (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nicht allzu tief in die Sache einsteigen, weil ich das Gefühl habe, daß die Problematik in diesem Haus diskutiert worden ist.

Ich muß mich allerdings gegen eines zur Wehr setzen. Herr Kunick hat gesagt, ich hätte in der Bremer Sonntagszeitung „Weser-Report“ Zahlen veröffentlicht, die er, wenn er in der Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen müßte, als verlogen bezeichnen würde. Sehr geehrter Herr Kunick, ich habe nichts anderes getan, als Zahlen veröffentlicht, um die ich den Senator für Bildung, Herrn Senator von Hassel, gebeten hatte, nicht mehr und nicht weniger! Ich gebe dann, wenn Sie das aufrechterhalten, den Vorwurf an Herrn Senator von Hassel zurück, daß er mich falsch informiert hat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kunick [SPD]: Der hat Ihren Artikel doch nicht geschrieben!)

Das ist eigentlich der Punkt, der mir im Augenblick so überaus große Sorgen macht, das ist die Tatsache, daß es einfach nicht möglich ist, statistische Angaben zu erhalten, die einigermaßen hieb- und stichfest sind, um darauf aufzubauen, noch das eine oder andere bewirken zu können. Ich will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen:

Gestern haben wir die Zahl von 2 110 beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen gehört. Nun mag das ja sein, daß über Nacht, wie Sie sagen, diese Zahl inzwischen auf 2 400 gestiegen ist.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Über Nacht?)

Vor einigen Tagen habe ich Zahlen gehört, daß es 2 090 sein sollen. Nur, was Sie völlig vergessen haben, Herr Senator von Hassel, ist die Tatsache, daß das Arbeitsamt im gleichen Atemzug erklärt hat, daß bei diesen 2 110 oder jetzt von Ihnen genannten 2 400 arbeitslosen Jugendlichen 968 Jugendliche sind, die sich bereits in irgendeiner Fördermaßnahme befinden. Es wird zwar nicht gesagt, in welcher, das kann also BFS/q sein,

(Senator v. H a s s e l: BFS/q ist Ausbildung!)

das kann ja AVJ sein, das kann ABM sein.

(Zuruf des Abg. W e d e m e i e r [SPD])

Aber Tatsache ist, daß von diesen 2 000 oder 2 400 arbeitslosen Jugendlichen 968 irgendwo untergebracht sind, aber noch einen Ausbildungsplatz im dualen System suchen. Ich meine, wir brauchen diese Offenheit, um doch nun genau zu wissen, wer steht denn nun völlig nackt auf der Straße, und wieviel Leuten muß zuerst geholfen werden.

Sie haben gesagt, alles was wir machen, sind flankierende Programme. Wenn wir in diesem Jahr die Zahlen in der Berufsfachschule mit qualifizierendem Abschluß und im Berufsgrundbildungsjahr nicht so aufstocken konnten, dann ist das also bedingt durch die Tatsache, daß aufgrund von Versprechungen hier keine Nachfrage erfolgt.

(Zuruf von Senator v. H a s s e l)

Herr Senator von Hassel, Sie wissen, daß in den Jahren 1978/1979 keine Versprechungen eines Bundeskanzlers vorgelegen haben. Selbst in diesen Jahren haben Sie ja Ihre Planzahlen nie erreicht. Sie mußten von Ihren Planzahlen in der Berufsfachschule, ich beginne einmal 1980, von 526 auf 439 zurück, 1981 von 556 auf 469 zurück. Sie wollen doch nicht behaupten, daß es damals keine Nachfrage und keine Jugendarbeitslosigkeit gegeben hat. Sie hatten Planzahlen angeführt für 1983 von 526, und im Juni haben Sie gesagt, Sie hätten 488 eingerichtet.

Ich darf auch einmal das Berufsgrundbildungsjahr nehmen! Sie haben Planzahlen im dritten Berufsbildungsbericht für das Jahr 1983 — diesmal auf

(C)

(D)

(A) die Stadt Bremen bezogen, weil mir keine anderen Vergleichszahlen vorliegen —, Sie haben also für 1983 im BGJ-Plan die Zahl von 874 veröffentlicht — das ist noch gar nicht so lange her, im dritten Berufsbildungsbericht! —, und Sie haben mir beziehungsweise der Fraktion in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Ist-Zahlen für 1983 nicht 874, sondern nur 516 sind. Das sind also auch wieder 300 zugesagte, versprochene, geplante Ausbildungsstellen, die nicht eingerichtet worden sind.

Nun sagen Sie, da hat es die Zusage der Wirtschaft gegeben, darauf pochen Sie dann. Sie sagen immer, das würde nicht eingehalten — das haben die Jugendlichen ja wohl auch gehört —, und deswegen verstehe ich nicht, daß Sie nun sagen, das sei ein Reflex auf die Zusage der Wirtschaft. Wenn es nun also wirklich so viele jugendliche Arbeitslose gibt, dann sollten die doch eigentlich dann auch diese Stellen im schulischen Bereich in Anspruch nehmen. Ich war sehr überrascht, daß ich unter den Amtlichen Bekanntmachungen vom 13. 8., das ist gerade zehn Tage her, las, daß in allen Bereichen der Berufsfachschulen mit oder ohne qualifizierendem Abschluß, auch in den Berufsgrundbildungsjahren und in den Arbeitsvorbereitungsmaßnahmen Plätze frei seien. Nur wird wieder nicht gesagt wieviel. Wir wissen also gar nicht, sind das 50, sind das 100 — in der Vergangenheit war das immer in dieser Größenordnung —, aber es wäre gut gewesen, Sie hätten uns einmal mitgeteilt, wieviel das denn sind. Das sind eben die Schwierigkeiten, mit denen wir zu tun haben.

(B) Ich möchte Sie wirklich einmal ernsthaft bitten, daß wir zu statistischen Übersichten kommen, aus denen wir die Entwicklung der vergangenen Jahre, die Ist-Zahl für das laufende Jahr und vielleicht auch die Planzahlen für die nächsten Jahre erfahren, damit wir nicht immer wieder nachfragen müssen, und dann stellt sich wieder einer von der Regierungspartei hin und sagt, April, April, das stimmt alles nicht. Darauf, meine Damen und Herren, kann man keine vernünftige Politik zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze aufbauen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einige Anmerkungen zu dem Thema Jugendwerkstättenkonzept machen, zu dem Herr Kudella hier Ausführungen machte. Er hat dabei Mutmaßungen geäußert, denen ich widersprechen muß, weil sie in ihrem Kern unbegründet sind und sich auf Vermutungen stützen, für die es keinerlei Hinweise gibt.

(Abg. Kudella [CDU]: Vom Arbeitsamt sind die!)

Sie wissen, daß wir uns seit dem Frühjahr dieses Jahres um dieses Jugendwerkstättenkonzept, das hier in Bremen entwickelt worden ist, bemühen. Dabei war die höchste Hürde, die wir zu überwinden hatten, mit Sicherheit die Finanzierung des Unternehmens. Diese Hürde haben wir in den Gremien der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit — das ist der Geldgeber, nicht so ganz allgemein der Bund — bewältigt und die Zusagen für die Finanzierung dieses Konzeptes bekommen. Das ist ein großer Erfolg gewesen, und ich bin sehr dankbar, daß die Bundesanstalt für Arbeit auf unsere Vorstellungen in diesem Komplex eingegangen ist.

Bei der Realisierung nun befinden wir uns allerdings in einigen Kapiteln, die durch vielfältige technische Schwierigkeiten gekennzeichnet sind. Wir gehen in alte Gebäude hinein, zum Beispiel in leerstehende Werkstätten, wollen in Räumen arbeiten, die heute noch betrieblich anders genutzt werden, und bereiten diese Werkstätten dann mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ihren zukünftigen Zweck her. Daß es dabei natürlich den einen oder anderen Fall gibt, bei dem man auf technische Schwierigkeiten stößt, ist klar. Ich erinnere mich gerade, im Bereich Hohentorstraße stießen wir auf ein Gebäude, bei dem wir feststellen mußten, daß da die statischen Anforderungen, die aus dem Werkstattgeschehen zu erfüllen waren, nicht so ohne weiteres erfüllt werden konnten. Daß wir diese Probleme aber trotz allem überwinden und dabei voll im Zeitplan sind, das möchte ich schon bald als ein Wunder bezeichnen, Herr Kudella.

Es gibt jetzt keinerlei Veranlassung zu sagen, das klappt nicht! Wir füllen auch diese Werkstätten, die wir so sukzessive herrichten, in dem gleichen Zeitpunkt, in dem wir sie nutzen können, mit den Jugendlichen auf, die wir in das Jugendwerkstättenkonzept hineinbringen wollen. Das trifft zu für den Bereich Spinnbau-Farge, für die Hohentorstraße, für Burg, auch für den Bereich Voith. Sie müssen zum Beispiel sehen, daß wir im Bereich Voith doch heute noch einen existierenden, leider vom Aussterben bedrohten Betrieb haben. Da wollen wir auch hinein und zu einer solchen vernünftigen Nutzung kommen. Aber auch hier laufen die Maßnahmen planmäßig ab.

Nun zu der Befürchtung, die in diesem Schreiben der Arbeitsverwaltung — des Arbeitsamts Bremen — geäußert wird! Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, da ist das Arbeitsamt einem ungeheuren Fehler aufgesessen. Sie haben nämlich geglaubt, daß diese Veranstaltungen, die hier ablaufen sollen mit bestimmten Zahlen, die wir erreichen wollen, Plätzen, die wir erreichen wollen, ausschließlich bezogen sind auf die Stadtgemeinde Bremen. Das ist allerdings nicht richtig. Wir müssen auch den Bereich des Arbeitsamts Bremerhaven sehen. Dort laufen auch in Parallelität mehrere Vorhaben und auch der

(C)

(D)

- (A) Versuch, diese Werkstätten dort aufzubauen, genauso planmäßig an und ab. Wir sind guter Hoffnung,

(Abg. Ostendorff [FDP]: Wo denn?)

daß sich die von uns erwarteten Zahlen auch voll erfüllen. Der Ablauf der Bauarbeiten, die sukzessive Auffüllung der Werkstätten mit Jugendlichen sind auch dort voll im Zeitplan.

Erstaunlich für mich ist nur — das als ironische Anmerkung —, daß Sie ein Schreiben zitieren, das von der Arbeitsverwaltung an mich gerichtet ist, vorgestern wohl abgesandt und gestern in meinem Haus, im Ressort Arbeit, eingetroffen ist. Da ich genau weiß, daß Sie nicht in der Poststelle meines Ressorts arbeiten, frage ich mich, auf welchem Weg Sie an diesen Brief, der an mich gerichtet war, gekommen sind. Ich will das aber nicht weiter vertiefen, daß Sie möglicherweise hier mit einem allerdings nicht sehr gut formulierten und leider auch von falschen Voraussetzungen ausgehenden Schreiben Wahlkampf zu machen versuchen und wer Ihnen diese Schützenhilfe gegeben hat, es bringt ja nichts. Aber an diesem Punkt, Herr Kudella, finde ich, sind Sie entlarvt worden, wenn ich die Vokabel einmal aufnehmen darf, die hier heute morgen schon einmal gefallen ist.

- (B) (Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Starker Tobak!)

Aber um die ironischen Bemerkungen fortzusetzen, ich glaube, es gibt gar kein besseres Zitat als das hier zum Zentralthema passende, ein Zitat, welches im „Weser-Kurier“ vom 2. Juni gestanden hat. Zu diesem Thema, welches wir hier heute diskutieren, zu dem Wahlkampfversprechen des Bundeskanzlers, hat Herr Horn von der Handelskammer Bremen etwas gesagt.

Da steht nämlich nur schlicht und ergreifend, und ich will das überhaupt nicht kommentieren, weil das für sich wirken muß: „Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben versprochen, sich zu bemühen, und erst Herr Kohl hat eine Garantie daraus gemacht.“

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL): Ich habe eine Frage zur Abstimmung, Herr Präsident! Gehe ich recht in der Annahme, daß wir abstimmen über die Ziffern 1 und 2 in dem Antrag der FDP-Fraktion der Drucksache 10/1180?

**Präsident Dr. Klink:** Ja!

(Abg. Adamietz [BGL]: Und nicht den Vorspann?)

Nein!

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 10/1180, zur Abstimmung auf, und zwar in der Fassung: „Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:“ Dann folgen die Ziffern 1 und 2.

Besteht darüber Klarheit?

(Zurufe: Ja!)

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 10/1175, sowie von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 10/1160, Kenntnis.

#### Mikroelektronik und Gesellschaft

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 19. April 1983  
(Drucksache 10/1092)

(D)

Dazu

#### Bewältigung der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Arbeitswelt

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 5. Mai 1983  
(Drucksache 10/1112)

#### Drucksache 10/1092

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ist alarmiert über die Tatsache, daß die Entwicklung und Einführung neuer Technologien in allen Bereichen der Gesellschaft immer schneller voranschreitet, die Diskussion ihrer sozialen und politischen Folgen jedoch immer mehr hinterherhinkt. Die Schere zwischen dem Schaffen neuer Tatsachen und der Übernahme wirklicher Verantwortlichkeit für sie scheint immer größer zu werden.

In dieser Erkenntnis sieht es die Bürgerschaft als dringend notwendig an, sich dieser Entwicklung zu stellen. Vor allem ist die politische Diskussion über die Bedeutung der Mikroelektronik mit Eile, Anstrengung und Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft aufzunehmen. Hier handelt es sich nicht lediglich um eine neue Technologie — hier steht eine neue industrielle, ja soziale Revolution in Frage, die „auf Gedeih und Verderb“ auf uns zukommt.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist sich bewußt, daß es ihre Aufgabe sein muß, neue gesellschaftliche Entwicklungen im Hinblick auf deren konkrete Bedeutung für das Land Bremen hin zu untersuchen. Sie regt

(A) deshalb an, ein bremisches Forum für die anstehenden Fragen zu schaffen, in dem unter der Federführung der Arbeitnehmerkammern und gemeinsam mit den anderen Kammern, dem Senat und der Bürgerschaft die Gefahren, aber auch die Chancen der mikroelektronischen Entwicklung für die Freie Hansestadt Bremen untersucht und Vorschläge für die bremische Politik entwickelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist sich bewußt, daß mehr denn je den grundlegenden Worten in Artikel 12 der Bremischen Landesverfassung vom 21. Oktober 1947 aktuelle Bedeutung zukommt: „Der Mensch steht höher als Technik und Maschine.“

Adamietz und Gruppe der BGL

#### Drucksache 10/1112

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß der technische Fortschritt unverzichtbar ist. Technischer Fortschritt ist jedoch kein Selbstzweck. Er dient der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Wirtschaftsbereichen und garantiert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen müssen von den Verantwortlichen durch Tarifverträge und Gesetzgebung ausgeglichen werden.
2. Die Auswirkungen technologischer Entwicklungsprozesse auf den einzelnen Arbeitnehmer und seinen Arbeitsplatz müssen vor Einführung neuer Technologien berücksichtigt werden. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß der Gesetzgeber auf Bundesebene (Bundestag und Bundesrat) die für die Einführung neuer Technologien notwendigen arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen schafft.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, daß die Tarifvertragsparteien die sich aufgrund der fortschreitenden technischen Entwicklung ändernden Arbeitsbedingungen tarifvertraglich so regeln, daß die Würde des Menschen und seine Gesundheit nicht beeinträchtigt werden. Die Rahmenbedingungen sind durch den Gesetzgeber zu schaffen.

Dr. Zollmann, Neumann und Fraktion der CDU

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL)** \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir vor vier Monaten diesen Antrag hier in die Bürgerschaft eingebracht hatten, konnten wir natürlich nicht ahnen, daß durch allerlei geschäftsordnungsmäßige Verfahren dieser Antrag erst heute hier zur Verhandlung kommen würde, heute eben, in diesen Wahlkampfzeiten, die Sie ja eben so ausgeweitet haben. Ich selbst, zugegebenermaßen, beteilige mich auch gern daran. Allerdings ist dies ein Thema, das zwar aktuell, brisant und deswegen auch sehr dringlich ist, das aber nicht mit dem Wahltag am 25. September 1983 beendet ist. So ist auch unser Antrag ein Antrag, der über diese Wahlzeiten hinaus Wirkung haben soll.

Wir wollten mit diesem Antrag unsere Funktion als Bremer Grüne Liste in diesem Parlament wahrnehmen, die darin besteht, daß wir Initiativen hier einbringen, die sonst leicht untergehen im Alltags-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

trott eines solchen Parlaments, im Alltagstrott auch der politischen Interessen, die die verschiedenen Parteien hier einbringen. Wir haben viele neue Themen eingebracht in den letzten vier Jahren, ob das im Bereich Gesundheitsschutz das Thema Asbest war, ob das im Bereich Umwelt das Thema saurer Regen war, das wir überhaupt als erste in ein Landesparlament oder auch Bundesparlament in der Bundesrepublik eingebracht haben, oder ob es jetzt eben neue gesellschaftliche Entwicklungen wie hier die Mikroelektronik sind.

Wir wissen, die Ära der Mikroprozessoren hat bereits begonnen, und zwar auf Gedeih und Verderb. „Auf Gedeih und Verderb“ ist der Titel eines Berichts an den bekannten Club of Rome, der Studien zur Entwicklung unserer Gesellschaften vorlegt und den Finger auf die gefährlichen Entwicklungen legt, den Finger auf die Wunden legt. Wir meinen, daß das ein richtiger Titel ist, daß wir auf Gedeih und Verderb nun dieser Mikroelektronik gegenüberstehen. Wir müssen uns ihr stellen, und wir müssen dieses Problem anpacken.

Es ist heute nur wenig Zeit, und es ist wohl auch nicht das Klima, grundsätzlich hierzu etwas zu sagen. Vielleicht ist es auch nicht nötig, vielleicht ist es auch so, daß die grundsätzliche Debatte außerhalb der Parlamente schon viel weiter fortgeschritten ist als in ihnen und daß man die Debatte dort verfolgen muß.

Ich möchte nur mit ein paar Daten deutlich machen, worum es hier geht. So schreibt der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer Broschüre folgendes — ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten —:

„Welchen Anforderungen sich die Arbeitnehmer bei der Bewältigung des technisch bedingten Wandels aussetzen werden, dokumentieren folgende Zahlen, die auf einer Schätzung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie beruhen: In den nächsten zehn Jahren werden zirka 2,4 Millionen Arbeitsplätze durch die Auswirkungen der Mikroelektronik und ihrer Anwendung wegfallen. In derselben Zeit werden 2,5 Millionen Arbeitsplätze substantiell durch den Wandel der Tätigkeitsmerkmale und der Qualifikationsanforderungen verändert und längerfristig etwa 45 Prozent bis 53 Prozent aller Arbeitsplätze von der Elektronik und ihrer Anwendung betroffen sein.“

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Zur Verdeutlichung der Problemdimension die folgende Zahl: Setzt man den Nutzungsgrad der Mikroelektronik für das Jahr 2000 mit 100 Prozent an, dann sind heute, so schätzt eine Gruppe von Technikern, erst fünf Prozent der Möglichkeiten, die die Mikroelektronik bietet, genutzt.“

Meine Damen und Herren, das ist diese Entwicklung auf Gedeih und Verderb. Ich meine, daß man sich dieser Entwicklung stellen muß. Müßig ist aus unserer Sicht der Streit darüber, ob sich das nun

(C)

(D)

(A) um eine technologische Evolution handelt oder ob das eine neue industrielle technologische Revolution ist, die zweite oder die dritte, wie immer man sie abzählen mag.

Entscheidend ist die Tatsache, daß es sich um eine grundlegende Veränderung handelt, eine grundlegende soziale und kulturelle Revolutionierung unseres Lebens, und daß diese Revolutionierung nicht mehr so aufgefangen werden kann wie die grundlegenden Veränderungen etwa in der Vergangenheit, als zum Beispiel die sogenannte industrielle Revolution dadurch aufgefangen wurde, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsplätze, daß dann im sogenannten Dienstleistungssektor, im tertiären Bereich, eben neue Arbeitsplätze geschaffen waren, die Arbeitsplätze, die woanders durch die Industrialisierung wegfielen.

Solche Arbeitsplätze gibt es heute bei dieser Revolutionierung durch die Mikroelektronik nicht mehr, im Gegenteil, dieser tertiäre Bereich ist hauptsächlich davon betroffen. Wir haben sozusagen kein Auffangbecken mehr, deswegen ist es auch zu kurz, wenn man eine Gegenüberstellung nur macht in dieser Frage nach den Stichworten Mikroelektronik als Jobkiller, also Arbeitsplatzvernichtung, oder als Jobknüller, wie andere gern hören mögen, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden.

(B) Wenn man nur ein paar nüchterne Zahlen nimmt, etwa aus dem Bereich des Sektors elektronische Bauelemente — ich zitiere aus einer Drucksache des Deutschen Bundestages, neunte Wahlperiode, Nummer 1988 —, dann wird deutlich, daß in den Jahren zwischen 1975 und 1981 diese elektronischen Bauelemente in ihrer Verfügbarkeit im Inland um 50 Prozent gesteigert wurden, daß die Importe um 129 Prozent gesteigert wurden, daß aber die Beschäftigten um zehn Prozent sanken. Ich meine, daß daran deutlich wird, die Mikroelektronik nimmt zu in ihrer Bedeutung, aber sie schafft nicht die Arbeitsplätze, die andere sich hiervon erhoffen, sie verändert vielmehr die gesamte Gesellschaft.

Nur ein paar Stichworte! Daß die Bildschirmarbeitsplätze selbst betroffen sind, wissen alle, das brauche ich nicht weiter auszuführen. Das ist in vielen Serien, etwa Brügge-Report im „Spiegel“ oder in anderen Zeitungen, schon deutlich gemacht worden. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften, die Betriebsräte, und es werden schon Überlegungen angestellt, was man tun kann. Aber es geht noch weiter! Im Bereich der Betriebsorganisation werden die Überlegungen angestellt, daß ein EDV-Verantwortlicher unbedingt im Vorstand sein muß, weil sonst ein solcher Vorstand ein Unternehmen überhaupt nicht mehr leiten kann, denn die normalen Vorstandsmitglieder haben von einer solchen modernen Elektronik nicht genug Ahnung.

Auch steht die Frage der Vernichtung unseres gesamten Rentensystems im Raum, wenn die Zahlen stimmen, die der DGB und das Bundesministe-

rium genannt haben. Ein Wegfall von 2,5 Millionen Arbeitsplätzen heißt auch, von 2,5 Millionen Beschäftigten werden keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt, dann heißt das, hier werden keine Steuern mehr gezahlt, hier muß Arbeitslosengeld her oder neue Arbeitsplätze, und wir wissen gerade in Bremen, wie schwer das ist. Da werden Diskussionen geführt etwa über die Einführung eines Maschinenbeitrags, daß sozusagen die Maschinen herangezogen werden als Maßstab dafür, daß Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmer eingezahlt werden müssen.

Das Bildungssystem ist ebenfalls in Frage gestellt. Wir haben neulich vom Bildungsminister einmal Arbeitsberichte vom WIS bekommen, und zwar die Folge 28 aus 1983, „Der Mikrocomputer als Meßinstrument im Physikunterricht“. Man muß es sich anschauen, ich kann es nicht schildern. Ich kann nur sagen, ich kann das nicht lesen, es ist die Computersprache. Es ist natürlich physikalische Technik. Natürlich habe ich davon zuwenig Ahnung, aber das ist Unterrichtsmaterial, das ist das, was die Schüler heute lernen. Wir haben ein ganz verändertes Bildungssystem zu erwarten, wie wir überhaupt mit solchen veränderten Bildungsinhalten, veränderten Arbeitsstrukturen umgehen.

Selbst die Strukturen des politischen Systems sind der Veränderung unterworfen. Ich möchte nur als Stichwort ansprechen, daß einmal ein Wissenschaftler sich Gedanken darüber gemacht hat, was zum Beispiel die Potentiale bestimmter gesellschaftlicher Kräfte und Verbände betrifft. Hier ist es nämlich so, daß gerade Gewerkschaften und übrigens auch die Sozialdemokratische Partei ihre traditionellen Potentiale in der Arbeitnehmerschaft gar nicht mehr so vorfinden werden, weil ja die Mikroelektronik diese Arbeitsbedingungen und damit auch die politischen Einstellungen völlig revolutioniert. Einerseits gibt es die hochqualifizierten Leute, die vielleicht noch die Programme durchschauen, und andererseits diejenigen, die nur noch mechanische Arbeiten machen und überhaupt keine inhaltliche Qualifikation für ihre Arbeit mehr haben werden.

Meine Damen und Herren, das sind nur ein paar Stichworte, die leider nicht mehr weiter ausgeführt werden können, die aber anreißen sollen, in welchen Bereichen sich eigentlich hier Veränderungen ergeben. Deswegen kommt der Club of Rome auch in seinem Bericht zu der Schlußfolgerung, die sehr wichtig ist, daß ein Verlust an Lebenssinn eintreten wird, und zwar ein Verlust an Lebenssinn, der nicht nur diejenigen trifft, die nicht arbeiten, die arbeitslos sind, die also sozusagen nicht wissen, was ihr Lebenssinn sein soll, die nicht mehr selbst für ihren eigenen Unterhalt arbeiten können, sondern die darauf angewiesen sind, daß sie versorgt werden, was die Menschen im Prinzip nicht wollen, sondern sie wollen für sich selbst sorgen, sie wollen für sich selbst bestimmen.

(C)

(D)

(A) Dieser Verlust an Lebenssinn trifft natürlich auch diejenigen, die weniger arbeiten, die vielleicht nur noch drei Stunden oder eine Stunde am Tag arbeiten. Sie trifft damit die gesamte Gesellschaft, alle Menschen in dieser Gesellschaft, und dieser Frage muß man sich stellen. Das ist die Frage, die auch diskutiert wird unter dem Stichwort, ob eben der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht.

Nun, wie können wir damit umgehen? Diese Probleme betreffen die Bundesrepublik, sie betreffen überhaupt alle Länder auf dieser Welt und selbstverständlich auch Bremen. Da ist Bremen keine Insel. Diese Probleme kann auch Bremen nicht als Insel bewältigen, aber wir sagen, Bremen muß sich diesem Problem stellen. Bremen muß sich spezifisch diesem Problem stellen und muß sich nicht darauf beschränken zu schauen, was andere in dieser Entwicklung sagen oder tun, sondern muß sich Gedanken machen, was das speziell für Bremen bedeutet, für den bremischen Arbeitsmarkt genauso wie für die Strukturen in allen anderen Bereichen, Bildung habe ich angesprochen. Deswegen ist es nötig, daß man sich Gedanken darüber macht, daß man sich hinsetzt, daß man sich mit dieser Entwicklung beschäftigt und natürlich zuallererst die Politik.

Wir sagen, man kann nicht blind für diese neue Entwicklung sein. Man kann nicht einfach sagen, das ist nun einmal so, und nun wollen wir das auch fördern, da gibt es dann Wettbewerbsentwicklungen, wir müssen mit den Japanern mithalten, wir müssen das sogar noch fördern. Das war die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte über die Anfrage vom November 1982.

(B) Ich meine, daß das blind ist gegenüber den Gefahren, die in der Entwicklung dieser Mikroelektronik liegen. Hier wird ein Zitat des Vorsitzenden der IG Metall, Herrn Loderer, von der CDU vorgebracht als Kritik an einigen Ausführungen der SPD-Fraktion und als Zustimmung, daß man hier mit Herrn Loderer, der ja immerhin Gewerkschaftsboß ist, übereinstimmt. Ich trage dieses Zitat einmal vor, dazwischen sagt dann immer der Abgeordnete Maas von der CDU, daß er das richtig findet.

„Die Entwicklung neuer Technologien ist der einzige Weg für unsere Wirtschaft, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.“ Das soll Herr Loderer im März 1982 in Washington gesagt haben, und Herr Maas von der CDU sagt, richtig.

„Dabei dürfen wir keine Angst haben, wenn Arbeitsplätze der Rationalisierung zum Opfer fallen.“ Der CDU-Mann sagt, richtig. „Dafür werden an anderer Stelle neue geschaffen.“ Der CDU-Mann sagt, richtig. „Wir müssen mobiler werden.“ Der CDU-Mann sagt, richtig. „Nur Idioten würden versuchen, den Fortschritt aufzuhalten.“ Der CDU-Mann sagt, richtig.

Meine Damen und Herren, da kann natürlich der CDU-Mann, Herr Maas, anfügen: „Diesen Ausführungen ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen.“ Beifall

bei der CDU, Abgeordneter Roth, SPD: „Da muß ich ja fast klatschen!“ (C)

Meine Damen und Herren, das, meinen wir, ist eine naive Herangehensweise an diese Problematik, zu meinen, man könne auf dieses Pferd setzen, und man müsse sich dann nur noch streiten, ob die Verkabelung durch Glasfaser- oder durch Kupferkabel die bessere, die fortschrittlichere sei. Das geht an der Problematik vorbei.

Wir als Bremer Grüne Liste wollen nicht Maschinenstürmer sein. Wir meinen, daß es nicht möglich ist, in dieser Entwicklung einfach zu sagen, wir wollen sie nicht sehen, wir schließen die Augen davor, oder wir wollen ganz praktisch im Wege des Maschinenstürmens dagegen gehen.

Als im Jahr 1848 die ersten Telegrafienleitungen zwischen Bremen und Hamburg eingeweiht wurden, kam es zu Aufständen von Bauern hier in der Gegend, sicherlich auch bremischer, die schließlich in Stade die Masten kappten, die Sturmglocken läuteten und die Telegrafisten vertrieben. So heißt es hier im ZDF-Jahrbuch von 1981. Erst als unter dem Schutz Hamburger Soldaten die Arbeiten wieder aufgenommen werden konnten, konnte die Leitung fertiggestellt werden, und knapp 40 Jahre danach wurden allein in Deutschland bereits über 18 Millionen Nachrichten telegrafisch übermittelt.

Meine Damen und Herren, eine nostalgische Reminiszenz, könnte man sagen, aber sie macht auch deutlich, daß man sich bestimmten Entwicklungen eben nicht in dieser Weise entgegenstellen kann, und das wollen wir auch nicht, das sehen wir auch nicht als sinnvoll an. Aber wir sagen, es ist Aufgabe, daß wir diese Entwicklung beherrschen und nicht einfach blind ihr vertrauen und glauben, wenn da Arbeitsplätze wegfallen, dann schaffen wir eben neue. Ich habe die Zahlen zitiert, daß es so einfach nicht geht. (D)

Deswegen haben wir den Antrag eingebracht, daß wir eingedenk unserer Landesverfassung eine bestimmte Haltung einnehmen, denn die Landesverfassung sagt im Artikel 12 sehr weise vorausschauend, sie stammt ja schließlich von 1947: „Der Mensch steht höher als Technik und Maschine.“

In diesem Sinne schlagen wir vor, daß die Bürgerschaft sich genau dieses Problems bewußt ist, neue gesellschaftliche Entwicklungen im Hinblick auf deren konkrete Bedeutung gerade für Bremen — natürlich nicht für Gott und die Welt, sondern gerade für Bremen — zu untersuchen. Deswegen regen wir an, ein bremisches Forum für diese Fragen zu schaffen, in dem etwa unter Federführung der Arbeitnehmerkammern zusammen mit den anderen Kammern, mit Senat und Bürgerschaft diese Gefahren, aber auch die Chancen der Mikroelektronik untersucht werden können und Vorschläge für die bremische Politik entwickelt werden, damit wir in der Frage „auf Gedeih und Verderb“ auf der Seite Gedeih stehen werden.

(Beifall bei der BGL)

(A) **Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Zollmann.

Abg. Dr. Zollmann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Adamietz, ich glaube, Sie haben mit Ihrem Antrag das Thema etwas zu eng gefaßt, indem Sie sich nur auf die Mikroelektronik und die Gesellschaft beschränkt haben. Im Grunde genommen ist es ja ein Thema, was die Nationalökonomie so lange beschäftigt, wie sie besteht. Deshalb müßte das Thema gerechterweise heißen: Strukturelle Wandlungen als Ursache und Folge wirtschaftlichen Wachstums. Was ist denn gerade die von Ihnen angesprochene Industrialisierung anderes gewesen als der Einsatz der Mikroelektronik, der sich jetzt in vielen Bereichen der Wirtschaft vollzieht?

Man könnte hier umfangreiche Literatur zu dem Thema anführen. Sie haben ja auch ganz richtig angesprochen, daß wohl dem Thema nicht zuletzt auch eine philosophische und ethische Seite innewohnt, und da möchte ich Ihnen ein Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten, die er auf der diesjährigen Tagung der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema technologischer Wandel gehalten hat, kurz vorlesen. Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich hier zitieren: „Es wäre notwendig, daß sich Philosophen und Theologen viel mehr, als sie jetzt tun, mit diesen Fragen beschäftigen und herausfinden, ob es so etwas wie eine Ethik des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts gibt.“

(B) Dazu sind sehr viele Referate auf dieser Tagung gehalten worden, und es wäre überflüssig, hierauf im Detail einzugehen. Die Liste der Literatur, die zu diesem Thema vorliegt, ist auch sehr lang und füllt Regale.

Da sie gerade die Berichte des Club of Rome angesprochen haben, kann ich nur sagen, der erste Bericht des Club of Rome ist durch den zweiten Bericht des Club of Rome überholt worden, der ganz andere Zahlen ausgewiesen hat. Genauso wird es mit der Studie sein, die Sie hier angeführt haben, denn das Battelle-Institut in Frankfurt bezweifelt in einer Studie nun schon wiederum diese Zahlen. Insoweit meine ich, sollte man hier nicht so sehr die Arbeitsplatz-Fata-Morgana und die Verluste aufbauen, gleichwohl sie im Auge behalten, gerade unter dem Zitat, was ich hier vorgelesen habe.

Daß das Thema auch nicht neu ist, ergibt sich allein schon daraus, daß der Bergedorfer Gesprächskreis sich bereits im Jahr 1978 mit dem Thema befaßt hat unter dem Titel „Europäische Dauerarbeitslosigkeit als Schicksal?“. Ich möchte kurz ein Zitat daraus vorlesen:

„Die Notwendigkeit von Innovationsstrategien unter Einsatz von Forschung und Technologie, Entwicklung neuer Energie- und Rohstofftechniken und so weiter beinhaltet moderne Steuerungstechniken, die Vollautomatisierung in kleineren und mittleren Serien ermöglichen. Das heißt, Prozeßrationalisierung begrenzt die Schaffung neuer Arbeitsplätze, selbst im Falle von Produktinnovationen, Politik der Investitions- und Innovationsförderung löst die Beschäfti-

gungsprobleme nicht. Was wir brauchen, sind strategische Investitionen im Hinblick auf jene Probleme, die langfristig auf uns zukommen.“ (C)

(Abg. Fluß [SPD]: Ja, das ist richtig, und keine Raketen!)

Wir wollen, Herr Fluß, dieses Thema hier nicht diskutieren. Ich meine, das Thema steht an anderer Stelle zur Debatte, aber vielleicht beinhaltet dies ja auch einen Teil des Themas Mikroelektronik, die hier angesprochen ist und die Sie gar nicht wegdiskutieren, denn gerade in diesem Bereich werden Mikrochips und Mikroelektronik in einem sehr hohen Maß angewandt.

In diesem Zusammenhang stellt sich meines Erachtens die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland überhaupt auf den Einsatz der Mikroelektronik und der Mikrochips verzichten kann. Ich glaube das ganz einfach nicht. Wenn man sich allein einmal Zeitungsartikel aus der „Frankfurter Allgemeinen“ ansieht, Japan investiert in die Entwicklung von Supercomputern, dann kommt eine dynamische Entwicklung in Schweden und so weiter, dann meine ich, stellen wir fest, daß wir, wenn wir an der Spitze des Fortschritts bleiben wollen, uns nicht einfach abkapseln können.

(Abg. Willers (GUL): Fortschritt wohin, Herr Zollmann?)

Der Fortschritt, das ist ganz klar, wird durch den internationalen Wettbewerb vorgegeben, und wenn Sie der Meinung sind, daß die Bundesrepublik Deutschland sich hiervon abkapseln kann, dann können wir vielleicht später hier auf grünen Bäumen hocken, aber wir werden nicht mehr die Arbeitsplätze hier zur Verfügung stellen können, die wir im internationalen Wettbewerb benötigen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das müssen Sie sich doch einmal vor Augen führen, Sie können sich doch nicht abkoppeln von Entwicklungen in Japan, in Schweden und in anderen Ländern und dann fragen, Fortschritt wohin! Der Fortschritt wird Ihnen doch vorgegeben durch den internationalen Wettbewerb, und wenn Sie das nicht erkennen, dann tut mir das völlig leid!

Gerade im Hinblick auf das Potential, was dort anfällt, ist es vielleicht wichtig. Die Mikroelektronik entwickelt sich mit einem unheimlichen Absatzpotential, die Nachfrage nach elektrischen Bauelementen verdoppelt sich im Rhythmus von fünf bis sechs Jahren. Eine Volkswirtschaft, die sich im Vorgriff auf die Entwicklung um Produktion dieser Erzeugnisse spezialisiert, kommt in eine immer bessere Situation, und damit hat sie auch die Chance, im Wettbewerb zu widerstehen. Sie können ja gern diese Ausführungen widerlegen, die im übrigen nahtlos übereinstimmen mit der Argumentation des Sachverständigenrates. Ich gebe Ihnen nachher gern die Gutachten, ich habe sie da auf dem Tisch liegen, wo Sie das nachlesen können, aber das wird Sie ja sowieso nicht überzeugen, da Sie immer im Besitz der höheren Weisheit sind.

(A) Ich meine aber, man sollte nicht verkennen, daß mit der Einführung dieser Technologien natürlich auch erhebliche Probleme im Bereich der Arbeitswelt auftreten, so zum Beispiel im Hinblick auf die Gestaltung der Arbeitsplätze und die daraus resultierenden physischen und psychischen Belastungen derjenigen, die diese Arbeitsplätze einzunehmen haben. Ich brauche das, glaube ich, nicht im weiteren auszuführen, wenn nur noch in klimatisierten Räumen oder vielleicht nur noch in verdunkelten Räumen gearbeitet werden kann. Wenn man sich gerade vorstellt, was gestern in der Zeitung gestanden hat, daß in einer Halle bei VW, wo der neue Golf produziert werden soll, nur noch zwei Menschen arbeiten werden und die übrige Arbeit ausschließlich durch Roboter erledigt wird, da werden wir als Gesetzgeber aufgefordert sein, hier für menschenwürdige Arbeitsplätze zu sorgen und eben eine humane Arbeitswelt festlegen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht zuletzt werden wir uns auch in diesem Zusammenhang, da gebe ich Ihnen völlig recht, und da stimme ich auch mit Ihnen überein, mit dem Thema Arbeitszeit befassen müssen. Das Thema Arbeitszeit wird ja schon selbst von japanischen Gewerkschaftlern angesprochen, die ja einst im Lande der Vorreiter nunmehr zu einem Umdenkungsprozeß kommen, was den Einsatz der Roboter und der Elektronikchips angeht. Wahrscheinlich wird es uns gelingen müssen, daß wir in dem Spannungsdreieck Produktionsvolumen, Arbeitslosigkeit und Freizeit eine Lösung auch im Hinblick auf die Arbeitszeit finden, die der technischen Entwicklung in diesem Bereich gerecht wird. Ich meine aber — auch wenn man jetzt die verschiedenen Jahresgutachten nimmt —, daß dieses Thema mitbehandelt werden muß. Zur Zeit ist ein Entwurf der Bundesregierung in einer Richtung in Vorbereitung, der manchem im Haus oder in Ihren Gruppen mit Sicherheit nicht zusagen wird.

Ich darf Ihnen aber nur sagen, gerade weil die Forderungen ja auch gestern immer wieder erhoben worden sind, daß sowohl das Sondergutachten des Sachverständigenrats vom März dieses Jahres als auch das soeben vorgelegte Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Wirtschaft vom Juni 1983 unter dem Titel „Vermindert die Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit?“ zu dem Ergebnis kommen, daß die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche eher Arbeitsplätze vernichtet, als daß sie neue Arbeitsplätze schafft.

(Zuruf des Abg. Gerhard Fischer [SPD])

Ja, Sie können das als falsch bezeichnen, lesen Sie erst einmal die Gutachten, bevor Sie sagen, das wäre falsch! Was aber erforderlich ist in diesem Bereich, ist, daß wir eben Lösungen finden, die auch gerade kleineren und mittleren Unternehmen die Chance lassen, sich diesen Entwicklungen anzupassen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Wenn Sie ihnen nämlich von oben eine tarifvertragliche Regelung mit einer 35-Stunden-Woche aufzwingen, dann haben gerade diese kleineren und mittleren Unternehmen überhaupt keine Chance, sich im Rahmen dieser Entwicklung anzupassen.

Wir haben unseren eigenen Antrag vorgelegt, weil wir meinen, daß der Antrag der BGL zum einen zu unpräzise formuliert ist und zum anderen wieder der Begriff von Gedeih und Verderb beschworen wird, wo genau berechnet wird, wann der Weltuntergang ist. Das hat zum ersten Mal Malthus im 17. Jahrhundert getan, und danach sind noch sehr viele Vorhersagen dieser Art entstanden. Insofern sollte man da sehr, sehr vorsichtig sein, was die Prognose technischer Entwicklungen angeht.

Im übrigen meine ich, was den Antrag angeht, die Errichtung eines Forums mag vielleicht im Ansatz Erkenntnisse bringen, aber bei dem vorliegenden Material dürfte kaum zu erwarten stehen, daß hier sehr viel neue, auf Bremen zu übertragende wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Wenn man die Studie „Global 2000“ nimmt, da können Sie im Vorwort lesen, daß die Lösung der anstehenden Probleme die Fähigkeit einer Nation bei weitem überschreitet. Sie meinen, mit einem Forum könnten Sie die Probleme eines kleinen Bundeslandes in diesem Sinne lösen! Gleichwohl mag das vielleicht ein Ansatz sein, indem man sich mit diesem Thema befaßt. Man kann sich aber vielleicht in diesem Forum damit befassen, und insoweit wird sich unsere Fraktion diesem Forum auch nicht in den Weg stellen.

(D) Wir meinen aber, daß es sinnvoller ist, den Antrag so zu beschließen, wie die CDU-Fraktion ihn in der Neufassung vorgelegt hat. Darin sagen wir, daß technischer Fortschritt kein Selbstzweck ist, daß wir aber technischen Fortschritt für erforderlich halten, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können und Arbeitsplätze sichern zu können. Weiter gehen wir davon aus, daß wir die technologischen Entwicklungsprozesse im Hinblick auf die Auswirkungen bei den Arbeitnehmern auf ihren Arbeitsplatz berücksichtigen müssen und daß es vornehmlich in der Aufgabe der Tarifvertragsparteien liegt, hier Lösungen hinsichtlich der Arbeitszeit zu finden, die aber jedem Betrieb die Entwicklungschancen lassen und ihn nicht so einengen, daß er in seiner Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise seiner Existenz von vornherein schon zum Absterben verurteilt wird.

Insofern bitte ich Sie alle, unserem Antrag zuzustimmen. Wir werden uns bei der Abstimmung des Antrags der Bremer Grünen Liste der Stimme enthalten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dem freundlichen Zurufer über die Tatsache, daß ich hier mit meinen Krücken noch einen Augenblick zu tun habe, etwas entgegen:

- (A) Ich mag gehindert sein, Tango zu tanzen, aber gehindert zu reden bin ich nicht.

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Was ist mit dem Singen, Herr Kollege? — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich will gleich zum Thema überleiten und Ihnen verraten, daß ich die Notizen, die ich mir zur Vorbereitung dieses Beitrags gemacht habe, in Anbetracht unseres Themas Mikroelektronik und Gesellschaft auf einem Mikrocomputer gemacht habe. Ich versichere dem Hause aber, daß dadurch kein einziger Arbeitsplatz weggefallen ist, sondern im Gegenteil, ich hoffe, daß ich dazu beigetragen habe, indem ich mir solch ein Gerät nämlich gekauft habe, Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar auch hier.

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Daran hängt ja noch etwas, Herr Kollege! Das Gerät wird ja hier gehandelt, und gerade wir, in einem Bundesland lebend, das vom Handel in einem beträchtlichen Maße abhängt, sollten ein Interesse daran haben, daß der Handel funktioniert.

(Abg. Lahmann [FDP]: Sehr gut!)

- (B) Die Diskussion über die Fragen des technischen Fortschritts bewegt sich fortwährend zwischen utopischen Entwürfen einer Welt der unbegrenzten Möglichkeiten einerseits und düsteren Zukunftsvisionen einer entmenslichten Umwelt andererseits. Für uns Liberale gilt es auch hier, einen Standpunkt der Vernunft zu finden, und das heißt, nichts durchsetzen zu wollen, was außer kurzfristigen Profiten nur langfristigen Schaden bringt, aber auch nichts zu verdammern oder zu dämonisieren, was Fortschritt heißt, nur weil wir es nicht kennen, verstehen, noch nicht in der Lage sind, es in unsere Welt einzuordnen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Adamietz hat davon berichtet, wie es damals war, als die erste Telegrafenteleleitung zwischen Bremen und Hamburg gebaut wurde.

(Abg. Griesche [SPD]: Da war er sogar dabei!)

Diese Geschichte geht, jedenfalls in der Anekdote, noch weiter. Bevor nämlich die Bauern die Arbeiter vertrieben haben, soll es angeblich einen Zwischenfall gegeben haben, als sich eine große Ansammlung von Bauern zusammenfand und sich krumm und schief lachte über die Tätigkeit der Arbeiter, die dort Telegrafenteleleitungen aufstellten und Drähte spannten. Auf die irritierte Frage der Arbeiter, was denn die Bauern zu lachen hätten, wenn sie doch nur ihre Arbeit täten, was diese bodenlose Heiterkeit solle, haben die Bauern erklärt, die Arbeiter seien ja aus der Stadt, da könne man auch wirklich nichts er-

- warten; wenn sie die Weidezäune so hoch zögen, dann renne das Vieh immer unten durch. (C)

(Heiterkeit)

Das, meine Damen und Herren, illustriert — ich kann mich für die Richtigkeit der Anekdote, Herr Adamietz, nicht verbürgen —,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie sind nicht unten durchgelaufen!)

daß der technische Fortschritt nicht nur in unserer Zeit, sondern auch schon vordem immer dann, wenn er für den Laien kaum begreifbare Dimensionen annahm, eine Unruhe schaffte. Das führt dazu, daß sich viele Menschen bedroht fühlen durch die Entwicklung, und das gilt in unseren Tagen insbesondere für die Mikroprozessortechnik, bedroht, weil dem Wunsch nach Sicherheit, und der rangiert ja auf der persönlichen Wunschliste der Menschen ganz oben, die große Unsicherheit gegenübersteht, die sich mit technischen Prozessen verbindet, die kein Mensch mehr verstehen kann.

Neue Technologien, ihre Entwicklung und ihr Einsatz an sich können ja kaum verwerflich sein. Es hängt doch davon ab, zu welchen Zielen und wie verantwortlich sie eingesetzt werden. Man darf dabei auch nicht übersehen, daß sie auch Chancen bieten, zu humaneren Produktionsmethoden beispielsweise zu gelangen, Lärm- oder Schadstoffbelastungen zu mildern oder auch eintönige Arbeit durch abwechslungsreichere abzulösen. (D)

Die erhoffte Befreiung der Menschen von stumpfsinniger und besonders belastender Tätigkeit tritt beim Einsatz moderner Technologien tatsächlich ein, aber nur im beschränkten Umfang, denn der verminderten körperlichen Anstrengung steht nicht selten erhöhter psychischer Streß gegenüber. So wird auch argumentiert. Während die Arbeitnehmervertreter Befürchtungen äußern, daß es durch neue Technologien zu einer weitgehenden Entwertung von Tätigkeit und Qualifikation der Arbeitnehmer komme,

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Das sind keine Befürchtungen, das sind Tatsachen, mit denen wir uns auseinandersetzen haben!)

daß es durch Arbeitsintensivierung, besonders durch Bildschirmarbeit, zu mehr Streß komme, daß erhebliche Personalentlassungen zu befürchten seien durch den Einsatz von Prozeßrechnern oder Industrierobotern, so sieht die Arbeitgeberseite die vermuteten Auswirkungen optimistischer und verweist auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei der Herstellung, Wartung und beim Handel. Sie verweist auf deutlich bessere Arbeitsbedingungen durch Rationalisierung und Modernisierung. Freisetzungen würden, wenn möglich, durch Umsetzungen oder natürliche Fluktuation vermieden. Sie verweist weiterhin auf die Aufwertung der Arbeitsplätze in Konstruktion, Produktionssteuerung und im Technikvertrieb.

(A) Sicher haben beide Betrachtungsweisen mehr oder weniger richtige Elemente in sich. Sicher unterscheidet sich die Betrachtungsweise auch durch die jeweilige Perspektive des Betrachtenden. Deutlich wird jedoch, daß es nötig ist, angesichts eines so durchgreifenden Änderungsprozesses in dieser Frage in einen Dialog einzutreten, in dem die berechtigten Interessen beider Seiten Gegenstand der Diskussion werden.

Es ist sicher, die Mikroelektronik wird weiter vorschreiten. Sie wird in weiteren Bereichen Fuß fassen. Es wird insbesondere im Bürobereich, aber auch in der Produktion zu erheblichen weiteren Veränderungen kommen. Fortschreiten wird die Entwicklung computergesteuerter Herstellungsprozesse, die viel Fließbandarbeit ersetzen, aber auch qualifizierte technische und konstruktive Tätigkeit. Computergesteuerte Erfassungs- und Analyseverfahren verdrängen viele kaufmännische Tätigkeiten, und die elektronischen Kommunikationsverbindungen werden die meisten der auf Papier beruhenden Übermittlungsverfahren ersetzen. Damit wird auch die Notwendigkeit für zentralisierte Büros und große kaufmännische Belegschaften zumindest stark eingeschränkt.

Demgegenüber steht sicherlich eine erhöhte Nachfrage nach qualifiziertem Personal im Bereich der Elektronikindustrie, des Handels, der Wartung. Technisch kompetente Ingenieure, Instandhaltungsfachleute, Programmierer, Systemanalytiker, Kommunikationsexperten und so weiter werden aber nur dann kurzfristig verfügbar sein — und das Tempo der Entwicklung in diesem Gebiet ist rasant —, wenn die jetzt vorhandenen Arbeiter und Handwerker mit völlig neuen Qualifikationen versehen werden können. Wahrlich eine schwierige Aufgabe! Das langfristige Ziel bei allen Bemühungen muß sein, in diesem Prozeß, dessen Anfänge wir bereits erlebt haben, die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen zu minimieren.

(Beifall bei der FDP)

Es muß langfristig ein geordneter Übergang zu flexibleren Arbeits-, Bildungs- und Freizeitgewohnheiten geschaffen werden. Die Widerstände dagegen sind vielfältig und bereits jetzt deutlich sichtbar.

Der Ansatz des BGL-Antrags, den wir debattieren, meine Damen und Herren, ist richtig. Es ist dringend erforderlich, in einen intensiveren Gedankenaustausch einzutreten. Das wird beispielsweise in den Kammern auch bereits besprochen, wie ich weiß. Wir werden deshalb dem BGL-Antrag zustimmen, auch wenn uns das interpretierbare Wort „Forum“ etwas mißfällt. Ich glaube aber, wir sind mit dem Antragsteller einig, Herr Adamietz, daß hier nicht eine Institution als bürokratische Pseudolösung geschaffen werden soll,

(Abg. Adamietz [BGL]: Sehr richtig!)

sondern daß es darum geht, daß diese Problematik auf breiter Ebene diskutiert werden kann und nichts anderes.

Auch dem CDU-Entschließungsantrag können wir zustimmen. Es ist richtig: Den technischen Fortschritt schlechthin abzulehnen, ihn nicht wahrhaben zu wollen, schafft Nachteile für alle. Wir sehen es auch so, daß die enormen Auswirkungen auf die einzelnen Arbeitnehmer eine wichtige Aufgabe für die Tarifparteien etablieren. Deshalb wird die FDP-Fraktion auch dem Entschließungsantrag der CDU ihre Zustimmung geben. — Vielen Dank!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Beitrag zwei Zitate voranstellen, die die ganze Spannweite dieses Problems etwas deutlich machen.

(Abg. Jäger [FDP]: Das erwarten wir auch nicht anders! — Abg. Lahmann [FDP]: Sonst würden wir das alles nicht begreifen!)

Meine Grüne Bundestagskollegin Marie-Luise Beck-Oberdorf, hat in ihrer Eingangsrede gesagt: „Um des eigenen Überlebens willen gilt es, neue Formen des Zusammenlebens, neue Formen gesellschaftlicher Organisation, menschengerechte Organisation auch des Wirtschaftslebens zu entwickeln.“ Das ist, zugegeben, eine sehr allgemeine politische Wunschvorstellung, und die Realität sieht noch anders aus.

Mit der Realität möchte ich Sie mit einem Zitat konfrontieren, was ich in der „Wirtschaftswoche“ gefunden habe. Dieses Zitat stammt von Robert Bogulaw, einem führenden amerikanischen Konstrukteur neuer Techniksysteme. Herr Bogulaw hat gesagt: „Was wir brauchen, ist eine Inventur der Methoden, mit denen menschliche Verhaltensweisen kontrolliert werden können, und die Beschreibungen der Instrumente, die uns zur Erlangung dieser Kontrolle verhelfen.“

Wenn diese uns zu einer zufriedenstellenden Handhabung des Menschenmaterials verhelfen, wenn wir uns das Menschenmaterial in vergleichender Weise vorstellen können wie Metallteile, elektrische Energie oder chemische Reaktionen, dann haben wir erfolgreich das Menschenmaterial auf dieselbe Grundlage gestellt wie die anderen Materialien und können fortfahren, unsere Probleme der Systemauslegung zu entwickeln. Dennoch gibt es eine Reihe von Nachteilen beim Einsatz von menschlichen Arbeitseinheiten. Sie sind ziemlich zerbrechlich, ermüden, altern, sind anfällig gegen Krankheiten und Tod, und häufig sind sie dumm.“

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Willers, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. Willers (GUL): Bitte sehr!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Aulfes!

Abg. Aulfes (SPD): Herr Abgeordneter Willers, geht es Ihnen nicht auch so wie mir, daß man automatisch zusammenzuckt, wenn dauernd das Wort Menschenmaterial, das aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ kommt, da hört?

Abg. Willers (GUL): Ja, genauso geht es mir auch, Herr Aulfes, und damit Sie endlich einmal zusammenzucken, will ich das auch als Zitat bringen. Also: „Sie sind ziemlich zerbrechlich, ermüden, altern, sind anfällig gegen Krankheiten und Tod, und häufig sind sie dumm, unzuverlässig und begrenzt in ihrer intellektuellen Speicherkapazität. Darüber hinaus suchen sie ihre eigenen Logik zu entwickeln. Diese Eigenschaft des Menschenmaterials ist nicht akzeptabel, und jedes System, das es benutzt, muß über angemessene Sicherungen verfügen.“ Soweit das Zitat!

Meine Damen und Herren, das ist die menschenverachtende Fratze unserer Wirtschaftsweise, die Herr Dr. Zollmann nicht sehen will, wenn ich ihn frage: Fortschritt wohin?

(Abg. Brasse [CDU]: Zur Steinzeit!)

Das ist das Problem! Wir sind gegen die massenweise, unser Leben total verändernde Einführung von Mikroprozessoren. Die Gefahr, die von dieser Technik ausgeht, liegt nicht im einzelnen, Herr Richter, sie liegt nicht darin, daß Sie auf einem kleinen Computer spielen können oder wollen oder daß Ihnen das sogar Spaß macht. Sie liegt in der Möglichkeit, daß mit den Mikroprozessoren erstmals die Möglichkeit gegeben wird, Netzwerke aufzubauen, Infrastrukturen aufzubauen, zentralistische Strukturen, die sich letzten Endes unserer Kontrolle, auch unserer politischen Kontrolle entziehen können. Das gilt ganz besonders für die Informationstechniken und die Kommunikationstechniken.

Solange wir die soziokulturellen Folgen einer Entwicklung, wie sie in den Mikroprozessoren angelegt ist, in ihrer ganzen Dimension auch nicht annähernd kennen, solange sind wir dagegen. Herr Richter, ich finde es dann eben eine ignorante Verharmlosung, wenn Sie mit dem alten Beispiel des Ziehens von Leitungsdrähten zwischen Bremen und Bremerhaven kommen.

(Abg. Richter [FDP]: Ich habe von Hamburg gesprochen! — Abg. Fluß [SPD]: Das hat Herr Adamietz gemacht!)

Das hat Herr Adamietz auch gemacht, ja! Ich meine, es ist dringend erforderlich, überfällig sogar, hier über neue Technologien und insbesondere über die Mikroprozessoren zu reden, aber es wäre natürlich noch viel, viel dringender, aus diesen Gesprächen die richtigen politischen Nutzenwendungen zu ziehen. Ich gehe einmal davon aus, daß Sie schon alle Bücher

über dieses Thema gelesen haben und daß Sie die Dimensionen dieses Problems in etwa auch kennen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält!)

Aber dann bitte ziehen Sie die Nutzenwendungen, die Sie aus diesen Büchern möglicherweise ziehen, auch in Ihren Entscheidungen über die Einführung des Bildschirmtextes! Vor der Entscheidung stehen wir ja noch.

Ich will etwas zur staatlichen Förderungspolitik sagen. Die geht von einem Denkfehler aus, meine ich, und das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die von führenden Gewerkschaftern, nein, ich berichte mich, nicht von führenden Gewerkschaftern, sondern von kritischen Gewerkschaftern. Arbeitslosigkeit, sagen die, und Strukturkrise sind eben nicht auf die veraltete Produktion und auf veraltete Verfahren zurückzuführen, wie das gemeinhin behauptet wird, sondern eher auf zu moderne Produktionsverfahren bei stagnierendem Wachstum beziehungsweise eben auf eine zu intensive Förderungspolitik von kapitalintensiven Technologiezweigen, wie zum Beispiel bei der EDV.

Ein kritischer Gewerkschafter hat gesagt, die staatliche Förderungspolitik der Mikroprozessoren und der ganzen modernen Technologie sei zutiefst unsozial. Ich kann mich dieser Meinung nur anschließen.

Neuerdings wird viel über den Begriff technology assessment geredet, das ist so etwas ähnliches wie die Umweltverträglichkeitsprüfung in dem Bereich, das heißt, es soll in Zukunft intensiver geprüft werden, welche Folgen die Einführung neuer Technologien hat. Ich habe allerdings den Verdacht, das deutet sich bereits auch schon in den Vorgesprächen dafür, wie man das politisch machen will, an, daß hier eben nicht die sozialen und kulturellen Folgen der Einführung neuer Technologien untersucht werden sollen, damit man dann darüber entscheiden kann, ob man sie einführt oder nicht, sondern daß dies letzten Endes wieder auf eine Akzeptanzwissenschaft hinausläuft, das heißt auf die Frage, wie man die neuen Technologien am besten der Bevölkerung verkaufen kann.

Nach meiner Auffassung schaffen Mikroprozessoren Arbeitslosigkeit, ganze Berufszweige werden verschwinden, unter anderem auch die der Herrschaften da oben. Der Arbeitsmarktsaldo ist insgesamt negativ, da beißt die Maus keinen Faden ab. Mikroprozessoren polarisieren die Qualifikationen, sie fördern Nacht- und Schichtarbeit, sie verändern überhaupt den Grundcharakter von Arbeit. Sie verschärfen die Kontrolle und Überwachung im Betrieb, Stichwort Personalinformationssysteme, und vergrößern die Gefahr des Überwachungsstaates. Sie verstärken die Monopolisierungen und Zentralisierungstendenzen in der Wirtschaft, und sie führen zur geistigen Verelendung großer Teile der Bevölkerung, Stichwort Medientechnologien. Sie führen zu einer Nivellierung von Lebensgewohnheiten.

(C)

(B)

(D)

(A) Über die tatsächlichen und korrekten Arbeitsplatzauswirkungen, außer über die Tendenzen, gibt es keine gesicherten oder ausreichend gesicherten Erkenntnisse. Sogar die Gewerkschaften, die in einigen Bereichen kritisch sind, beziehen sich bei ihren Untersuchungen immer wieder auf Untersuchungen der Arbeitgeber, und da wird es wirklich langsam Zeit, daß man das einmal ändert und unabhängiger an das Problem herangeht.

Wenn ich hier kritische Gewerkschafter zitiere, so muß ich aber auf der anderen Seite bedauernd feststellen, daß dieses Problem von den Gewerkschaften insgesamt in seiner ganzen Dimension noch nicht erkannt worden ist. Der Beweis dafür ist die Rede, die Herr Weinkauf gestern hier zum Problem Werften gehalten hat, in der er unkritisch, ganz unkritisch wieder einfach platt Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum gefordert hat. So einfach geht es nicht mehr, und da muß man schon ein bißchen tiefer in die Angelegenheit einsteigen!

Es gibt Wissenschaftler, die ganz klipp und klar und unverblümt sagen, es ist die Aufgabe der Mikroelektronik, nicht die Folge, Arbeitsplätze zu zerstören. So ist das! Wir haben keine Angst wie Herr Adamietz, für diese Haltung, die ich hier skizziert habe, als Maschinenstürmer diffamiert zu werden. Solange es so ist,

(Abg. Adamietz [BGL]: Das ist nicht meine Angst, es ist nicht mein Ziel, Maschinenstürmer zu sein!)

(B) Herr Adamietz, was sich andeutet, was erkennbar ist, daß die sozialen und kulturellen Folgen der Einführung von Mikroelektronik nicht im Griff sind, können Sie nicht, Herr Adamietz, sagen, wir können uns dieser Welle nicht verschließen, wir versuchen das Beste daraus zu machen. Das ist genau die Politik, die die SPD immer wieder macht, wenn Herr Koschnick sich hier hinstellt und sagt, Verkabelung ist eine schlimme Sache, alles ganz schlimm, aber die Zwänge. Sie gehen dabei, Herr Adamietz, ein ganzes Stück auf diese Art von SPD-Logik ein, und ich bitte Sie, sich das wirklich noch einmal zu überlegen!

Solange wir der Drohung ausgesetzt sind, daß die Maschine den Menschen regiert und nicht umgekehrt, lassen wir uns das Etikett Maschinenstürmer gern ankleben und nehmen diese Beschuldigung auf uns.

Ich will noch eines sagen zu den Anträgen der CDU, von Herrn Dr. Zollmann. Es waren ja zwei, es gab ein Original, und es gab eine Überarbeitung. Interessant ist eigentlich, was an der Neufassung anders ist als an der alten Fassung. Ich habe lange gesucht, bis ich das gefunden habe, und das ist wirklich bemerkenswert. Unter Punkt eins stand in der Originalfassung: Die Einführung von Mikroprozessoren „garantiert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert damit auch Arbeitsplätze“. Das hat Herr Dr. Zollmann in der zweiten Fassung dann herausgelassen.

Unter Punkt zwei stand in der ersten Fassung: „Die entsprechenden Gesetze und Verordnungen

müssen in Abhängigkeit von der technischen Entwicklung novelliert werden.“ In Abhängigkeit von der technischen Entwicklung! Toll! Den Satz fand Herr Dr. Zollmann dann auch wohl zu brisant und hat ihn in der überarbeiteten Fassung herausgelassen. Herr Dr. Zollmann, vielleicht können Sie noch einmal sagen, was Sie zu dieser neuen Erkenntnis gebracht hat.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Lernfähigkeit!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

(Abg. Dr. Zollmann [CDU]: Herr Willers, ich bin nicht so allwissend wie Sie, sondern lernfähig!)

Abg. Kunick (SPD)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für eine Positionsbestimmung, leider ist Herr Ostendorff nicht da, der freut sich immer besonders, wenn man einmal auf Marx verweist, möchte ich auf einen ganz banalen Marxschen Satz verweisen, der hier eine gewaltige Rolle spielt, nämlich daß das Sein das Bewußtsein bestimmt. Die Gesellschaft in der Industriegesellschaft steht in einer gewaltigen Umwälzung, und ganz neue Maschinen, das wurde in der Debatte schon angeführt, werden eingeführt, während die an den alten Maschinen Stehenden um ihre Lebensverhältnisse fürchten.

Unkenntnisse sowohl über Möglichkeiten und Folgen der neuen Technik, aber auch ganz begründete Befürchtungen in einer Zeit konjunktureller, struktureller und generativ bedingter Arbeitslosigkeit, mit neuen Techniken konfrontiert zu werden, die weniger arbeitsintensiv sind, daraus entsteht vielfach Ablehnung der neuen Techniken, die sich an vielen Stellen in der Gesellschaft Luft macht. Wir als Parlamentarier wissen wenig, das muß man auch, um eine solche Debatte nicht so arrogant erscheinen zu lassen, einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die in einem solchen Hause sitzen, wissen verdammt wenig über die technische Qualität und Möglichkeit der Dinge, die da neu in die Produktion eingesetzt werden. Sie sind mehr Fragende und Lernende und Aufklärungsbedürftige, als daß sie sich hier hinstellen könnten wie die Propheten. Zur Verfügung stehen, wie man liest, Maschinen, die systematische Denkvorgänge ausführen und mit der Durchführung jener Ergebnisse verbinden können, Maschinen, die Daten weltweit und blitzschnell und in nicht gekannter Fülle zu übermitteln, zu verarbeiten und zu speichern in der Lage sind, Maschinen, und da geht es ans Gesellschaftspolitische, die, Herr Kollege Dr. Zollmann, da bin ich mit anderen Rednern einer Auffassung, die Arbeitszeit von Millionen Angestellten und Arbeitern überflüssig machen können, weil sie die Produktivität ins Unermeßliche

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) steigern, während die Nachfrage nicht ins Unermeßliche steigerbar ist — das Problem der Kaufkraft kommt ja noch dazu und der Möglichkeiten, auf dem Markt zu kaufen —, und mit deren Anwendung die menschliche Gesellschaft auf jeden Fall einen qualitativen Sprung machen wird. Die Frage ist die des Wohin, und da ist Politik gefordert.

Wenn Politik gefordert ist, sind in der Tat Erkenntnisse über die sich abzeichnenden Veränderungen bei den Produktionsmitteln dringend erforderlich, damit die Gesellschaft sich einrichten kann, in unserem Sinne demokratisch einrichten kann auf jene Veränderungen der Produktionsverhältnisse, damit die Rahmenbedingungen gestaltet werden können, damit eine solche Technik nicht die Gesellschaft zum Totalitarismus überwindet, sondern damit diese demokratische Gesellschaft die Technik einsetzen kann.

Wir Sozialdemokraten, um einmal zwischen Scylla und Charybdis etwas abzugrenzen, wir Sozialdemokraten sehen nicht, daß eine solche revolutionierende Technik, eine neue industrielle Revolution aufgehalten werden kann, selbst wenn man das wollte. Herr Kollege Adamietz, ich bin da mit Ihnen einer Meinung, das ist so hoffnungslos wie der Kampf gegen die ersten Eisenbahnen oder die Telefondrähte. Die Frage ist, wie dieser Prozeß gesellschaftlich beeinflußt wird. Die Einführung der Dampfmaschine hätte sich ja genausowenig verhindern lassen.

(B) Würde ein solcher Sprung, eine solche Abgrenzung in einem Nationalstaat gemacht, was käme denn dabei heraus, die Abgrenzung, um die Bundesrepublik zu nehmen, eines hoch exportorientierten Staates von der internationalen Wirtschaft, von einer weiteren Entwicklung dieser gesamten Wirtschaft in Ost und West? Wer solches ins Auge fassen wollte, ich unterstelle Ihnen das nicht, Herr Kollege Willers — nicht daß Sie sich also ganz mißinterpretiert fühlen! —, aber wer solches ins Auge fassen wollte und konsequent durchführen wollte, der wäre wahrscheinlich bald im Polpot-Regime gelandet, wo man das Zurück in die Landwirtschaft und den Einsatz der fehlentwickelten Intelligenzen mit Gewalt durchsetzen wollte.

Die westdeutsche Wirtschaft jedenfalls ist viel zu tief eingebunden in die westeuropäische Volkswirtschaft und ist ohne internationalen Austausch nach unserer festen Auffassung nicht lebensfähig und kann sich damit nicht von ihren industriellen Grundlagen abwenden. Sie steht in scharfem Wettbewerb und ist deswegen auf die Anwendung kostengünstiger Techniken angewiesen.

Die entscheidende Frage aber für die Zukunft ist, sind Gerechtigkeit und Freiheit in einer sich rapide wandelnden Arbeits- und Informationswelt zu sichern und wie. Wer glaubt, Freiheit und Gerechtigkeit müßten Opfer der technischen Revolution werden, muß in tiefen Pessimismus verfallen oder zum Kampf gegen Windmühlenflügel aufrufen.

(C) Wir Sozialdemokraten wollen gar nicht leugnen, daß in unserem politischen Handeln gelegentlich ein Stück Zukunftsunsicherheit sichtbar wird, meinen aber doch, daß die Aufgaben der gesellschaftlichen Gestaltung bei der Anwendung der neuen Technik sowohl mit Realismus, aber auch mit einem Schuß Optimismus und Vertrauen in die Vernunft des Menschen lösbar sind. Voraussetzung ist allerdings eine Politik, die die Mitverantwortung des Staates in vielen Feldern ernst nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Der Rückzug des Staates auf die sogenannten Kernbereiche staatlicher Aufgaben ist gerade im Hinblick auf das hier betrachtete Problemfeld hoch gefährlich. Aus den Feldern, die politisches Handeln erfordern, möchte ich folgende herausgreifen:

Erstens, die Arbeitszeit- und Arbeitsplatzfrage! Menschliche Arbeitsstunden werden in Milliardenzahl entfallen. Da aber die demokratische Gesellschaft nicht überleben kann ohne eine gerechte und auf gesellschaftliche Übereinstimmung beruhende Verteilung der Arbeit, da ungeheurer Sprengstoff in der Perspektive steckt, daß immer mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, ist Umverteilung der verbleibenden menschlichen Arbeit auf alle Arbeitswilligen eine der Schicksalsfragen der Demokratie!

(Beifall bei der SPD)

(D) Wer sich einer konzertierten Aktion zur Bewältigung dieser Herausforderung entzieht, legt die Axt an die Wurzel des demokratischen Staates. Ändern muß sich die klassische Definition von Arbeit und Freizeit. Wir brauchen die Verkürzung der Arbeit in den Betrieben einerseits, wir brauchen die Verkürzung der Lebensarbeitszeit andererseits, aber wir haben auch die Frage zu stellen und gerecht zu lösen, ob eigentlich derjenige arbeitslos ist, der nicht an einem in großen Komplexen teilweise fremdbestimmten Arbeitsprozeß teilnimmt, der statt dessen seine Arbeitskraft und Kreativität aber für gesellschaftlich auch sinnvolle und ihn selbst ausfüllende Arbeitsziele einsetzt.

Es handelt sich nach unserer Auffassung also auch um die Überwindung eines Problems sozialer Diskriminierung und mangelhafter Finanzierung solcher Menschen. Wir müssen uns in unserer Gesellschaft neu darauf einigen, wie sozial notwendige menschliche Dienstleistungen erbracht werden können, wie Geist und Kreativität unter den neuen Bedingungen ein breites Feld finden, so daß der Mensch nicht zu einem Anhängsel der neuen Technologien degeneriert. Die Umstellung, die Umgestaltung der Produktionsprozesse stellt viele neue Fragen an die Arbeitsmedizin, zu der Politik am Anfang die Antworten gar nicht geben kann.

Zweitens: Technik ist in der Regel weder gut noch böse, jedenfalls die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die ihr zugrunde liegen! Es kommt darauf an,

(A) was mit den Erkenntnissen gemacht wird, welche Techniken entwickelt werden und ob sie der Gesellschaft dienen können. Statt den aussichtslosen Kampf gegen Technik zu organisieren, gilt es also, gesetzliche Rahmenbedingungen für ihre Anwendung zu finden, und da sind zum Beispiel Arbeits- und Sozialrecht neu zu definieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten vor dem Bild neuer Produktionsverhältnisse sind weit ab von einer blinden Technikgläubigkeit. Wir haben aus den Erfahrungen mit der Handhabung der Kernenergie gelernt, denn mindestens die Frage der Kosten jener Technik einschließlich der Entsorgung und all der Dinge, die gegenwärtig auf den Staat abgewälzt werden sollen, um dann errechnen zu können, die Kilowattstunde sei doch billiger — —.

(Abg. Willers [GUL]: Aber das Lernen ist folgenlos geblieben, Herr Kunick!)

Herr Willers, zu einem Dialog gehört, daß man auf den anderen wirklich einmal einzugehen versucht,

(Beifall bei SPD und CDU)

und, ich glaube, da brauchten Sie noch länger als Sie hier sitzen werden!

(B) Wir Sozialdemokraten sind weit entfernt von dieser Technikgläubigkeit, wir sehen aber, daß die neuen Techniken bei richtiger Anwendung menschliche Arbeit ersetzen können, die an und für sich nicht unbedingt Entfaltung der Persönlichkeit bedeutet. Wir sind inzwischen ein gutes Stück weg von jenem alten sozialdemokratischen Programmsatz, der im vorigen Jahrhundert geglaubt wurde, nämlich daß Arbeit allein die Quelle allen Lebens und aller Kultur sei. Der Mensch ist nicht allein zum Arbeiten geschaffen.

Wenn die Arbeit weniger wird, dann ist nur die Frage zu stellen, welche Arbeit wird eigentlich weniger, und wenn das das Überkopfschweißen an Automaten ist und wenn das in tausend Dreckecken früher stattgefunden hat und wenn es das geistlose Addieren von Zahlen war, x-mal nachrechnen, weil man sich verrechnen kann, dann ist daran nichts Schlechtes. Wenn man Daten schneller übermitteln kann, dann muß das auch nichts Schlechtes sein. Die Frage ist nur, wie diese neuen Möglichkeiten auf die Gesellschaft wirken und wie die Gesellschaft diese neuen Möglichkeiten einzusetzen hat!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir denken auch, daß bei allen Gefährdungen, die neue Technik mit sich bringen kann — Datenschutz ist ja nicht eine Erfindung von ganz wilden Leuten —, auf der anderen Seite auch öffentliche Verwaltung rationeller gemacht werden kann, in der man manchmal die Aktenberge, herkömmlich geführt, besichtigen kann, was sich dahingehend aus-

(C) wirkt, daß der Bürger, der etwas möchte, länger zu warten hat, als er sich das eigentlich wünscht. Auch dort Anwendungsfelder, die nichts damit zu tun haben, daß neue Technik nun menschenvergewaltigend sein müsse!

Berufsqualifikation und Kommunikationsformen in den Unternehmen und darüber hinaus werden sich ändern, neue innerbetriebliche Strukturen erwachsen, Konzern- und Marktrecht wird sich zwangsläufig ändern müssen, wird politisch zu ändern sein. Ändern müssen sich darüber hinaus zwangsläufig Berufsausbildung bis hin zu Lehrplänen in allgemeinbildenden Schulen, bis hin zu den Universitäten. Damit, meine Damen und Herren, habe ich nur einige Aspekte — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Kunick (SPD): Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers (GUL): Herr Kunick, sind Sie tatsächlich der Meinung, daß Sie mit dieser von Ihnen hier skizzierten moderaten Haltung zur Einführung neuer Technologien den Investitionserwartungsdruck von drei Billionen Dollar bis zum Jahre 2000 stoppen können?

(Abg. Klein [CDU]: Nennen Sie doch erst einmal die Insel, auf die Sie sich zurückziehen wollen!)

Abg. Kunick (SPD): Herr Kollege Willers, die Frage ist eigentlich zu platt!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn Sie die Frage so stellen, dann frage ich Sie, warum kandidieren Sie denn eigentlich noch, die Sie dort sitzen und zwar Hoffnungen haben, daß Sie ein paar mehr werden, aber sich keinerlei Chance ausrechnen können, auch nur die schwachen Möglichkeiten von Regierungen in die Hand zu bekommen! Es geht doch darum, mit den bescheidenen Möglichkeiten einerseits des Denkens zu fragen, was ist die wünschenswerte zukünftige Gesellschaft unter den Bedingungen, die hier heranreifen, und andererseits, die Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, mühsam zu nutzen, um einen Prozeß, soweit man ihn beeinflussen kann, zu beeinflussen. Sich, weil man sieht, daß das alles so schwierig ist, nun ins Land Utopia zurückzuziehen, weil man an dem sowieso so schlecht bauen kann, das hat auch keinen Zweck!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nur einige Aspekte des Problemfeldes neue Technologien angerissen, und es ist sicherlich nicht damit getan, um das Beispiel zu nehmen, einer Verkabelung das Wort zu reden, wie es auch die

(D)

(A) Bundesregierung tut, vor den Folgen der neuen Techniken aber inaktiv zu verharren. Genau an der Stelle wäre nämlich die politische Frage schon ganz wichtig, was wird mit den Kabeln eigentlich gemacht, was kommt dort hinten heraus, welche Folgen hat das für den Arbeitsmarkt, wie greift man aktiv in diesen Arbeitsmarkt regulierend ein. Im Augenblick wird nur darüber geredet, daß Kabel verlegt werden sollen, und eben dies ist zu wenig, Herr Kollege Willers, um einmal eine Teilantwort zu geben!

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten stellen uns der Herausforderung der neuen technischen Revolution. Diese wird in den kommenden Jahren die politischen, gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse, die Änderung der Arbeit bestimmen. Diese wird auch neue Parteiprogramme nötig machen, weil wir wirklich Neuland betreten. Die Quantität der Anwendungen der neuen Techniken muß in eine neue Qualität umschlagen. Wir von der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause begrüßen es deshalb sehr, daß die Bremer Universität vom 21. bis 23. September ein wissenschaftliches Symposium über Arbeit und Technik veranstaltet, an dem neben Wissenschaftlern auch Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer teilnehmen werden.

(B) Dies hat offensichtlich die BGL, der ich daraus keinen Vorwurf machen will, bei der Stellung ihres Antrags übersehen. Es bildet sich ein Forum, das zum Lernen und Diskutieren und Weiterkommen geeignet ist! Von daher halten wir den Antrag der BGL hier für überflüssig. Den Antrag der CDU werden wir mitmachen, beantragen aber, daß an den letzten Satz des ersten Absatzes ausdrücklich angefügt wird „zum Beispiel durch Verkürzung der Arbeitszeit“. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen.

Wir haben uns ja vorgenommen um 13.00 Uhr Mittagspause zu machen. Wir werden die Beratungen um 14.30 Uhr fortsetzen, und zwar kommt als erster dann zu Wort Herr Senator Willms.

Ich bitte die CDU, sich darüber zu verständigen, ob sie den Änderungsantrag übernimmt!

(Abg. Klein [CDU]: Den übernehmen wir!)

Ich stelle fest, der Änderungsantrag ist vom Antragsteller übernommen!

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.57 Uhr)

\*

(C) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der Beratung des Tagesordnungspunktes sieben, Mikroelektronik und Gesellschaft, Antrag der Gruppe der BGL vom 19. April 1983, Drucksache 10/1092, sowie Bewältigung der Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Arbeitswelt, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vom 5. Mai 1983, Drucksache 10/1112.

Wir setzen die Aussprache fort.

Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann in meinen Ausführungen nahtlos anschließen an die Aussagen des Kollegen Kunick, dem ich in der Analyse und in den Schlußfolgerungen weitgehend zustimmen muß.

Bis zum Ende der sechziger Jahre gehörte es zu den optimistischen Prognosen wirtschaftlicher Entwicklung, im Zusammenhang mit der damals noch vergleichsweise langsamen Entwicklung der Computertechnik jeden gesellschaftlichen Fortschritt zu preisen, der mit der Automation auf die Menschen zukommt. Eine nur einen kleinen Teil der Arbeitnehmer erfassende Automation sollte für den Wegfall schwerer körperlicher Arbeit und stupider Arbeitsvollzüge sorgen und insgesamt zu einer Differenzierung und Höherqualifizierung der Arbeit führen. (D)

Die rasche Verbreitung von Computertechnologien im Produktions-, Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich mit den bereits heute sichtbaren und absehbaren Folgen haben diesen Optimismus allerdings etwas gedämpft. In allen Branchen werden Produktions- und Arbeitsabläufe durch neue Technologien umstrukturiert mit weitreichenden Folgen für die Arbeitsplätze, Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Angestellten. Insbesondere der Durchbruch der Mikroelektronik hat den Formen des technischen Wandels und der Automation völlig neue Dimensionen eröffnet. Dabei wird der Einzug der Mikroelektronik in Wirtschaft, Haushalt und Freizeit ebenso von begeisterter Zustimmung wie von vehementer Ablehnung begleitet. Die Vokabeln vom Jobkiller oder aber den Alleskönnern sind hier auch schon heute genannt worden.

Ob die Einführung der Mikroelektronik allerdings eine zweite industrielle Revolution ausgelöst hat oder ob es sich nur um eine technische Weiterentwicklung handelt, darüber gehen die Meinungen weit auseinander, wie auch die Debatte heute wohl wieder beweist. Sicher ist eines: Die Mikroelektronik ist hervorragend geeignet, sich wiederholende, genau beschreibbare Aufgaben der Informationsverarbeitung zu niedrigen Kosten zu lösen.

(A) Im Laufe der nächsten Jahrzehnte wird daher diese Mikroelektronik die Produktion von Gütern und Dienstleistungen auch weiterhin nachhaltig verändern. Davon bin ich überzeugt. Ob man das als Revolution bezeichnen will, ist im Grunde genommen eine Frage der Perspektive. Jedenfalls würde ich aber vor einer pauschalen Verteufelung der Mikroelektronik warnen, denn diese und ihre Anwendung ist Ausdruck eines ökonomisch-technischen Wandels, den es zumindest seit der Industrialisierung immer gegeben hat und der auch für breite Schichten eine erhebliche Steigerung des Wohlstands gebracht hat. Daher sehe ich im Bereich der Mikroelektronik, und das gilt für alle modernen Technologien, zunächst einmal drei zentrale Aufgaben.

Erstens, wir müssen die Technologien in unserem Lande so beherrschen, daß wir auch auf diesem Gebiet vom Import- zum Exportland werden.

Zweitens, wir brauchen Produktinnovationen, mit denen wir die Chancen neuer Technologien für neue Arbeitsplätze nutzen, sonst überlassen wir anderen die Chancen und übernehmen selbst nur die Risiken für den Wegfall von Arbeitsplätzen.

Drittens, wir müssen durch eine fortschrittliche Politik im Bereich der Humanisierung des Arbeitslebens, des Umweltschutzes, der Energieeinsparung, der technischen Kommunikation dazu beitragen, daß neue Arbeitsplätze im gesellschaftlich nützlichen Bereich entstehen.

(B) Ich verkenne dabei allerdings nicht die Gefahren, die der technologische Rationalisierungsschub gerade vor dem Hintergrund dauerhafter ökonomischer Depressions- und Stagnationstendenzen mit sich bringt. Das sind Erfahrungen, die unmittelbar betroffene Beschäftigte und ihre Interessenvertreter im Betrieb und in der Gewerkschaft bislang machen mußten, und zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß die Einführung neuer Technologien auch neue soziale Risiken und Gefährdungen hervorruft. Technologische Arbeitslosigkeit, zunehmende geistig-nervliche Belastung, einseitige Qualifikationsanforderungen und eine stärkere betriebliche Kontrolle werden das Ergebnis sein, wenn es nicht gelingt, die negativen Rationalisierungsfolgen von vornherein zu vermeiden und die positiven Gestaltungsmöglichkeiten der neuen Technologien zu nutzen.

Exakte quantitative Angaben über die Auswirkungen der technologisch implizierten Rationalisierungswelle sind zur Zeit aber nicht möglich. Charakteristisch für den Produktionsbereich ist jedoch ein Rückgang der Fertigungstiefe mit der Folge, daß traditionelle Berufe in den Bereichen der Metallbearbeitung, der Montage oder des konventionellen Prüfens durch die Mikroelektronik gefährdet werden. Im Bereich von Büro und Verwaltung führt der Einsatz von Mikroelektronik zu Rationalisierungsmöglichkeiten bei automatisierbarer und formalisierbarer Büroarbeit. Insbesondere in kleinen und

(C) mittleren Betrieben sowie im öffentlichen Dienst sehen Experten erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten. Negative Effekte dürften gerade in den Bereichen Banken, Versicherungen, Verkehr — die ja auch für uns in Bremen besondere Bedeutung haben — auftreten. Für das Personal von Banken und Versicherungen — zusammen über eine halbe Million Menschen — werden die neuen Technologien wie Schreibautomaten, Datenterminals oder Bildschirmtext in vielen Fällen einen Wechsel der Tätigkeit bedeuten. So manchem Mitarbeiter droht Abqualifizierung und auch Einkommensverlust. In einer gemeinsam von den gesellschaftlichen Kräften in unserem Land getragenen Strategie muß deutlich werden, wie der technische Wandel sozial verantwortlich gestaltet und ökonomisch getragen werden kann. Ich möchte annehmen, daß wir in dieser Forderung wohl weitgehend hier übereinstimmen.

Im Bereich der Banken und Versicherungen traten die beteiligten Gewerkschaften schon vor Jahren mit dem Ziel an, die sozialen Folgen dieses technologischen Wandels per Tarifvertrag soweit wie möglich abzufedern. Mit den jetzt in beiden Bereichen abgeschlossenen Rationalisierungsschutzabkommen wurde dieses Ziel auch weitestgehend erreicht. Diese Abkommen könnten beispielhaft auch für andere Bereiche sein. Beispielhaft könnte aber auch die bereits 1979 abgeschlossene Dienstvereinbarung zwischen dem Senat der Freien Hansestadt Bremen und dem Gesamtpersonalrat im Bereich der Bildschirmarbeitsplätze sein. Bremen hat hier bereits frühzeitig Regelungen im öffentlichen Dienst getroffen, die später auch in Betrieben zu entsprechenden Vereinbarungen geführt haben.

(D) Grundsätzlich teile ich auch die Auffassung der CDU-Fraktion, daß der Gesetzgeber auf Bundesebene die für die Einführung neuer Technologien notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muß. Dazu gehören aber auch Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung, um die technologische Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zur Behandlung der dargelegten Probleme ist es meines Erachtens aber wenig hilfreich, ein bremisches Arbeitsforum zu schaffen. Eine konzertierte Aktion in solcher Form dürfte bei der Bewältigung der aufgeworfenen Fragen ein zu schwerfälliges und damit vielleicht auch untaugliches Instrument sein. Institutionen, die wie die paritätisch besetzte Wirtschaftskammer das Gesamtinteresse der bremischen Wirtschaft wahrzunehmen oder wie die Arbeitnehmerkammern die Interessen der Arbeitnehmer in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu fördern haben, sind durch unsere Verfassung beziehungsweise durch Gesetze, die dieses Haus beschlossen hat, aufgerufen, uns Politiker zu beraten und, soweit möglich und erforderlich, auch Vorschläge zu entwickeln. Der in Bremen vorhandene wissenschaftliche Sachverstand kann dabei voll einbezogen werden. Ein Forum, das die gesamtwirtschaftlichen Belange und die Belange der hauptsächlich Betroffenen, nämlich der Arbeitnehmer, zu formulieren hat, ist somit vorhanden.

(A) Ich glaube, wir stimmen alle überein, daß die insbesondere durch die Mikroelektronik eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen unser aller Aufmerksamkeit bedürfen, um die Möglichkeiten neuer Technologien zum Wohle der Menschen dienstbar zu machen und ihre Entwicklung zu beeinflussen. Jede Technologie bietet in ihrem Einsatz, in ihrer Gestaltung Chancen und Risiken, wie Herr Adamietz es hier wirklich plastisch mit der Vokabel von Gedeih und Verderb umschrieben hat. Uns kommt es dabei darauf an, die positiven Potentiale zu erkennen und zu gestalten. Nur dann wird technischer Wandel auch zum sozialen Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL) \*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Anliegen mit diesem Antrag war es, daß dieses Problem auf die Tagesordnung dieses Hauses kommt und daß dieses Landesparlament sich mit dieser Problematik befaßt. Das, meine ich, ist gelungen, und ich meine und hoffe auch, daß diese Debatte ein Schritt vorwärts war. Unser Anliegen war nicht eine Gegenüberstellung platter Positionen, ich kann auch sagen, eine Polarisierung nach dem Muster, wie sie die Kollegen Zollmann und Willers vorgeführt haben: die einen, die sagen, volle Kraft voraus in die Mikroelektronik, und die anderen, die sagen, ohne mich, und das muß man stoppen, voll und ganz, und vor allen Dingen, man könne es auch.

Wir haben mit unserem Antrag im ersten Teil deutlich zu machen versucht, daß wir alarmiert sein müssen, alarmiert darüber, daß die Entwicklung und Einführung von neuen Technologien in allen Bereichen der Gesellschaft immer schneller vorstatten geht. Ob das früher die Technologie der Dampfmaschine war, des Autos, des Telefons, des Flugzeugs, ganz zu schweigen von den Waffen, die Umsetzung von der Erfindung dieser Technologien und der allgemeinen Verbreitung ist in der Geschichte immer schneller gegangen, aber die Kontrolle, das Begreifen der Verantwortung gegenüber den technischen Kräften, die man hier entfesselt hat, ist immer hinterhergehinkt. Die Schere zwischen dem Schaffen solcher neuen Tatsachen und der Übernahme wirklicher Verantwortlichkeit für sie scheint immer größer zu werden. Die Atomenergie ist dafür wohl das beste Beispiel. Das muß gesehen werden.

Wir müssen sehen, daß hier eine Entwicklung stattfindet, ob wir es wollen oder nicht, und daß wir mit unserer Übernahme der Verantwortung für sie schon hinterherhinken, weil diese Entwicklung nämlich gar nicht einmal bewußt von uns gesteuert wird, sondern weil sie uns schon wieder überrollt. Deswegen nützt es auch nichts, nun platt zu sagen, wie Herr Zollmann es getan hat, technischer Fort-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

schrift sei unverzichtbar, volle Kraft voraus in die Mikroelektronik, und uns dann vorzuwerfen, wenn wir das problematisieren, daß wir damit zu Maschinenstürmern würden. Wir wissen genau, daß das nicht aufzuhalten ist.

Die „Wirtschaftswoche“ schreibt im April 1983 in einem Vergleich, wie viele Industrieroboter es zur Zeit in der Welt gibt, daß Japan davon 13 000 hat, die USA 6 250, Deutschland 3 500. Wir wissen genau, daß das natürlich nicht bei dieser Entwicklung stehen bleibt. Natürlich ist es nicht im deutschen Interesse, daß etwa nur in Japan solche Industrieroboter, wie Herr Kunick zu Recht gesagt hat, über Kopf schweißen oder ähnliches. Natürlich ist es sinnvoll — ich greife nur einmal aus der Fülle der Zeitschriften, die ich zu diesem Thema gesammelt habe, zwei heraus —, daß, wie zu lesen war, die erste EDV-Herdenbuchführung im Bundesgebiet in Osterholz-Scharmbeck eingeführt wurde, ein Computer für 170 000 Stück Rindvieh. Natürlich ist das eine sinnvolle Anwendungsweise, und natürlich ist das eine sinnvoll, wenn Computer die Schiffe in europäischen Häfen anmelden und so ein frühzeitiger Hinweis auf gefährliche Stoffe in der Ladung besonders früh möglich ist.

Meine Damen und Herren, das ist überhaupt keine Frage. Es ist natürlich auch wichtig zu betonen, daß Computer gerade für die mittleren und kleineren Betriebe wichtig sind, vor allem nämlich in der Frage, wie man mit solchen Geräten umgehen kann, daß nicht wieder eine Schere in neuer Weise zwischen Großproduktion und solchen kleineren Einheiten entsteht. Das ist ja gerade die Gefahr, und, Herr Dr. Zollmann, darauf wollen wir hinweisen, daß diese Schere eben nicht größer wird. In den USA spricht man schon von den sogenannten zwei Kulturen, daß sich nämlich großkapitalistisch organisierte Produktions- und Administrationsformen und kleinbetriebliche, oft auch handwerkliche, individuelle und dann vielleicht sogar dilettantische Produktionsformen gegenüberstehen. Die werden genau produziert, wenn man diese Sache nicht in den Griff bekommt und die Mikroelektronik den Großen überläßt. Hier kann man also nicht einseitig diese eine Geschichte vorantreiben und sagen, diejenigen, die die Gefahren sehen, die wollen das Rad zurückdrehen.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Adamietz (BGL):** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Klein!

Abg. **Klein (CDU):** Herr Kollege, es drängt sich mir folgende Frage auf:

(Abg. Adamietz [BGL]: Bitte sehr!)

(C)

(D)

(A) Warum beschränken Sie sich erneut auf ein sehr kritisches Verwerfen der Gegenwart und der Entwicklungsmöglichkeiten, die in dieser Gegenwart stecken? Warum geben Sie dem Hause nicht Kenntnis von Ihrer alternativen Utopie einer Entwicklung?

(Abg. Fluß [SPD]: Das hätten Sie Herrn Willers fragen müssen!)

Abg. Adamietz (BGL): Herr Klein, schauen Sie einmal, am 19. 4. 1983 haben wir den Antrag eingereicht! Den wenigstens hätten Sie ja vollständig lesen können! Daß Sie mich jetzt unterbrechen und mich meinen Redebeitrag jetzt sozusagen nicht zu Ende sprechen lassen, das ist eine andere Sache! Ich kann Ihnen nur sagen, jetzt komme ich zu dem Punkt zwei, dann werden Sie das hören!

Ich habe meine Kritik an der Position der CDU deutlich gemacht, ich werde jetzt meine Kritik an der Position von Herrn Willers deutlich machen, und zwar ist das nämlich genau die Gegenposition, die Sie meinen! Das ist nämlich genau diese Position, die Herr Dr. Zollmann meint, daß da einige Grüne auf den Bäumen hocken und nichts mehr zu beißen haben, weil die Arbeitsplätze weg sind. Die Position von Herrn Dr. Zollmann wäre umgekehrt die, die Leute haben zwar alle Arbeit, es sind aber keine Bäume mehr da, die das Chlorophyll beinhalten, daß wir überhaupt noch Sauerstoff atmen können.

(B) (Beifall bei der BGL — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, können Sie in etwa sagen, wieviel Zeit Sie noch benötigen?

Abg. Adamietz (BGL): Entschuldigung, ich habe noch zwei, drei Punkte! Ich werde mich kurz fassen!

Zu dem Punkt Maschinenstürmer! Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar, wir wollen nicht Maschinenstürmer sein! Wir halten nichts davon! Wir haben keine Angst, diffamiert zu werden als Maschinenstürmer, wie Herr Willers uns das jetzt vorhält. Wir haben die Wahrheiten in diesen vier Jahren, in denen wir jetzt schon im Parlament sind, immer so gesagt und sind dafür oft genug diffamiert worden. Sie wissen alle, daß wir keine Scheu haben, die Wahrheit zu sagen! Der Unterschied ist nur der, wir haben nicht Angst davor, als Maschinenstürmer diffamiert zu werden, nein, wir sind keine Maschinenstürmer! Wir halten diese Haltung von Herrn Willers auch für falsch. Sie ist nämlich illusionär! Die Frage, die er an Herrn Kunick gerichtet hat, war doch bezeichnend. Er sagt, Herr Kunick habe eben eine moderate Position eingenommen — wir sind da wahrscheinlich gar nicht so weit auseinander —, und er fragt Herrn Kunick, wie er denn da dem Investitionsdruck von drei Millionen Dollar in dieser Branche bis zum Jahre 2000 standhalten wolle.

(Abg. Fluß [SPD]: Billionen!)

Ja, drei Billionen, tausend Milliarden und das dreimal! (C)

(Abg. Klein [CDU]: In Amerika ist aber Billion etwas anderes!)

Vielleicht meint er das auch in englisch!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir sprechen hier deutsch!)

Das mag so sein!

Wir wissen, es ist ein ungeheurer Investitionsdruck, und dann frage ich natürlich, wie Herr Willers dem standhalten will! Mit der Rede, er wolle das Ganze dann stoppen, er wolle eben überhaupt keine Verkabelung, er wolle eben sich hier hinstellen und sagen, das sei alles eine fürchterliche Entwicklung, wir mögen sie nicht? Aber was tut er denn praktisch?

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

Das ist nämlich genau der Unterschied, und das ist der Unterschied auch in unseren Positionen. Wir wollen etwas erreichen für die Menschen, die aktuell hier leben, und wir wollen nicht nur Selbstdarstellung in einer reinen Theorie der Kritik an dieser Gesellschaft betreiben.

(Abg. Klein [CDU]: Sie müssen doch eine Vision haben!)

Wir wollen etwas für diese Menschen tun! (D)

Ich sage noch einen Punkt: Bei der Frage der Atomkraftwerke etwa — wir sind vehement gegen Atomkraftwerke, und wir sagen nicht nur, die sollen sicher sein, sondern wir wollen überhaupt keine Atomenergie — besteht ebenfalls ein ganz wesentlicher Unterschied. Dort sehen Sie nämlich, daß wir gefragt sind, daß deutsche Behörden in solchen atomrechtlichen Verfahren entscheiden, ob so etwas eingerichtet wird. Der deutsche Gesetzgeber entscheidet, ob ein Atomgesetz so oder so formuliert wird. Dort haben wir die Einflußmöglichkeiten, dort haben wir vor allem die politischen Möglichkeiten, das zu stoppen.

Im Bereich der Mikroelektronik — nehmen wir nur dieses Beispiel der Industrieroboter, daß die Japaner davon 13 500 haben und wir haben vielleicht 3 500 — sehen wir, daß wir nicht eine Insel sind, wo wir diese Entwicklung stoppen können, wo wir sagen können, wir haben Alternativen, andere Energiemöglichkeiten, das wäre also die Parallele zu den Atomkraftwerken. In diesem Bereich sehen wir, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, der wir uns stellen müssen. Hier kommt es darauf an, daß wir sie beherrschen.

Wir wollen deswegen auch nicht, daß nur darüber klug geredet oder darauf hingewiesen wird, welche klugen Leute dort Bücher geschrieben haben — so eine Art inhaltlicher Kollegstunde —, sondern wir wollen, daß das politisch diskutiert wird. Das ist

(A) unsere Aufgabe als Bremer Parlament. Wir müssen politisch sagen, wo die Hauptfront ist. Politisch ist es eben nicht so, daß wir Angst haben müßten, daß Deutschland in der Mikroelektronikentwicklung zurückfällt, daß wir nicht genug davon hätten, daß wir auf diesem Gebiet ins Hintertreffen geraten würden, weil wir das nicht genug fördern würden, sondern diese Entwicklung geht vonstatten in der Wirtschaft, wenn wir so wollen, von allein. Diese Entwicklung überrollt die Politik, und deswegen ist es die Aufgabe der Politiker, ihr Hauptaugenmerk dahin zu richten, wohin andere nicht das Augenmerk richten, nämlich auf die Gefahren dieser Entwicklung, auf die Möglichkeit, das zu steuern, das nach Möglichkeit zu beherrschen! Diese Gefahren müssen wir an die erste Stelle setzen, sonst werden sie in der Tat wie bei dem Antrag der CDU nur so ein Anhängsel, das letztlich zwar verbal noch daranhängt, aber im Grunde die Sache nicht mehr beeinflusst.

(Zuruf des Abg. Dr. Zollmann [CDU])

Deswegen steht unsere Sorge auch in unserem Antrag an erster Stelle!

Ein letzter Punkt! Es reicht dann auch nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Probleme nun inzwischen schon wieder so groß sind, daß Bremen sie nicht mehr lösen könne. Es ist zwar richtig, wenn im Bericht Global 2000 steht, daß inzwischen die Probleme so groß sind, daß die Fähigkeiten eines Landes nicht ausreichen, sie in den Griff zu bekommen. Aber was bedeutet das denn? Das bedeutet doch, daß wir alle auf der Höhe der Zeit sein müssen in unseren Fähigkeiten, alle Länder zusammen sich diesem Problem stellen müssen, und vor allen Dingen bedeutet es eines: Wir als Bremer und als Bremer Politiker dürfen doch dann wohl nicht abdanken und darauf hoffen, daß ein anderes Land diese Fähigkeiten hat, diese Probleme in den Griff zu bekommen, sondern wir als Bremer Parlament haben die Aufgabe, für Bremen, konkret auf Bremen bezogen, die Entwicklungen zu klären, und zwar nicht unbedingt wissenschaftlich — das ist nur die Hilfsmaßnahme —, sondern politisch zu sehen, was das für die Bremer Bevölkerung bedeutet.

Wenn ich das zusammenziehe, dann bin ich allerdings etwas überrascht von den Ausführungen von Herrn Kunick, die er vorgetragen hat, daß er dann im entscheidenden Schritt die Konsequenz zieht, unseren Antrag abzulehnen, aber dem Antrag der CDU zuzustimmen! Es sind im CDU-Antrag sicherlich einzelne Sätze, denen man zustimmen kann, die so, wenn man sie für sich nimmt, selbstverständlich zu unterschreiben sind, zum Beispiel der Satz: „Technischer Fortschritt ist jedoch kein Selbstzweck.“ Wenn man aber den Gesamtantrag nimmt und auch die politische Stroßrichtung sieht, die dahinter steht, dann ist doch klar, daß das Übergewicht bei dem Satz liegt: „Der technische Fortschritt

ist unverzichtbar,“ das sei die Grundlage für internationale Wettbewerbsfähigkeit und so weiter.

(Abg. Dr. Zollmann [CDU]: Das ist ja auch so!)

Wir sagen nicht — und das habe ich gerade eben deutlich gemacht —, daß das nicht eine Rolle spielt, aber es ist genau die Frage, ob Sie das als Problem vorlegen, in welcher Weise welcher technische Fortschritt zu welchem wirtschaftspolitischen Konzept stattfindet. Daß dahinter Ihre Illusion des Wachstumskonzeptes steht, klingt dann zwischen jeder Zeile durch. Insofern, wie gesagt, überrascht es mich, daß nach all den Ausführungen von Herrn Kunick, die zunächst einmal getragen waren von dem Sehen dieses Problems, dieses Einerseits/ Andererseits, er dann die Schlußfolgerung zieht, jetzt machen wir es eben doch genauso wie die CDU.

(Abg. Fluß [SPD]: Es gibt einen Änderungsantrag! Haben Sie nicht gehört?)

Ja, aber der Änderungsantrag ist doch nichtssagend! Darin steht doch, daß dann noch Arbeitsverteilung berücksichtigt werden soll! Arbeitszeitverkürzung, ja, klar, sicher, selbstverständlich, aber das allein trägt doch nicht die Kritik an dem CDU-Antrag!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen!

Abg. Adamietz (BGL): Ich meine, daß man sich nicht aus der Affäre ziehen kann mit dem Hinweis, da sei nun doch schon irgendwo ein Forum. Es geht nicht darum, daß irgend jemand über dieses Problem diskutiert, ob das die Westdeutsche Rektorenkonferenz ist, ob das Institutionen und Verbände sind — das finde ich wichtig, daß die das alle tun —, sondern es geht darum, daß wir mehr tun, als nur diskutieren. Das ist nämlich genau der entscheidende Punkt, der bei allen technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen vonstatten geht. Die anderen diskutieren, aber die Politiker hinken hier hinterher. Die Politiker aber sollen die Verantwortung dafür tragen, was tatsächlich geschieht. Sie müssen sich sachkundig machen, sie müssen in dieser Debatte stehen und müssen wissen, wofür sie die Verantwortung übernehmen. Deswegen meine ich, daß Sie unseren Antrag doch unterstützen sollten, damit nämlich gerade auch mit den Politikern ein solches Forum geschaffen wird und nicht ohne sie!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. Richter (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer etwas mißlich, eine durch die Mittagspause unterbrochene Debatte wieder auf-

(C)

(D)

(A) zunehmen. Der Zusammenhang ist dann schwer herstellbar. Ich möchte Sie deswegen auch gar nicht lange aufhalten!

Ich habe mich zu Wort gemeldet nach dem Beitrag des Kollegen Willers, weil ich ein paar Bemerkungen zu seinem Beitrag machen wollte. Zur Sache haben wir uns, glaube ich, hinlänglich ausgetauscht. Ich hatte nicht zu hoffen gewagt, Herr Willers, daß Sie Verständnis für humorige Einleitungen oder Beispiele in Gestalt von Döntjes haben würden! Das war mir schon klar. Trotzdem möchte ich einen Satz dazu sagen, in welcher Art und Weise Sie mit Kollegen, in diesem Fall mit mir — ich spreche einmal für mich —, umgehen. Sie sagten, der Richter, der spielt da mit einem Computer und bildet sich ein, nun hätte er die Probleme erkannt! Herr Willers, Sie haben vollkommen recht, ich spiele mit einem Computer! Ich habe mir über die Jahre ein gewissermaßen kindliches Gemüt und eine Freude am Spiel bewahrt. Aber den Kurzschuß, den Sie begehen, zu meinen, deswegen sei er, der Richter, nicht in der Lage, sich ernsthaft mit der Problematik, die hinter dieser Frage steht, zu befassen, diesen Kurzschuß, den muß ich Ihnen nun vorwerfen! Ich glaube, das ist nicht gerechtfertigt!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Sie erwecken zumindest den Eindruck oder nehmen billigend in Kauf, daß dieser Eindruck entsteht, daß jemand, der seine Freude am Spiel hat, nicht so ganz ernst zu nehmen sei, und ich glaube, Sie machen da einen Fehler!

(B)

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller  
[FDP])

Das wird gestützt auch dadurch, daß Sie Bemerkungen machen wie „Sie haben doch sicher auch ein Buch gelesen“. Ich finde, das ist ein wenig zu sehr von oben herab! Das haben die Kollegen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, nicht verdient.

Noch eines, fast schon ein Standardthema: Herr Willers hat in seinem Beitrag unterschieden zwischen kritischen Gewerkschaftern und unkritischen Gewerkschaftern.

(Zuruf des Abg. Schmidt [SPD])

Das ist richtig! Ich möchte das Problem noch ein wenig weiter auswalzen, Herr Kollege, und zwar aus folgendem Grunde: Sie wissen ja, ich bin seit langen Jahren Gewerkschafter und beileibe nicht mit allen Entwicklungen in der Gewerkschaft einverstanden, zumal nicht in meiner eigenen. Das ist hinlänglich bekannt. Ich wehre mich aber immer dagegen, die Kollegen, die nicht meiner Meinung sind, als unkritische Gewerkschafter und meine Gesinnungsfreunde als kritische Gewerkschafter hinzustellen.

(Abg. Kunick [SPD]: Er ist ein unkritischer Grüner!)

Ich finde, das ist einfach nicht der richtige Weg, miteinander umzugehen,

(C)

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

denn wir bestimmen es doch nicht! Wir sind doch alle Menschen, die wir hier sitzen, und wir sollten uns wirklich einmal bewußt machen, daß es Menschen sind, die miteinander umgehen. Ich habe das ein wenig vermißt in diesem Teil Ihres Beitrags!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Richter (FDP): Ja, gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Fluß!

Abg. Fluß (SPD): Herr Richter, könnte das vielleicht, wie Herr Willers auf Sie eingegangen ist, etwas zu tun haben mit den neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die gerade von Herrn Willers — er zitiert Frau Beck-Oberdorf — propagiert werden?

Abg. Richter (FDP): Herr Kollege, Sie überfordern mich erheblich, wenn ich die Motivation von Herrn Willers von hier erläutern sollte! Vielleicht fragen Sie ihn selbst!

(Heiterkeit)

(D)

Der eigentliche Grund für meine erneute Wortmeldung ist jedoch der: Herr Willers hat eine Argumentation aufgebaut, die etwa so aussah: Ich und meine Freunde können zur Mikroelektronik nicht ja sagen, solange wir nicht wissen, wie sich das auswirkt. Ich vergrößere das bewußt, ich glaube aber, daß das so ungefähr der Inhalt war. Im Anschluß daran hat Herr Willers dann aber ein sehr dunkles Szenario gemalt, was mich eigentlich nur zu dem Schluß bringt, Herr Willers weiß doch schon jetzt, was dabei herauskommt. Dann frage ich mich allerdings, was soll die Einleitung! Da muß ich Ihnen sagen, Herr Willers, wenn das so ist, für einen Suchenden — wir alle sind ja irgendwo Suchende —, für einen Suchenden sind Sie ganz schön arrogant!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Ich hatte den Eindruck bei Ihrem Beitrag, daß Ihre — wie soll ich sagen — Selbstgefälligkeit oder Borniertheit eigentlich nur noch übertroffen wurde von Ihrem messianischen Sendungsbewußtsein!

(Beifall bei der FDP — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Den Ausdruck „Borniertheit“ weise ich zurück!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

(A) Abg. Willers (GUL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Richter, Sie haben mich tief zerknirscht!

(Heiterkeit — Abg. Klein [CDU]: Das wäre ja menschlich!)

Aber aufmerksamer gemacht hat mich eigentlich der Beitrag von Herrn Adamietz.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Ich bin immer aufmerksam, obwohl das manchmal schwerfällt bei Herrn Adamietz, weil seine Ausführungen so lang sind.

(Abg. Klein [CDU]: Keine Vergangenheitsbewältigung!)

Nein, das mache ich auch nicht! Ich bemühe mich wirklich, und ich frage mich auch nach diesem Beitrag, das war sehr wortgewaltig, wie es immer ist, was Herr Adamietz wollte. Herr Adamietz hat mehrfach betont, daß es nun darauf ankomme, auch für die bremischen Bürger aus dieser Debatte Nutzenwendungen zu ziehen. Herr Adamietz, da hätte ich gern einen Vorschlag gehabt! Das Forum kann es doch nicht allein gewesen sein, das war es doch wohl nicht, da hat mir etwas gefehlt. Was zuviel war an Ihrem Beitrag, Herr Adamietz, das waren die Schläge unter die Gürtellinie,

(B) (Abg. Schmidt [SPD]: Was, ausgerechnet!)

uns zu unterstellen, daß wir zurück auf die Bäume wollten! So ungefähr klang das. Das ist wirklich ein bißchen zu tief unter die Gürtellinie!

Was wir wollen, um das noch einmal klarzustellen, Herr Adamietz, ist nichts weiter, und das ist sehr bescheiden, als angesichts einer unüberschaubaren Situation der technologischen Entwicklung einen Moment anzuhalten und festzustellen, welche Folgen eine solche Entwicklung für uns alle haben kann. Ich finde, das ist eigentlich nicht zuviel verlangt. Ich finde, das ist eine ganz realistische Forderung.

(Abg. Klein [CDU]: Das hat nur nichts mit Politik zu tun! Politik bedeutet Handeln!)

Herr Klein, es kann unter Umständen auch Politik bedeuten, eine Fehlentwicklung aufzuhalten.

(Abg. Klein [CDU]: Aufzuhalten ist Handeln, aber Sie rasonieren!)

Ich rasoniere nicht! Ich fordere Sie auf, eine erkennbar negative Entwicklung aufzuhalten. Das ist Handeln.

Zu Herrn Kunick! Herr Kunick hat, wie ich finde, einen bemerkenswerten Beitrag gehalten,

(Beifall bei der SPD)

und er hat einen interessanten, für die SPD neuen Begriff von Arbeit verwandt, der sich in der Differenzierung, Herr Kunick, das sage ich ehrlich, wohl-tuend von der mir zu platten gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeit für alle unterscheidet. (C)

(Abg. Kunick [SPD]: Unterstellen Sie den Gewerkschaften nichts!)

Nein, ich will da auch gar keine Differenzen zwischen Ihnen und der Gewerkschaft aufreißen. Aber es ist eben so, daß von den Gewerkschaften oft diese Forderung nach Arbeit für alle so platt erhoben wird, und das bringt uns nicht mehr weiter, glaube ich. Wir werden nicht weiterkommen, wenn wir ignorieren, daß in den Industrieländern einfach nicht mehr genügend Lohnarbeit vorhanden ist. Das kann wohl niemand bestreiten. Arbeitszeitverkürzung allein wird aber mittelfristig auch nicht mehr helfen. In den Vereinigten Staaten haben Wissenschaftler ausgerechnet, was Arbeitszeitverkürzung bewirken würde oder wieviel Arbeitszeitverkürzung notwendig wäre, wenn man die ganzen jetzt auf uns zukommenden technologischen Entwicklungen berücksichtigt. Sie haben das anhand der Wochenarbeitszeit ausgerechnet, und bei 24 Stunden pro Woche haben sie aufgehört zu rechnen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Willers (GUL): Ich bitte noch um eine oder zwei Minuten! (D)

Das alles muß uns zu denken geben, und das muß uns auch zu der Erkenntnis führen, meine ich, daß es eben nicht mit der besseren Verteilung von Arbeit allein getan ist, sondern daß es an den Ursachen liegen muß, daß wir diese Ursachen in Frage stellen müssen, und das ist die technologische Entwicklung, insbesondere die der Mikroprozessoren. Herr Kunick, wenn Sie nicht mehr tun, als Sie gesagt haben, nämlich gesetzliche Regelungen anzupfeilen, um das Schlimmste zu verhüten, dann werden wir diesem schon von mir zitierten Kapitalverwertungsdruck nicht standhalten können. Sie müssen die technologischen Entwicklungen in Frage stellen und gegebenenfalls mindestens vorübergehend stoppen. Ob das politisch möglich ist, das bezweifle ich auch.

(Abg. Klein [CDU]: Und was soll dabei herauskommen?)

Wenn Herr Willms sagt, daß es Wandel immer gegeben habe, dann übersehen Sie, Herr Willms, den quantitativen Sprung, der durch die Einführung der Mikroprozessoren tatsächlich stattfindet. Da helfen die alten Rezepte eben nicht mehr weiter. Da muß man sich etwas Neues ausdenken.

(Abg. Klein [CDU]: Haben Sie denn ein Konzept? Sagen Sie doch einmal Ihr Konzept!)

(A) Herr Klein, ich sage Ihnen nichts weiter als: Überdenken Sie die möglichen Entwicklungen, und halten Sie einen Moment inne! Weiter nichts!

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben weder ein Konzept noch eine Ahnung von einer Utopie!)

Nein, ich bin auch gar nicht so vermessen, ein fertiges ideologisches Gebäude zu entwerfen.

(Abg. Klein [CDU]: Das hat mit Ideologie nichts zu tun!)

So, hat es nicht! Ich bin auch nicht so vermessen, eine Utopie in allen Details vorzulegen, das will ich gar nicht. Ich will die Lebensbedingungen der heute lebenden Menschen möglichst so erhalten und nicht verschlechtern, das ist alles.

(Abg. Klein [CDU]: Ohne Vorstellung von der Zukunft?)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/1092 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP, BGL und Abg. Willers [GUL])

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/1112. Die Fraktion der SPD hat darum gebeten, die Ziffer 1 dieses Antrags um die Worte „zum Beispiel durch Verkürzung der Arbeitszeit“ zu ergänzen. Die Erweiterung des Antrags ist von der CDU-Fraktion übernommen worden.

Wer dem Antrag Drucksache 10/1112 in der ergänzten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers [GUL])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

**Bericht des Senats über den Einsatz in der sogenannten Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger** (C)

Antrag der Gruppe der GUL

vom 20. April 1983

(Drucksache 10/1093)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur sogenannten Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger nach §§ 18—20 und 25 Bundessozialhilfegesetz zur August-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen, der insbesondere folgende Fragen beantwortet:

- Wieviel Stellen bestehen augenblicklich in der Arbeitshilfe (jeweils aufgeschlüsselt nach Stadt Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven)?
  - Wie viele Personen wurden insgesamt seit 1979 zur Pflichtarbeit herangezogen?
  - Wo und in welchen Bereichen und unter welcher Trägerschaft (auch freien Trägern, einschl. Jugendverbänden) wurden bzw. werden die Pflichtarbeiter eingesetzt?
  - Welche Tätigkeiten müssen sie dort verrichten, und worin unterscheiden sich diese von der Arbeit von Festangestellten?
  - Wer wird mit welchen Voraussetzungen eingewiesen?
  - Welche berufliche bzw. schulische Qualifikation lag bei den Betroffenen vor?
  - Alter, Geschlecht, Nationalität und soziale Situation der Eingewiesenen?
  - Wie lang war die Verweildauer in der Arbeitshilfe?
  - Wie viele konnten in Arbeit, Ausbildung oder Umschulung vermittelt werden?
  - Gibt es Richtlinien oder spezielle Verwaltungsanweisungen für die Einweisung und den Aufenthalt in der Arbeitshilfe, wenn ja, welche?
  - Wie ist Aufgabenstellung und Arbeitsteilung von Arbeitsamt und Sozialamt im Bereich der Arbeitshilfe?
  - Mit welchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Rechten werden die Verträge nach § 19 BSHG ausgestattet?
  - In welchen Bereichen sollen die Stellen geschaffen werden?
  - Wer soll in den Genuß dieser Stellen kommen?
- Willers und Schröder, Gruppe der GUL

(D)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei dem von uns vorgelegten Antrag geht es um die Frage, wie ein veraltetes Bundesgesetz, nämlich das Bundessozialhilfegesetz, in seinen Paragraphen 18 bis 20 und 25, die die Pflichtarbeit im Rahmen der Hilfe zur Arbeit regeln, in Bremen exekutiert wird.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Über dieses Thema ist in der Vergangenheit in der Presse sehr viel geschrieben worden. Es ist klar geworden, glaube ich, daß eine Aufgabe dieses Gesetzes, das einmal eine bestimmte Intention hatte, nämlich die Rehabilitation von Menschen,

(A) die aus dem Arbeitsprozeß herausgefallen waren, zu ermöglichen, heute so nicht mehr erfüllt wird. Es hat eine Umdefinition der Aufgabe dieses Gesetzes gegeben, wonach Rehabilitation angesichts der Tatsache, daß wir in Bremen 40 000 Sozialhilfeempfänger haben, nicht mehr allein im Vordergrund des Handelns der Exekutive steht.

Inzwischen ist diese Pflichtarbeit, so will ich sie einmal nennen und nicht Arbeitsdienst, wie die Betroffenen oft sagen, über die ursprüngliche Intention des Gesetzes hinaus und gerade in Bremen erweitert worden, und zwar zu einem Zweck erweitert worden, den wir sehr fragwürdig finden. Diese Pflichtarbeit dient unseres Erachtens heute in Bremen unter anderem zum ersten der Abschreckung, zum zweiten, um bestimmte Arbeiten, die sonst niemand mehr tun mag, durchführen zu lassen, aber keine — wie das Gesetz vorschreibt — zusätzliche Arbeit, und zum dritten dient es als Bewahranstalt für Problemfälle.

Angesichts von 40 000 Sozialhilfeempfängern kann diese Art der Exekution des Gesetzes in Bremen sehr viel mehr Menschen noch drohen, als es bis jetzt der Fall ist. Es geht im Moment um etwa 1 000, wenn ich es richtig sehe, Herr Senator Dr. Scherf, aber wir wissen ja, daß die Entwicklung weitergeht.

(B) Dieser Arbeitsdienstler, so nenne ich sie jetzt einmal doch, erhalten statt der Zahlung eines Tariflohns oder der ortsüblichen Bezahlung für die Tätigkeit, zu der sie verpflichtet werden, wie es nach Paragraph 19 möglich ist, lediglich eine Entschädigung für Mehraufwendungen, die sogenannte Prämie. Sie liegt in Bremen zwischen vier und acht DM täglich. Diese Prämie wird zuzüglich des Regelsatzes gezahlt. Der Prämienbemessung liegt ein Kriterienkatalog für Wohlverhalten zugrunde, und sie ist unseres Erachtens ein zusätzliches Disziplinierungsmittel, von dem teilweise durch die Verwaltungen sehr willkürlich Gebrauch gemacht wird. Es besteht keine Renten- und Arbeitslosenversicherung für diese Arbeiter, auch die Krankenversicherung besteht nicht über das Arbeitsverhältnis hinaus, und das bedeutet beispielsweise auch den Wegfall eines tariflichen Urlaubsanspruchs oder die Fortzahlung der Prämie im Krankheitsfall. Da kein normales Arbeitsverhältnis besteht, besteht auch kein arbeitsrechtlicher Schutz. Es gibt keinerlei betriebliche oder gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte, und die Personal- und Betriebsräte der Betriebe, in denen diese Menschen beschäftigt sind, sind formal gar nicht zuständig.

Ich habe gesagt, etwa 1 000 erwerbslose Sozialhilfeempfänger arbeiten in diesem Arbeitsdienst. Nach einer Umfrage der ÖTV dürfte Bremen in dieser Frage führend sein. Der Anspruch des Sozialamtes, wonach Arbeitshilfe ein sozialtherapeutisches Angebot zur beruflichen Rehabilitation sein soll, mutet uns zynisch an. Nach den Angaben des sozialtherapeutischen Dienstes durchliefen allein 1982 etwa 3 500 Personen die Arbeitshilfe. Dabei geht das

Sozialamt davon aus, daß etwa 50 Prozent aller Sozialhilfeantragsteller, die der Arbeitshilfe zugewiesen wurden, nicht bei der Arbeitshilfe erschienen, und weitere 25 Prozent nach kurzer Zeit der Arbeit fernblieben, so daß man damit rechnen kann, daß im Jahr 1982 weit über 7 000 Erwerbslose unmittelbar mit der Pflichtarbeit konfrontiert sind.

Für die betroffenen Pflichtarbeiter wie für die regulär Beschäftigten ergeben sich aus der Situation teilweise sehr zwiespältige Probleme. Die Sozialhilfeempfänger, sowieso schon in einer miesen und zum Teil ausgeweglosen Situation, die mit sozialer Diskriminierung einhergeht, sehen sich als rechtlose Zwangsarbeiter dritter Klasse. Ihre teilweise Sonderbehandlung in einigen Einsatzstellen läßt sie sich selbst als die Aussätzigen der Arbeits- und Leistungsgesellschaft erscheinen. Ihre Entlohnung steht in keinem Verhältnis zu der geforderten Arbeitsleistung, und somit wird die Motivation zur Arbeit mehr verhindert als gefördert. Es entstehen Probleme zwischen den Pflichtarbeitern und den regulär Beschäftigten.

Die Arbeit in der Arbeitshilfe stellt für viele eher einen Beitrag zur Entwöhnung als zur Gewöhnung an Arbeit dar. Stupide Arbeiten, wenig Möglichkeiten zur Eigeninitiative, zu geringe Bezahlung als Belohnung, Rechtlosigkeit am Arbeitsplatz verhindern den Aufbau einer Motivation zur Arbeit. Leistungsfähigkeit und Wiedereingliederungschancen nehmen entsprechend der Verweildauer in der Arbeitshilfe ab. Vorhandene Qualifikationen können in der Regel nicht entsprechend eingesetzt werden, und es können auch keine neuen Fähigkeiten erworben werden.

Während die einen durchaus sinnvolle Tätigkeiten unter einem gewissen Leistungsdruck ausüben, werden andere hingegen einer stumpfsinnigen Beschäftigungstherapie ausgesetzt. Dort müssen teilweise absolut überflüssige und sinnlose Arbeiten verrichtet werden, und viele können nicht verstehen, wie man sich an eine Arbeit gewöhnen kann, die doch völlig sinnlos ist, erkennbar sinnlos ist.

Aus gewerkschaftlicher Sicht der regulär Beschäftigten, von Sparmaßnahmen und Stelleneinsparungen besonders bedrohten Kollegen ergeben sich insbesondere folgende Probleme: Die gesetzlich vorgeschriebene Zusätzlichkeit der Arbeitshilfe ist immer weniger gegeben. Im Rahmen der Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst werden frei werdende Stellen nicht wieder besetzt und statt dessen mit Arbeitskräften aus der Arbeitshilfe aufgefüllt. Sparmaßnahmen erscheinen durchaus als gerechtfertigt und durchführbar.

Vor dem Hintergrund hoher Erwerbslosigkeit und der Drohung mit der Privatisierung von Teilen des öffentlichen Dienstes erfüllt die Arbeitshilfe objektiv eine lohndrückende Funktion. Die noch Beschäftigten werden mit den Kollegen aus der Arbeitshilfe erpreßt. Der Konkurrenz- und Leistungsdruck wird so verstärkt. Das hat der DGB ja auch gesehen, und er ist Gott sei Dank in dieser Sache außeror-

(C)

(D)

(A) dentlich kritisch und hat entsprechende Prozesse unterstützt.

Wenn man sich ansieht, in welchen Bereichen die Beschäftigten in der Arbeitshilfe in Bremen arbeiten, kann man wirklich nicht davon ausgehen, daß es sich hier um zusätzliche Arbeit handelt. Ich kann Ihnen gern in etwa sagen, wo das geschieht, obwohl der Inhalt unseres Antrags ja genau auch die Frage an den Senator enthält, wie viele, wo, warum beschäftigt sind. Aber wenn zum Beispiel in der Wäscherei im Krankenhaus in der Arbeitshilfe Tätige voll beschäftigt werden oder in der Universitätsbibliothek reguläre Arbeit versehen, dann kann man nicht mehr davon reden, daß es sich da um zusätzliche Arbeit handelt. Dann hat dies wirklich die Funktion, im Bereich des öffentlichen Dienstes Sparmaßnahmen zu kaschieren. Das, glaube ich, müßte jeden Gewerkschafter auf die Barrikaden treiben. — Danke!

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Erfurth.

Abg. **Erfurth (CDU)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal für die CDU erklären, daß hier das zur Debatte stehende Thema ungeeignet ist für eine polemische Auseinandersetzung. Von daher muß ich die Art der Debattenführung des Kollegen Willers als unangemessen bezeichnen,

(B) (Beifall bei der CDU)

als unangemessen und als einseitig. Ich bezeichne sie insofern als einseitig, als er den Kreis der Betroffenen nicht ausreichend differenziert dargestellt hat, ganz abgesehen von seinen Bemerkungen in der Sache selbst!

Bei dem Personenkreis, meine Damen und Herren, um den es hier geht, handelt es sich zum einen um Menschen, die arbeitsentwöhnt sind, also um Mitbürger, die mit besonderen sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen haben,

(Abg. Willers [GUL]: 40 000? Donnerwetter!)

so wie wir sie im Paragraphen 72 BSHG umschreiben. Das sind Mitbürger, die vielfach Alkoholprobleme hatten oder auch noch haben. Ich spreche hier nicht von den 40 000 Sozialhilfeempfängern, sondern eben von dem Personenkreis, der hier mit diesen Maßnahmen umschrieben wird.

Es handelt sich zum anderen um Menschen, die arbeitsunlustig sind. Wir kennen solche Mitbürger, deren Lebensphilosophie der Arbeit an sich keinen Sinn abgewinnen kann. Es handelt sich jedoch auch um Menschen — und leider zunehmend —, die aus nicht versicherungspflichtigen Tätigkeiten kommen, dadurch keine Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz erworben haben und nun aufgrund ihrer

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) persönlichen Situation auf das Auffangnetz Sozialhilfe angewiesen sind. Die CDU — das will ich an dieser Stelle schon einmal deutlich machen — unterstützt nachhaltig die in den Paragraphen 18 bis 20 und 25 BSHG enthaltenen Möglichkeiten der Herstellung beziehungsweise Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit.

Meine Damen und Herren, Paragraph 2 BSHG spricht vom Nachrang der Sozialhilfe, das heißt, Sozialhilfe erhält nicht, wer sich selbst helfen kann oder wer die erforderliche Hilfe von anderen, besonders von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält. Das heißt im Klartext, der Betreffende soll sich um Arbeit bemühen.

Die reale Situation sieht nun jedoch so aus, daß in zunehmendem Maße Sozialhilfeleistungen von Personen in Anspruch genommen werden, die erwerbsfähig sind, jedoch keine Arbeit finden können. Zwar fehlen uns die konkreten Zahlen, die Aufschluß über die eigentlichen Ursachen der Sozialhilfebedürftigkeit und die nähere Zusammensetzung des betroffenen Personenkreises geben, dennoch wissen wir — das macht die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger deutlich —, daß es sich hier nicht vorrangig um das Problem älterer Arbeitnehmer handelt. Dabei brauche ich hier wohl nicht ausdrücklich zu betonen, daß die Beschäftigungslosigkeit arbeitsfähiger jüngerer Menschen zu negativen psycho-sozialen und gesundheitlichen Schäden führen muß und die Allgemeinheit die hohen Folgekosten zu finanzieren hat.

(D)

Das Bundessozialhilfegesetz verpflichtet im Paragraphen 19 Absatz 1 den Träger der Sozialhilfe, für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden, nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Das hat der Kollege Willers eben hier schon gesagt. In Paragraph 19 Absatz 2 heißt es — ich zitiere wörtlich —: „Wird für den Hilfesuchenden Gelegenheit zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit geschaffen, kann ihm entweder das übliche Arbeitsentgelt oder Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden. Zusätzlich ist nur die Arbeit, die sonst nicht in diesem Umfang oder zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde.“

Daraus folgt, meine Damen und Herren, daß die gesetzliche Möglichkeit gegeben ist — das haben Sie auch nicht bestritten —, vollgültige Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten für den Arbeitnehmer zu begründen. Paragraph 20 BSHG eröffnet die Möglichkeit, arbeitsentwöhnte Hilfesuchende an Arbeit zu gewöhnen oder die Bereitschaft von Hilfesuchenden zur Arbeit zu prüfen. Während der Tätigkeit werden den Hilfesuchenden Hilfe zum Lebensunterhalt und eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt. Über den Begriff angemessen kann man sich möglicherweise streiten.

Ich will aber auch darauf verweisen, daß der Anspruch auf Hilfe gemäß Paragraph 25 BSHG ausgeschlossen oder eingeschränkt werden kann. In

(A) Bremen wird sowohl von den Möglichkeiten des Paragraphen 19 als auch des Paragraphen 20 Gebrauch gemacht. Die CDU unterstützt das, wie schon gesagt, nachdrücklich. Wir bemängeln jedoch, daß der zuständige Senator hier zu träge und unbeweglich auf die bisherige Entwicklung reagiert hat. Immerhin ist die Zahl derjenigen, die in der Arbeitshilfe eingesetzt werden, von 200 im Jahr 1979 auf annähernd 800 in der Stadt Bremen — und zwar ohne die in der Arbeitshilfe beschäftigten Asylsuchenden — angestiegen. Erst gegen Ende 1982 wurde zum Beispiel eine Sondererhebung über Arbeitshilfemaßnahmen des Jahres 1982 begonnen, um unter anderem Aufschluß darüber zu erhalten, wie viele nur Arbeitslose bei der Arbeitshilfe eingesetzt werden, wie lange der Arbeitseinsatz erfolgt und welche besonderen Probleme vorliegen. Außerdem werden die Gründe für die Beendigung der Hilfebedürftigkeit beziehungsweise für den weiteren HLU-Bezug ohne Ableistung von Arbeit erfragt.

(Abg. Wille [SPD]: Lesen Sie doch langsam!)

Konkrete und umfassende Zahlen, die natürlich für die heutige Debatte wichtig gewesen wären, sofern es sie überhaupt gibt, wurden der CDU bisher nicht zur Verfügung gestellt, wenn ich einmal von einer Vorlage absehe, die wir zur Juni-Sitzung der Deputation für Soziales erhalten haben.

(B) Meine Damen und Herren, erst zur März-Sitzung in diesem Jahr wurde der Deputation für Soziales kurzfristig — die Leitung des Sozialamts hatte lange genug gedrängt — der Vorschlag unterbreitet, die Zahl der vollgültigen Arbeitsverträge auf insgesamt 100 zu erhöhen. Mitte des vergangenen Monats hat das Sozialamt — pardon, mein Vortrag ist schon etwas älter,

(Heiterkeit)

ich bedauere das, meine Damen und Herren, aber wir haben diese Debatte immer verschoben —, vor einigen Monaten hat das Sozialamt auf diese Arbeitsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger im Rahmen des Amtsblatts alle Behörden hingewiesen.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Das ist eine alte Rede, was?)

Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob das nun unbedingt Unruhe auslösen muß!

(Abg. Ostendorff [FDP]: Lediglich Heiterkeit!)

Meine Damen und Herren, ein Kritikpunkt ist zweifellos, daß die Anzahl der Sozialarbeiter, die die Personen, die zur Arbeitshilfe eingesetzt werden, betreuen müssen, zu gering ist. Es gibt da nur zwei, und gerade bei der Schwierigkeit des Personenkreises ist es unbedingt erforderlich, die Anzahl der Sozialarbeiter zu erhöhen, wenn man hier

Erfolg haben will. So sind die Sozialarbeiter zweifellos überfordert, das leuchtet wohl ein. (C)

(Abg. Martens [SPD]: Einmal eine Frage: Interessiert das jemanden? — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es Sie nicht interessiert, die Betroffenen selbst, die also zur Arbeitshilfe herangezogen werden, sind sicherlich sehr stark an diesem Thema interessiert!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: An dem Thema schon!)

Meine Damen und Herren, vor einiger Zeit hat es eine Veranstaltung gegeben. Der „Weser-Kurier“ berichtet darüber, und zwar war die Überschrift „Klagen über die Sklavenarbeit“. In diesem Artikel wurde unter anderem darüber berichtet, daß einmal die Beträge, die für die Arbeitshilfe gezahlt werden, zu gering sein sollen. Es handelt sich ja um eine DM, das wurde von Herrn Willers bereits gesagt. Außerdem wurde die Forderung vorgetragen, daß die Arbeitshilfe auf freiwilliger Basis durchgeführt werden muß.

Die CDU ist der Meinung, daß man durchaus darüber nachdenken kann, ob es nicht sinnvoll ist, die Beträge für die Arbeitshilfe zu differenzieren, das heißt, je nach Leistungsfähigkeit gegebenenfalls von einer DM bis drei DM zu gewähren.

Allerdings lehnen wir grundsätzlich eine Freiwilligkeit, das will ich hier auch noch einmal sagen, ab. Die Entscheidung, ob jemand zur Arbeitshilfe herangezogen werden soll, fällt heute in den Sachgebieten der Sozialhilfe. Das ist nach unserer Auffassung auch richtig so, denn der Sozialarbeiter kennt natürlich seine Pappenheimer. Wir meinen allerdings, daß den Sozialarbeitern Unterlagen, also Richtlinien an die Hand gegeben werden müssen, aus denen sie klar erkennen können, in welchen Fällen sie Sozialhilfeempfänger ansprechen sollen und zur Arbeitshilfe auffordern sollen. (D)

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Und wieso? Gibt es die nicht?)

Das gibt es bis heute nicht.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Das ist ja unerhört!)

Ich will allerdings sagen, es gibt mittlerweile — insofern war vielleicht der Antrag der GUL ganz hilfreich — neu überarbeitete Vordrucke, die es den Sozialarbeitern in den Sozialämtern etwas leichter machen.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluß noch etwas zu dem Antrag der Gruppe der GUL sagen! Dieser Antrag ist in einigen Punkten unklar gefaßt. Wesentliche Fragen etwa, die im Zusammenhang mit dem Paragraphen 25 BSHG stehen, fehlen. Wenn wir dennoch diesem Antrag unsere Zustimmung nicht verweigern, dann deshalb, weil wir es grund-

(A) sätzlich als erforderlich ansehen, den ganzen Komplex Hilfe zur Arbeit intensiv aufzuarbeiten. In der Tat fehlen uns noch eine Fülle von Informationen, um die zur Debatte stehende Angelegenheit sachgerecht und verantwortlich beurteilen zu können.

Ich darf allerdings darum bitten, daß in dem vorgelegten Antrag die Forderung „zur August-Sitzung“ gestrichen wird, denn das ist ja nicht mehr aktuell. Sollte die SPD den zur Debatte stehenden Antrag ablehnen, wird die CDU zunächst in der Deputation für Soziales die Angelegenheit erneut ansprechen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Klatt.

Abg. **Klatt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab ein Wort zur Rede von Herrn Erfurth! Daß sie ein bißchen älter ist, finde ich gar nicht so ungewöhnlich. Wenn man eine Debatte in der Bürgerschaft monatelang verschiebt, schreibt man seine Rede nicht jeden Monat neu. Ich finde, das ist eine normale Sache. Das ist uns doch schon allen passiert. Ganz so dramatisch sehe ich das nicht.

(Heiterkeit — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Aber jetzt zum Antrag!

(B) (Abg. **Klein** [CDU]: Haben Sie auch etwas geschrieben?)

Im Gegensatz zu Ihnen schreibe ich meine Reden selbst, Herr Kollege Klein!

Meine Damen und Herren, trotz der guten Begründungen zum Antrag werden wir diesen ablehnen müssen. Heute ist die letzte Sitzung des Parlaments in dieser Legislaturperiode. Der Senat wäre allein aus Zeitgründen nicht mehr in der Lage, bis heute abend einen Bericht vorzulegen. Wir sollten uns in der neuen Legislaturperiode mit diesem Thema beschäftigen!

Der Kollege Willers hat hier einige Dinge sehr hart formuliert, die ich nicht so ohne weiteres akzeptieren kann, nach dem Grundsatz Schweigen bedeutet Zustimmung. Kollege Willers gebraucht die Worte Disziplinierung, Zwangsarbeiter, Privatisierung. Ich meine, daß dies der Sache nicht gerecht wird. Wir wollen, um auf die Privatisierung zurückzukommen, keinen Betrieb privatisieren, im Gegensatz zur FDP, die das im Wahlprogramm hat, und im Gegensatz zur CDU, aber die SPD hat das nicht vor.

(Abg. **Jäger** [FDP]: Legen Sie sich doch nicht schon wieder fest!)

Ja, Sie haben es ja in Ihr Wahlprogramm geschrieben, und Sie werden doch dann das sicher einhalten wollen, davon gehe ich doch wohl aus! Also, wir beabsichtigen nicht, Betriebe zu privati-

sieren. Rechtlose Zwangsarbeiter, Kollege Willers, das ist doch Unsinn! Ich komme gleich noch darauf zurück. Die Arbeitshilfe umfaßt doch nicht nur Sozialhilfeempfänger, die pro Stunde eine DM bekommen, sondern Senator Dr. Scherf ist da völlig neue Wege gegangen und hat im Rahmen des Paragraphen 19 normale Arbeitsverträge angeboten. Das wissen Sie doch auch. Darauf sind Sie gar nicht eingegangen. Die Arbeitshilfe befindet sich zur Zeit in einem Prozeß der Umstrukturierung und Fortentwicklung. Wie Kollege Erfurth schon sagte, sieht das BSHG, das seit 1962 in dieser Form besteht, bereits eine Arbeitshilfe vor.

Senator Dr. Scherf hat gemeinsam mit der Deputation neue Überlegungen angestellt und hat für Personen, die Sozialhilfe beziehen, 100 neue Arbeitsverträge angeboten. Die Entlohnung für diese 100 Arbeitnehmer erfolgt nach dem BAT und für Arbeiter nach den tarifvertraglichen Bedingungen.

(Abg. **Jackisch** [CDU]: MTL!)

Hinzu kommt, daß diese Personen der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Sie sind also krankenversichert, zahlen Arbeitsversicherungsbeiträge, würden also, wenn die Verträge auslaufen, auch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, und sie zahlen Rentenversicherungsbeiträge. Zusätzlich wird noch Vermögensbildung angeboten, und sie haben im Rahmen der Tarifverträge Urlaubsansprüche.

(D) Gleichzeitig ist die Mitbestimmung nicht ausgehöhlt, wie Kollege Willers das sagte, sondern die Einstellung unterliegt dem Mitbestimmungsrecht nach dem PVG, und die Betroffenen haben natürlich dann auch Rechte. Wenn sie meinen, sie würden schlecht behandelt, können sie sich an den Personalrat wenden.

Alles das, was Kollege Willers hier sagt, steht nicht für diese 100 Arbeitsverträge, die hier angeboten worden sind. Sie haben sicher recht, daß für die Arbeitshilfe — für den Großteil der Arbeitshilfe — gewisse Zwangsmaßnahmen vorliegen. Aber ich meine trotzdem, daß auch für Leute, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, die vom Staat unterstützt werden — und diese Hilfe ist nicht gering, zum Teil ist die Sozialhilfe höher als der Lohn eines Hilfsarbeiters im Hafen —, diese Hilfe dann so zu verstehen ist, daß sie auch als Gegenleistung gewährt wird. Man kann erwarten, daß die Hilfeempfänger ihre Arbeitsleistung für bestimmte Tätigkeiten dem Staat zur Verfügung stellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich halte das nicht für diskriminierend und meine, der Staat kann auch von Sozialhilfeempfängern eine gewisse Gegenleistung erwarten, und dies geschieht meistens auf freiwilliger Basis. Es ist nicht so, daß sie zwangsweise diese Arbeiten ausführen. Wir haben zum Beispiel 288 Personen, die arbeiten zusätzlich in Schulen im Reinigungsdienst. Ich meine, es fällt ihnen kein Stein aus der Krone, wenn sie

(A) die gleichen Arbeiten verrichten, die auch Raumpflegerinnen verrichten, die auch auf das Geld angewiesen sind. Es sind keine besseren Menschen. Sie können diese Arbeit ohne weiteres verrichten.

Wir haben zusätzlich 72 Personen auf Friedhöfen beschäftigt, die dort Gartenarbeiten verrichten, und haben 26 Personen, die dem Hausmeister in den Schulen zur Hand gehen, also auch die gleiche Arbeit verrichten wie ein Hausmeister, insofern auch gar nicht anrühlich.

Dann haben wir 33 Personen, die in den Krankenhäusern arbeiten, zum Beispiel in der Wäscherei. Im Übersee-Museum arbeiten allein 17 Hilfeempfänger. Zwischen 30 und 40 Hilfeempfänger arbeiten bei den Wohlfahrtsverbänden im humanitären Bereich. 145 Hilfeempfänger arbeiten in einem Möbellager und sind mit dem Renovieren der Möbel beschäftigt. 19 Hilfeempfänger arbeiten im Bereich der Stadtentwicklung und des Wohnungsbaus. Eine Ausbeutung findet nicht statt.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe schon eingangs gesagt, daß wir nur aus formalen Gründen den Antrag ablehnen. Wir werden in der neuen Legislaturperiode — wahrscheinlich wird Herr Willers dann nicht mehr anwesend sein — den Senat bitten, einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Ich glaube, daß wir dann gemeinsam auf einen guten Nenner kommen werden. — Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Scherf.

**Senator für Soziales, Jugend und Sport Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag zielt darauf ab, daß wir noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht erstatten. Das wird nun nicht mehr gehen, weil wir am Ende der Legislaturperiode sind, und das weiß der Antragsteller auch. Darum denke ich — —.

(Abg. Willers [GUL]: Warum sagst du denn jetzt nichts? Mehrere Monate ist der bekannt!)

Ich will gerade anheben, daß die Deputation für Soziales völlig unabhängig von den Anregungen des Abgeordneten Willers sich über eine lange Zeit gründlich mit dieser Sache beschäftigt hat. Wir sehen, alle wie wir da sind in der Deputation, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit uns zusätzliche dramatische Probleme als massenhaft arbeitslose Sozialhilfeempfänger vor die Tür gebracht hat und wir mit unserem Instrumentarium, das auf diese Fälle gar nicht richtig eingerichtet ist, versuchen müssen, Sozialhilfeantworten zu organisieren. Das macht uns große Mühe.

Wir haben dabei kein Patentrezept. Wir sind im Grunde auch die falsche Adresse, um dieses Pro-

blem zu bekämpfen. Man muß die Leute regulär in Arbeit bringen und nicht in Arbeitsmöglichkeiten, die nur über die Sozialhilfe zu erreichen sind, vermitteln. Aber solange die Wirtschaftskrise herrscht, wird die Sozialhilfe versuchen müssen, das individuelle katastrophale Problem, daß erwachsene Menschen nichts als Arbeit suchen, daß Sie die nicht finden und daß sie ohne soziale Sicherung sind, anzugehen.

Das ist nicht nur als wirtschaftspolitisches Problem eine Katastrophe, sondern es ist auch für die jeweiligen Personen eine Katastrophe. Da sind wir dabei, mit Unterstützung der Deputation möglichst phantasievoll, aber natürlich auch kostenbewußt, das muß man wissen, daß wir hier nicht viel Geld haben, entsprechende Antworten zu entwickeln. Also, mit knappem Geld müssen wir versuchen, diese Katastrophe wenigstens für den einzelnen erträglich zu machen. Da ist die Arbeitshilfe eine von vielen Möglichkeiten.

Ich habe den Eindruck, Sie werden heute abend oder am späten Nachmittag nicht mehr das ganze Problem erörtern wollen.

(Abg. Willers [GUL]: Doch!)

Ich hatte mir an sich vorgenommen, die Grundsätze, die wir in der Deputation für Soziales gemeinsam beraten haben und die so die veränderte Arbeitsgrundlage der Arbeitshilfe sein sollen, hier vorzutragen. Ich war auch bereit und bin darauf vorbereitet, Herr Willers, im Detail darauf einzugehen. Aber ich schlage Ihnen vor, ich gebe Ihnen gleich die Deputationsvorlage, die können Sie dann durchlesen.

Ich biete Ihnen auch an, daß alle Auskünfte, die wir zusammengetragen haben, die ganz konkret auf Ihre Fragen hinzielen, Ihnen zugänglich gemacht werden können. Ich gehe davon aus, daß wir nicht das letzte Mal über Arbeitshilfe in der Bremischen Bürgerschaft reden. Wir werden, leider Gottes sage ich, weil die Wirtschaftskrise nicht kurzfristig trotz entsprechender anderslautender Ankündigungen zu Ende sein wird, uns noch öfter mit dieser schwierigen Arbeit beschäftigen müssen. Ich lade dazu ein zu kooperativer Beratung. Ich freue mich über jede konstruktive Anregung zur Verbesserung der extrem schwierigen Situation der dort in der Arbeitshilfe lebenden Menschen und der sie begleitenden Hauptamtlichen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hüller.

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns mit Sicherheit über ein sehr schwieriges Thema zu unterhalten, von dem große Teile der Öffentlichkeit berührt sind. Wir sind deswegen auch bereit, den Antrag von Herrn Willers und Herrn Schröder zu unterstützen.

(A) Nur, Herr Willers, was nützt es Ihnen, wenn wir heute formal ja zu Ihrem Antrag sagen, Sie aber nicht mehr in die Lage versetzt werden, einen Bericht des Senats entgegenzunehmen und ihn in dieser Wahlperiode zu diskutieren? Sie wissen, daß danach alle Anträge neu eingebracht werden müssen.

Ich habe mich so spät zu Wort gemeldet, weil ich hoffte, daß der Senat die Gelegenheit nutzen würde, den der Deputation vorgelegten Bericht sowie die Ausführungen des Sozialamts, zur Diskussion zu stellen. Als Mitglieder der Deputation für Soziales sind uns diese Unterlagen bekannt. Uns sind auch die Dinge bekannt, die von seiten der AGAB vortragen wurden sowie der entsprechende Schriftverkehr dazu. Darauf, Herr Willers, stützen Sie Ihren Antrag, auf die Vorbehalte oder Vorhaltungen der AGAB zu diesem Thema.

Ich habe mich ebenfalls damit beschäftigt. Ich glaube Ihren Ausführungen entnehmen zu können, daß Sie es nicht für zumutbar halten, daß die nach dem Bundessozialhilfegesetz geregelte Arbeitshilfe in Bremen zum Tragen kommt. Da sind wir allerdings anderer Auffassung.

Wir sind durchaus der Meinung, daß Hilfesuchende ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und ihre unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen müssen. Unsere Erfahrung ist, Herr Willers, daß für einen großen Teil der Hilfesuchenden — auch der Arbeitshilfesuchenden — diese Maßnahme sehr wohl einen therapeutisch pädagogischen Charakter haben kann.

(B) Es gibt Beschäftigte in der Arbeitshilfe, die entweder von der Arbeit entwöhnt oder noch nie in Arbeit gewesen sind, entweder auf Arbeit, auf eine Lehrstelle oder auf einen Studienplatz warten und die nur über das BSHG zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts kommen können. Wenn sich durch diese Überbrückung dann wieder eine Chance bietet, auf dem Lehrstellenmarkt, auf dem Arbeitsmarkt oder vielleicht sogar im Studium unterzukommen und nicht durchzuhängen, dann, glaube ich, ist die Arbeitshilfe auch eine sinnvolle Maßnahme.

(Beifall bei der FDP)

Was wir ebenfalls begrüßen würden, und das haben wir auch schon in der Deputation gesagt, ist die Ausweitung von mehr Arbeitsverträgen nach Paragraph 19 BSHG, das heißt, daß mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, neue versicherungsrechtliche Ansprüche durch einen solchen Vertrag zu erwerben. Sie haben dann eher und leichter eine Chance für eine Rehabilitationsmaßnahme oder auf dem Arbeitsmarkt, können Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen.

Hier hat der Senat erste Bemühungen gezeigt und hat die Verträge von zehn auf 100 aufgestockt. Die FDP-Fraktion hat dies in der entsprechenden Fachdeputation unterstützt, auch weil wir der Auffassung sind, daß es sinnvoll ist, Sozialhilfeaufwendun-

gen einzusetzen für die, die auf Arbeit warten, die auch arbeiten wollen, und denen ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln, damit sie sich selbst neue Ansprüche erwerben. (C)

Das Thema ist nicht ausdiskutiert, wir nehmen das Angebot von Herrn Senator Scherf zu weiteren Gesprächen gern an. Den vom Senat aufgezeigten Weg, in dieser Richtung zu arbeiten, halten wir für richtig.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Erfurth.

Abg. **Erfurth** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Debatte hier nicht wesentlich verlängern.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Tun Sie aber gerade! — Abg. **Stichweh** [SPD]: Setzen!)

Ich möchte nur einem Eindruck entgegenwirken, der nach den Ausführungen von Herrn Senator Dr. Scherf entstehen konnte.

Frau Hüller hat es aber eben auch schon getan, indem sie darauf hinwies, daß wir den Sachverhalt eben nicht in der Ausführlichkeit, wie es vielleicht erforderlich gewesen wäre, in der Deputation behandelt haben. Vor allen Dingen sind eine ganze Reihe von Fragen, die auch zum Teil hier niedergelegt sind in dem Antrag der GUL, noch nicht beantwortet worden. Von daher, meine ich, meine Damen und Herren, sollten wir in der Tat in der neuen Legislaturperiode in der Deputation für Soziales noch einmal sehr intensiv in den ganzen Komplex einsteigen. — Danke! (D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Gruppe der GUL mit der Drucksachen-Nummer 10/1093 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und GUL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, möchte ich nicht versäumen, auf dem Zuschauerrang eine Gruppe der Altentagesstätte Habenhausen zu begrüßen.

(Beifall)

\*) Vom Redner nicht überprüft.

**(A) Gefahren für das Bildungswesen durch die Lehrer-  
arbeitslosigkeit**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 13. April 1983  
(Drucksache 10/1082)

Wir verbinden hiermit:

**Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen**  
Mitteilung des Senats vom 31. Mai 1983  
(Drucksache 10/1141)

D a z u

**Lehrerarbeitslosigkeit**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU  
vom 25. August 1983  
(Drucksache 10/1185)

**Drucksache 10/1082**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Auswirkungen auf das Bildungswesen sieht der Senat angesichts der bestehenden Lehrerarbeitslosigkeit und der Tatsache, daß Planstellen für neu einzustellende Lehrer praktisch nicht mehr zur Verfügung stehen?

2. Welche der folgenden Maßnahmen, die zur Zeit diskutiert werden, hält der Senat zur Beseitigung der Lehrerarbeitslosigkeit rechtlich und finanziell für geeignet und möglich:

- Umschulung arbeitsloser Lehrer/innen durch Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit;
- Ausbau flexibler Teilzeitbeschäftigung im Sinne des § 44 a Beamtenrechtsrahmengesetz und des § 78 a Bremisches Beamtengesetz und Ersatz der freiwerdenden Stunden durch Einstellungen;
- Abdeckung vergleichbarer Nebentätigkeiten — wie zum Beispiel Englisch in der Volkshochschule — statt zusätzlicher Bezahlung durch Stundenermäßigung an der Schule;
- Ausweitung der vorübergehenden Beurlaubungsmöglichkeiten unter Fortfall der Dienstbezüge sowie
- Verhandlungen über eine Verminderung der Lehrerstundenzahl auf freiwilliger Basis bei entsprechender Kürzung der Dienstbezüge und Verwendung der freiwerdenden Mittel für Neueinstellungen.

3. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Senat, die Gefährdung im Bildungswesen durch Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit zu vermindern?

von Groeling-Müller, Lahmann und Fraktion der FDP

**Drucksache 10/1185**

Die Bürgerschaft (Landtag) verlangt, daß gegenüber dem Bund, den Ländern und Gemeinden sowie den Gewerkschaften Initiativen ergriffen werden mit dem Ziel, über die bisherigen Regelungen im Beamten- und Tarifrecht hinaus die Möglichkeit zu bieten, besonders im Schulbereich durch Teilzeitarbeit, Beurlaubungen und vorzeitigen Ruhestand zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Lucks, Neumann und Fraktion der CDU

Herr Senator von Hassel, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Große Anfrage wie folgt: **(C)**

Der Senat hat der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht zur Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen vorgelegt. In diesem Bericht wird auch auf die in der Großen Anfrage genannten Punkte eingegangen. Der Senat verweist insoweit auf den der Bürgerschaft vorliegenden Bericht.

In teilweiser Wiederholung des Berichts wird zu den einzelnen Fragen folgendes ausgeführt:

Zu Frage eins: Der Umstand, daß auf längere Sicht den Schulen keine oder nur wenige neue Lehrkräfte zugeführt werden können und daß ausgebildete Lehrer in größerer Zahl ihren Beruf nicht ausüben können, führt zu erheblichen Auswirkungen auf das gesamte Bildungswesen, auf Unterricht und Schulleben, auf Studien- und Berufswahlentscheidungen, möglicherweise auch auf die Struktur des öffentlichen Schulwesens.

Die Auswirkungen treffen im wesentlichen auch auf Bremen zu. Sie werden nur unwesentlich dadurch gemindert, daß die bremischen Schulen im Verhältnis zu anderen Ländern vergleichsweise gut mit Lehrkräften ausgestattet sind.

Erstens: Die fachspezifische Unterrichtsabdeckung einer Schule kann im wesentlichen nur gewährleistet werden, wenn bei Ausscheiden einer Lehrkraft mit einer bestimmten Fächerkombination unmittelbarer fächerspezifischer Ersatz geleistet wird. Gibt es keinen Ersatz — insbesondere durch Umsetzungen von einer anderen Schule oder aus dem Lehrerüberhang —, kann der Unterricht gemäß Stundentafel nicht mehr vollständig erteilt werden. Die Folgen für den Schüler sind Unterrichtsausfälle oder gar der Zwang zum Wechsel der Schule. **(D)**

Zweitens: Die Schule profitiert in fachlicher und pädagogischer Hinsicht von den Innovationsanstößen, die durch junge Lehrer aus deren Nähe zur erziehungs- und fachwissenschaftlichen Arbeit der Universitäten eingebracht werden. Bleiben diese Impulse aus, entsteht leicht eine zunehmende Diskrepanz zwischen dem Stand der Fach- und Erziehungswissenschaften einerseits, dem in der Schule vermittelten Fachwissen und den realen Erziehungsprozessen andererseits. Die fachwissenschaftliche Kompetenz für neue Unterrichtsfächer, mit denen die Schule auf die Veränderung in Wissenschaft und Technik, Gesellschaft und Umwelt reagiert, kann der Schule überhaupt nicht mehr zugeführt werden. Maßnahmen der Lehrerfortbildung und der Weiterbildung der Lehrer können dieses Problem nur in begrenztem Umfang mildern.

Drittens: Ein „Alterungsprozeß“ in den Lehrerkollegien bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern. Junge Lehrkräfte sind eher geneigt, die sich wandelnden Denk- und Wertvorstellungen der jeweiligen Schülergeneration aufzunehmen und in den Erziehungs-

(A) prozeß einzubeziehen. Ältere Lehrer stützen sich in Unterricht und Erziehung stärker auf Erfahrungen, die in langjähriger Schularbeit gewachsen sind. Erst aus dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Vorstellungen und Verhaltensweisen der Lehrgenerationen in einem Kollegium erwächst ein gutes Schulklima und ein erfolgreiches Schulleben. Fehlt eines dieser Elemente, bleiben Schwierigkeiten im Verhältnis der Generationen zueinander nicht aus, Kommunikationsprobleme werden verschärft, Konfliktlösungen erschwert.

Viertens: Besondere atmosphärische Belastungen ergeben sich in den Schulen aus der wachsenden Perspektivlosigkeit der Lehramtskandidaten, die als Teilnehmer an Praktika der Universität oder als Referendare in den Schulen unterrichten. Wer seine Ausbildung für den Lehrerberuf in dem Bewußtsein absolviert, diesen Beruf möglicherweise niemals richtig ausüben zu können, wird in der Intensität seiner fachlichen und pädagogischen Bemühungen und in seinem Engagement über die Zielsetzung des öffentlichen Bildungswesens sicher nicht ohne Beeinträchtigung bleiben. Dies wirkt sich nicht nur unmittelbar auf Lernprozesse und Unterrichtserfolge der Schüler aus, sondern auch auf deren eigene Berufswahlmotivation und -entscheidung.

Fünftens: In dem Maße, wie der Staat als Arbeitgeber nicht genügend Arbeitsplätze zu schaffen vermag, werden Privatisierungstendenzen wirksam in der Form von Selbsthilfeprojekten und Privatschulen neuer Art. Da zu vermuten ist, daß in diesen Einrichtungen vorrangig jüngere Lehrkräfte tätig werden, verlagert sich schrittweise das Potential für Innovationen von der staatlichen Schule dorthin. Einrichtungen dieser Art gewinnen unter Umständen dann an besonderer Attraktivität, wenn Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz beziehungsweise -aussichten hier mit Lehrern ohne dauerhafte Berufschancen zusammenarbeiten.

(B) Eine besondere Belastung für solche Einrichtungen erwächst vor allem aus der zwangsläufigen Lücke zu dem Erfahrungspotential eines „gewachsenen“ Lehrerkollegiums mit ausgewogener Altersstruktur.

Zu den Fragen zwei und drei: In dem der Bürgerschaft (Landtag) vorgelegten Bericht des Senats zur Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen sind eine Vielzahl von Vorschlägen für Maßnahmen zum Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit genannt. Insoweit wird auf den Bericht des Senats verwiesen.

Die in dem Bericht genannten Vorschläge haben in erster Linie zum Ziel, Mittel für die Einstellung von Lehrern zu gewinnen, da die öffentlichen Haushalte aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten keine Einstellungsmöglichkeiten für Lehrer mehr geben. Die Vorschläge sind auf das gesamte Schulwesen in der Bundesrepublik bezogen, also nicht auf das Land Bremen begrenzt. Sie sind von Personen oder Institutionen seit etwa 1980 sukzessive in die Diskussion eingeführt worden.

Die Fülle der Einzelvorschläge und die Zielrichtung der verschiedenen Vorschlagsgruppen lassen erkennen, daß wirksame Programme nur aus der Kombination mehrerer Maßnahmen aus den unterschiedlichen Vorschlagsgruppen entwickelt werden können. Die beamten- und besoldungsrechtlichen beziehungsweise tarifrechtlichen Voraussetzungen für die einzelnen Maßnahmen können nur im vertrauensvollen Zusammenwirken aller Beteiligten geschaffen werden. Hierzu sind umfangreiche Beratungs-, Beteiligungs- und zum Teil auch Gesetzgebungsverfahren erforderlich.

Welche Hilfe die in der Anfrage angesprochene Umschulung arbeitsloser Lehrer durch Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit bringt, ist schwer zu beantworten. Die Antwort ist unter anderem auch davon abhängig, inwieweit Lehrer die Angebote der beruflichen Fortbildung und Umschulung nutzen und dabei zusätzlich nachgefragte Qualifikationen erwerben. Die gegenwärtige Situation ist nach den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit so, daß die fachwissenschaftlichen Qualifikationen arbeitsloser Lehrer in Handel, Gewerbe und Industrie sowie in der öffentlichen Verwaltung nur in begrenztem Umfang nachgefragt werden. Arbeitslose Lehrer müssen bei ihrer Bewerbung für eine Beschäftigung in diesen Bereichen mit den Bewerbungen der speziell für die entsprechenden Berufe ausgebildeten Fachkräfte stark konkurrieren.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß das Land Bremen sowie die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen haben, Möglichkeiten zur Neueinstellung von Lehrkräften zu schaffen und damit der wachsenden Lehrerarbeitslosigkeit zu begegnen. Neben der Schaffung neuer Stellen und der zügigen Wiederbesetzung verfügbarer Stellen wurden Beurlaubungsmöglichkeiten weitgehend genutzt. Aufgrund aller geltenden Regelungen für Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigung sind gegenwärtig allein in der Stadtgemeinde Bremen ungefähr 1 850 Lehrkräfte voll beurlaubt oder mit einer verminderten Wochenstundenzahl tätig. Das entspricht einem Volumen von etwa 1 000 Stellen. In diesem Umfang werden zusätzliche Lehrkräfte beschäftigt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß in dem Anspruch der Beurlaubten und Teilzeitbeschäftigten auf Rückkehr in ein volles Beschäftigungsverhältnis auch Risiken für den Personalhaushalt enthalten sind.

Daneben ist seit 1976 die nebenamtliche beziehungsweise nebenberufliche Unterrichtstätigkeit in bremischen Schulen im Umfang von 6 600 Wochenstunden abgebaut worden. Dadurch wurden zirka 250 Lehrerstellen für die Einstellung von Lehrern gewonnen.

Auch die in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an bremischen Schulen, die zu

(C)

(D)

(A) einer im Vergleich zu der Mehrheit der anderen Länder hervorzuhobenden Verbesserung der Schüler/Lehrer-Relation und damit zu Einstellungen von Lehrern geführt haben, sind in diesem Zusammenhang als Maßnahme zu sehen, mit denen der sich abzeichnenden Lehrerarbeitslosigkeit begegnet wurde.

Die bisher getroffenen Maßnahmen sind zwar beachtlich, können jedoch angesichts der großen und jährlich wachsenden Zahl arbeitsloser Lehrer nicht zufriedenstellen. Deshalb wird der Senat seine Bemühungen zur Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung verstärken.

Im Rahmen eines vom Senat am 31. 5. 1983 beschlossenen Programms zur Beschäftigung arbeitsloser Lehrern wurden insgesamt 32 Stellen zusätzlich geschaffen. Acht Stellen wurden dadurch gewonnen, daß über 100 Lehrer ihre wöchentliche Unterrichtsverpflichtung um eine beziehungsweise zwei Stunden zugunsten arbeitsloser Lehrer reduzierten. 24 Stellen wurden unter Nutzung der Mittel geschaffen, die durch teilzeitbeschäftigte Lehrer frei waren. Unter Nutzung dieser 32 Stellen konnten 47 arbeitslose Lehrer befristet in den bremischen Schuldienst eingestellt werden. Der Senat hofft, daß dieses Programm noch aufgestockt werden kann.

(B) Die Möglichkeiten selbständigen Handelns sind damit für Bremen weitgehend ausgeschöpft. Zur Realisierung weiterer Maßnahmen bedarf es der Tätigkeit des Bundes und der Tarifparteien. Aktivitäten des Bundes, der Länder und der Tarifparteien zu gemeinsamer Problemlösung wird sich Bremen nicht verschließen, sondern sie fördern und unterstützen, soweit diese in ihren Auswirkungen den bremischen Möglichkeiten entsprechen.

So unterstützt der Senat im Bundesrat die Gesetzesentwürfe, die mit dem Ziel eingebracht worden sind, die Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zu erweitern und die Altersgrenze zum freiwilligen Ausscheiden aus dem aktiven Dienst vorzulegen, um damit weitere Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu eröffnen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senator von Hassell!

Meine Damen und Herren, auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Wird das gewünscht?

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Ja!)

Ich stelle fest, das ist der Fall.

Dann kommen wir zur gemeinsamen Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP sowie die Mitteilung des Se-

nats und den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU. (C)

Meine Damen und Herren, bevor ich dem ersten Diskussionsredner das Wort gebe, möchte ich nicht versäumen, den Teilnehmerinnen des Schafferinnenmahls 1982, die auf dem Besucherrang Platz genommen haben, sehr herzliche Grüße zu übermitteln!

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. **Groeling-Müller** (FDP): Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu meinem letzten Redebeitrag hier im Hause ausholen! Erstens: Wir finden die theoretische Antwort des Senats zutreffend, die Handlung ist allerdings noch begrenzt. Als im Berufsbildungswerk 1982 mehrere Lehrer ihre Arbeitszeit gegen Neueinstellung von arbeitslosen Kollegen verringern wollten und dies auch taten, war das für uns Anstoß zu diesem Fragenkatalog. Seit Anfang April dieses Jahres wird nun der Punkt von Tagesordnung zu Tagesordnung vor sich her geschoben und ist im Prinzip etwas zu abgestanden.

Dennoch sollte man sich die Dinge vor Augen führen. Es gibt in der Bundesrepublik zur Zeit ungefähr 30 000 arbeitslose Lehrer. Wir sollten erkennen, daß dieses Phänomen allerdings nicht Sache von fehlbelegten Studienplätzen, sondern ein Phänomen allgemeiner Arbeitslosigkeit ist. Es gibt eben auch andere Arbeitslose und nicht nur arbeitslose Lehrer. Das steht über der ganzen Geschichte, nur, wenn wir die Arbeitslosigkeit überhaupt abbauen wollen, müssen wir dann eben auch trotz rückgehender Schülerzahlen die Lehrerarbeitslosigkeit abbauen. Es nutzt nichts, sie in andere Richtungen zu verweisen.

Ich bedauere die jungen Kollegen, die ausgebildet von der Hochschule kommen und nun vor der Schultür bleiben müssen, obwohl wir alle wissen, daß die Schule heute noch nicht so ausgestattet ist, daß wir auf diese arbeitslosen Lehrer verzichten könnten. Für diese Lehrer ist ihr Beruf zerstört, wenn sie zehn Jahre weiter warten sollen, dann sind sie für den Schuldienst kaum noch zu verwenden.

Sehen Sie aber hinein in die Schulen, hören Sie die Klagen der Eltern über Unterrichtsausfall, vergleichen Sie den Ist-Zustand unserer Schulen mit den bildungspolitischen Vorstellungen aller in diesem Haus vertretenen Parteien, ich weiß es sehr wohl, daß es mit Bedauern allein nicht getan ist. Ich weiß auch, daß die Rahmenbedingungen dieses Haushalts eine weitere Einstellung von Lehrern zumindest im allgemeinbildenden Bereich kaum noch zulassen. Dennoch, wenn wir das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit abmildern wollen, müssen wir eben für eine Veränderung dieser Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb sind wir doch Abgeordnete (D)

- (A) und Politiker, weil wir mit der Annahme unserer Wahl Verantwortung übernommen haben, für weitere positive Entwicklungen in unserem Gemeinwesen zu sorgen zugunsten der Kinder.

(Beifall bei der FDP)

Einige kurze Vorschläge, die aus dem April stammen, aber dennoch ins Gedächtnis gerufen werden müssen! Erstens, die Möglichkeiten der Teilarbeit für Lehrer sollten noch ausgeweitet werden und sind noch ausweitbar. Mehr Lehrer müssen für eine längerfristige Zeit die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung erhalten nach Paragraph 78 a oder 71 a oder nach dem jetzt angebotenen Solidaritätsbeitrag, der leider auf zwei Stunden begrenzt ist, was auch nicht unbedingt nötig war. Aber Gebrauch werden Lehrer nur dann davon machen als Solidaritätsschritt, wenn ihnen versprochen wird, daß dafür genausoviel arbeitslose Lehrer beschäftigt werden, auch in Teilzeitbeschäftigung. Wer die Teilzeitbeschäftigung nutzt, um Stellen einzusparen, der handelt letztlich unsozial.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens! Wir sollten eine Änderung des Bundesbeamtengesetzes anstreben, der Senator wies darauf hin, damit eine Pensionierung noch früher, noch vor dem fünfundsiebzehnten Lebensjahr erfolgen kann. Wie schwer sich mancher ältere Kollege — nicht jeder —, aber mancher ältere Kollege heute tut, in der Schule das gängige Wissen zu vermitteln, das können Sie im täglichen Schuldienst erleben. Allerdings muß davon ausgegangen werden, daß auch das Ruhegehalt niedriger ist. Aber wir helfen auch da mit und bauen Arbeitslosigkeit ab und entlasten die Arbeitslosenunterstützung oder die Sozialhilfe zum Beispiel bei der einphasigen Ausbildung der Oldenburger Lehrer, die ganz bescheiden daran sind.

(B)

Drittens! Die im Haushalt ausgewiesenen Mittel für Mehrarbeitsstunden im Schulbereich sollten gekürzt werden, denn nicht jeder Unterrichtsausfall an unseren Schulen muß durch Mehrarbeit abgedeckt werden. Auch hier können noch arbeitslose Lehrer eingeschossen werden zum Beispiel in größeren Schulzentren, die mehr Beweglichkeit haben.

Viertens! Es gibt dem Unterricht vergleichbare Nebentätigkeiten wie in der Volkshochschule oder in der Erwachsenenbildung. Auch hier sollten dort tätige Lehrer diese Stunden in der Schule einbüßen, das habe ich vor zwölf Jahren schon einmal gesagt, damals unter Beifall des Hauses. Diese Aktion, darf ich noch einmal betonen, darf nicht der Haushaltsanierung dienen, das wäre Verrat an den Solidaritätsbemühungen der Lehrer.

(Beifall bei der FDP)

Nun hat der Senat kurz vor den Ferien diese Aktion, die wir beabsichtigten, nämlich den Solidaritätsbeitrag der Lehrer unter Gehaltseinbuße zu

effektuierten, aufgegriffen. Spät, zu spät vor den Ferien! Zwar hatte die GEW erst Bedenken gegen dieses Solidaritätsoffer, sie ist dann im Frühjahr 1983 darauf eingeschwenkt und hat die Aktion unterstützt. (C)

Die Aktion brachte rund 140 Stunden, der Senator erwähnte es. Sie ist aber von SPD und Senat zu spät in Gang gesetzt worden. Die Verhandlungen begannen recht früh, aber der Apparat war unheimlich schwerfällig und gebär zwei Stunden pro Lehrer als Möglichkeit, einen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Viel zu kurz vor den Ferien, viel zu unklar und zu risikoreich formuliert für die betroffenen Lehrer! Die Kürzung auf zwei Wochenstunden begrenzt war arg dünn, und die Aktion ist auch noch zeitlich begrenzt, auch das gibt Schwierigkeiten.

(Beifall bei der FDP)

Die Kritik dazu: Wie kann man bei der Befristung des Stundenverzichts sinnvoll arbeitslose Lehrer einstellen? Das ist ganz gewiß kaum möglich. Wäre das ohne Befristung gelaufen, hätte man sich auf längere Termine einstellen können. Hätte man sich auf mehr als zwei Stunden festgelegt, hätte man etwas mehr Breitenbasis gewinnen können.

Wie ist denn die Garantie, daß für die verzichteten Stunden auch wirklich Lehrer eingestellt werden? Die GEW hat sie gefordert, die Kollegen haben sie gefordert. Die Garantie ist sehr undurchsichtig, und die Durchführung ist auch zu undurchsichtig. Die Solidarität droht zu zerfallen. (D)

Wo sind denn die Lehrer eingestellt worden für die frei gewordenen Stunden, dort, wo die Lehrer verzichtet haben? Wenn zum Beispiel zwei Lehrer in einer Primarstufe verzichtet haben, die auch noch dicht beim Stundenüberhang war, beim Stundenüberhang deshalb, weil zum einen von vornherein drei Prozent vom Lehrbedarf abgezogen werden und zum anderen auch noch die Unterfrequenzen abgezogen werden, dann ist das für diese Schule ein glatter Verlust. Dann ist das für diese Schule eine Unsolidarität der Lehrer, die einen Solidaritätsbeitrag leisten wollen,

(Beifall bei der FDP)

denn die Stunden kommen einer anderen Schule zugute.

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Die kommen den Schülern zugute!)

Wenn sie nicht verzichtet hätten, wären dieser Schule wahrscheinlich vier Stunden erhalten geblieben. Das Problem ist sehr schwer zu lösen, aber das ist so eine der Folgen dabei. Jeder Kollege, der also verzichtet, könnte in seiner Schule den Stundenpool dezimieren. Das ist natürlich ein Schlag!

Es stellt sich weiter das Problem, daß der Senat für den Solidaritätsverzicht dort Lehrer einstellt, wo er sie hätte ohnehin einstellen müssen. Personalrat und GEW behaupten das. Ich meine, hier

(A) müßte das so durchsichtig sein, daß Personalrat und GEW diesen Solidaritätsverzicht der Lehrer und die Neueinstellung kontrollieren können, so daß nicht die Gefahr besteht, daß diese ganze Aktion in Mißkredit gerät.

Wo ist aber bei dem Solidaritätsbeitrag der Lehrer der Solidaritätsbeitrag des Senats auf der anderen Seite? Wo ist die Solidaritätsgarantie? Wo bleibt der volle Ersatz der Lehrer, die nach Paragraph 78 a oder nach den Mutterschutzbestimmungen beurlaubt sind? Die werden ja nur zum Teil ersetzt.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Es wäre folgendes wünschenswert: Wenn die eine Seite zu größeren Schritten unter Gehaltsverzicht bewegt wird, dann müßte der Senat der entsprechenden Lehrgewerkschaft auch sagen, daß er dann auch zu sozialer Tat bereit ist und daß er eine Lehrerin, die aufgrund der Mutterschutzregelung beurlaubt ist, voll durch einen arbeitslosen Lehrer oder Lehrerin ersetzt.

Die Wundertüte der Senatsmitteilung zur Lehrerarbeitslosigkeit ist eine beachtliche Sammlung von Vorschlägen, zum Teil von gefährlichen Vorschlägen, von denen ich nicht hoffe, daß der Senat sie sich zu eigen macht. Aber wen soll denn der bunt schillernde Blumenstrauß blenden oder verschrecken? Hier bleibt die Senatsmitteilung etwas reines Mundwerk. Uns hätte hier die gute Gepflogenheit der Deputationsvorlagen besser gefallen.

(B)

(Glocke)

Ich bin gleich zu Ende!

Erstens, das sind die Möglichkeiten, zweitens, das haben wir getan, und drittens, das werden wir tun! Also nicht nur Mundwerk, sondern auch Handwerk!

Auf die Gefährlichkeit der Entwicklung der Lehreraltersstatistik hat der Senator so gründlich hingewiesen — die Überalterung der Kollegin —, daß ich mir das verkneifen kann.

Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und sage adieu.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat der Abgeordnete Lucks.

Abg. **Lucks** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Mitteilung des Senats sind nach seinen Aussagen per Mai dieses Jahres 558 Lehrer als arbeitssuchend gemeldet, 476 als arbeitslos gemeldet, ich möchte diese Zahlen bloß noch einmal nennen, bei einem Bestand von Arbeitslosen im Lande Bremen von über 35 000. Das soll jetzt keine abwertende Wertung sein. Ich möchte das nur als

Einstieg nehmen, und ich möchte erinnern, daß bereits in der letzten Legislaturperiode — mindestens in der Deputation für Bildung — immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß der Anteil der Lehramtsstudenten viel größer als der Bedarf für Mitte der achtziger Jahre ist. Ich bin selber daran beteiligt gewesen, obwohl ich nicht Mitglied des Hauses war, Senator Thape damals zu bitten, Studienanfänger zu beraten und auf diesen Sachstand hinzuweisen. Das ist nur eine Feststellung.

Es ist jetzt so weit gekommen, daß auch im Lande Bremen die Anzahl der arbeitslosen Lehrer — und wenn ich eben nur 558 nannte, so war das der Stand Mai — am Wachsen ist, denn inzwischen hat der nächste Jahrgang der Referendare seine zweite Lehramtsprüfung abgelegt, und wir müssen aus diesen Gründen mit ungefähr — ganz grob geschätzt — 750 bis 760 arbeitslosen Lehrern rechnen.

Viel schlimmer ist, das hat Herr Senator von Hassel und das hat auch die Senatsmitteilung deutlich gemacht, daß diese jungen Kollegen sich engagiert auf einen Beruf vorbereitet haben und ihre Erfahrungen und Kenntnisse heute nicht nur nicht in den Schulen einsetzen und einbringen können, sondern daß im Laufe der Jahre aufgrund fehlender Stellen, aufgrund stark rückläufiger Schülerzahlen selbst die dort vorhandenen Kollegien überfrachtet sind. Dazu kommen, wie gesagt, neue Innovationen, neue Erkenntnisse, neue Techniken, neue Methoden, die nicht mehr übersetzt werden können. Ich gebe dem Bildungssenator recht, daß sogar, wenn jetzt Kollegen ausscheiden, aus welchen Gründen auch immer, dementsprechender Ersatz durch Umsetzung oder andere Methoden nicht mehr gewährleistet ist. Das geht zu Lasten der Schüler, und das geht zu Lasten der Bildung, die dort eigentlich gerade auch zukunftsfruchtig im Wandel der Zeit, im Wandel der Technologien, im Wandel der Wirtschaft notwendig sind.

Meine Damen und Herren, in der Mitteilung des Senats steht unter anderem auf Seite drei: „Der Senator für Bildung arbeitet zur Zeit an einem Personalentwicklungsprogramm, in dem Lehrerberuf und Lehrerbestand in den einzelnen Schulstufen für die nächsten Jahre gegenübergestellt werden.“ Meine Frage dazu lautet: Wann ist dieses Programm fertig? Es hätte meines Erachtens schon fertig sein müssen, denn die Problematik als solche ist vorhanden.

Ich habe noch vor gar nicht langer Zeit an diesem Ort gesagt, daß die Berechnung der Lehrerwochenstunden mit 97 Prozent eine Vernachlässigung der Studentafel und eine Benachteiligung der Kinder ist. Ich kann es heute, und ich sage das auch ganz ehrlich, nicht mehr sagen, da der Ist-Bestand wesentlich über diesen 97 Prozent liegt, ob in der richtigen Kombination und auf die einzelnen Schularten bezogen, die hier einmal erstellt werden, ist auch die Frage des Personalentwicklungsprogramms. Da müssen wir, damit wir nicht erst merken, was pas-

(C)

(D)

- (A) siert, wenn es soweit ist, möglichst vorher ermitteln, was getan werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich fahre weiter fort in der Mitteilung des Senats, da steht auf Seite fünf: „Die Länderfinanz- und Innenminister haben sich bisher nicht an den Beratungen beteiligt, sondern lediglich mitgeteilt, daß sie die Erkenntnisse aus den Gesprächen mit den Lehrerverbänden abwarten möchten.“ Meine Damen und Herren, fast alle Bundesländer, ich könnte das jetzt vorlesen, zehn Minuten reichen bei weitem nicht dazu, haben Vorschläge gemacht, die sich voneinander gar nicht so weit unterscheiden. Eins ist allen diesen Vorschlägen gemeinsam, die Erkenntnis, daß das Land, wie es auch heißen mag, mit diesem Problem allein nicht fertig werden kann. Hier werden tarifrechtliche, beamtenrechtliche und gesetzliche Probleme berührt, die nur auf gemeinsamer Ebene, und zwar gemeinsam mit dem Bund und den Ländern geregelt werden können.

Ich erinnere daran, Sie haben vor kurzer Zeit einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vorgelegt bekommen, ich bitte Sie, den zu unterstützen. Ich habe von seiten der SPD-Fraktion gehört, daß da einige redaktionelle Änderungen eingebracht werden sollen. Ich warte darauf, und sollten Sie diese Änderungen einbringen, werden wir uns ihnen, so wie ich das zur Zeit übersehe, anschließen. Ich werde es dann auch deutlich signalisieren.

- (B) Ich kann jetzt die Vielzahl der in dieser Mitteilung aufgezeigten Vorschläge, die, wie gesagt, weit über die Landeskompetenz hinausgehen, nicht noch einmal vorlesen. Ich glaube, wir kommen damit nicht weiter. Ich möchte aber noch eines bemerken: Herr Senator von Hassel, ich bin erstaunt. Wenn ich Ihre Zahlen eben richtig verstanden habe, so sind aus dem Sonderprogramm bisher 32 Stellen geschaffen worden. Wenn ich das einmal werte, es gibt rund 6 500 Lehrkräfte in Bremen, ganze 32 Stellen sind geschaffen worden. Davon sind aber nur acht Stellen — und ich hoffe, daß ich das richtig verstanden habe, hoffentlich vielleicht auch nicht — durch Verzicht der beteiligten Kollegen entstanden. Vor Schuljahresbeginn Ende Juli hat mir ein leitender Beamter Ihres Hauses auf Befragen mitgeteilt, daß sich abzeichne, daß sich aus diesem Sonderprogramm zirka 50 Stellen ergeben würden. Zu dem damaligen Stand habe ich spontan gesagt, das sei für die Kürze der Zeit ein guter Erfolg.

Wenn ich jetzt aber sehe, daß nur acht Stellen aus dem Sonderprogramm und 24 Stellen überplanmäßig geschaffen worden sind, dann frage ich mich, was stimmt denn nun. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 12. August wurden 20 Stellen für den Verzicht der Kollegen aus dem Sonderprogramm eingeworben und zehn überplanmäßige Stellen, das sind nur 30. Sie sprechen jetzt von 32, aber in einem anderen Verhältnis. Vielleicht können wir da noch einmal Aufklärung bekommen.

Was Herr Kollege von Groeling-Müller sagte, hier müsse Durchsichtigkeit herrschen, und hier müsse gesagt werden, was denn nun wirklich Sache sei, ist mehr denn je gefordert. Noch eine Bemerkung dazu: Wenn ich richtig informiert bin, werden alle die Stellen, die durch dieses Sonderprogramm geschaffen werden, dem berufsbildenden Zweig zugewiesen. Ich kann das verstehen, aber ich kann es nicht billigen. Ich habe auf einer der letzten Deputationsitzungen, ob das Mai oder Juni war, kann ich jetzt nicht genau sagen, gefragt, was mit den Stellen, die im berufsbildenden Zweig nicht besetzt sind, passiert, wenn sich Fachlehrer, die für diese Stellen geeignet sind, melden, ob die eingestellt werden können. Da haben Sie, Herr Senator von Hassel, gesagt, diese Stellen seien nicht mehr frei, weil kein Geld mehr vorhanden sei. Jetzt kann ich nicht verstehen, daß ein Bedarf auch nach normaler Stundenrechnung vorhanden ist, der nicht befriedigt werden kann.

Es finden sich Kollegen aus dem allgemeinbildenden Schulwesen bereit, aus Solidarität zu arbeitslosen Kollegen Zeit und Geld zur Verfügung zu stellen

(Senator v. Hassel: Aber mit der Zeit gewinnen sie auch etwas!)

— mit der Zeit gewinnen sie auch etwas, richtig! —, und dann werden die Berufsschulen damit aufgefüllt. Hier stellt sich als letztes die Frage, ob auch wirklich in jedem Fall unter fachspezifischen Gesichtspunkten oder nur unter dem Gesichtspunkt der Arbeitslosigkeit, möglicherweise nach einer Reihenfolge, die Lehrer eingestellt und beschäftigt werden.

Diese beiden Fragen möchte ich bitte noch beantwortet haben. Ansonsten möchte ich auffordern, auch in Übereinstimmung mit meinem Kollegen aus der FDP-Fraktion, daß wir ständig über den Fortgang dieser Aktion und über das Ergebnis dieser Geschichte unterrichtet werden.

(Beifall bei der CDU — Unruhe auf dem Zuschauerrang — Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Meine Damen und Herren, ich bitte die Transparente auf dem Zuschauerrang einzuziehen!

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung um 16.18 Uhr.)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.19 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Brox.

(C)

(D)

(A) Abg. Josette Delphine Brox (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was in dieser Mitteilung beschrieben worden ist, ist keine Neuigkeit. Es stimmt sicherlich für die ganze Bundesrepublik. Ich will nicht wiederholen, was klugerweise schon gesagt worden ist. Wie wir alle feststellen, zeigen sich die Grenzen des Wachstums auch in den Schulen. Die Frage ist, wie wir politisch darauf reagieren. Es ist schon sehr deprimierend, daß für einen Bereich, in dem es darum geht, Kinder zu erziehen, in dieser Weise Leute, die sich auf diese schwere Aufgabe vorbereitet haben, überhaupt nicht in den Genuß der praktischen Anwendung ihrer Fähigkeiten kommen können.

Es nützt aber auch nichts zu lamentieren: Wir wissen es, in Bremen hat sicherlich die Schulpolitik der Sozialdemokraten auch zu unserem Finanzruin beigetragen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wenn du das nicht hättest, was würdest du dann wohl sagen?)

Wir wissen, wie peinlich diese riesige Investition in Beton, die auch Millionen gekostet hat, und diese Materialschlacht ist, wenn man sieht, daß heute Pädagogen nicht angestellt werden können. Gestern haben wir vielleicht nicht genug diskutiert, wie es steht. In diesen bildungspolitischen Debatten muß man immer wieder betonen, wie es möglich ist, daß in der Zeit der Lehrerarbeitslosigkeit auch immer noch fehlinvestiert wird, auch an Beton.

(B) Wir haben vor kurzem einen Grundstein gelegt in einer Grundschule in Habenhausen. Herr Wedemeier wohnt dort, und er mußte den Genossen zeigen, welche Macht er noch hat und wie er die Millionen auch noch lockermachen kann.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wenn schon der Bevölkerung und nicht den Genossen!)

Man hat dort eine Grundschule erstellen wollen, obwohl jeder weiß, daß bald riesige Räume in den Zentren leer sein werden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber doch nicht in Habenhausen, meine liebe Delphine!)

In Habenhausen, mein lieber Klaus,

(Heiterkeit)

hätte man auch irgendeines von euren Zentren als Grundschule errichten können, und die dem Gymnasium Huckelriede entzogenen Kinder, die da entzogen worden sind, um gerade diese Schulzentren zu füllen, hätte man ruhig zum Gymnasium Huckelriede hingehen lassen können.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber die sind etwas älter und etwas jünger!)

(C) Wir brauchen in Habenhausen keine Räume, wir hätten sie, und wir haben sie reichlich in den bestehenden Zentren des Herrn Stichweh!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist gut, daß Sie das sagen, das werden wir in Habenhausen verbreiten!)

Die Habenhauser wissen es auch!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das ist ja noch schöner!)

Also dort merken wir, daß auch da eine falsche Finanzplanung der SPD stattfindet.

Wenn man dieses Mitteilungsblatt des Senats durchliest, sieht man auch lustige Sachen, wie zum Beispiel auf Seite fünf „Maßnahmen, die sich auf die Dauer der Lebensarbeitszeit und die Gestaltung der Wochenarbeitszeit der Lehrer beziehen“ unter anderem. Man kann darüber auch verschiedener Meinung sein, es mag sogar stimmen, was darin steht, nur, die SPD in Bremen empfiehlt, daß auf Antrag und für bestimmte Lehrergruppen, wie zum Beispiel Frauen und Schwerbehinderte, auch eine Abkürzung der Lebensarbeitszeit genehmigt wird. Ich möchte fragen, was sagt unser Frauenkommissar dazu, was sagt Frau Kerstein von der SPD dazu?

(Abg. Adamietz [BGL]: Die hat doch nichts zu sagen!)

Ja, ich wollte auch nur dabei

(Abg. Sabine Uhl [SPD]: Worum geht es denn?)

(D) die Widersprüche des Senats und dieser SPD-Politik deutlich machen.

(Abg. Stelljes [SPD]: Ach so, warum sagst du das nicht gleich!)

Oh, Frau Uhl, Sie können so schäbig lachen. Sie können trotzdem nicht die vielen Bremer Bürger, die inzwischen auch schon durchschauen, welche Politik Sie treiben, davon abhalten,

(Zuruf der Abg. Sabine Uhl [SPD] — Abg. Wedemeier [SPD]: Ihr Frauen sollt solidarisch sein untereinander, zankt euch nicht!)

auch selbst zu denken.

Abgesehen von dieser polemischen Auseinandersetzung: Die Zeit ist wirklich reif, etwas ernsthafter auch in der Schulpolitik zu diskutieren. Was macht man mit diesen Grenzen, die wir erreicht haben? Wir von der Bremer Grünen Liste sagen es noch einmal ganz deutlich: Ohne eine radikale Arbeitszeitverkürzung wird man auch in der Schule mit der Problematik der Arbeitslosigkeit nicht fertig.

(Beifall bei der BGL)

(A) Es ist alles sehr vage angedeutet, aber niemand hat den politischen Mut, es auch mit den Verbänden ganz radikal zu diskutieren. Wir müssen jetzt die Auseinandersetzung beginnen, daß alle auch diese Grenze des Wachstums tragen müssen, die Lehrer sowie der Staat, und daß es nicht angeht, auf Kosten unserer Kinder, daß man ihnen nicht mehr die Möglichkeit gibt, sich richtig in der Schule zu entwickeln. Gerade in einer Zeit, in der diese Krise sich auch in der Jugend tragisch auswirkt, brauchen wir in der Schule gute Pädagogen, die den Kindern die Kraft geben, mit dieser Umstellung fertigzuwerden.

Es wäre dringend nötig, daß zum Beispiel in Bremen Lehrer nachmittags mit den Kindern arbeiteten, daß mehr Angebote gegeben würden, aber da diskutiert die SPD nicht. Sie hat, wie gesagt, außer diesem Jammerblatt keine Entscheidung getroffen.

Ich wiederhole, laßt uns gemeinsam eine radikale Arbeitszeitverkürzung diskutieren, bei der alle sich an dieser Solidarität beteiligen!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte den beiden Kollegen von Groeling-Müller und Lucks gern einiges erklären zu ihren Ausführungen oder Fragen in bezug auf das Sonderprogramm. Zunächst zu der Frage „Garantie“! Die von den Lehrern über dieses Programm bereitgestellten ein oder zwei Stunden — es sind übrigens nach dem letzten Stand, da das ja in Bewegung ist, 122 Lehrer mit dem Ergebnis von rund 200 Stunden, umzurechnen auf Stellen: eben acht — werden von der Senatskommission für das Personalwesen und der Finanzverwaltung auf eigens dafür eingerichteten neuen Stellen zusammengefaßt geführt. Es geht nicht eine einzige Stunde verloren. Das muß auch durch den Haushaltsausschuß gelaufen sein, deswegen vermute ich, daß Sie das bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden hätten erfahren können.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Er erzählt ihm das doch nicht!)

Es gibt eine Garantie dafür, daß alle diese Stunden wieder in Beschäftigung eingeführt werden.

Zweiter Punkt: Wo werden dann diese Stellen im einzelnen umgesetzt? Es hat einzelne Gruppen von Lehrern aus Kollegien gegeben, die an ihre gemeinsame Bereitschaft, Stunden zur Verfügung zu stellen, gewissermaßen die Bedingung geknüpft haben, daß der, der dafür eingestellt wird, auf einer halben oder einer ganzen Stelle an ihrer eigenen Schule beschäftigt wird. Wir haben dies nach Möglichkeit berücksichtigt, wenn die fachspezifische Versorgungslage der Schule dies auch begründet erscheinen ließ.

Über alles gesehen muß ich Sie aber dafür um Verständnis bitten, daß beim Vergleich der beiden großen Bereiche allgemeinbildende und berufliche Schulen die Bedarfssituation in allererster Linie im berufsbildenden Bereich noch besteht, die bereitgestellten Stunden aber fast ausschließlich aus dem allgemeinbildenden Bereich kommen, in dem schon ein Überhang durchgängig, Herr Lucks hat das eben selbst hier festgestellt, im Entstehen ist. Deshalb, finde ich, gebietet es unsere Pflicht, was die Versorgung der Schüler angeht, möglichst auch in diesem kleinen Umfang Stunden aus den Bereichen, in denen der Überhang schon entsteht, gebündelt zu Stellen in den beruflichen Bereich zu schieben.

Von den bisher verbrauchten Stellen sind rund fünf oder sechs in die Sonderschulen gegangen, fünf oder sechs in die allgemeinbildenden Schulen für Spezialfächer und alle übrigen, also über 20, in die beruflichen Schulen. Die Aktion führt also auch in einem gewissen Umfang zu einer Rückverlagerung von besetzten Stellen, die den Überhang in den allgemeinbildenden Schulen bilden, zu den beruflichen Schulen hin. Ich finde, das ist vernünftig, zumal ich einfach feststellen muß, Neueinstellungen auf unbesetzten Stellen sind mir nicht mehr möglich. Ich kann nur noch aus diesem Programm arbeiten.

Was die Zahlen angeht, Herr Lucks, wenn Ihnen ein Mitarbeiter gesagt hat, vermutlich 50, mit 47 eingestellten sind wir schon nahe bei dem Wert. Er hat möglicherweise die Zahl der Personen gemeint und zu Recht auf den Fluß, der in der ganzen Angelegenheit besteht, hingewiesen.

Wie baut sich nun das Programm auf? Um überhaupt das Ganze in Gang zu bringen, weil wir wirklich verhältnismäßig kurz vor den großen Ferien waren, haben wir zunächst 24 Stellen, die uns aus Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen noch zur Verfügung standen, als Grundstock in das Programm gebracht. Aus den bereitgestellten Stunden sind bisher acht Stellen aufgelaufen. Das sind 32. Das ist der Ist-Stand. Das führen wir aber weiter, so daß das nicht der Endstand ist. — Dies ist die Erklärung!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Aulfes.

Abg. Aulfes (SPD) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehen Sie, Herr von Groeling-Müller, Sie haben völlig recht gehabt, als Sie zu Anfang Ihrer Rede gesagt haben, vieles von dem sei wohl antiquiert, was Sie vorbringen wollten. Das hat sich bestätigt.

Der Bericht des Senats über Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen beschreibt die Arbeitsmarktlage präzise und ungeschminkt. Trotz der vielen bundesweit vorgeschlagenen Maßnahmen bleibt für

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) uns alle ein gutes Stück Ratlosigkeit gegenüber diesem Phänomen, das ja nur ein Teilproblem der allgemeinen Beschäftigungskrise ist.

Für jemanden, der über viele Jahre Lehrer ausgebildet hat, ist die Tatsache, daß Jahr für Jahr auch in Bremen nunmehr Hunderte von jungen Lehrern in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, besonders bedrückend. Wenn im Bericht die Ursachen der Lehrerarbeitslosigkeit in erster Linie bei den stark sinkenden Schülerzahlen und der massenhaften Entscheidung von Abiturienten zum Lehrerberuf gesucht werden, dann ist das zwar richtig, greift aber irgendwie doch zu kurz. Daß nämlich die Schülerzahlen stark sinken würden, war auch schon Anfang der siebziger Jahre bekannt, als die Abiturienten noch aufgefordert wurden, doch möglichst ein Lehrerstudium zu absolvieren.

In diesen Jahren der Bildungsexpansion ging man bundesweit davon aus, daß es in Zukunft möglich und nötig sein würde, immer mehr Geld für das Bildungswesen bereitzustellen und zum Beispiel die Lehrer/Schüler-Relation erheblich zu verbessern.

(B) Meine Damen und Herren, seitdem es öffentliche Schulen gibt, sind diese immer eine Funktion der jeweiligen Gesellschaft gewesen. So ist es eben eine politische Entscheidung, welchen Anteil des Brutto-sozialprodukts eine Gesellschaft für Bildung und Ausbildung ihrer Jugend zur Verfügung stellen will. Die tiefere Ursache der heutigen und künftigen Lehrerarbeitslosigkeit liegt darin begründet, daß bei sinkenden Wachstumsraten die Bereitschaft der Gesellschaft geschwunden ist, die Bildungsreform so aufwendig und wirksam zu gestalten, wie sie konzipiert war. Legte man nämlich die damals geplanten Meßzahlen der ersten Bildungsberichte zugrunde, dann gäbe es trotz sinkender Schülerzahlen das Phänomen Massenarbeitslosigkeit der Lehrer nicht.

Doch die Verhältnisse sind nicht mehr so. Das müßten eigentlich auch Lehrgewerkschaftsvertreter begreifen können. Die Landesvertreterversammlung der GEW im Lande Bremen hat am 13. April dieses Jahres nahezu einstimmig Vorschläge und Forderungen zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit beschlossen, die auf die Schaffung von 2 000 neuen Lehrerstellen in Bremen als Minimum hinauslaufen. Diese 2 000 Stellen sollen für durchaus wünschenswerte Maßnahmen wie Frequenzsenkungen, Beseitigung vorgenommener Kürzungen, Einführung des zehnten Hauptschuljahres, Verpflichten und so weiter geschaffen werden. Fazit der GEW, ich zitiere: „Damit läßt sich der Täuschungscharakter des Geredes vom angeblichen Lehrerüberhang belegen.“

Angesichts dieses Täuschungsvorwurfs sollten wir uns und der Öffentlichkeit klarmachen, daß der Bedarf an Lehrern logischerweise keine feststehende Größe ist, die man ein für allemal nach einem bestimmten Schlüssel berechnen kann, denn die Berechnung des Lehrerberarfs beruht auf politischen

(C) Setzungen, das heißt kraß ausgedrückt, man kann praktisch mit einem Federstrich aus Lehrerüberhang Lehrermangel machen und umgekehrt, je nachdem, wie die Lehrer/Schüler-Relationen, Klassenfrequenzen, Lehrerarbeitszeit und Sonderbedarfe festgelegt werden. Diese Setzungen fallen dann sehr unterschiedlich aus, je nachdem, ob man vom pädagogisch Wünschbaren oder vom finanziell Machbaren ausgeht oder ausgegangen ist. Meistens ergibt sich ein Kompromiß, der weder die Pädagogen und Bildungspolitiker noch die Finanzpolitiker befriedigt.

Wenn wir jetzt in Bremen davon sprechen, daß sich vom Schuljahr 1984/85 an ein sogenannter nichtabbaubarer Lehrerüberhang ergeben wird, so trifft das natürlich nur zu auf der Grundlage der gegenwärtig bewilligten Meßzahlen. Wenn man das zehnte Hauptschuljahr zur Pflicht machte, wenn man die Klassenfrequenzen generell senken, die pädagogischen Fördermaßnahmen großzügig ausbauen würde, dann wäre sehr schnell kein Überhang mehr da, sondern man brauchte dann in der Tat zusätzliche Lehrerstellen.

Wenn wir nun angesichts der im Ländervergleich relativ sehr guten Lehrerversorgung in Bremen der Meinung sind, daß zusätzliche Lehrerstellen bei dieser Finanzlage nicht zu bezahlen sind, dann hat das keinen Täuschungscharakter, wie die GEW behauptet, sondern ist schlicht eine unangenehme Tatsachenfeststellung.

(D) Da sehen manche dann als Ausweg noch die Forderung „Bildung statt Bomben“, also weniger Geld für die Rüstung und mehr Geld für die Bildung. So wünschenswert und vernünftig das angesichts des Hochrüstungswahnsinns ist, leider kann die bremische Politik das nicht realisieren. Aber, meine Damen und Herren, der bundesweite, ja weltweite Kampf gegen die Aufstellung neuer Raketen ist letztlich auch ein Kampf für bessere Bildung und mehr Ausbildungsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Doch kurz- und mittelfristig, das sollte auch die GEW anerkennen, haben nur diejenigen Vorschläge zur Milderung der Lehrerarbeitslosigkeit eine Chance, die weitgehend kostenneutrale Lösungen anbieten, und, das muß ich zugestehen, da hat die bremische GEW allerdings durchaus etwas zu bieten, wie die folgenden Stichworte andeuten: Übernahme von Nebentätigkeiten ins Hauptamt, Abbau von Beförderungssämtern, Ausweitung der Möglichkeiten zu Teilzeittätigkeit und zur Beurlaubung sowie zur Stundenreduzierung auf absolut freiwilliger Basis.

Bezüglich der Wirkungen solcher Maßnahmen treffen sich die Aussagen von Senat und GEW dann auch in dem entscheidenden Punkt: „Es müssen“ — ich zitiere aus dem Senatsbericht — „alle durch solche Programme gewonnenen Mittel in Haushaltstitel einfließen, aus denen neue Arbeitsplätze für Lehrer geschaffen werden.“ Wie das dann funktio-

(A) niert, hat Herr Senator von Hassel eben ausgeführt.

Richtig ist sicher auch die Feststellung der GEW, es ließen sich Hunderte neuer Stellen schaffen, vorausgesetzt Bundesregierung und Länderregierungen hätten wirklich den ernstesten Willen, etwas gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zu tun. Dazu sagt der Senatsbericht: „Aktivitäten des Bundes und der Länder zu gemeinsamer Problemlösung wird sich der Senat nicht verschließen. Er wird sie fördern und unterstützen, sobald diese in ihren Auswirkungen den bremischen Möglichkeiten entsprechen.“

Aus dem Senatsbericht geht deutlich hervor, daß die im Lande Bremen bisher getroffenen Maßnahmen und die jetzt eingeleiteten weiteren Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung erfreulich weit über das hinausgehen, was in den anderen Bundesländern bisher praktiziert wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch eine persönliche Sorge wegen der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung nicht verhehlen, nämlich die Befürchtung, daß der Unterricht und das gesamte Schulleben dadurch erheblich belastet werden, daß immer weniger Lehrer den Schulen voll zur Verfügung stehen und immer mehr Lehrer nur noch tage- oder stundenweise in den Schulen auftauchen.

(B) Natürlich sehe ich die im Senatsbericht beschriebenen negativen Auswirkungen sehr wohl, die sich daraus ergeben werden, daß in den nächsten Jahren kaum noch junge Lehrkräfte neu eingestellt werden. Aber das Gespenst der Vergreisung der Lehrerkollegien, wie man es manchmal hört, sollte man doch lieber nicht an die bildungspolitische Wand malen, zumal wir heute in einer Situation stehen, in der viele Lehrerkollegien eher im Durchschnitt zu jung als zu alt sind.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die können trotzdem schon vergreist sein!)

Ja, das biologische und das geistige Alter, Herr Wedemeier, stimmen nicht immer überein.

(Beifall bei der SPD — Senator v. Hassel: Das ist nicht nur bei den Lehrern so!)

Leider läßt sich der beste Vorschlag zum Thema Beseitigung der Lehrerarbeitslosigkeit wohl nicht realisieren. Dieser beste Vorschlag, meine Damen und Herren, bestünde darin, wenn man in den Schulen die sogenannten Nullarbeiter, die es auch unter den Lehrern gibt, bei dieser Arbeitsmarktlage gegen fähige und engagierte Kollegen, die draußen vor der Schultür bleiben müssen, auswechseln könnte. Das ist aber nach dem Beamtenrecht leider nicht möglich.

Bei den Überlegungen des Berichts, die das Lehramtsstudium und das Referendariat betreffen, vermissem ich einen Vorschlag, der sowohl die gewünschte Abschreckungswirkung für Abiturienten hätte als auch der Pädagogik zugute käme. Der

(C) Vorschlag lautet, wer ein Lehramtsstudium aufnehmen will, muß eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können.

Im übrigen stimmt die SPD-Fraktion der Schlußfolgerung des Senatsberichts zu, daß wirksame Programme nur aus der Kombination verschiedener Maßnahmen entwickelt werden können. Wegen der dafür zu schaffenden beamten-, besoldungs- und tarifrechtlichen Voraussetzungen ist ein zügiges und entschlossenes Zusammenarbeiten aller Beteiligten über Länder- und Parteigrenzen hinweg vonnöten. Daher stimmen wir natürlich auch dem CDU-Entschließungsantrag zu, auf die Veränderung komme ich dann zu sprechen.

Insgesamt können wir Bremer Sozialdemokraten auf diesem Gebiet sagen, das allermeiste, was Bremen allein tun kann, haben wir bereits getan oder haben es vor kurzem eingeleitet.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Aulfes, Ihre Redezeit ist beendet!

Abg. Aulfes (SPD): Ja, ich bin gleich fertig! Doch damit, und das müssen wir leider sagen, kann das Problem nur gemildert, aber nicht gelöst werden. Nur zwischen Bund und Ländern abgestimmte entschlossene Maßnahmen könnten die Lehrerarbeitslosigkeit energisch bekämpfen.

(D) Meine persönliche Einschätzung ist aber, da nunmehr im Bund und in den meisten Ländern Parteien regieren, deren Spitzenpolitiker statt der nötigen Beschäftigungsprogramme nur vollmundig Vertrauensprogramme à la Kohl zelebrieren, sehe ich noch kein Licht am Ende des Tunnels der Arbeitslosigkeit.

Ich komme jetzt zum Entschließungsantrag der CDU und möchte vorschlagen, daß die CDU folgende redaktionelle Änderungen übernimmt, dann können wir dem Antrag zustimmen. Ich möchte also, daß der Antrag folgendermaßen lautet: „Die Bürgerschaft (Landtag) verlangt, daß Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam mit den Gewerkschaften Initiativen ergreifen mit dem Ziel,“ und dann bleibt der übrige Text. Wie mir Herr Luckes gesagt hat, würden Sie den Antrag übernehmen, und dann könnte das so verabschiedet werden. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Ist es richtig, daß die CDU diesen Änderungswunsch übernimmt?

(Abg. Luckes [CDU]: Ja, ich sage gleich noch etwas!)

Die Redezeit ist abgelaufen!

(Abg. Luckes [CDU]: Ich bin unterbrochen worden da eben!)

(A) Also, wird übernommen, ja?

(Abg. L u c k s [CDU]: Ja!)

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GUL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir uns mit dem Thema Lehrerarbeitslosigkeit beschäftigen, dann sollten wir zunächst einmal einige liebgeordnete Leerformeln bedenken. Die FDP sieht in ihrer Anfrage Gefahren für das Bildungswesen durch die Lehrerarbeitslosigkeit. Wir sehen eigentlich eine ganz andere Gefahr für das Bildungswesen, und das ist das neue konservative Wertesystem, das unter Friedenspolitik zum Beispiel Aufrüstung versteht und Umweltschutz für ein Anhängsel marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik hält. Dieses neue konservative Wertesystem und Lehrer, die schon jetzt in vielen Bundesländern darauf eingeschworen werden, sind die wirkliche Gefahr für eine tolerante, liberale und an den Überlebensmöglichkeiten von Natur und Mensch orientierten Bildung.

Dagegen gefährdet weder eine etwas höhere Klassenfrequenz, wie die Bildungsplaner es nennen, noch der eine oder andere nicht im studierten Beruf arbeitende Lehramtsabsolvent unsere Bildung. Vielmehr ist das Problem Lehrerarbeitslosigkeit nichts anderes als ein Teilaspekt der wirtschaftlichen Krise, der die Politiker aller etablierten Parteien mit Hilflosigkeit gegenüberstehen.

(B) (Abg. D r. Z o l l m a n n [CDU]: Nur Sie können das wieder!)

Krokodilstränen über arbeitslose Lehrer zu gießen und im Ernstfall Planstellen für diese Lehrer zugunsten von Werftsubventionen oder Straßenbau zu streichen ist nur eine Seite dieser Hilflosigkeit, wenn auch eine besonders peinliche.

Die andere Seite sind die vom Senat vorgeschlagenen Maßnahmen. Auch wenn er behauptet, seine Möglichkeiten selbständigen Handelns seien weitgehend ausgeschöpft, und damit Untätigkeit verdeckt, landet er doch ab und zu noch einmal propagandistische Versuchsballons.

Zu diesen zählen wir die angeblich gemeinsam mit der Gewerkschaft GEW ausgehandelte Maßnahme, Lehrern eine Stundenermäßigung nahezu legen und mit den eingesparten Geldern neue Lehrerstellen zu schaffen. Angeblich ausgehandelt, sagen wir, weil die entscheidende Forderung der Gewerkschaft, nämlich die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, durch die freigewordenen Personalstellen eben nicht erfüllt wurde. Was aber ist es denn eigentlich anderes als eine verdeckte Sparmaßnahme, wenn nach den Wahlen 1987 — soweit plant die SPD ja schon ihre Regierungsmacht — die jetzt geschaffenen neuen Stellen samt Stelleninhabern dem Pillenknicke zum Opfer fallen?

Was bei dem Unternehmen herauskommt und allenfalls für 1983 als Wahlgeschenk, sind einige befristete Teilzeitstellen für Lehrer die einmalig

und unwiederbringlich sind. Die Masse der arbeitslosen Lehrer, die auf uns zukommt, bleibt vor der Tür, 1984 und auch in den folgenden Jahren. Statt dessen ist ganz freiwillig aber eine Arbeitszeitverkürzung für Lehrer ohne ernste Debatte über Lohnausgleich durch die Hintertür in Gang gesetzt, und das wird ein Prozeß sein, der Schule macht.

Wir denken, daß die Politiker mit dem Problem der Lehrerarbeitslosigkeit ernster umgehen sollten. Die Sozialdemokraten gerade hier in Bremen könnten ein Zeichen setzen und mit den Tarifgegnern im gewerkschaftlichen Bereich eine Arbeitszeitverkürzung für den öffentlichen Dienst vereinbaren, eine drastische Arbeitszeitverkürzung, die dem gewerkschaftlichen Ziel der 35-Stunden-Woche entsprechen könnte. Bei dieser Arbeitszeitverkürzung könnte für die Beschäftigten im gehobenen und vor allem im höheren Dienst auch über einen teilweisen Verzicht auf Lohn- und Gehaltsausgleich gesprochen werden. Dabei sind sowohl bei der Arbeitszeitverkürzung als auch bei der Frage des künftigen Gehalts Lehrer und vor allem Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte keine heiligen Kühe. Einzelheiten allerdings sind Sache der Tarifparteien, in deren Verhandlungen wir nicht eingreifen wollen.

Wir schätzen, daß diese Arbeitszeitverkürzung auf Dauer Mittel für mehrere tausend Stellen im öffentlichen Dienst, vielleicht mit Teilzeitstellen zusammen, rund 5 000 Stellen schaffen könnte, von denen sicher ein beträchtlicher Teil zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit verwendet werden könnte. Eine solche Offensive schafft Arbeitsplätze auf Dauer, also auch für die Arbeitslosen der nächsten Jahre. Eine solche Offensive geht ab von der Flickschusterei, heute Lehrer, morgen Polizisten, übermorgen Krankenschwestern, und wird von der Bevölkerung auch verstanden.

Zudem kann so ein Zeichen für die Privatwirtschaft gesetzt werden. Arbeitszeitverkürzung ist schließlich nicht einfach ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit — da hilft es ja meistens nur beschränkt, darüber haben wir geredet —, sie ist vor allem eine Notwendigkeit, um den arbeitenden Menschen Raum zu geben für kulturelle, politische, ja auch für umweltschützende Aktivitäten, für Selbst- und Nachbarschaftshilfe, für all die wertvollen Dinge, die Sie so gern von den Menschen erwarten, für die aber die Arbeit in Behörden und Betrieben und die Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohnverlust so wenig Raum lassen.

Ein Letztes! Wir Grünen gelten ja als Partei der Lehrer. Dennoch oder gerade deswegen wissen wir, daß Lehrersein nicht unbedingtes Ziel aller Lehrerstudierenden sein muß. Der Senat spricht von 600 arbeitssuchenden Lehrern in Bremen. Rechnet man die dazu, die längst aus diesem Berufsziel ausgestiegen sind oder die vorerst in anderen Berufen oder Tätigkeiten untergeschlüpft sind, so verdreifacht sich diese Zahl ganz gewiß. Eine erhebliche Zahl von Hochschulabsolventen, die einst mit Pro-

(C)

(D)

- (A) paganda für das Lehramt gerade von der SPD-Bildungspolitik angelockt wurden, besinnen sich jetzt auf ihre Fähigkeiten, die über das Unterrichten hinausgehen, und verzichten auf die Eingangsstufe des höheren Dienstes. Wir Grünen finden das erfreulich. Unerfreulich allerdings finden wir die Zurückhaltung, mit der das Land Bremen pädagogische und kulturelle alternative Projekte fördert, in denen auch ehemalige Lehrerstudenten eine befriedigende und sinnvolle Alternative finden können.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/1185 abstimmen, und zwar in der geänderten Form. Die von der SPD beantragte Änderung ist von der CDU-Fraktion übernommen worden.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der erweiterten, ergänzten Fassung mit der Drucksachen-Nummer 10/1185 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dann ist es so beschlossen.

- (B) Im übrigen, meine Damen und Herren, nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP und von der Mitteilung des Senats, Drucksache 10/1141, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt schreiten, möchte ich ein Wort zu einem früheren Kollegen und einen jetzt sehr häufigen, fast ständigen Gast in unserem Haus sagen, der heute zum letzten Mal unter uns ist:

Sehr geehrter Herr Senator von Hassel, wenn ich das richtig sehe, war der eben abgeschlossene Tagesordnungspunkt voraussichtlich der letzte, zu dem Sie hier im Bremer Parlament das Wort genommen haben.

Sie haben in aller Form die Bremische Bürgerschaft davon unterrichtet, daß Sie mit Ablauf dieses Monats aus dem Senat ausscheiden und auch das damit verbundene Recht, wieder in den Landtag zurückzukehren, nicht wahrnehmen werden. Damit endet für Sie eine zwölfjährige Tätigkeit als Abgeordneter und Senator. Die drei Wahlperioden, in denen Sie für die Bremische Landespolitik verantwortlich gewirkt haben, sahen Sie in einer jeweils anderen Position, zunächst vier Jahre als Bremerhavener Abgeordneter, dann vier Jahre lang zusätzlich als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion und schließlich vier weitere Jahre als Senator für das Bildungswesen.

Sie haben sich in den ersten acht Jahren als Abgeordneter Freunde über alle Parteigrenzen hinweg

(C) geschaffen. Das hat sich für Sie und für uns alle auch in den letzten vier Jahren positiv ausgewirkt. Sie haben auch als Senatsmitglied immer deutlich werden lassen, daß Sie in Ihrer politischen Arbeit besonders durch Ihre Parlamentstätigkeit geprägt wurden. Auch während Ihrer Regierungstätigkeit hatte die Bildungspolitik in unseren Beratungen besondere Priorität. Die Standpunkte waren oftmals überaus konträr. Daß sie sich nicht an Ihrer Person entzündeten, dürfen Sie sich zweifellos als persönliches Verdienst anrechnen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Sehr richtig!)

Wir haben Sie in diesem Haus als ausgezeichneten Debattenredner kennengelernt mit einer unverkennbar individuellen Rhetorik, die trotz gelegentlicher Schärfe immer so fair und so verbindlich war, daß sie persönlich nie verletzte.

Sie können zuhören und haben es nicht verlernt, sich auch mit dem Detail zu beschäftigen. Sie sind kein Mann der schnellen oder vorschnellen Antworten, Sie lassen auch anderen die Zeit zu überdenken. Sie verstehen es bei aller politischen Standfestigkeit, auch aus Achtung des Gegenübers Brücken zu schlagen und Kompromisse zu schließen. Mit einem Wort, Sie waren uns ein durchweg angenehmer engagierter Kollege, ein fairer Partner.

Für Ihr künftiges Wirken in der Seestadt Bremerhaven, die Sie für die Landespolitik zwölf Jahre lang freigestellt hatte und die Sie nun in die städtische Pflicht zurückruft, wünschen wir Ihnen alle viel Glück! Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven im Dienst der Stadtverordnetenversammlung, im Dienst des Magistrats!

Herr Senator von Hassel, zur Erinnerung möchte ich Ihnen eine Kleinigkeit überreichen, Sie erhalten das nun nicht als Senator, sondern als früheres Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Es ist die Medaille, die nur Abgeordnete erhalten.

(Anhaltender starker Beifall)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sind einverstanden, Herr Senator von Hassel möchte ein paar Worte des Abschieds sagen!

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß das Vorrecht zu würdigen, daß ich gewissermaßen außerhalb von Tagesordnung und Geschäftsordnung und noch im Amt eines Senators jetzt hier öffentlich reden darf. Ich bedanke mich für die freundlichen Worte des Präsidenten!

Ich will am Anfang sagen, daß ich es jedenfalls persönlich als einen besonderen Glücksumstand empfinde, daß ich Amt und Verantwortung als Senator der Freien Hansestadt Bremen, von Ihnen hier in diesem Raum vor vier Jahren als dem Vertreter unseres Souveräns übertragen, an gleicher Stelle nach Ableistung der Pflicht bei denen und an

(A) die, die es mir übertragen haben, zurückgeben kann.

Zwölf Jahre in einem solchen Haus sind im Leben eines Menschen eine lange Zeit. Das wird einem eigentlich erst bewußt, wenn es zu Ende geht, wie wichtig das war und was alles darin war. Ich habe den ersten Tag meiner Tätigkeit Ende 1971, ich glaube, es waren gleich Haushaltsberatungen, noch gut in Erinnerung. Ich saß auf dem Platz, auf dem jetzt Stefan Seifriz sitzt, und natürlich wurde auch damals schon ausgiebig über Bildung debattiert. Mein damaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender Thomas Franke kam, als es, wie kann es anders sein, um Gesamtschule ging, dann zu mir und sagte, ich habe nun schon geredet, und du könntest eigentlich auch noch einmal etwas dazu sagen, und so ganz aus dem Stand und ohne große Vorbereitung stand ich dann plötzlich hier am Pult.

Ich habe in guter Erinnerung, daß ich die Klagen gekreuzt habe mit dem lieben Kollegen Toni Meurer dort drüben, an den ich mich gern erinnere, und ich habe in Erinnerung, daß die Kollegin Karin Stieringer im Anschluß draußen auf dem Flur mir auf die Schulter geklopft hat und gesagt hat, ich hätte doch eine gute Rede gehalten.

(Heiterkeit)

(B) Dies zeigt eigentlich, wie sich so von Anfang an — selbst wenn man sich in diesem Rahmen nur alle vier Wochen einmal trifft — über all die Jahre mehr aufbaut in einem Bund zwischen den Mitgliedern dieses Hauses als nur das sachliche Miteinander gemeinsamer Tätigkeit. Ich habe da, das reicht naturgemäß von guter Kollegialität bis Freundschaft, für vieles zu danken, für viele Hilfe, auch kritische Hilfe und gemeinsame Arbeit an großen Sachen, auch wenn ich so an die erste Legislaturperiode denke. Die Grenzen des eigenen Handelns bekommt man als junger, als amtsjunger Abgeordneter ja erst nach und nach vermittelt. Man kommt mit ganz großen Rosinen und wird dann doch etwas auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt.

Dies alles hat mir sehr geholfen bei dem Amt, das ich in den letzten vier Jahren ausgefüllt habe. Ich denke, Sie werden es annehmen, wenn ich unter dem Strich sage, im Vergleich, wenn man das überhaupt tun darf, aus mehreren Gründen waren eigentlich die ersten acht Jahre letztlich doch die angenehmeren, nicht was unser Miteinander angeht, da habe ich eigentlich nur zu danken für die stets sachliche, oft natürlich kritische, harte, aber doch immer faire Auseinandersetzung, die wir hier miteinander austragen konnten.

Ich bedanke mich für all dies und nehme einen wertvollen Schatz an Erfahrungen und Erinnerungen mit in meine neue Aufgabe, die mich ja nun auch aus den Bezügen dieses Landes nicht entfernt. Ich denke, das wird auch ein bißchen spürbar bleiben.

Ich habe zu danken also, ich wünsche Ihnen allen für die Wahrung der Interessen dieses Landes und

seiner Bürger weiter ein glückliche Hand, und Sie werden verstehen, wenn ich hinzufüge, nun aus meinem letzten Amt, besonders für die Jüngeren, für die Nachwachsenden, für die junge Generation, deren Zukunft in diesen Tagen nun unter ganz besonders schwierigen Voraussetzungen steht und denen wir uns ganz besonders verpflichtet fühlen sollten. Ihnen allen alles Gute, auf Wiedersehen und herzlichen Dank!

(Beifall)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Herr Senator von Hassel! Wir wünschen Ihnen viel Glück, viel Erfolg, und bleiben Sie Bremen verbunden!

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

#### **Konsequenzen aus der Kriminalstatistik 1983**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 15. April 1983  
(Drucksache 10/1085)

Wir verbinden hiermit:

#### **Unzureichender Schutz vor Verbrechen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 1. Juni 1983  
(Drucksache 10/1135)

u n d

#### **Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung**

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1983  
(Drucksache 10/1106)

D a z u

#### **Initiativen für eine bessere Verbrechensbekämpfung**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP  
vom 14. Juni 1983  
(Drucksache 10/1153)

**Drucksache 10/1085**

Wir fragen den Senat:

Welche Konsequenzen wird der Senat aus der Bremer Kriminalstatistik 1983 und aus der sich daraus abzeichnenden kriminalpolitischen Entwicklung ziehen?  
v. Schönfeldt, Ostendorff, Lahmann  
und Fraktion der FDP

**Drucksache 10/1135**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die Kriminalität in Bremen und Bremerhaven ständig gewachsen ist, so daß die beiden Städte bezogen auf die Zahl der Straftaten — einschließlich der bedrückend hohen Zahl von Gewaltverbrechen — von allen deutschen Städten mit an der Spitze liegen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt ferner fest, daß wegen drastischer Kürzungen im Personal- und Sachbereich die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag

- (A) nicht mehr vollständig erfüllen kann, so daß die Quote der nicht aufgeklärten Straftaten ständig zunimmt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zum Auftrag der Polizei zur Bewahrung des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates sowie zum Schutz der Bürger vor einer Bedrohung der inneren Sicherheit.
  4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, die sicherheitsfeindlichen Kürzungen der Personal- und Sachhaushalte der Polizei unverzüglich zu beenden, damit die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen kann.
  5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von allen Behörden des Landes und der Städte Bremen und Bremerhaven, daß sie im Rahmen ihres jeweiligen gesetzlichen Auftrags mit der Polizei zur Gewährleistung der Sicherheit aller Bürger wirksam zusammenarbeiten, insbesondere zur Koordinierung von Maßnahmen gegen bestimmte Formen der Kriminalität.

Bortscheller, Neumann und Fraktion der CDU

#### Drucksache 10/1153

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

- (B)
1. Eine wirksame und zeitgemäße polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung in Bremen muß durch die folgenden Zielsetzungen geprägt sein:
    - a) Erhöhung der Präsenz der Polizei auf den Straßen und an den Brennpunkten der Kriminalität;
    - b) verstärkte Bekämpfung der zunehmenden Gewaltkriminalität;
    - c) verstärkte Bekämpfung organisierter Kriminalität in ihrer differenzierten Erscheinungsform;
    - d) eine entsprechend ihrer Sozialschädlichkeit verstärkte Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität, wobei ein angemessenes Verhältnis zwischen kriminalpolizeilichen Sachbearbeitern und staatsanwaltlichen Dezernenten herzustellen ist;
    - e) eine konzentrierte Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität unter Einbeziehung der Beschaffungs- und Folgekriminalität;
    - f) eine Bekämpfung der Einstiegs- und Jugendkriminalität unter dem Gesichtspunkt einer mit anderen Ressorts abgestimmten Konzeption zur Vorbeugung und Verhinderung krimineller Karrieren;
    - g) eine Intensivierung der polizeilichen Ausbildung und Fortbildung.
  2. Zur Erreichung dieser Ziele ist eine ausreichende Personalstärke sicherzustellen, wobei unter Berücksichtigung haushaltspolitischer Notwendigkeiten in der bremischen Verwaltung Aufgabenkritik betrieben werden muß mit dem Ziel, Personalkapazitäten für diesen unverzichtbaren Bereich freizusetzen.
  3. Parallel dazu sind die Möglichkeiten technischer, administrativer und rechtlicher Rationalisierung zu nutzen und weiterzuentwickeln, um zu einer optimalen Ausnutzung vorhandener Kapazitäten zu gelangen.

v. Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP

Ich frage zunächst Herrn Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Inneres Fröhlich:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wir alle drei Punkte zusammenfassen, gestatten Sie mir, daß

(C) ich nicht einzeln auf jeden Punkt eingehe, zumal ja auch der Bericht sehr umfassend ist! Gestatten Sie mir daher einige globale Bemerkungen!

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Die Sicherung des Friedens ist heute mehr denn je eine zentrale Frage in der öffentlichen Diskussion. Der Wunsch nach Frieden steht bei den Bürgern unseres Landes nach demoskopischen Aussagen an der Spitze aller Wünsche. Friedensdiskussionen und Friedensbewegungen beziehen sich dabei zumeist auf das Zusammenleben der Staaten untereinander und damit auf die Sicherung des Friedens nach außen.

Von gleich großer Bedeutung ist jedoch die Sicherung des Friedens in unserem Land. Frieden nach innen setzt zunächst voraus, daß ein Grundkonsens über die Form des Staatswesens und ein bestimmtes Wertesystem existiert, erfordert Ausgleich vorhandener Interessengegensätze und bezieht sich im engeren Sinne auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Die Qualität der inneren Sicherheit ist neben spektakulären Ereignissen wie Terroranschlägen und gewalttätigen Demonstrationen insbesondere ablesbar an der Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens.

(D) Die von den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP zum Thema der inneren Sicherheit mit unterschiedlicher Fragestellung eingebrachten Anträge und Anfragen sind nun Gegenstand der heutigen Parlamentsdebatte. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich zur Anfrage der Fraktion der SPD vom 28. 10. 1982 sowie zur Großen Anfrage der Fraktion der FDP vom 15. April 1983 auf den Bericht des Senats, der Ihnen zwischenzeitlich als Drucksache der Bremischen Bürgerschaft vorliegt, verweise und daß ich insoweit zu den dort aufgeworfenen Einzelfragen detailliert vorab keine Stellung nehme!

Zur Gesamthematik der Frage nach den Ursachen von Kriminalität und den damit zusammenhängenden Möglichkeiten ihrer Bekämpfung erlaube ich mir aus der Sicht des zuständigen Fachressorts folgende Anmerkungen: Die Zahl der registrierten Delikte in der Kriminalität hat sich in den letzten 15 Jahren bundesweit verdoppelt. Daran kann man nicht herumdeuteln, wer das dennoch tut, übersieht die Fakten. Auch zukünftig ist ein Ansteigen der Kriminalitätszahlen nicht auszuschließen.

Aus allen kritischen Fragen, die in diesem Zusammenhang immer wieder an die für die Sicherheit verantwortlichen Stellen gerichtet werden, entnehme ich ständig, daß die Verantwortung für den Anstieg der Kriminalität oftmals bei den für Maßnahmen der inneren Sicherheit zuständigen Politikern und Institutionen liege. Wenn dort mehr durchgegriffen würde, dann würde auch der Kriminalitätsentwicklung Einhalt geboten werden können, so hört man es landauf, landab.

(A) Ich halte dies für eine Verdrehung der Tatsachen. Die Polizei kann immer nur am Ende der jeweiligen Ursachenkette, aber niemals am Anfang stehen. Ich warne davor, Ansätze dahingehend möglicherweise noch zu begleiten oder gar mit Beifall zu bedenken. Wir stehen vor einer solchen Diskussion. Von daher bin ich auch ein entschiedener Gegner derjenigen Haltung, die da sagt, gebt der Polizei nur ein entsprechendes Instrumentarium zur Kriminalitätsbekämpfung, und wenn es dann nicht klappt, ist letzten Endes nur die Polizei schuld. Davor warne ich eindringlich. Wer dies glaubt, wird nach meiner Auffassung nicht mit der Realität hier konfrontiert, sondern dies ist theoretische Diskussion, bringt der Polizei keine Hilfe.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bin stolz darauf, als Innensenator für die Polizei dieses Landes in den zurückliegenden Jahren eine ganze Reihe grundsätzlicher Verbesserungen im Einsatz-, Mittelbereich und im organisatorisch-strukturellen Bereich ermöglicht zu haben, und füge hinzu, dies war nur möglich mit Unterstützung der Parlamentarier, ob hier in diesem Parlament bei den Haushaltsberatungen oder aber speziell in der Deputation für Inneres.

(B) Gleichwohl werde ich nicht müde, im Innenverhältnis darauf hinzuweisen, daß die Ursachen der Kriminalität an anderer Stelle bekämpft werden müssen. Was die aufgrund der eingetretenen und registrierten Kriminalitätslage zuständigen Stellen für die innere Sicherheit dazu tun können, ist eingeleitet worden. Ich werde hier im einzelnen die in dem Ihnen vorliegenden Bericht darüber ausgeführten Sachverhalte nicht erneut aufgreifen und wiederholen, sondern die Bewertung ganz allgemein darin zusammenfassen, daß es in erhöhtem Maße darum geht, Arbeitskapazitäten bei der Kriminalpolizei in der Form freizusetzen, daß Aufgaben nach ihrer Wichtigkeit gewertet, Schwerpunkte gesetzt und auch die Schutzpolizei in stärkerem Umfang als bisher an der Bearbeitung von Strafermittlungsvorgängen beteiligt wird.

Die Zweifel, die den bereits eingeleiteten oder noch einzuleitenden organisatorischen Maßnahmen gegenüberstehen, sind mir durchaus bekannt. Ich sage jedoch hier in aller Deutlichkeit, es kann nicht darum gehen, quasi wie ein Kaninchen auf die Schlange starrend die weitere Zunahme der Kriminalitätsentwicklung abzuwarten, sondern es muß neben den bereits eingeleiteten Maßnahmen auch weiterhin ein Offensivkonzept gefahren werden, das im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personal- und Sachmittelressourcen einen optimalen polizeilichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet.

Das ist die eine Seite. Die andere nicht minder wichtige Seite besteht darin, dem einzelnen Beamten in dieser Polizei ständig das Gefühl zu geben, mit seinem Auftrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit eingebunden zu sein in den Konsens aller Demokraten. Ich weiß nicht, meine sehr geehrten Damen

und Herren, ob sich alle Bürger dieses Landes wirklich darüber im klaren sind, was es heißt, in unserer Rechtsordnung, die nicht statisch, sondern auf dynamische Veränderungen angelegt ist, Polizeibeamter zu sein. (C)

Zu unserer Rechtsordnung gehört der Kampf um die Macht, der Streit gesellschaftlicher Gruppen um Wahrheiten, dazu gehören Demonstrationen und kollektive Unmutsäußerungen. All das ist Lebenselixier einer lebendigen Demokratie, all das hat unsere Polizei zu schützen. Sicher ist jeder Garant dafür, daß dieser Kampf der gesellschaftlichen Gruppen um Macht und Einfluß, dieser Streit um den richtigen Weg in den vom Gesetzgeber vorgegebenen Bahnen verläuft. Die Polizei setzt kein Recht, sondern die Polizei wendet Recht an. Dies kann man nicht deutlich genug sagen.

Ich habe noch als Fixpunkt die verabschiedeten rechtlichen Normen durchzusetzen, die für diese Spielregeln nun einmal unumgänglich erforderlich sind. Ein unerhört schwieriger Vorgang! Er führt nämlich zwangsläufig dazu, daß im Vorfeld noch nicht endgültig geregelten, gesetzlich festgestellten Lebenssachverhalts, also beim Aufeinanderprallen von Interessengegensätzen unter Inkaufnahme sogenannter begrenzter Regelverletzungen, die eine Seite härteres Durchgreifen der Polizei verlangt, wenn es um die Einhaltung beziehungsweise Durchsetzung vorgegebener Rechtssätze geht, während gleichzeitig die andere Seite überlegene, abgeklärte Zurückhaltung fordert, um eben gerade dieses Kräftespiel der gegenseitigen Interessenabwägung zu ermöglichen. (D)

Bei allem Zugeständnis für Kritik, der sich auch die Polizei und insbesondere die Polizei in einem rechtsstaatlich orientierten Gemeinwesen zu stellen hat, bin ich froh darüber, daß die von Zeit zu Zeit gestarteten Angriffe aus einer bestimmten Ecke diese Polizei eben nicht zu Überreaktionen provoziert hat, wie man es vielleicht gern hätte. Ich weiß aus unzähligen Einzelgesprächen, daß sich unsere Polizei als Garant dieses Rechtsstaates versteht, getreu dem Verfassungsauftrag aus Artikel 20 Absatz 3 unseres Grundgesetzes.

Die Polizei hat in den zurückliegenden Jahren bewiesen, daß sie nicht Büttel ist, sondern daß sie einen gesetzlich vorgegebenen Auftrag eigenständig wahrnimmt und ausfüllt, einen Auftrag, der, Meinungsstreit der aufeinanderprallenden Interessen, oft kaum erfüllbar erscheint und dennoch von der Polizei täglich neu auf der Basis der ihr vermittelten Sicherheit im Selbstverständnis angegangen werden muß und angegangen wird. Ich benutze daher an dieser Stelle sehr gern die Gelegenheit, allen Beamten der Polizei dieses Landes für die in diesem Sinne geleistete Arbeit der vergangenen Jahre recht herzlich zu danken.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die Problematik des polizeilichen Aufgabenvollzuges begreift ohnehin nur derjenige, der diese

(A) Aufgabe wahrzunehmen hat. Wir als die politischen Entscheidungsträger können mithelfen, dieses Selbstverständnis der Polizei auch der übrigen Rechtsgemeinschaft zu verdeutlichen. Meine Damen und Herren, ich wiederhole das an allen Stellen, wo ich es nur kann, solange unsere Polizei intakt ist, wird jeder Bürger seinen Freiheitsraum in Anspruch nehmen können, der ihm vom Grundgesetz und den übrigen Gesetzen eingeräumt wird!

Wenn diese Polizei nicht mehr intakt ist, gehen wir den Weg in Richtung Anarchie! Davor warne ich dringend! Schützen Sie und helfen Sie der Polizei bei dieser schweren Aufgabe, weil sie unsere Freiheit schützt!

(Beifall bei SPD und CDU)

Wer ständig versucht, anderen darzulegen, daß diese Polizei unsere Freiheit einschränke beziehungsweise versucht, diese Polizei zu diskriminieren, meine Damen und Herren, übersieht möglicherweise, daß er damit den Freiheitsraum einengt, oder aber er spricht bewußt, um die Polizei hier einzuschränken oder einengen zu wollen!

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein paar Bemerkungen zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/1135, vom 1. 6. 1983, machen! Den in Ihrem Antrag in den Ziffern drei und fünf gemachten Ausführungen kann ich mich, meine Damen und Herren, inhaltlich voll anschließen!

(B)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Hinsichtlich der in den Ziffern eins, zwei und vier Ihres Antrags unterstellten Wertungen bedarf es jedoch einiger Klarstellungen. Die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung im Land Bremen erfordert, wie auch im Bericht des Senats ausgeführt, eine sehr differenzierte Betrachtungsweise. Richtig ist, daß die Gesamtkriminalität steigt, in den letzten zehn Jahren von 1973 bis 1982 von 55 400 auf 90 484 Fälle. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein spezifisch bremisches Problem, wie die Vergleichszahlen auf Länder- und Bundesebene zeigen. Auf Bundesebene stiegen die Fallzahlen zum Beispiel von 2 559 974 im Jahr 1973 auf 4 291 975 Fälle im Jahr 1982.

Der Anteil der Gewaltkriminalität — also von Mord, Totschlag, Raub, gefährlicher und schwerer Körperverletzung und Vergewaltigung — an der Gesamtkriminalität beträgt 2,4 Prozent, ist relativ gering, und ich sage, jeder Fall der Gewaltkriminalität ist einer zuviel. Zwar möchte ich nicht bestreiten, daß im Zuge der allgemeinen Personaleinsparungen auch das Innenressort hat Kürzungen hinnehmen müssen. Diese von Ihnen jedoch als drastische Kürzungen dargestellten Einsparungen stellen sich bei näherer Betrachtung wie folgt dar:

Im Bereich der Schutzpolizei sind die Sollzahlen im Vergleich zu 1973 auf heute zwar um insgesamt 3,7 Prozent gesunken, wer sich jedoch mit der

Technik von Stellenplänen auskennt, der weiß, daß zwischen dem jeweiligen Soll und dem jeweiligen Ist von Beamten schon immer aus verschiedenen Gründen eine Differenz klaffte. Mit anderen Worten, tatsächlich sind heute mehr Schutzpolizeibeamte tätig als im Jahr 1973, weil sich die Ist-Zahlen zum Positiven verändert haben. Hinzu kommt, daß durch die dritte Hundertschaft der Bereitschaftspolizei seit 1976 der schutzpolizeiliche Einzeldienst ständig durch rund 170 Beamte unterstützt wird. Wenn man diese Zahl den Zahlen der Schutzpolizei hinzurechnet, dann ergibt sich zwischen 1973 und 1983 im Soll sogar eine prozentuale Verstärkung des uniformierten Streifendienstes um 6,8 Prozent.

Bei der Kriminalpolizei ergibt sich für den Zeitraum von 1973 bis heute ein prozentualer Zuwachs von 19,8 Prozent, einbezogen das Landeskriminalamt, wobei ich hierzu ausdrücklich betone, daß ich mir aufgrund der angestiegenen Kriminalitätszahlen hier eine personelle Besserstellung wünschen würde.

Für die Stadt Bremerhaven sehen die von mir genannten Zahlen im Vergleich wie folgt aus: Die Schutzpolizei hat in ihrem Stellensoll einen Zuwachs um plus 2,3 Prozent und die Kriminalpolizei um plus 11,6 Prozent. Von daher muß festgehalten werden, daß trotz der unbestrittenen Kürzungen von Planstellen, die wegen der damals schlechten Nachwuchslage nicht immer besetzt werden konnten, heute die Polizei mehr Beamte im Dienst hat, als sie zuvor im Vergleichszeitraum hatte. Darüber hinaus sind durch organisatorische Maßnahmen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, mehr Beamte aus dem Innendienst auf die Straße zu bringen. Ich verweise insbesondere auf die Ausführungen des vom Senat vorgelegten Berichts über die Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung.

Ich möchte gar nicht in Abrede stellen, daß insbesondere im Bereich der Kriminalpolizei weitere personelle Maßnahmen erforderlich sind, um den hier nicht zu übersehenden Arbeitsdruck abzubauen. Daher habe ich in der Zwischenzeit veranlaßt, daß geprüft wird, ob neben den Beamten, die in der Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei ohnehin den polizeilichen Einzeldienst unterstützen, weitere Beamte der Bereitschaftspolizei zur vorübergehenden Dienstleistung der Kriminalpolizei Bremen zugewiesen werden können. Dies ist geschehen.

Des weiteren sei mir der Hinweis erlaubt, daß Beamte der Schutzpolizei aus Bremen und Bremerhaven seit längerer Zeit in einer bei der Kriminalpolizei Bremen aufgestellten Arbeitsgruppe mitarbeiten. Gerade zur Entlastung der Kriminalpolizei hat außerdem der Senat beschlossen, Angestellte des Statistischen Landesamtes, deren Arbeitsplätze wegen der verschobenen Volkszählung entfallen sind, befristet für dringende Aufgaben im kriminalpolizeilichen administrativen Bereich einzusetzen. Auch dies ist geschehen.

Schließlich darf ich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, zu der in Ihrem Antrag

(C)

(D)

(A) festgestellten drastischen Kürzung im Sachbereich für die Polizei noch ein paar Anmerkungen machen! Sicherlich haben die im Senat beschlossenen Sachmittelkürzungen auch den Bereich der Polizei tangiert. Ich habe mich jedoch bemüht, in Abstimmung mit den mir nachgeordneten Polizeibehörden die Kosteneinsparungen dahin zu legen, wo der unmittelbare Sicherheitsauftrag der Polizei nicht berührt wird. So ist sicherlich für weite Teile der bremischen Öffentlichkeit sehr schmerzlich empfunden worden, und auch für mich, daß das bisherige Polizeimusikcorps der Schutzpolizei Bremen dem Rotstift zum Opfer gefallen ist.

Genau das aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der Sparbeschlüsse im Sachmittelbereich gewesen. Es hat für die Kriminalitätsbekämpfung vor Ort und für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgabengebiete insgesamt keine Auswirkungen gehabt. Ich gebe gern zu, daß der Einsatz des Musikcorps in zurückliegenden Jahren auch und insbesondere der Imagepflege der Polizei gedient hat. Man kann jedoch nicht alles wollen, sparen ohne Einbuße von Sicherheit und gleichzeitig Einrichtungen der Imagepflege am Leben erhalten. Dies ist leider nicht möglich. Hier müssen wir einfach die Realitäten sehen, so leid mir das auch persönlich tut, das wissen Sie alle bestens!

(Beifall bei der SPD)

(B) Im übrigen sind die verfügbaren Sachmitteleinsparungen durch einen Strauß organisatorischer Maßnahmen aufgeföhrt werden können, die Sie aus dem Bericht des Senats entnehmen können, um hier eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung zu erreichen. Wenn aber schon diese drastischen Kürzungen, wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU, es genannt haben, hier angesprochen werden, dann gestatten Sie mir bitte als zuständigem Senator auch den Hinweis, daß noch im Jahr 1980 zusätzliche Mittel von rund einer Million DM für die Schutzpolizei und die Bereitschaftspolizei zum Erwerb von Waffen und Gerät zur Verfügung gestellt worden ist! Insbesondere waren dies Ausrüstungsgegenstände zum Schutz des einzelnen Beamten, die sich nach meiner Auffassung auch hervorragend bewährt haben. Ich wünschte, wir bräuchten diese Schutzvorkehrungen nicht für unsere Polizeibeamten!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Polizeibeamter geht lieber mit Mütze auf die Straße, als daß er auch in dem Sommer jetzt mit Schutzhelm auf die Straße geht! Aufgrund von Verletzungen bei Auseinandersetzungen aber war dies leider Gottes notwendig. Ich hoffe, daß wir eines Tages wiederum ausnahmslos nur noch den Schutzmann ohne Helm auf der Straße sehen dürfen, wenn nicht mehr die Auseinandersetzungen erfolgen!

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

(C) Alles in allem plädiere ich dafür, den Entschlussesantrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Insgesamt möchte ich mich für die Unterstützung für die Polizei in diesem Haus bedanken und hoffe, auch weiterhin Ihre Unterstützung zu haben! — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Ich bedanke mich, Herr Senator Fröhlich!

Meine Damen und Herren, auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen findet eine Aussprache statt, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob das der Wunsch ist!

(Zurufe: Ja!)

Das ist der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die von Herrn Senator Fröhlich zum Eingang gemachten allgemeinen verfassungsrechtlichen, polizeirechtlichen und kriminologischen oder kriminalpolitischen Ausführungen kann ich voll und ganz unterschreiben, insbesondere das, was er glaubte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sagen zu müssen über die Stellung der Polizei in unserer heutigen Zeit, über die Problematik des Verhältnisses Bürger und Staat und die von vielen Bürgern mißverständene Bezeichnung oder die von vielen Bürgern nicht richtig gesehene Rolle der Polizei in dieser Gesellschaft.

(D) Ich möchte das, Herr Senator Fröhlich, was Sie gesagt haben, ergänzen um einen ganz wichtigen Gedanken! Wir haben in letzter Zeit von verschiedenen Seiten, zuletzt bei der SPD-Veranstaltung hier im Hause, etwas gehört über ein neues Verständnis von Gewalt und Widerstand in bestimmten Ausnahmesituationen. Insbesondere dann, wenn Handeln vom Gewissen dirigiert werde, solle der Begriff der Gewalt „zur Disposition gestellt“ werden unter dem Gesichtspunkt, daß man von Fall zu Fall, und was mich besonders erregt hat, „auch unter Inkaufnahme von Gesetzesverstößen“, so allgemein wurde das und wird das formuliert, den Gewaltbegriff relativieren solle.

Ich halte es für legitim, darüber zu reden, ich halte es aber für höchst bedenklich und in Anbetracht der Aufgabe, die die Polizei letztlich auszuführen hat, für ein wenig unverantwortlich, wenn einige im Lande sich vom Schreibtisch oder vom Gelehrtenstuhl aus hinstellen und sagen, wir halten es für möglich, daß in bestimmten Situationen der einzelne legitimiert ist, Gesetzesverstöße zu unternehmen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Huckelriedel!)

Das fällt alles in eine Richtung! Dann gefragt, wie das denn nun im Einzelfall praktiziert werden solle,

(A) was denn in einer Einzelsituation auf die Polizei, auf den Innensenator zukomme, wenn er damit konfrontiert werde, entzieht sich das meiste der Beurteilung dieser Leute. Ein Professor hat das ganz treffend hier im Hause formuliert, indem er gesagt hat, „diese praktischen Erwägungen, in die habe ich keine Einsicht“.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns davor hüten, mit einer Diskussion, die sich vorläufig im theoretischen Bereich bewegen kann und bewegen darf, auf den unvorbereiteten Bürger zuzugehen, womöglich versehen mit einem Amt, sei es Senator, sei es Senatsrat oder was immer, und publikumswirksam zu jonglieren mit Begriffen wie „legitim“, „Verletzung von Rechten sei legitim“ und so weiter. Ich glaube, wir geben dem Bürger damit eine ganz, ganz schlechte Richtlinie an die Hand, und, meine Damen und Herren, wir laufen Gefahr, die Polizei, die dazu da ist, die Gesetze zu wahren, allein zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, begehen Sie nicht wieder den Fehler wie schon einmal, daß nachher gesagt wird, so haben wir das nicht gemeint, so haben wir das nicht gewollt, damit die Polizisten nicht an uns, meine Damen und Herren, an alle Politiker in diesem Hause immer wieder die Frage richten können, warum habt ihr uns mit euren Vorgaben, mit euren politischen Vorgaben allein gelassen, warum habt ihr womöglich dazu beigetragen, daß bestimmte Dinge uns über den Kopf gewachsen sind! Wir haben unsere Pflicht erfüllt, wir mußten unsere Pflicht erfüllen, und diese Politiker waren dann weg wie „Schmidts Katze“. Das ist ein ganz bedauerlicher Zustand!

(B)

Die Polizei tut mir in Voraussicht auf Dinge, die wiederkommen können, heute schon leid. Ich hoffe nur, daß diejenigen, die mit diesen Begriffen jongliert und operiert haben, sich profiliert haben mit einer Widerstandsdiskussion, mit einer Gewaltdiskussion, der Polizei eine Antwort geben auf die Frage, welche Gesetze denn nun noch zu wahren sind und wann das Gewaltmonopol beim Staat verbleiben soll und wann nicht!

(Beifall bei der FDP)

Dies zur Ergänzung, Herr Senator, weil Sie es auch für richtig hielten, aus aktuellem Anlaß zu dieser Problematik etwas zu sagen!

In Ihrem Bericht über Initiativen für eine effektive Verbrechensbekämpfung wird die auch von uns geteilte Sorge deutlich, daß die Kriminalität im gesamten Bundesgebiet kontinuierlich steigt, daß die Kriminalität in bestimmten Bereichen — Stichwort Massenkriminalität, Gewaltkriminalität — erhebliche Zuwächse erfährt und daß die Institutionen, die mit der Kriminalitätsbekämpfung befaßt sind, mehr oder weniger, jedenfalls zeigen das die Zahlen, was die Bewältigung von Kriminalität anbe-

langt, dem hilflos gegenüberstehen. Die Aufklärungsdaten und die Möglichkeiten, die die Polizei und die Institutionen haben, gehen leider zurück.

(C)

Insofern ist es nicht falsch, wenn man sagt, die Kriminalität, das heißt, die bekanntgewordenen, verursachten und auch dann sich schädlich auswirkenden Straftaten, steigt in erheblichem Umfang an. Ein volkswirtschaftlich, aber auch verfassungsmäßig oder rechtspolitisch entsetzlicher Zustand, der sicherlich Auswirkungen auf die innere Stabilität eines Gemeinwesens hat! Bremen ist von dieser Entwicklung nicht verschont. Die Zahlen in Bremen stehen sogar im Vergleich sehr ungünstig da, weil die Situation als Stadtstaat und die differenzierte Betrachtung einer Statistik vielleicht in dem einen oder anderen Punkt diese ungünstigen Zahlen relativieren. Aber wir müssen hier einräumen und sehen, daß Bremen sehr schlecht wegkommt bei der Bewältigung von Kriminalität.

Diese Dinge haben etwas zu tun mit unserer Verantwortung, diese Dinge haben etwas zu tun mit der Verantwortung auch der Politik, denn die Politik ist es, die zumindest die Mittel gibt, um die organisatorischen Möglichkeiten für die Polizei zu schaffen. Aber, meine Damen und Herren, ich stimme mit Herrn Senator Fröhlich auch in dem Punkt überein, es sind nicht nur die Mittel, die wir einsetzen im Bereich der Polizei, es sind nicht nur die Polizeibeamten, die Sach- und Personalmittel, die in diesen Haushalt fließen, sondern es sind erhebliche Mittel, die in anderen Haushalten eingesetzt werden müssen, um das Phänomen Kriminalität in den Griff zu bekommen.

(D)

Es hat etwas zu tun mit dem von mir für meine Kollegen manchmal schon zum Überdruß gebrauchten Begriff der ressortübergreifenden Kriminalitätsbekämpfung. Es hat etwas zu tun mit der Erkenntnis, daß gesellschaftliche Bereiche, das wird nicht gern gehört, aber ganz besonders die Schule als eine staatliche Institution, daß gesellschaftliche Bereiche wie die Familie natürlich und daß gesellschaftliche Bereiche wie Soziales ganz erheblich beteiligt sind an der Verhinderung und Verhütung von Kriminalität. Insofern ist dies keine nur sicherheitspolitische oder nur innenpolitische Debatte, sondern es hat etwas zu tun mit der Gesellschaftspolitik, die wir betreiben und die wir zu betreiben beabsichtigen.

Da sind hier in dem Bericht, insbesondere im allgemeinen Teil, der etwa bis Seite 24 von mir gerechnet wird, ganz bedeutende Erkenntnisse aufgezogen. Auch die Kollegen aus anderen Ressortbereichen sollten das einmal nachlesen, was dort über Ursachen, Wirkungen und Zusammenhang von kriminalpolitischen Faktoren gesagt wird! Unser Appell aus dem Bereich der Innendeputation — Herr Kollege Kröning und Herr Kollege Armgort und Herr Kollege Borttscheller, wenn ich Sie stellvertretend einschließen darf — geht auch an die anderen Ressorts, diese Bereiche mit zu bedenken,

(A) wo Kriminalität entsteht, wo kriminogene Faktoren gesetzt werden.

Von daher ein Ansatz, den die FDP seit langer Zeit hier im Hause immer wiederholt hat, daß Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität immer nur ressortübergreifend wirken können und daß die Polizei, Herr Senator Fröhlich, tatsächlich als eines der letzten Glieder manchmal schon in einer Kette ist und dann letztlich die Justiz oder der Justizvollzug die Suppe auslöffeln müssen, was im vorderen Bereich nicht geschafft worden ist! Aus diesem Gesichtspunkt heraus lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auch ganz besonders auf den Abschnitt, der sich in dem Bericht mit der Verbesserung der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung — Seite 25 — befaßt.

Wir meinen, daß die unter Ziffer 1.2.3 zur Prävention beabsichtigten Maßnahmen, die dort aufgeführt sind, auch wirklich vorgenommen werden müssen! Hier ist der Begriff der „Diversion“ verwandt worden, und es geht darum, insbesondere jugendliche Täter möglichst frühzeitig aus einem Strafverfahren herauszunehmen, ihnen die stigmatisierenden und degradierenden Effekte zu nehmen, aber auch um sie nicht weiter zu verstricken in einmal begangenes Unrecht und dann in den Institutionen einer sozialen Kontrolle.

Meine Damen und Herren, wie sieht es denn aus in diesem Bereich? Wie sieht es denn aus mit der ressortübergreifenden Kriminalitätsbekämpfung gerade in diesem Bereich? Wie sieht es aus in Bremen mit der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Sozialarbeit? Wie vernichtend ist das Urteil, das jedenfalls mir aus dem Bereich der Polizei übergeben wird, über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Sozialbehörden und mit dem, was Herr Senator Dr. Scherf hier wortreich „soziale Dienste“ nennt! Da läuft fast gar nichts!

Ich habe nicht mit allen Polizisten gesprochen, aber die, mit denen ich gesprochen habe und mit denen wir es zu tun haben, haben gesagt, hier ist leider eine ganz große Klippe zu überwinden. Über die Sozialbehörden heißt es hier wörtlich, die Zusammenarbeit mit der Polizei wird teilweise kategorisch abgelehnt. Die sozialen Dienste sind an den Kriminalitätsbrennpunkten, Herr Senator Dr. Scherf, wenig und nicht zu den ereigniskritischen Zeiten präsent. Sie können nach unserer Erfahrung bei sozialen Krisensituationen, akuter Opferbetreuung und ähnlichem nicht tätig werden, so daß die Polizei neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch noch Sozialarbeit leisten muß. Dieses Problem ist insbesondere auf dem Drogensektor, im Bereich des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und anderswo deutlich zu spüren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einmal hier ein Modell vorgetragen, das ich ein Modell zur besseren Krisenintervention genannt habe. Warum sollte es nicht möglich sein, habe ich gefragt, an einem Kriminalitätsbrennpunkt, möglichst in der

Nähe eines Reviers, ein solches Zentrum einzurichten, in dem Sozialarbeiter rund um die Uhr präsent sind, um nach Abschluß der Ermittlungstätigkeit der Polizei hier diese ressortübergreifende Arbeit fortzusetzen und Krisenintervention zu betreiben. Dabei wurde mir entgegengehalten, ich glaube, Sie, Herr Dr. Scherf, haben das auch für eine Zeitungsmeldung für wichtig gehalten, daß ich davon keine Ahnung hätte.

Nun hat die Bremer Universität ein Symposium durchgeführt, hat eine Konferenz durchgeführt, an der Kriminologen ganz verschiedener Richtung teilgenommen haben. Da ist es zu dem Beschluß gekommen, daß die Schaffung eines Kriseninterventionszentrums gefordert wird, und die Realisierung eines solchen Vorschlags wäre auch ein Beitrag übergreifender Prävention. So dumm kann das gar nicht gewesen sein! In der Stadt, in der ich mir dieses Modell mehrfach habe vorführen lassen und in der ich das auch begleite, nämlich in Hannover, funktioniert das gut.

Bitte legen Sie Ihre, und ich unterstelle Ihnen das, auch ein wenig gesellschaftspolitischen Vorurteile gegen diese Institution Polizei beiseite! Reden Sie mit Ihren Mitarbeitern, ob es nicht über formalisierte Arbeitsgruppen, die es ja sehr wohl gibt, hinaus doch so etwas geben kann wie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ihren Mitarbeitern und den Mitarbeitern der Polizei! Letztere sind bei der Bewältigung sozialer Krisen und sozialer Probleme überfordert, und damit ist ihre Arbeit weniger effektiv, als sie sein könnte.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Abschnitt über die Polizei handelt von der Entlastung von fremden Tätigkeiten. Das ist ein Dauerbrenner für diese Bürgerschaft und auch für die Deputation. Unter der Entlastung von fremden Tätigkeiten wird nicht nur das Entstempeln von Kraftfahrzeugen verstanden, sondern es wird darunter auch von der Polizei verstanden der Wust von Formalien, der Wust von Formularen, die für die Polizisten kaum noch begreifbare Flut von Einzelformularen, von unterschiedlichen Fragebögen, von computergerechten, nur noch nach Nummern aufgelisteten Tabellen, die ihnen die meiste Arbeitszeit wegnehmen.

Ich darf Ihnen einmal einen drastischen Ausdruck präsentieren, der mir in Revieren von Polizeibeamten gesagt worden ist, die wirklich mit Unmut gesagt haben: „Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß das besser wird, dann ersticken wir eines Tages in der Formalismusscheiße.“ Das war so drastisch, war vielleicht auch nicht parlamentsgerecht, aber das war ein Zitat aus dem Munde eines Praktikers. Dieser Praktiker ist nicht unwillig und nicht faul gewesen, sondern der hat mir einmal vorgeführt, was er nach der Aufnahme einer Diebstahlsanzeige eines

(C)

(B)

(D)

- (A) Fahrrades unternehmen muß, um diesen Vorgang zum Abschluß zu bringen als Schutzmann.

Er hat mir gesagt, das Entgegennehmen der Anzeige hat zehn Minuten gedauert, das Weiterarbeiten der Anzeige in diesem Formalismusbereich hat bei ihm 45 Minuten gedauert. Dabei ist noch nicht gerechnet, daß er sich beim Tippen, wofür ich sehr viel Verständnis habe, dreimal vertippt hat, weil er auf einen millimetergroßen Punkt eine Zahl tippen mußte, diese Zahl bekam er aus Tabellen, weil das ja eine Computersprache ist, die die Leute gar nicht begreifen können. Dieser Formalismus wird ergänzt durch Telefonprobleme, dieser Formalismus wird ergänzt durch das Warten auf nicht vorhandene Pkw, dieser Formalismus wird auch ergänzt durch die Praxis der Gerichte, zu Gerichtsterminen Polizisten als Zeugen zu laden, die zwei bis zweieinhalb Stunden warten müssen, um dann mitgeteilt zu bekommen, daß sie nicht gebraucht werden. Wieviel Zeit geht damit verloren, wieviel Leerlauf, wieviel Wartezeit!

Meine Damen und Herren, wir haben sehr viele Tätigkeiten im Polizeibereich, die nach wie vor von Beamten durchgeführt werden, von ausgebildeten Polizeibeamten, obwohl sie sehr gut von angestellten Kräften durchgeführt werden könnten. Ich könnte Ihnen das im einzelnen auflisten, aber das sind sicherlich Dinge, die die Deputation mehr interessieren.

- (B) Nächster wichtiger Punkt ist die Stellenplanentwicklung, die mit der Arbeitsbelastung der Polizei zusammenhängt. Sicherlich hat man für die Polizei auch personell im Laufe der Zeit Mögliches getan, aber, meine Damen und Herren, es darf im Bericht nicht heißen, daß sich die Situation verbessert hat. Der unstrittige Stellenzuwachs, der hin und wieder erfolgt ist, ist doch aufgezehrt worden. Vergessen Sie dies nicht! Wir haben ein Mehr an sozialen Möglichkeiten auch für Polizeibeamte, sich freustellen zu lassen. Wir haben Bildungsurlaub, wir haben Weiterbildungsurlaubsregelungen, wir haben eine Aufstellung von Sondereinheiten, zu denen die Polizeibeamten immer wieder von ihrem Dienst weggeholt werden.

Wir haben eine Vielzahl von Abstellungen von Polizeibeamten, sei es zur Ausbildung zum höheren Dienst, sei es zu Arbeitsgruppen, sei es zum Rechenzentrum, sei es zum Personenschutz, sei es zum Objektschutz. Wir dürfen nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß die von Ihnen hier auch genannten Zahlen deswegen nicht stimmen, weil 23 Beamte allein bei der Schutzpolizei dazu gebraucht worden sind, um einen jüngst auch auf unser Betreiben hin zugebilligten viertägigen Zusatzurlaub für Schichtarbeit auszugleichen. Damit tritt auf der einen Seite Schichturlaub ein, und der wird ausgeglichen durch zusätzliche Stellen. Nur, meine Damen und Herren, das kommt auf plus minus null heraus. Sie dürfen nicht in Ihrer Stellenplanentwicklung davon ausgehen, daß dies ein effektiver

Zuwachs gewesen ist! Sie wollten uns aber Maßnahmen nennen, die zu einer effektiven Steigerung der Bekämpfungsmöglichkeiten führen.

(C)

Dasselbe Problem sehe ich bei der Frage der Erhöhung der Präsenz und Anpassung der Organisation. Die Arbeitsgruppen, die alle für erforderlich halten, auch dieser Bericht, können nicht zusammengestellt werden, können nicht kontinuierlich arbeiten, weil natürlich in anderen Bereichen die Arbeit liegenbleibt. Das geht immer nur um den Preis, daß woanders etwas fehlt, und es soll nicht der Eindruck erweckt werden, die Bremer Polizei sei in der Lage, Schwerpunkteinsätze und Arbeitsgruppen durchzuführen. Das können wir nicht, das ist nicht wahr.

Ich weise auch ausdrücklich auf das Problem der Arbeitsplätze hin. Es gibt in der bremischen Verwaltung, und die Gewerkschaften wären gut beraten — Herr Schmidt, da Sie gerade den Raum verlassen, darf ich Ihnen das noch mitgeben —, sich auch einmal um die Arbeitsplätze der Polizeibeamten in Bremen zu kümmern, denn die Arbeitsplätze der Polizei, in den Bereichen der Kriminalpolizei insbesondere, aber auch teilweise in den Revieren — es gibt sogar Reviere, in denen die Wechseldienstbeamten sich nicht einmal duschen können, nachdem sie stundenlang in einem überhitzten Auto gesessen haben — gehören zu die miesesten Plätzen in der bremischen Verwaltung.

Dies darf nicht der Stellenwert sein, an dem wir die Polizei messen. Ich tue es nicht, aber manchmal hat man den Eindruck, und die Polizeibeamten haben diesen Eindruck, daß sie mit drei Beamten in einem Raum Vernehmung, Bearbeitung von Akten und auch noch Sozialarbeit leisten müssen. Das wird heute keinem Verwaltungsbeamten mehr zugemutet.

(D)

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Erhöhung der Präsenz von Ihnen Konzepte vorgelegt bekommen. Das letzte Konzept, Herr Senator —

(Glocke)

ich sehe die Uhr läuft ab —, ist ja noch gar nicht im Bericht aufgeführt, was Sie hier auch erwähnt haben. Sie wollen Arbeiten überlagern von der Kriminalpolizei auf die Schutzpolizei!

Meine Damen und Herren, die Schutzpolizei sollte andererseits mehr Präsenz zeigen, sollte im Bezirksdienst verstärkt und aufgewertet werden. Was wird jetzt gemacht? Kriminalpolizeiliche Arbeit auf diese selben Beamten wieder verlagern heißt mehr Schreibtischtätigkeit, heißt weniger Präsenz auf den Straßen, heißt eine zusätzliche Beschäftigung des Bezirksdienstes, und Ihr voriges Konzept, daß nämlich der Bezirksdienst auch noch Aufgaben des Jugendschutzes machen sollte, ist damit wieder überholt. So sieht es leider im Organisatorischen, Planerischen aus, wenn man einmal hier das Konzept auf diese Fragen hin durchleuchtet.

(A) Ich komme zum Schluß bei dieser Betrachtung der Maßnahmen, die Sie uns vorgeführt haben, Herr Senator! Es ist vom Ansatz her alles, vieles richtig. Was Sie zum Drogenbereich gesagt haben, stimmt ebenso wie das, was Sie zur Wirtschaftskriminalität gesagt haben, aber, meine Damen und Herren, weder im Drogenbereich noch im Bereich der Wirtschaftskriminalität haben Sie überhaupt die Dimension offenbar erkannt, die hinter diesen Delikten steht, denn Drogenkriminalität sind nicht nur die Drogensüchtigen, sondern Drogenkriminalität ist in erheblichem Umfang Sekundärkriminalität, Beschaffungskriminalität. Wenn die Gewaltkriminalität beängstigend steigt, Straßenraub et cetera, Tageseintrübe, Rentner werden ausgeraubt, Leute werden im Geschäft bei Tageslicht überfallen, dann hat das etwas zu tun mit der Sekundärkriminalität von Drogenkranken, und darauf müßte man das Augenmerk sehr verstärkt richten.

Dasselbe gilt für die Wirtschaftskriminalität. Wir sind der Auffassung, daß die Wirtschaftskriminalität inzwischen eine Dimension angenommen hat, die volkswirtschaftlich um ein Vielfaches das übersteigt, was wir im Bereich der sicherlich zahlenmäßig großen Massendelikte wie Ladendiebstahl und so weiter errechnen können. Dort muß ange setzt werden, muß etwas verbessert werden. Wenn ich höre, daß dem Antrag der FDP nicht zugestimmt werden soll von der Mehrheitsfraktion, dann bitte ich, eines zu bedenken und gebe hier im Hause noch einmal auf:

(B) Meine Damen und Herren von der SPD, unser Antrag basiert auf Ihrer Fragestellung, die zu dem Bericht geführt hat. Ich habe wörtlich das aufgenommen, was Sie vom Senat erreichen wollten! Er sollte einen Bericht erstatten über, und dann fragen Sie, wie die Bekämpfung der Gewaltkriminalität „verstärkt“ werden kann, wie Organisiertes „verstärkt“ werden kann, wie „verbessert“ werden kann, was wir noch besser, „effizienter“ machen können.

(Glocke)

Da setze ich an und sage, dann lassen Sie uns doch gemeinsam diese Entschließung verabschieden und sagen, jawohl, wir wollen, wie Sie es auch seinerzeit mit dem Bericht erreicht haben, nun auch tatsächlich unseren Willen bekunden und in genau den Bereichen, wo Sie auch einen Mangel entdeckt haben, sagen, dies wollen wir von einer künftigen Kriminalpolitik verbessert haben! Dann ist die ganze Sache stimmig, und Sie müßten sonst begründen, warum Sie das, was Sie zunächst für richtig erkannt haben, heute nicht mehr wahrhaben wollen! — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ehlers:** Herr Kollege von Schönfeldt, ich möchte jetzt Ihr Zitat von vorhin nicht wiederholen, aber Sie haben selbst eine ganz ele-

gante Lösung gefunden, der man sich anschließen kann!

Das Wort hat der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. **Borttscheller** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Bild, das Senator Fröhlich von den Aufgaben und der Erfüllung polizeilicher Pflichten gezeichnet hatte, ist ideal, und wenn dem so wäre, brauchten wir uns hier über die Probleme nicht zu unterhalten, sondern wir könnten ihm zum Ende seiner zwölf Dienstjahre freundschaftlich auf die Schulter klopfen und sagen, lieber Helmut Fröhlich, gut gemacht! Nur leider klaffen idealer Anspruch und Realität doch weiter auseinander, als das hier aus seinen eigenen Worten zu hören war. Natürlich haben wir bundesweit mit dem Problem steigender Kriminalität zu kämpfen, nur, wir sind ein bremisches Parlament und sollten uns mit den spezifisch bremischen Kriminalitätsproblemen befassen. Dazu gehört zunächst einmal festzustellen, wo wir uns befinden und wohin die Reise geht.

Mit Statistik kann man bekanntlich allerlei machen, aber wenn man statistische Erhebungen über eine lange Zeit vornimmt und einen bestimmten Trend sieht, dann muß einem bei der bremischen Kriminalstatistik angst und bange werden! Herr Senator, Sie können nicht verschweigen, und Sie haben es auch nicht verschwiegen, sondern lediglich nicht beim Namen genannt, daß unter Ihrer Amtsführung in den letzten zehn Jahren die Kriminalität um sage und schreibe 49,2 Prozent zugenommen hat. Wenn ich Zyniker wäre, würde ich sagen, wenigstens noch in einem Ressort Zuwachsraten, aber dafür ist das Thema zu traurig! Demgegenüber muß man feststellen, daß die Aufklärungsquote trotz ehrlichen, honorigen Einsatzes der Beamten, der bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit geht, kontinuierlich fällt und per Mitte 1983, hochgerechnet, nur noch 36 Prozent erreichen wird. Das bedeutet nichts anderes im Umkehrschluß, daß praktisch jeder zweite Rechtsbrecher in Bremen die Chance hat, überhaupt nicht gefaßt zu werden!

Ich will auch gleich vorbeugen: Es dient wenig der Sache, wenn man das dann relativiert und sagt, aber darin sind ja so viele Fahrraddiebstähle enthalten! Wenn das wirklich so viele Fahrraddiebstähle sind, Herr Senator Fröhlich, wie Sie es einmal in einer Pressekonferenz angezweifelt haben, und das mag auch richtig sein, dann sind eben die Versicherungsbetrugsfälle überproportional gestiegen. Auch das ist schlimm!

(Senator Fröhlich: Das ist kein polizeiliches Problem!)

Die Frage ist natürlich jetzt, und darauf haben Sie alle gewartet, und darum bemühen wir uns seit Jahren, wie soll es weitergehen, wo sind die Konzepte! Der Kollege von Schönfeldt hat das ganz breit angesprochen. Wir haben einen Bericht für

(A) eine effektivere Verbrechensbekämpfung, und dieser Bericht hat leider eine Präambel, die dazu führt, daß der Bericht schon heute Makulatur ist. Der Bericht ist beschlossen worden im November 1982, und in dem Bericht steht: „Dabei ist von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen.“ Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Rahmenbedingungen vom November 1982 heute nicht mehr gegeben sind, daß wir inzwischen in den Ressorts Kürzungen erfahren haben. Ich habe mir die Deputationsvorlage für den Personalhaushalt 1984 einmal vorgenommen. Dort heißt es dann auch im Vorspann:

„Die mit dieser Vorlage übersandten Haushaltsanträge beschränken sich daher auf die Realisierung der dem Bereich Inneres obliegenden Stelleinsparungen und auf sonstige Stellenplanänderungen.“ Dort ist nicht mehr von der Erfüllung notwendiger polizeilicher Aufgaben die Rede, sondern nur noch von einem solidarischen Beitrag innerhalb des Senats, vorgegebene Stellenkürzungen zu vollziehen.

Nun wird man sagen müssen, daß ein Politiker auch nicht nur fachspezifisch die Dinge angehen sollte. Natürlich sehen auch wir, daß wir unter Sparzwängen leben, nur meine ich, daß man dann vor den Bürger offen und ehrlich treten und eingestehen muß, daß offensichtlich im Bereich Inneres in der Zukunft hingenommen werden soll, daß Abstriche an innerer Sicherheit unvermeidlich sind.

(B) Herr Senator Fröhlich, Sie wissen, daß auch in Ihrem Hause die Dinge ähnlich kritisch gesehen werden. Sie wissen von einem Schreiben des Leiters des Landeskriminalamtes vom Dezember vergangenen Jahres, der zu dem Bericht, der gefertigt werden sollte, Ihnen geschrieben hat — ich zitiere —:

„Wenn nunmehr der Auftrag erteilt wird zu prüfen, ob die vorbeugende Verbrechensbekämpfung verbessert werden kann, und dabei von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen ist, so kann das Ergebnis der Prüfung nur dahingehend lauten, daß die vorbeugende Verbrechensbekämpfung trotz ihrer eklatanten, seit Jahren bestehenden Unzulänglichkeiten unter den gegebenen Umständen nicht verbessert werden kann.“

Diese Antwort schließt die Tatsache ein, daß in den überwiegenden Bereichen der Kriminalität eine Prävention überhaupt nicht stattfindet und bisher nicht durchgeführt werden konnte. Auf eine Aufzählung kann im einzelnen verzichtet werden, da diese Tatsache dem Senator für Inneres bekannt ist.“

Ich meine, diese Feststellung spricht für sich selbst. Ich meine auch, daß sich die Politik nicht damit herausreden kann, von den Entwicklungen in diesem Bereich völlig überrollt worden zu sein. Ich weiß, daß das Papier des Polizeipräsidenten, das ja nun über drei Jahre alt ist, politisch sehr strapaziert worden ist, aber es lohnt sich doch, es

immer wieder einmal zu lesen, denn dort ist die Entwicklung, die sich vollzogen hat, vorgegeben, und wir haben genau das, was damals vom Polizeipräsidenten in der Entwicklung gesehen worden ist. Wir haben nach wie vor ein Auseinanderklaffen der polizeilichen Realität und des hohen politischen Anspruchs. (C)

Wenn wir damals gesehen haben, daß Ihr Kollege Dr. Scherf außerhalb des Stadions aktiv war und Sie nicht unterstützt hat,

(Beifall bei der CDU)

dann sehen wir doch auch jetzt, daß sich die Dinge praktisch drohen zu wiederholen. Senator Scherf übt das Probesitzen für den herbeigeredeten heißen Herbst, der Kollege Willers — ihn habe ich eben unten vor dem Haus marschieren sehen — agitiert auch in einem bestimmten Sinne.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Sie sehen also, daß hier das gemeinsame politische Bemühen in einem Sinne, nämlich der Polizei Hilfestellung zu geben und sie nicht allein zu lassen, nach wie vor nicht erreicht wird. Ich darf dem Kollegen von Schönfeldt recht geben, es hängt einem wirklich, ich darf sagen, kreuzweise zum Halse heraus, die berühmten ressortübergreifenden Maßnahmen anzusprechen, denn es gibt sie einfach nicht! (D)

Herr Senator Fröhlich, Sie haben den Polizeibeamten im Lande Bremen Ihren Dank ausgesprochen! Das ist selbstverständlich, dem wird sich hier im Hause niemand versagen, nur, ich meine, bei dem Lippenbekenntnis sollte es nicht bleiben. Die Polizeibeamten haben es verdient, daß man ihnen Rahmenbedingungen gibt, unter denen sie optimal arbeiten können. Wenn Sie gelegentlich durch das Polizeihaus gehen und sehen, wie Kripodezernate untergebracht sind, daß dort der Putz von der Decke kommt, daß sie den Beamten kaum erkennen können, weil er von Aktenstapeln verdeckt wird, dann sind menschenwürdige Arbeitsbedingungen hier nicht mehr gegeben.

All das ist uns seit langem bekannt. Die Gewerkschaft der Polizei ist vehement — das war noch lange vor dem Wahlkampf — an die Öffentlichkeit getreten. Ich erinnere an Aussagen, die Polizei ist nach Ansicht der GdP nahezu in allen Bereichen überlastet. Zu den angesprochenen Konzepten sagte die GdP: Die zur Debatte stehenden Umorganisationen bezeichnete GdP-Vorsitzender Werner Oelkers, und das ist sicherlich nicht Ihr Feind, sondern Ihr Parteifreund, als Farce. Er wies auf das Vorhaben hin, Kriminalbeamte wieder auf einzelne Polizeireviere zu verteilen. Was die Polizeiführung nun als neue zentrale Form der Kriminalitätsbekämpfung hochjubele, entpuppe sich bei genauer Betrachtung als nackter Sparzwang.

(A) Das heißt doch nichts anderes, daß auch drei Jahre nach den Ereignissen, die uns zum Nachdenken und zum Entwickeln von Konzepten veranlassen sollten, in diesem Bereich nichts passiert ist, daß Kriminalität schlicht weiter verwaltet wird! Wir können nur sagen, wir befürchten, daß die Polizei auf die Dinge, die im Herbst auf uns zukommen sollen und wo wir genau wissen, daß aus vielen politischen Lagern auch ein Interesse daran besteht, daß es zu Konflikten kommen soll, mit Sicherheit nicht vorbereitet ist. Wir befürchten, daß es wieder zu Auseinandersetzungen kommen wird, die geeignet sind, Bremen Schaden zuzufügen!

Lassen Sie mich noch ein kritisches Wort sagen! Sie haben sich gerühmt, daß der Senat in der Vergangenheit eine knappe Million DM für Sachmittel bewilligt habe. Auch hier vergessen Sie, daß diese Sachmittelbewilligung unmittelbar nach den Ereignissen des 6. Mai vom Senat beschlossen worden ist. Damals sind spontan 800 000 DM für eine bessere Ausrüstung der Polizei bewilligt worden. Auch das reicht heute alles nicht mehr. Sie wissen, daß in Revieren nachts Streifenwagen nicht eingesetzt werden können, weil es an den Betriebsmitteln fehlt, Sie wissen, daß durch Unfälle beschädigte Polizeiwagen aus dem Verkehr gezogen werden müssen und nicht mehr durch Ersatzfahrzeuge ersetzt werden können. Wir wissen auch, daß im gesamten Polizeibereich Tausende von Überstunden vorgetragen werden und eine Entlastung nicht in Sicht ist.

(B) Es grenzt an schlichte Kosmetik, wenn dann von Hilfsprogrammen die Rede ist. Wir wissen, daß Angestellte im Statistischen Landesamt, die für die Volkszählung nicht gebraucht werden, umgesetzt werden zur Kripo. Sicherlich können die sehr hilfreich Schreibebeiten erledigen, nur, das sind doch keine ausgebildeten Polizeibeamten, die wirksam helfen könnten! Wir meinen auch, daß man das Problem der inneren Sicherheit nicht mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lösen kann!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wir erwarten deshalb, daß Sie unseren Antrag noch einmal kritisch lesen, darin steht im Grunde genommen nichts, was Sie nicht bei ehrlicher Betrachtung unterschreiben könnten. Um den Bereich der inneren Sicherheit steht es nicht gut im Land Bremen, das sollten wir eingestehen und uns gemeinsam für die Zukunft bemühen, Konzepte zu erarbeiten, die für die Zukunft etwas Besseres erhoffen lassen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich nicht versäumen, Gäste aus Italien auf dem Besucherrang zu begrüßen.

(Beifall)

(C) Ich begrüße den Botschafter der Republik Italien, seine Exzellenz Professor Luigi Vittorio Ferraris, den neuen Generalkonsul in Hamburg, Herrn Giovanni Germano, und Herrn Vizekonsul Macchi.

Sie sind aus Anlaß des Besuches des Schulschiffes Amerigo Vespucci in Bremen.

Exzellenz, Sie wissen, daß in Bremen viele Ver ehrer Italiens leben, die Bremer schätzen die Menschen Italiens, sie schätzen das Land, sie lieben die Sprache, die Kunst und die Kultur. Wir fühlen uns geehrt durch Ihren Besuch und wünschen Ihnen einen erfolgreichen und angenehmen Aufenthalt in Bremen!

(Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kröning.

Abg. **Kröning** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senatsbericht, der auf unsere Initiative vorgelegt worden ist, scheint es uns wert zu sein, als Leistungsbilanz und Ausblick noch zu diesem späten Zeitpunkt — zum Abschluß der Legislaturperiode — debattiert zu werden.

Zunächst aber zum Antrag der CDU! Es fällt schon schwer, Herr Kollege Borttscheller, darauf im einzelnen einzugehen. Ich nehme auch vorweg, daß wir ihn ablehnen werden. Es fällt deshalb schwer, weil Sie heute fast wieder nur die bekannten Ladenhüter, die alten Platten gebracht haben, und ich hätte mir gewünscht, wenn Ihr Innensenator kandidat, Herr Neumann, hier gesprochen hätte. Das wäre sicherlich mit mehr Temperament und mit mehr Substanz verbunden gewesen.

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU)

(D) Zunächst zu Ziffer 1 Ihres Antrags: Was hier zur Gewaltkriminalität gesagt wird, ist falsch, und es wird auch leider nicht dadurch wahrer, Herr von Schönfeldt, daß Sie es hier wiederholt haben! Das tut mir leid. In allen Teilbereichen der Gewaltkriminalität nimmt Bremen im Vergleich mit anderen westdeutschen Großstädten von über 300 000 Einwohnern nach den Zahlen von 1982 einen günstigeren Platz ein als 1979: bei Mord und Totschlag den siebten, damals den dritten Platz, bei Vergewaltigungen den vierten, damals den dritten Platz, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung den fünften, damals den vierten Platz, und bei Raub ist es der alte, der zehnte Platz geblieben. Wir verschweigen jedoch nicht, so problematisch diese Verallgemeinerungen auch sind, daß Bremen in der gesamten Kriminalität auf dem vierten Platz liegt, allerdings dies auch unverändert seit 1979!

Die Zahlen zeigen schon, Herr Kollege Borttscheller, daß der Hauptfaktor für die Steigerung der gesamten Kriminalität gerade nicht die Gewaltkriminalität ist.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

(A) Zu Ziffer 2 des Antrags: Von drastischen Kürzungen bei der Polizei kann keine Rede sein! Zwar hat das Stadt- und Polizeiamt seit 1979 23 Stellen — unter Einschluß von 1983 sogar 50 Stellen — eingespart. Aber Bremen liegt mit seiner Polizeidichte — also dem Zahlenverhältnis von Polizei zu Bürger auf der Grundlage der Kommunalpolizeien — nach wie vor an vierter Stelle unter den Großstädten mit über 500 000 Einwohnern. Auf einen Bürger kamen 1973 331 Polizeibeamte, heute sind es 274.

(Zuruf des Abg. Borttscheller [CDU])

Im Ländervergleich, Herr Kollege Borttscheller, ist dieses Verhältnis sogar noch wesentlich besser, nämlich eins zu 200.

(Senator Fröhlich: Umgekehrt! — Zurufe von der CDU)

Gegen dieses Zahlenverhältnis habe ich überhaupt nichts, Herr Borttscheller. Zu Recht hat Herr Senator Fröhlich übrigens auch gesagt — Sie haben das hier bestritten, deshalb möchte ich das noch einmal bekräftigen —, daß heute die Polizeistärke noch immer über der von 1973 liegt.

Im übrigen, Herr Borttscheller, sind Stelleneinsparungen bei der Polizei keine Besonderheit der SPD oder Bremens. Auch das Land Bayern spart 1983/84 nach einer Übersicht, die zwischen den Ressorts vor kurzem ausgetauscht worden ist, 154 Stellen ein. Die Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung — sowohl die Zahlen zur Kriminalitätsbelastung als auch zur Polizeidichte — zeigen allerdings, daß dies kein Luxus ist, sondern daß die Personalaufstockung Voraussetzung dafür gewesen ist, Schritt zu halten.

(B) Zu den Ziffern 3 und 5 des Antrags: Da sind wir leider etwas anderer Meinung als Sie, Herr Senator Fröhlich. Das notwendige Bekenntnis zur Polizei hat dieses Parlament und insbesondere die Mehrheit erst kürzlich mit dem neuen Polizeigesetz ausgesprochen. Aus diesem Gesetz ergeben sich Bürgerrechte, Auftrag der Polizei und Zusammenarbeit mit anderen Stellen klipp und klar. Dazu braucht nichts weiteres beschlossen zu werden, vor allem nichts, was überhaupt keinen Orientierungswert hat, Herr Borttscheller.

Zu Ziffer 4: Die CDU fordert interessanterweise nicht mehr, und das sagen wir ganz deutlich, Stelleneinsparungen rückgängig zu machen, ebensowenig wie die FDP. Gleichwohl spricht sie immer noch von sicherheitsfeindlichen Kürzungen. Was soll eigentlich diese Polemik? Was gilt nun, das innenpolitisch Wünschenswerte oder das finanzpolitisch Unabweisbare? Vorläufig verfährt die CDU zweigleisig, und das kann man auch unwahrhaftig nennen. Im Parlament widerspricht sie den beschlossenen Kürzungen nicht mehr, wie auch die Juni-Debatte, die ich mit Herrn Klein geführt habe, gezeigt hat. Gegenüber der Presse polemisiert sie dagegen — wie im Juli und auch hier wieder — damit,

(C) die Sicherheit verkomme planmäßig, auf jeden zweiten Bürger komme ein Straftäter. Sie fordert Personalverstärkungen, hinter denen ihre Verantwortlichen überhaupt nicht mehr stehen!

Unsere Position lautet dagegen: Wir hoffen und streben an, die im Bericht des Senats vorausgesetzte — und damit die Beschlüsse, die im letzten Jahr gefaßt worden sind — einschließende finanzielle Ausstattung der Polizei auch in der nächsten Legislaturperiode erhalten zu können. Bei den Risiken unseres Haushalts versprechen wir dies jedoch nicht! Wir bitten, zu einem Stil der Sachbezogenheit zurückzufinden, den Polizei und Bürger von uns erwarten dürfen, den man eigentlich auch von einer Opposition erwarten darf, die sich mitverantwortlich fühlt.

(Beifall bei der SPD)

Das war in der Tat nicht an Sie gerichtet, Herr Jäger! Wer nicht polemisiert, wer sich sachlich einläßt, muß zugeben: Die Bürger leben in Bremen genauso sicher wie vor zehn Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Trotz des absoluten Anstiegs der Gesamtkriminalität, die wir überhaupt nicht in Abrede stellen, ist der Anteil der Gewaltkriminalität zurückgegangen. Er ist seit 1973 konstant niedrig, 1982 waren es 2,4 Prozent. Die Aufklärungsquote ist angestiegen auf 74 Prozent. Die Polizei hat die Gewaltkriminalität im Griff. Daran läßt sich überhaupt nicht deuteln.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität, wo die Zahl der erfaßten und aufgeklärten Fälle mehr von der Aktivität der Strafverfolgungsorgane als vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung abhängt, sind der Polizei große Erfolge gelungen. Die Dunkelfeldgrenze ist erheblich verschoben worden, die Ermittlungsergebnisse sind beachtlich, und ich finde, wir sollten dies hier ausdrücklich anerkennen.

Sogar bei der Diebstahlskriminalität — dem nach wie vor dominierenden Kriminalitätsbereich, wie der Senatsbericht zu Recht sagt — gibt es keinen Grund zur Dramatisierung. Ihr Anteil an der Gesamtkriminalität ist ebenfalls seit 1973 faßt konstant geblieben. Unverhältnismäßig zugenommen hat nur der Fahrraddiebstahl von elf auf 18,9 Prozent. Die Aufklärungsquote ist zwar von 26,8 auf 22,1 Prozent gesunken, dies liegt aber ebenfalls am Fahrraddiebstahl, dort nämlich von sieben auf vier Prozent. Soweit die Zahlen!

Dank Personalverstärkung und Effizienzsteigerung hat die Polizei mit der Kriminalitätsentwicklung Schritt gehalten. Wir müssen und werden jedoch achtsam bleiben. Die Polizei hat zwei Konzepte entwickelt, die vorwärts weisen. Das eine im Bereich der Prävention verspricht vor allem, die Straßenskriminalität, die in die Kategorien der

(C)

(D)

(A) Gewalt- und der Massenkriminalität fällt, niedrig zu halten und einzudämmen.

Ich will hier der Kürze halber nur auf das verweisen, was Herr Senator Fröhlich dazu gesagt hat und was auf Seite 34 des Senatsberichts steht. Wenn man alle die 1982/83 getroffenen Maßnahmen im Bereich der Schutzpolizei zusammennimmt — und nun hören Sie bitte einmal zu! —, ist der Anteil der im Außendienst tätigen Beamten von 1 061 auf 1 107 Beamte erhöht worden. Dem steht eine Stärke der Schutzpolizei im Jahr 1983 von 1 562 Beamtenstellen bei einem weitgehenden Ausgleich von Soll- und Ist-Stärke gegenüber. Ich finde, dies ist eine hervorragende Ausstattung, mit der man auch noch die Leistung steigern kann. Sie dient nicht nur der Sicherheit des Bürgers, sondern kommt auch der Arbeitssituation der Kollegen zugute.

(Beifall bei der SPD)

Das andere Konzept, das zur Zeit im Bereich der Repression erprobt wird, ist ähnlich. Es setzt mehr täter- als deliktorientiert und im wesentlichen bei der ortsgebundenen Kriminalität an. Nach dem Ende des Modellversuchs Dezentralisierung der Kriminalpolizei werden wir prüfen, ob die Bedingungen des Versuchs so beschaffen waren, daß objektive Schlüsse gezogen werden können und ob die Dezentralisierung als Dauerlösung im gegebenen Kostenrahmen möglich ist oder andere Alternativen gewählt werden müssen. Nicht die Situation, meine Damen und Herren, sondern was man aus ihr macht, ist das Problem! Immerhin ist die Personalstärke der Polizei, ob mit oder ohne das Landeskriminalamt, auch unter Berücksichtigung der Einsparungen, bis zu diesem Jahr noch heute beträchtlich höher als vor zehn Jahren.

(B)

Genauso stellen wir uns zu der neuen Aufgabenverteilung zwischen Kriminal- und Schutzpolizei bei der Bearbeitung kleiner Kriminalität. Das Prinzip hat sich bewährt, dagegen läßt sich nichts sagen. Die Neuordnung mittlerer Delikte ist auch plausibel. Nach einer öffentlichen Begleitmusik, die uns nicht erfreut hat und die wir nicht billigen können, haben schließlich auch alle Dienststellenleitungen und Personalräte dem neuen Konzept zugestimmt. Wir sehen das als einen Ansatz für eine weitere Erhöhung der Funktionsfähigkeit der Kriminalpolizei und als einen Ansatz für eine weitere gemeinsame Arbeit an diesem Ziel an. Mit diesem Ziel haben wir auch für die Sofort- und Übergangshilfe gegen die überhöhte Vorgangsbelastung der Kriminalpolizei gesorgt, und wir werden den Entlastungseffekt kontrollieren. Wir denken, daß, wenn er eingetreten ist, mit dem jetzigen Kostenrahmen auszukommen ist.

Nicht vernachlässigen werden wir die Rauschgift- und die Wirtschaftskriminalität ebenso wie die Spuren organisierter Kriminalität, die wir auch nicht übersehen. Sie sind Gefahren für unsere Gesellschaft. So vielschichtig und unterschiedlich ihre Ursachen und Erscheinungsformen sind, so groß

sind ihre ökonomische Bedeutung und die Folgen für unser Rechtssystem, ja, wenn man an die Drogenkriminalität denkt, sogar für unsere Kultur. Ich freue mich, daß darauf auch immer wieder von der Opposition hingewiesen wird, zuletzt durch die Anfrage zur Wirtschaftskriminalität.

(C)

Wir haben die polizeiliche und die nichtpolizeiliche Drogenarbeit in den letzten Jahren erheblich intensiviert, und das lassen wir uns hier nicht zerreden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, weil uns das auch in der Tat noch nicht hundertprozentig zufriedenstellt, besonders von den sozialen Diensten die gleiche Leistungsmotivation und die gleiche Leistungssteigerung, wie sie die Polizei bereits gezeigt hat. Auch daran arbeiten wir, Herr von Schönfeldt, das werden Sie demnächst noch merken! Sie sollten auch Ihre Vorschläge nicht ausschließlich über die Zeitung verkaufen und sich dann beschweren, daß Herr Senator Dr. Scherf darauf nur öffentlich antwortet. Bringen Sie das doch einmal in der Deputation ein! Dann können wir uns darüber auch im einzelnen unterhalten.

Wir halten auch eine Aufrechterhaltung und sogar Steigerung der Verfolgungsintensität bei der Wirtschaftskriminalität — und zwar auf seiten der Polizei und der Justiz, das möchte ich einmal hinzufügen an die, die der anderen Deputation angehören — im gegebenen Kostenrahmen für möglich. In beiden Bereichen sind die Reserven für eine qualitative Verbesserung der Aufgabenerfüllung noch nicht ausgeschöpft.

(D)

Im Bereich der Diebstahlskriminalität setzen wir gegen das Gefühl, daß man es mit einem Faß ohne Boden zu tun hat, gegen die Gefahr, daß Polizei, Politik und Bürger resignieren, folgende Einsichten und Initiativen: Wie in den Bereichen der Verkehrserziehung und des Jugendschutzes fordern wir auch für den Bereich des Schutzes fremden Eigentums und besonders des öffentlichen Eigentums mehr Engagement der Eltern, Erzieher und Medien. Herr von Schönfeldt, da ziehen wir an einem Strang.

(Abg. K a u f f m a n n [CDU]: Auch am selben Ende?)

Es muß immer wieder und auch deutlich an die Pflichten, nicht nur an die Rechte im Zusammenleben erinnert werden.

Die Erhöhung der Massenkriminalität hat ferner mit einer sprunghaften Zunahme der Anzeigen zu tun. Darüber ist schon gesprochen worden. Dies ist aber nicht zu kritisieren, soweit damit kein Mißbrauch getrieben wird, denn die Polizei ist für alle da, gerade auch für die vielen, die sich keinen teuren Selbstschutz oder Versicherungsschutz leisten können. Aber wir appellieren an alle Bürger, mehr Verantwortung für ihr Hab und Gut aufzubringen. Ebenso hoffen wir, daß die Versicherungs-

- (A) wirtschaft die Vortäuschung von Anzeigen, die von der Polizei auf 20 bis 40 Prozent aller Fälle geschätzt wird, auch im Interesse ihrer ehrlichen Kunden beschränken wird.

Schließlich muß ausgesprochen werden: Der Prävention sind Grenzen gesetzt. Soll die Polizei allein Tatgelegenheiten verringern und verhüten, muß sie einen enormen Kräfteinsatz aufbringen, der wahrscheinlich überhaupt nicht bezahlt werden kann. Deshalb bleibt die Massenkriminalität ein Schwerpunkt der Strafverfolgung. Um ihre Verbesserung müssen wir uns in der Tat bemühen, aber auch um Alternativen. Darüber müssen wir nachdenken, über Alternativen, die die Polizei entlasten, ohne dem Sicherheitsbedürfnis des Bürgers zu widersprechen.

Zum Schluß will ich, meine Damen und Herren, auf die Anspielungen von Herrn von Schönfeldt und Herrn Borttscheller auf die Demonstrationen eingehen, und ich bitte, mir nachzusehen, wenn dies meine Redezeit etwas verlängert. Ich meine, daß es wichtig ist, daß diese Diskussion trotz des Ablaufs der Legislaturperiode nicht ausschließlich draußen — außerhalb des Parlaments — geführt wird, sondern daß sie hier präzise geführt wird. Ich bedauere es, daß Sie es beide sich dabei so leicht gemacht haben. Ihr Beitrag scheint nur darin zu bestehen, ein verschärftes Demonstrationsrecht vorzuschlagen mit der Begründung, die man in den Ausführungen von Innenminister Zimmermann vor dem Innenausschuß im Juni nachlesen kann, einer Begründung, die einen heißen Herbst an die Wand malt.

(B)

Wir werden auch in unserem Bundesland Demonstrationen haben, die erhebliche Spannungen im Inneren und nach außen hervorrufen werden. Wir Sozialdemokraten suchen nach einer vernünftigen Antwort. Deshalb will ich die Lehren zusammenfassen, die nach unserer Meinung Friedensbewegung, Polizei und Politik aus den letzten drei Jahren gezogen haben und die Zuversicht begründen, Herr Borttscheller, daß der kommende Herbst eben nicht, wie Sie sich das vielleicht sogar wünschen,

(Abg. Neumann [CDU]: Was?)

ich will Ihnen das nicht unterstellen, aber Ihre Worte klangen so,

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Wie können Sie so etwas sagen! Das ist ja fürchterlich!)

heiß, sondern friedlich verläuft.

(Beifall bei der SPD)

Ich konnte mich dieses Eindrucks hier nicht erwehren, zumal Sie überhaupt keine Vorschläge dazu gemacht haben, wie dieser friedliche Ablauf gewährleistet werden kann, und auch Ihre Sicherheitspolitiker, die selbst einen Vorschlag wie die Wald-

- spaziergangsformel ausdrücklich ablehnen, wie Herr Dregger, tragen nicht zum inneren Frieden bei! (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf [CDU]: Für solche Aussagen brauchen wir die Redezeit nicht zu verlängern!)

Erstens: Der Protest gegen eine Sicherheitspolitik, die das Wettrüsten, seine Kosten und seine Risiken bisher nicht zu begrenzen vermocht hat, wird in der Friedensbewegung nach gründlicher Diskussion auch über verfassungs- und völkerrechtliche Aspekte dieser Politik nicht mehr auf das Widerstandsrecht nach dem Grundgesetz gestützt. Herr von Schönfeldt, Sie haben ein paarmal danach gefragt, deshalb ist mir diese Antwort wichtig. Die gefährlichen Konsequenzen, die eine solche Rechtfertigung gehabt hätte, werden damit vermieden.

Zweitens: Gewalttätigkeiten werden sowohl gegen Menschen als auch gegen Sachen, wie es der Landfriedensbruchtatbestand — der geltende Tatbestand — vorschreibt, abgelehnt. Dies ist eindeutige Position der Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften und der politischen Gruppen, die an den Aktionen teilnehmen. Die fatale Unterscheidung der Protestbewegung der sechziger Jahre ist damit überwunden. Eine Politik, die zuzuhören bereit ist — und auch zur eigenen Überprüfung bereit ist, denn das haben wir Sozialdemokraten in Bremen gezeigt —, darf den Appell an die Friedensbewegung aussprechen, daß das Prinzip der Gewaltlosigkeit gewissenhaft und ohne Verharmlosung von übrigbleibenden Differenzen eingehalten werden muß!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Drittens, und das ist der kritische Punkt: Mit begrenzten Rechtsverletzungen, etwa im Bereich des Nötigungstatbestands, muß gerechnet werden. Gerade die Teile der Friedensbewegung, die ihren Protest ethisch begründen, sind zu derartigen Formen des zivilen Widerstands, des zivilen Ungehorsams, entschlossen. Herr Dr. Menke, wenn Sie noch da sind,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Hier ist er!)

ich würde mich freuen, wenn Sie diese Teile der Friedensbewegung auch zu der Veranstaltung mit dem Innenminister Herzog am nächsten Freitag einladen und sich der Diskussion mit ihnen stellen würden.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Die können alle kommen am 2. September!)

Sie führen dazu bedeutende historische Beispiele an, nicht zuletzt Mahatma Gandhi. Meine Damen und Herren, diese Menschen sehen auch die rechtlichen Konflikte, in die sie sich begeben und die ich auch ganz offen anspreche, ich habe von Rechtsverletzungen und nicht von Regelverletzungen gesprochen. Wer aber nach reiflicher Überlegung die Konsequenzen auf sich nimmt, die daraus folgen

(A) können, tritt mit einem Anspruch auf, der weder rechtlich noch politisch leichtzunehmen ist. Für das Verhalten der Polizei und der Justiz wird entscheidend sein, ob die geplanten Aktionen berechenbar sind und ob sich die Befürworter des zivilen Ungehorsams gegen militante Kräfte behaupten werden.

Viertens: Viele Anzeichen sprechen dafür, daß Polizei und auch das beteiligte Militär die Ziele und Regeln, die sich die Friedensbewegung gesetzt hat, kennen und weder Feindbilder hegen noch Konfliktabläufe unterstellen, die nicht gewollt sind. Da muß ich auch den „Stern“ von letzter Woche korrigieren. Dies ist schwer genug bei dem psychologischen Druck, der von vorschnellen Urteilen, wie „Kriminalisierung durch den Staat“ oder von Einseitigkeiten wie „einer moralischen Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung“ ausgeht.

Fünftens: Polizisten und Soldaten dienen dem Staat, sie sind nicht Vertreter der Politik. Sie dürfen nur zur Durchsetzung des Rechts, nicht einer bestimmten Politik gebraucht werden, ebenso wie nicht sie, sondern die Politiker für ihren Auftrag verantwortlich sind. Werden sie zum Objekt irgendwelcher Aktionen, wird der Protest ungläubwürdig. Polizisten und Soldaten verdienen für ihre Pflichterfüllung keine Angriffe, sondern Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich appelliere an die Friedensbewegung, nicht die Politik, der ihr Protest gilt, zu verfehlen, nicht den Frieden, den sie meinen, zu diskreditieren!

Es gibt — sechstens und letztens — viele Unbeteiligte, Skeptiker und Gegner, an die zu denken ist, vor allem solche, die unter keinen Umständen auf den ihnen zustehenden Schutz verzichten werden, und zwar nicht nur die friedlichen Demonstranten, sondern viele andere, Amerikaner, die Wohnhäuser in der Nähe der Carl-Schurz-Kaserne bewohnen, oder Ladeninhaber im Ostertorviertel, wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt.

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

Es gibt solche, die Behinderungen nur tolerieren werden, wenn sie vor der Sache Respekt behalten, und es gibt solche, die, wenn die Argumente, die die Friedensbewegung bei ihren Aktionen vorbringt, nicht überzeugen werden, auch von den Taten nicht umgestimmt werden. Diese Einsichten sollten die Friedensbewegung zumindest vor Aktionen warnen, die sich gegen sie selbst kehren können, zumal die Politik aussprechen muß, daß sie die Polizei von ihrem gesetzlichen Auftrag nicht entbinden kann und wird.

Ich meine, meine Damen und Herren, wenn diese sechs Punkte von allen Seiten beherzigt werden, ist die Lehre des 6. Mai 1980 nicht umsonst gewesen. Gegen alle Ängste auf der einen Seite und Beschwörungen von Gewalt auf der anderen Seite setzen wir Sozialdemokraten einen Satz von Wil-

helm Kaisen, der aktueller ist denn je: „Demokratie darf kein Selbstzweck sein, sondern muß eine politische Sache an sich bleiben und muß der Bevölkerung eine neue Perspektive geben und große Hoffnung sein.“

Ich fasse zusammen: Aufgabe und Leistung der Polizei sind enorm, sie braucht weiterhin die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Politik.

Zu Ihnen, Herr Senator Fröhlich, und zu Ihnen, Herr Armgort, dem Sprecher der Deputation für Inneres, möchte ich im Namen unserer Fraktion sagen: Die Bilanz ist gut, wir danken auch für Ihre Leistung mit den folgenden Worten: Die SPD vertraut der Bremer Polizei und steht weiter zu ihrer Verantwortung für die innere Sicherheit und den inneren Frieden. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. **Borttscheller** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Dem Senatorenaspiranten Volker Kröning möchte ich doch noch ein paar Sätze in sein politisches Poesiealbum schreiben.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber Sie sind ja nicht der Kandidat der CDU, da müßte Herr Neumann kommen!)

Das wird wohl Gründe haben!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das glaube ich auch! — Heiterkeit bei der SPD)

Herr Wedemeier, Sie meinen immer, daß sei das letzte Amt, wohin der Mensch strebe.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das erste, wohin Herr Neumann strebt! — Abg. Neumann [CDU]: Interessant, meine Verwendungsfähigkeit! Ich wußte gar nicht, daß ich so vielseitig bin!)

Ich meine, Herr Kröning, im Umgang zwischen Kollegen in diesem Parlament sollten wir uns auch für die kommende Legislaturperiode vielleicht angewöhnen, etwas fairer und anständiger umzugehen. Ich finde, es steht Ihnen nicht gut an, den Kollegen von Schönfeldt und mich mit irgendwelchen Behauptungen zu konfrontieren, die wir in unseren vorangegangenen Redebeiträgen überhaupt nicht angesprochen haben. Zum Demonstrationsrecht ist von unserer Seite überhaupt kein Wort gefallen.

(Abg. Neumann [CDU]: Das stand aber im Manuskript! Was soll er denn machen?)

Herr Kröning, wenn Sie hier zum Ende die große Friedensdiskussion entfachen wollen und politische Glaubensbekenntnisse abgeben, wir sollten ja von

(C)

(D)

(A) Haus aus dem Glauben etwas enger verhaftet sein,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Was? Das weisen wir aber scharf zurück! Das nehmen Sie man nicht für sich in Anspruch! Sie Heuchler!)

steht Ihnen das selbstverständlich frei, nur, das sollte man nicht dazu benutzen, hier in rüden Wahlkampfstil zu verfallen. Im Hintergrund habe ich das Gefühl gehabt, daß der Präsident die Debatte nicht mehr so recht verfolgt. Ich habe auf die Uhr gesehen, Redezeiten werden da nicht mehr so ernst genommen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie auch nicht!)

Ich kann mich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß immer nur der arme Kollege Adamietz zur Ordnung gerufen wird, wenn er ein Thema verläßt. Ich meine, auch hier sollte in Zukunft mit gleicher Elle gemessen werden. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Ich erspare es mir, Herr Abgeordneter Borttscheller, darauf einzugehen!

(Beifall bei der SPD)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Noch ein Kandidat, Herr Adamietz?)

Abg. Adamietz (BGL)\*: Nicht für den Innen senator! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Borttscheller, vielen Dank für die hilfreiche Unterstützung, obwohl ich natürlich mich über so eine Unterstützung nicht so sehr freuen kann, weil ich der Meinung bin, daß ich das Thema nie verfehle,

(Heiterkeit)

es ist immer eine Frage, wie man die Kurve bekommt. Ich meine, daß das der Sinn eines Parlaments auch ist, die Fäden zusammenzuknüpfen und nicht nur die engen Scheuklappen zu haben.

Bei der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt hatte ich allerdings die ganze Zeit den Eindruck, daß die Frage, welchen Sinn diese Aussprache habe, aus dieser Beratung heraus jedenfalls nicht beantwortet werden kann, wenn ich das einmal so ein bißchen polemisch dabei sagen darf, abgesehen von sozusagen der Schlußrede des einen Senators und der staatsmännischen Antrittsrede des anderen Senators in spe, sofern denn der Wähler das so will und die eigene Fraktion.

Aber das konnte nun der Sinn dieser Debatte eigentlich nicht sein. Der Sinn war vielmehr, der SPD Gelegenheit zu geben, ihre Konzeption für die

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Polizeiarbeit in Bremen vorzutragen, und sie hat dazu ja auch einen Antrag damals gemacht, den haben wir ja debattiert und den hat sie ja auch mehrheitlich verabschiedet. Dann wollte man einen Bericht haben, und dazu waren glücklicherweise präzise Fragen gestellt. (C)

Man denkt natürlich immer, wenn so eine Frage formuliert wird, der Senat wird gebeten, insbesondere zu prüfen, ob dies und jenes so geschehen kann, zum Beispiel ob die Vollzugspolizei weiter von ihr fremden Tätigkeiten entlastet werden kann, dahinter stehe eine bestimmte Richtung, in die das gehen soll. Da soll eben geprüft werden, ob das möglich ist, und wenn es möglich ist, dann will man das so.

Deswegen war ich dann auch etwas verwirrt, daß offensichtlich im Hinblick etwa auf die Haltung zu dem FDP-Antrag eigentlich das alles nicht so gewesen sein soll. In dem FDP-Antrag stehen eigentlich nur diese Fragepunkte der SPD-Fraktion ein wenig anders formuliert, da kommt noch etwas, was die Polizei — der Bund der deutschen Kriminalbeamten — da formuliert hat, und dann könnte man eigentlich meinen, daß das übereinstimmend sei. Aber so ganz war das nicht, und deswegen bin ich auch etwas unschlüssig über den Sinn dieser Debatte. Einen rechten Sinn hat das eigentlich erst gemacht mit den Schlußworten von Herrn Kröning, auf die ich gleich kommen will.

Ich meine, daß wir zwei Dinge aus dieser Debatte schon noch mitnehmen sollten, die wir als Bremer Grüne Liste jedenfalls unterstreichen und uns freuen, daß die auch hier von höchster Stelle eigentlich so gesehen werden. Zum einen die Eingangsworte von Herrn Senator Fröhlich! Das ist genau unsere Haltung, wer über den äußeren Frieden redet, der muß auch über den inneren Frieden reden; wer für den äußeren Frieden eintritt und dort friedfertige Mittel verlangt, muß auch im inneren entsprechend sich verhalten. Das ist eine sehr wichtige, ich meine eigentlich, eine urgrüne Position, aber ich weiß auch, wie schwer es ist, diese Position auch im Hinblick auf viele Grüne, Alternative deutlich zu machen, diese Position dann auch in die Praxis umzusetzen, dieser Position sozusagen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir als Bremer Grüne Liste hängen dieser jedenfalls an. (D)

Der zweite Punkt ist eine kleine Bemerkung auf der Seite 57 des Berichts zu einem Einzelausschnitt, aber man kann sie verallgemeinern, sie trifft im Grunde die gesamte Problemlage, um die es hier geht. Ich will nicht auf die Einzelpunkte in diesem Bericht zu dieser Stunde mehr eingehen, ich habe gehört, daß noch eine kleine Zeremonie der Verabschiedung von anderen Leuten, nicht der Bremer Grünen Liste, in diesem Hause hier stattfinden soll,

(Heiterkeit)

und das möchte ich nicht behindern. Deswegen lassen Sie mich nur auf diesen einen Satz eben kom-

- (A) men! Da steht: „Auch auf diesem Problemfeld kommen polizeiliche Lösungen zu spät, wenn die einschlägigen Politikbereiche ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.“

Meine Damen und Herren, das ist richtig, wir unterschreiben diesen Satz in dem Bericht des Senators Fröhlich voll und ganz. Das ist das, was wir seit vier Jahren versuchen deutlich zu machen als unsere Haltung, daß weder auf dem Rücken der Polizeibeamten noch auf dem Rücken der Bürger die Fehler, die die Politiker zu verantworten haben, ausgetragen werden.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt nicht nur für dieses Problemfeld, es ist hier ein bißchen stadtteilbezogene Arbeit gemeint, sondern für alle Problemfelder. Da schließt sich der Kreis zu dem, was Herr Kollege Kröning eben noch einmal angesprochen hat.

Demonstrationen, der heiße Herbst! Wir sind der Meinung, daß auch hier die Gefahr besteht, daß wiederum auf dem Rücken der Polizei diese Auseinandersetzungen ausgetragen werden. In einer Seitenbemerkung sage ich, das ist auch unsere Kritik an dem neuen Demonstrationsrecht. Aber immerhin, wenn man das beherzigt, dann meine ich, kommt man dazu, daß diese Konfrontationen, die uns da erwarten, vielleicht doch noch in einer Form verlaufen, die dem inneren und dem äußeren Frieden dienen. Wir jedenfalls als Bremer Grüne Liste treten hier auch für absolute Gewaltlosigkeit ein.

- (B)

Wir wissen, daß eine Diskussion sogar noch über den Begriff der Gewaltlosigkeit oder der Gewaltfreiheit geführt wird, daß man da definitorische Unterschiede vermerken will, daß man sich ausredet etwa damit, daß es Gewalt gegen Sachen gäbe, daß man solche verbalen oder andere Rechtfertigungen sucht. Wir können damit nichts anfangen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir wissen, das ist eine Gefahr, sie werden diese Rechtfertigungen nämlich dann taktisch eingesetzt, und in Wirklichkeit verhält man sich dann tatsächlich nicht gewaltlos.

Wir empfinden es als Heuchelei, daß, wenn jemand einem anderen — ob das ein Uniformträger ist oder eine andere Person — Blut über den Rock gießt, eine solche Aktion dann auch noch als gewaltlos gerechtfertigt werden soll.

(Beifall bei der BGL)

Die Aktion ist schlimm genug! Noch schlimmer ist es, daß sie vorbedacht, vorsätzlich und ausgeklügelt worden war. Aber am schlimmsten ist es, daß nach der ganzen Kritik am neuen Gremium von Leuten, die Politik machen wollen, sagt, das sei gewaltlos. Es zeigt sich hierin, wie gefährlich die Definition der Frage der Gewalt ist. Wir als Bremer Grüne Liste können uns davon nur distanzieren, weil wir

wissen, wenn wir der Gewalt — in welcher Form (C) auch immer — das Wort reden, dann sitzen wir am kürzeren Hebel. Wir kennen die Kritik, und wir teilen sie an Gewaltstrukturen, daß es auch strukturelle Gewalt gibt, daß man oft hilflos ist und oft ohnmächtig. Aber wir wissen, daß wir nach anderen Wegen suchen müssen, gegen eine solche Gewalt vorzugehen, nach anderen qualitativen Wegen, also gerade nicht mit Gewalt, in welcher Form auch immer.

Wenn das eintritt, wenn man so sich politisch verhält, dann wird es möglich sein, daß man auch diese Gesichtspunkte, die hier etwa im Hinblick auf die Aufgabenstellung der Polizei angesprochen worden sind, berücksichtigen kann, daß man tatsächlich auch der Aufgabe der Polizei gerecht werden kann, auf die wir natürlich angewiesen sind, die natürlich auch Bestandteil unserer Freiheit, unserer Sicherheit sein müssen.

Wir wissen, daß unsere Freiheit nur so weit geht, wie auch wir anderen Freiheit einräumen, wie auch wir die Freiheit anderer respektieren. Wenn wir das gemeinsam berücksichtigen, dann wird es uns möglich sein, eine Polizeikonzeption und weitergehend eine Konzeption inneren Friedens zu entwickeln, die weg von dieser Konfrontation geht, aber auch weg von der Polemik, der eine sei für Sicherheit und der andere offenbar für Unsicherheit oder für Unterdrückung.

Meine Damen und Herren, wir sind hier — lassen (D) Sie mich das vielleicht noch als Schlußwort anfügen — vor vier Jahren auch mit dem Anspruch von Rechten, mit der Betonung, daß wir etwa im Hinblick auf geschäftsordnungsmäßige Fragen hier als aufrechte Menschen behandelt werden, in dieses Parlament eingezogen. Wir meinen, daß dieser Anspruch ein berechtigter ist. Wir meinen, daß man sich darüber fair auseinandersetzen muß, und ich denke, daß man auch in allen diesen Fragen Auseinandersetzungsformen finden muß, die solche verschiedenen Interessen, die solche Konflikte regeln können.

Ich habe damals in meiner ersten Rede versucht, deutlich zu machen, daß es uns um den aufrechten Gang der Menschen geht, auch den aufrechten Gang natürlich von Abgeordneten, die neu in ein Parlament eingezogen sind und natürlich sehr mißtrauisch beäugt wurden, was denn da so komme, die dann auch erst einmal laut ihre Stimme erhoben haben, sie wollen einen Sitzplatz haben, sie wollen eine Geschäftsordnung haben, die sie fair behandelt.

Ich habe damals — Sie werden mir diese private Bemerkung sicherlich erlauben —, das Beispiel meiner Tochter Laura gebracht, die mit ihrer Sprezhose gerade das Laufen lernte.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Was macht die denn jetzt?)

(A) Was die Tochter Laura jetzt macht? Sie wird in einem Monat fünf Jahre alt!

(Unruhe — Glocke)

Jetzt kommt wieder — —.

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz. — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Vielen Dank! Ich dachte, das war wieder der Ruf, zur Sache zu sprechen! Zur Person rede ich gerade! In einem Monat wird die Tochter Laura fünf, woran ich natürlich selbst merke, wie die Zeit vergeht, und am Ende der nächsten Legislaturperiode ist sie dann schon neun, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Aber Sie haben dann mehr von ihr gehabt!)

Meine Damen und Herren, wir haben noch eines gelernt. Ich persönlich — gestatten Sie mir, das zu sagen, nur, damit Sie einen fröhlichen Ausblick auf die nächste Legislaturperiode haben —, ich habe in der Zwischenzeit in diesen vier Jahren im Parlament einen weisen Spruch, ich glaube von Pascal, ich weiß es nicht mehr genau von wem, kennengelernt: „Der Mensch lernt erst gehen und dann reden und dann sitzen und schweigen.“ Ich habe in dieser Legislaturperiode, wie Sie alle wissen, sicherlich reden gelernt. Ich werde mir also in der nächsten Legislaturperiode die nächsten Schritte vornehmen. — Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Schweigen!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU unter Tagesordnungspunkt zwölf, Drucksache 10/1135, abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/1135 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, FDP und GUL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nunmehr stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zu Tagesordnungspunkt 13, Drucksache 10/1153, ab.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/1153 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(Abg. **Gassdorf** [CDU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 10/1085, sowie von der Mitteilung des Senats, Drucksache 10/1106, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich mache Ihnen nun folgenden Verfahrensvorschlag:

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Angenommen!)

Wir haben uns vorgenommen, um 19 Uhr heute die Beratung zu beenden. Ich meine, daß die Aufnahme eines neuen Beratungspunktes jetzt uns nicht weiterhilft. Deshalb schlage ich Ihnen vor, daß wir jetzt noch den Tagesordnungspunkt abhandeln, der ohne Debatte vorgesehen ist, der die Petitionen behandelt.

Im Anschluß daran wäre dann die Tagesordnung abgeschlossen mit dem Ergebnis, meine Damen und Herren, und hier zieht Paragraph 74 unserer Geschäftsordnung: „Anträge, Anfragen und sonstige Vorlagen gelten mit Ablauf der Wahlperiode als erledigt“, soweit sie nicht abgehandelt sind. Das heißt, alles andere würde als erledigt gelten und müßte, wenn es beraten werden soll, in der neuen Legislaturperiode eingebracht werden, mit einer Ausnahme, das sind die Petitionen, die in die neue Legislaturperiode mit hinübergenommen werden.

Wer mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Verfahrensvorschlag ist angenommen.

(Einstimmig)

Dann bitte ich, die Tagesordnung umzustellen und jetzt unmittelbar Punkt 50 zu behandeln.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

(C)

(B)

(D)

(A) **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 66**  
**vom 9. August 1983**  
 (Drucksache 10/1176)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(GUL und Abg. A d a m i e t z [BGL])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Gemäß Paragraph 74 unserer Geschäftsordnung sind damit alle anderen Tagesordnungspunkte erledigt.

Meine Damen und Herren, bevor wir die Sitzung schließen, möchte ich Sie auch noch mit etwas Statistik versorgen.

Am Schluß der Sitzung lassen Sie uns noch einen Blick zurückwerfen auf die nun auslaufende 10. Wahlperiode und auch ein Wort des Dankes den Kollegen sagen, die zum 12. Oktober dieses Jahres aus dem Parlament ausscheiden werden!

(B) Seit der konstituierenden Sitzung am 7. November 1979 haben wir hier im Plenarsaal insgesamt 128 Sitzungen durchgeführt. Allein der Landtag verzeichnet für seine 82 Sitzungen eine Beratungsdauer von 580 Stunden. Einschließlich der für die Stadtbürgerschaft benötigten 195 Stunden haben wir durch den für das Kommunalparlament eingeführten zusätzlichen Sitzungstag erwartungsgemäß die längste Verweildauer in diesem Saal durchleben dürfen, die je in der Geschichte der Bürgerschaft für eine Wahlperiode feststellbar war.

Während die Seitenzahl der Landtagsprotokolle in den vergangenen Legislaturperioden kontinuierlich um jeweils tausend Seiten angestiegen war, werden es diesmal voraussichtlich sogar 1 400 Seiten mehr sein. Das kann sich in der nächsten Legislaturperiode, Herr Adamietz, aufgrund Ihrer Äußerung natürlich wieder ändern.

Auch bei den Drucksachen fällt der Statistik einiges auf. Die Anzahl, ablesbar an der Nummernfolge, ist — zumindest im Landtag — fast gleich geblieben. Aber immerhin ist die Zahl der Anträge und Entschließungen, die von den Abgeordneten, Fraktionen und Gruppen eingebracht wurden, im vergleichbaren Vierjahreszeitraum von 300 auf 450 angestiegen. Auch die in den Landtagsfragestunden eingebrachten Anfragen stiegen von 230 auf 330.

Ein Wort zum Senat: Gemessen an den vorausgegangenen vier Jahren ist die Zahl der eingebrach-

(C) ten Gesetzesvorlagen inklusive Ortsgesetze und Bauungspläne mit 267 gegenüber 259 fast konstant geblieben. Aber zur Information der Abgeordneten hat der Senat die Zahl seiner allgemeinen Mitteilungen von 85 auf 110 gesteigert.

Bei allen genannten Zahlen bleibt unberücksichtigt, daß in diesen vier Jahren die Bürgerschaft nicht nur 775 Stunden getagt hat, sondern daß unsere Plenarsitzungen auch intensiv vorbereitet werden mußten in einer Vielzahl von Sitzungen der Fraktionen und Gruppen, der Deputationen und Ausschüsse, ganz zu schweigen von den dafür erforderlichen Vorgesprächen.

Der Zeitaufwand war nicht nur für uns Abgeordnete beträchtlich. Dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne die vielen Mitarbeiter in den Fraktionsgeschäftsstellen und in den Verwaltungen des Parlaments und der Behörden und Ämter. Ihnen allen haben wir zu danken.

(Beifall)

Allen Mitgliedern des Senats gilt unser Dank für ihre sachdienliche Zuarbeit. Unser parlamentarisches Wirken wäre aber völlig undenkbar ohne unsere ständigen Gespräche mit den Bürgern, in deren Auftrag und für die wir Abgeordneten gemeinsam zum Wohle des Landes Bremen zu wirken haben. Dieser Aufgabe hat sich auch die neue Bürgerschaft zu stellen.

(D) Lassen Sie uns auch künftig darauf achten, daß wir volksnahe Volksvertreter bleiben und daß jeder einzelne von uns sich weiter darum bemüht, seinen Beitrag für eine bürgernahe Politik in Bremen und Bremerhaven zu leisten!

Dank haben wir in dieser Stunde auch den Journalisten zu sagen, die unsere Arbeit kontinuierlich begleiten und damit vieles aus unserer Tätigkeit erst öffentlich werden lassen.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei ihrer Arbeit wird die Bürgerschaft in den kommenden Jahren auf eine Reihe bewährter Kollegen verzichten müssen. Unabhängig vom Wahlausgang wissen wir schon heute, daß 13 Abgeordnete nicht wieder kandidieren und damit heute zum letzten Mal an einer Plenarsitzung teilnehmen.

Zu diesen ausscheidenden Kollegen gehört als einer unserer dienstältesten Abgeordneten Herr Vizepräsident Reinhard Ehlers.

(Beifall)

Ununterbrochen ist er Abgeordneter seit 1959, aber seine parlamentarische Mitarbeit begann bereits 1956 in der Jugenddeputation.

Einigen Kollegen hier sind noch die ersten Reden von Reinhard Ehlers im Plenum unvergessen, als er mit Annemarie Mevissen über das Subsidiaritätsprinzip gestritten hat. Auch aus diesem politischen

(A) Streit ist eine langjährige persönliche Verbundenheit erwachsen.

Der Jugendarbeit ist Reinhard Ehlers 23 Jahre treu geblieben und als exzellenter Fachmann immer wieder zum stellvertretenden Deputations Sprecher gewählt worden.

(Beifall)

Für die Geschicke des gesamten Parlaments sind vor allem die vergangenen zwölf Jahre von herausragender Bedeutung, in denen er als Vizepräsident dem Vorstand und dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß angehört hat. Sein Wort zählt! Sein soziales Empfinden und sein Gerechtigkeitsgefühl haben die Vorstandsarbeit wesentlich geprägt. Er tat seine Pflicht jederzeit kollegial und unabhängig, und auch er hat — nicht nur zu Beginn dieser Wahlperiode — manche schwierige Sitzung leiten müssen.

Unser Bremerhavener Kollege Lothar Sagner, heute der älteste in unserem Kreis an Lebensjahren, kann auf eine fast zwanzigjährige Zugehörigkeit zur Bürgerschaft zurückblicken, auch wenn er seine Abgeordnetenzzeit einmal für vier Jahre unterbrechen mußte. Neben seiner Mitarbeit in sechs verschiedenen Deputationen werden wir ihn vor allem als einen beredten Anwalt der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler in Erinnerung behalten, die in unserem Zweistädtestaat eine neue Heimat gefunden haben.

(B) (Beifall)

Frau Ingeborg Förster trat 1967 in die Bürgerschaft ein und hat damit vier Wahlperioden dem Parlament angehört. Wir wissen von ihren männlichen Kollegen, daß sie eine ebenso sachkundige wie fleißige Abgeordnete war, ob zunächst in der Wirtschaftsdeputation, dann im Petitionsausschuß, in der Deputation für Wissenschaft und Kunst, vor allem aber in der Finanzdeputation und in den Rechnungsprüfungsausschüssen. Auch hier am Rednerpult hat sie immer wieder ihren Mann gestanden

(Heiterkeit)

und uns Respekt dafür abverlangt, wie sie sich im Kreuzfeuer der Zwischenfragen bewährte.

(Beifall)

Mit Willibert Brockmann verabschieden wir einen Kollegen, der seit zwölf Parlamentsjahren zugleich auch als gewerblicher Arbeitnehmer persönliches Bindeglied der Bürgerschaft zu den Betrieben, zu den Werftarbeitern war.

(Beifall)

Seine Kollegialität und Hilfsbereitschaft wurde nicht nur in der Sportdeputation und in den anderen Deputationen besonders anerkannt, sondern auch bei den Arbeitnehmern dieses Parlamentsgebäudes.

(Beifall)

Karl-Eddi Armgort hat 13 Jahre parlamentarisch in den Bereichen gewirkt, die mit dem Ressort Inneres verbunden sind. Dies war sein Haupttätigkeitsfeld und für das er im besonderen sachkundig ist. Seine zehnjährige Mitarbeit im Petitionsausschuß und die schwierige Funktion des Sprechers der Deputation für Inneres haben ihm bei allen Fraktionen Respekt und Wertschätzung gesichert. Besonders erwähnen möchte ich, daß er trotz seines schmerzhaften körperlichen Zustands heute unter uns ist, weil er sich am letzten Tag bei uns verabschieden wollte.

(Beifall)

Alles Gute und gründliche Heilung, lieber Kollege Armgort!

(Abg. Jackisch [CDU]: Eddi, steh auf!)

Unser Bremerhavener Kollege Werner Wilken gehörte der Bürgerschaft seit 1976 an. Für seine Beharrlichkeit spricht die ununterbrochene siebenjährige Zugehörigkeit zu den drei Deputationen für Arbeit, für öffentliches Dienstrecht und für Soziales, deren Tätigkeit er durch Fachkunde und Erfahrung mit prägen konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Kollegen — und das meine ich im doppelten Sinne —, mit dem Kollegen Erwin Schmidt schließt sich der Kreis der ausscheidenden Mitglieder von Vizepräsident zu Vizepräsident. Als Mann der Gewerkschaften hat er viele Impulse in unsere Parlamentsarbeit eingebracht und als Sprecher und Mitglied verschiedener Deputationen in pragmatische Politik umzusetzen verstanden. Sein wirtschafts- und sozialpolitischer Erfahrungsschatz wurde weit über die Grenzen der eigenen Fraktionen hinaus respektiert. Bei der Leitung der Plenarsitzungen und im Vorstand hat Erwin Schmidt sich durch Sachlichkeit, Kollegialität und Souveränität große Anerkennung geschaffen.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein persönliches Wort des Dankes an die beiden Vizepräsidenten für die gute Zusammenarbeit hinzufügen!

Abschließend ist den sechs Kollegen zu danken, die in dieser Wahlperiode zu uns kamen und die sich nun wieder voll ihren beruflichen Aufgaben widmen werden. Es sind dies die Abgeordneten Dr. Waldemar Klischies, der als Mitglied der Innendeputation das neue Polizeigesetz wesentlich mitgestaltet hat, und Georg Schumacher, der in der Hafendeputation auf praxisorientierte Beschlüsse achtete. Es sind weiter die Kollegen Uwe Schröder, der hier manchen Debattenbeitrag lieferte, und Wolfgang Schröder, der vor allem in der Jugendhilfe und bei der Rechnungsprüfung sein besonderes Tätigkeitsfeld hatte. Außerdem sind es die Abgeordneten Harry Martens, der in der Hafendeputation tätig war, und Ludwig Hettling, der schon seit 1971 Deputierter war, und zwar ange-

(C)

(D)

(A) fangen als Deputierter für Arbeit und zum Schluß als Deputierter insbesondere für Wirtschaft. Auch sie haben unzählige Stunden den parlamentarischen Aufgaben gewidmet. Auch sie haben ihren erheblichen Teil zur Fortentwicklung des politischen Lebens in unserem Zweistädtestaat beigetragen und einen lebendigen Parlamentarismus mit geprägt.

Ich bitte die ausscheidenden Kollegen, auch ohne parlamentarische Mandat, ihrem politischen Einsatz treu zu bleiben im Interesse unserer Bürger und Bürgerinnen und ihre Erfahrungen insbesondere an die jüngeren politisch Interessierten weiterzugeben!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt einer Kollegin, es ist die einzige Kollegin, die ausscheidet, sozusagen als Dank, kurz ausgedrückt für alle Ausscheidenden, heute ein kleines Blumengebinde überreichen, wobei ich gleich hinzufüge, daß wir alle ausscheidenden Abgeordneten, auch wenn nach der Wahl erkennbar ist, daß weitere nicht ins Parlament gewählt werden sollten, alle zusammenholen und uns gemeinsam noch einmal verabschieden werden. Insofern ist es eine Vorabgabe, stellvertretend für alle Abgeordneten!

(Anhaltender starker Beifall)

(B) Meine Damen und Herren, es hat mich der Abgeordnete Ehlers gebeten, ob er einige Worte ans Parlament richten darf. — Bitte sehr!

(Beifall)

Abg. Ehlers (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Blick des Herrn Direktors erinnert mich jetzt an meinen ersten Auftritt drüben im Rathaus und daran, wie er mir später einmal exakt beschrieben hat, wie meine Knie hin- und herflatterten während der ganzen Rede. In diesem Zusammenhang muß ich auch daran denken, wie mich nach dieser Rede mein Parteifreund, der damalige CDU-Landesvorsitzende Dr. Noltenius, fragte, was denn der Blödsinn mit dem Subsidiaritätsprinzip solle, das verstehe doch keiner

(Heiterkeit)

und wie im Anschluß daran der SPD-Fraktionsangehörige Engel, ich glaube, er war damals stellvertretender Vorsitzender, unser späterer Präsident, mich zum Bier einlud. Das war das erste interfraktionelle Bier, das ich in meinem Leben getrunken habe!

(Heiterkeit — Abg. L a h m a n n [FDP]:  
Aber nicht das letzte!)

Herr Präsident, als Dienstältester unter den Ausscheidenden fühle ich mich dazu verpflichtet, Ihnen Dank zu sagen für die Würdigung unserer Arbeit und für die freundlichen Worte des Abschieds. Ich sage das im Namen aller Betroffenen. Sie werden

mir abnehmen, das ist schon ein bewegender Augenblick, wenn man sich nach so langer parlamentarischer Tätigkeit verabschiedet, aber es wird auch jeder Verständnis dafür haben, daß, wenn gesundheitliche Signale Zeichen setzen, diese rechtzeitig ernstgenommen werden sollten.

Was das politische Mandat trotz all seiner Belastungen für mich immer so interessant gemacht hat und weshalb ich immer wieder gern für meine Partei kandidierte, war die Möglichkeit der Mitgestaltung politischen und gesellschaftlichen Lebens, wenn auch mit Einschränkungen, das muß ich sagen, weil ich aus der Rolle der Opposition komme. Aber ich glaube doch, auch wenn das nicht immer sichtbar geworden ist im Außenverhältnis, daß man das eine oder andere im Laufe der vielen Jahre vielleicht doch ein bißchen mit bewegen konnte.

Zu meinen positiven Erinnerungen gehört aber auch die kollegiale Zusammenarbeit über die engere Kameradschaft der eigenen Fraktion hinaus in den verschiedenen Gremien, in denen ich im Laufe der Jahre mitarbeiten durfte, und das waren so einige. Ich kann sie hier nicht alle aufzählen. Hervorheben möchte ich nur die Deputation für Jugendhilfe, weil ich da nun wirklich von Anfang bis zum Ende dabei war, und den Bürgerschaftsvorstand.

Für dieses freundschaftliche und kollegiale Verhalten möchte ich allen Beteiligten meinen Dank aussprechen. Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich keine Namen nenne, denn der Kreis derer, mit denen ich in den letzten 24 beziehungsweise fast 28 Jahren zusammengearbeitet habe, war sehr groß. Ich will da niemanden hervorheben und möchte auch niemanden vergessen.

Man könnte versucht sein, in solch einer Situation längere grundsätzliche Ausführungen zu machen, und wegen der Abschiedsstimmung sind dann ja auch alle sehr rücksichtsvoll und hören geduldig zu.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich will das nicht tun. Ich habe 24 Jahre Zeit gehabt, hier das zu sagen, was ich vom Vertrauen meiner politischen Freunde getragen glaubte sagen zu müssen. Aber lassen Sie mich zum Schluß im Namen aller ausscheidenden Kollegen einen gemeinsamen Wunsch aussprechen!

Unser Ausscheiden aus diesem Haus findet statt zu einer Zeit, in der unser Stadtstaat extrem hohen Belastungen ausgesetzt ist. Ich brauche die Krisenbereiche hier nicht aufzulisten, Sie alle kennen sie. Die Tagesordnungen dieser und der hinter uns liegenden Sitzungen haben diese Krisen zum Inhalt gehabt. Unser Wunsch lautet: Möge es den künftig Verantwortlichen im Interesse der Bürger Bremens und Bremerhavens gelingen, unser Gemeinwesen Schritt für Schritt aus dieser Krise herauszuführen! Meine Damen und Herren, mit diesem Wunsch verabschieden wir uns aus diesem Plenum.

(C)

(D)

(A) Wenn ich persönlich noch einen besonderen Wunsch nachtragen darf, aus eigener Erfahrung heraus, der gutgemeint ist und von dem ich nichts mehr habe. Ich hoffe, daß die Haushaltslage es eines Tages gestatten wird, dieses Haus mit einer funktionierenden Klimaanlage auszustatten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe selbst häufig unter den klimatischen Bedingungen gelitten, und deshalb wünsche ich das allen nachfolgenden Aktiven von Herzen!

(Anhaltender starker Beifall)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Kollege Ehlers, für Ihre Worte!

Meine Damen und Herren, der Ausklang unserer Plenarsitzung, die in dieser Woche erfreulicherweise frei blieb von störenden Wahlkampfönen, ermuntert mich, noch ein Wort zum 25. September zu sagen.

Wenn wir nun nach getaner Parlamentsarbeit in eine heiße Wahlkampfphase treten, sollte jeder von uns daran denken, daß die Wähler von uns allen einen fairen und sachlichen Wahlkampf erwarten, daß wir miteinander um den besten Weg für die Zukunft Bremens und Bremerhavens wetteifern und daß die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft,

wenn auch in anderer Besetzung, im Oktober wieder hier zusammenarbeiten müssen. In unserer parlamentarischen Demokratie ist der Wahlkampfstil, der Umgang miteinander, ein wichtiges Indiz für die Integrität, Souveränität und Glaubwürdigkeit jedes einzelnen Politikers. (C)

Die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven rufe ich von dieser Stelle aus dazu auf, ihr Wahlrecht zu nutzen. Nur so erhält unser Zweistädtestaat eine Volksvertretung, die dem Willen der gesamten Bevölkerung entspricht. Wer von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, verzichtet auf sein wichtigstes demokratisches Mitbestimmungsrecht und unterwirft sich den Entscheidungen der anderen. Deshalb erwartet die Bremische Bürgerschaft von allen Bürgern, daß sie ihr Recht zum Wählen am 25. September wahrnehmen, sei es im Wahllokal oder per Briefwahl!

Meine Damen und Herren, damit ist die letzte Sitzung des Landtags in dieser Legislaturperiode beendet.

Ich wünsche Ihnen alles Gute!

(Starker Beifall)

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18.58 Uhr)

(B)

(D)